

# **UDE-HANDBUCH FÜR PRÜFUNGSAUSSCHUSSVORSITZENDE**

**Stand: 15. Juli 2011**

## PRÄAMBEL

Das vorliegende Handbuch behandelt die Aufgaben der Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse. Sein Anliegen ist es, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Tätigkeit der Prüfungsausschüsse verständlich darzustellen und durch Beispiele aus der Praxis zu veranschaulichen. Die Prüfungsausschussvorsitzenden sollen das Handbuch als Leitfaden und Praxisratgeber für die tägliche Arbeit nutzen können.

Dem Handbuch kommt allerdings keine Rechtsverbindlichkeit zu. Es handelt sich in den meisten Fällen aber um praxisbewährte Handlungsempfehlungen. In Zweifelsfällen sollte nach wie vor die fachkundige Unterstützung des Justitiariats in Anspruch genommen werden.

Lehre und Studium vermitteln den Studierenden unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt und der fachübergreifenden Bezüge die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so, dass sie zu wissenschaftlicher Arbeit, zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in der beruflichen Praxis, zur kritischen Einordnung wissenschaftlicher Erkenntnis und zu verantwortlichem Handeln befähigt werden (§ 58 Abs. 1 HG NW). Durch einen Studienabschluss wird den Absolventen also einerseits bescheinigt, dass sie die erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Methoden beherrschen. Die Noten zeigen außerdem das Leistungsvermögen der Kandidaten, also wie leistungsfähig und –bereit die Prüflinge sind. Wenn Studierende durch Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen und/oder Behinderungen Nachteile bei der Erbringung von Leistungen glaubhaft geltend machen, kann und soll grundsätzlich ein angemessener Nachteilsausgleich gewährt werden. Hierbei handelt es sich immer um Entscheidungen, die in Kenntnis aller Fakten und unter Abwägung des Einzelfalles getroffen werden müssen. Wenn es zur Angemessenheit eines Nachteilsausgleichs Informationsbedarf gibt, sollte auch hier die fachkundige Unterstützung des Justitiariats und der einschlägigen Beratungsstellen, insbesondere der Gleichstellungsstelle und der/des Beauftragten für chronisch erkrankte und behinderte Studierende/Studieninteressierte eingeholt werden.

Da Rechtslage und Rechtsprechung einem dauernden Wandel unterworfen sind, soll das Handbuch regelmäßig aktualisiert werden.

Änderungs- und Verbesserungsvorschläge können Herrn Klaus Peter Nitka, E-Mail: peter.nitka@uni-due.de, zugesandt werden.

Essen, den 15. Juli 2011

## GLIEDERUNG

<b><u>GLIEDERUNG.....</u></b>	<b><u>3</u></b>
<b><u>INHALTSVERZEICHNIS .....</u></b>	<b><u>6</u></b>
<b><u>ANHANGVERZEICHNIS II „FORMULIERUNGSBEISPIELE / MUSTER“ .....</u></b>	<b><u>13</u></b>
<b><u>1. KAPITEL: GRUNDLAGEN DES PRÜFUNGSWESENS AN DER UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN .....</u></b>	<b><u>14</u></b>
A. RECHTSGRUNDLAGEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER PA-VORSITZENDEN.....	14
B. PRÜFUNGSORGANISATION AN DER UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN.....	17
C. GRUNDLAGEN DES PRÜFUNGSRECHTS - DAS PRÜFUNGSRECHTSVERHÄLTNIS.....	19
<b><u>2. KAPITEL: DER PRÜFUNGSAUSSCHUSS .....</u></b>	<b><u>28</u></b>
A. ZUSTÄNDIGKEITEN .....	28
B. PRÜFUNGSAUSSCHUSSMITGLIEDER.....	31
C. PRÜFUNGSAUSSCHUSSSITZUNG.....	33
<b><u>3. KAPITEL: DAS WIDERSPRUCHSVERFAHREN .....</u></b>	<b><u>48</u></b>
A. ALLGEMEINES.....	48
B. ANFORDERUNGEN AN DEN WIDERSPRUCH.....	48
C. ANORDNUNG DER SOFORTIGEN VOLLZIEHUNG .....	53
D. UNTÄTIGKEIT DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES .....	54
E. DIE BERATUNG ÜBER DEN WIDERSPRUCH .....	55
F. BEENDIGUNG DES WIDERSPRUCHSVERFAHRENS .....	56
<b><u>4. KAPITEL: DAS VERWALTUNGSGERICHTLICHE VERFAHREN.....</u></b>	<b><u>69</u></b>
A. ALLGEMEINES.....	69
B. KLAGEVERFAHREN.....	70
C. VORLÄUFIGER RECHTSSCHUTZ.....	70
<b><u>5. KAPITEL: ZULASSUNG ZUR PRÜFUNG UND RÜCKTRITT.....</u></b>	<b><u>72</u></b>
A. ZULASSUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	72
B. ZULASSUNG ZUR WIEDERHOLUNG EINER PRÜFUNG .....	81
C. ZULASSUNG BESONDERER PRÜFUNGSERLEICHTERUNGEN/ NACHTEILSAUSGLEICH.....	83
D. ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNG ZU PRÜFUNGEN (BESCHRÄNKTE TEILNEHMERZAHL).....	90
E. DER RÜCKTRITT VON DER PRÜFUNG .....	92
<b><u>6. KAPITEL: DAS PRÜFUNGSVERFAHREN .....</u></b>	<b><u>101</u></b>
A. BESTELLUNG DER PRÜFERINNEN UND PRÜFER SOWIE DER BEISITZENDEN .....	101

B. PRÜFUNGSORGANISATION .....	106
C. PRÜFUNGSAUFGABEN .....	111
D. DURCHFÜHRUNG DER PRÜFUNGEN / PRÜFUNGSABLAUF .....	116

## **7. KAPITEL: DIE PRÜFUNGSENTSCHEIDUNG .....131**

A. DIE BEWERTUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN.....	131
B. NOTENRUNDUNG UND DEZIMALSTELLEN.....	142
C. BEKANNTGABE DER PRÜFUNGSENTSCHEIDUNG.....	143
D. NACHTRÄGLICHE NOTENÄNDERUNGEN .....	144
E. ENDGÜLTIGES NICHTBESTEHEN .....	144
F. ARCHIVIERUNG .....	145

## **8. KAPITEL: DIE ANRECHNUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN UND EINSTUFUNG IN HÖHERE FACHSEMESTER.....147**

A. ANRECHNUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN.....	147
B. NOTENBERECHNUNG .....	162
C. „LEARNING AGREEMENT“ FÜR AUSLANDSSEMESTER.....	164
D. EINSTUFUNG IN HÖHERE FACHSEMESTER .....	165

## **9. KAPITEL: ABSCHLUSSARBEITEN UND -DOKUMENTE.....166**

A. ABSCHLUSSARBEITEN .....	166
B. ABSCHLUSSDOKUMENTE .....	175

## **10. KAPITEL: ZULASSUNGS- UND EIGNUNGSFESTSTELLUNGSVERFAHREN SOWIE ZUGANGSPRÜFUNGEN FÜR IN DER BERUFLICHEN BILDUNG QUALIFIZIERTE .....178**

A. ZULASSUNGS- UND AUSWAHLVERFAHREN.....	178
B. EIGNUNGSFESTSTELLUNGSVERFAHREN .....	181
C. ZUGANGSPRÜFUNGEN FÜR IN DER BERUFLICHEN BILDUNG QUALIFIZIERTE.....	184

## **11. KAPITEL: SONDERFÄLLE .....189**

A. AUSSTELLUNG VON BESCHEINIGUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDERBEHÖRDE .....	189
B. AUSSTELLUNG VON BESCHEINIGUNGEN FÜR DAS BUNDESVERWALTUNGSAMT (BILDUNGSKREDIT) .....	190
C. AUSSTELLUNG VON BESCHEINIGUNGEN FÜR DAS BAFÖG - AMT.....	191
D. BEFREIUNG VON STUDIENGEBÜHREN – LETZTE PRÜFUNGSLEISTUNG.....	192

## **ANHANG I: GESETZESTEXTAUSZÜGE .....193**

A. GESETZ ÜBER DIE HOCHSCHULEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HOCHSCHULGESETZ – HG) .....	193
B. VERWALTUNGSVERFAHRENSGESETZ FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN (VWVFG NRW) .....	204
C. GESETZ ÜBER DIE JUSTIZ IM LAND NORDRHEIN-WESTFALEN (JUSTG NRW).....	205
D. GEBÜHRENGESETZ FÜR DAS LAND NORDRHEIN - WESTFALEN (GEBG NRW).....	206

<b><u>ANHANG II: FORMULIERUNGSBEISPIELE / MUSTER .....</u></b>	<b><u>207</u></b>
<b><u>ANHANG III: LISTE DER STAATLICHEN UND STAATLICH ANERKANNTEN BERUFSAKADEMIEN .....</u></b>	<b><u>260</u></b>
<b><u>SACHREGISTER .....</u></b>	<b><u>262</u></b>

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>GLIEDERUNG.....</b>	<b>3</b>
------------------------	----------

<b>INHALTSVERZEICHNIS .....</b>	<b>6</b>
---------------------------------	----------

<b>ANHANGVERZEICHNIS II „FORMULIERUNGSBEISPIELE / MUSTER“ .....</b>	<b>13</b>
---	-----------

<b>1. KAPITEL: GRUNDLAGEN DES PRÜFUNGSWESENS AN DER UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN .....</b>	<b>14</b>
--	-----------

<b>A. RECHTSGRUNDLAGEN FÜR DIE TÄTIGKEIT DER PA-VORSITZENDEN.....</b>	<b>14</b>
I. GRUNDGESETZ (GG).....	14
II. HOCHSCHULRAHMENGESETZ (HRG) .....	14
III. HOCHSCHULGESETZ NRW (HG) .....	15
IV. RAHMENPRÜFUNGSORDNUNGEN.....	15
V. PRÜFUNGSORDNUNGEN DER EINZELNEN STUDIENGÄNGE AN DEN FAKULTÄTEN.....	16
VI. MODULHANDBÜCHER.....	16
<b>B. PRÜFUNGSORGANISATION AN DER UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN.....</b>	<b>17</b>
I. PRÜFUNGAUSSCHUSS ALS PRÜFUNGSBEHÖRDE.....	17
II. BEREICH PRÜFUNGSWESEN.....	17
III. CAMPUS - MANAGEMENT - SYSTEM DER UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN .....	17
1. Persönliche E - Mail und persönliche Zugangsdaten .....	18
2. LSF.....	18
3. POS.....	18
4. QISPOS.....	19
IV. SCHRIFTLICHES VERFAHREN.....	19
<b>C. GRUNDLAGEN DES PRÜFUNGSRECHTS - DAS PRÜFUNGSRECHTSVERHÄLTNIS.....</b>	<b>19</b>
I. RECHTE DER STUDIERENDEN.....	19
1. Recht auf Information .....	20
2. Recht auf Chancengleichheit.....	21
3. Recht auf ein faires Verfahren und Gebot der Sachlichkeit.....	22
4. Vertrauensschutz.....	23
5. Recht auf Anhörung.....	24
6. Recht zur Akteneinsicht .....	24
II. PFLICHTEN DER STUDIERENDEN.....	26
1. Informationsobliegenheit.....	26
2. Hinweispflichten.....	26
3. Unterlassung von Störungen .....	27

<b>2. KAPITEL: DER PRÜFUNGAUSSCHUSS.....</b>	<b>28</b>
--	-----------

<b>A. ZUSTÄNDIGKEITEN .....</b>	<b>28</b>
I. ALLGEMEINES .....	28
II. ZUSTÄNDIGKEITEN DES PRÜFUNGAUSSCHUSSES.....	28
III. ZUSTÄNDIGKEIT DER PRÜFUNGAUSSCHUSSVORSITZENDEN.....	30
<b>B. PRÜFUNGAUSSCHUSSMITGLIEDER.....</b>	<b>31</b>
I. WAHL DER PRÜFUNGAUSSCHUSSMITGLIEDER .....	31
II. KONSTITUIERENDE SITZUNG .....	32
1. Einladung, Leitung.....	32
2. Wahl der Prüfungsausschussvorsitzenden und Stellvertretenden.....	32

III. AMTSVERSCHWIEGENHEIT .....	33
<b>C. PRÜFUNGSAUSSCHUSSSITZUNG.....</b>	<b>33</b>
I. ANWENDBARKEIT DER GESCHÄFTSORDNUNG DES SENATS DER UNIVERSITÄT DUISBURG-ESSEN (UDE) .....	33
II. VORBEREITUNG DER SITZUNG.....	34
1. Einberufung .....	35
2. Ladung .....	35
3. Tagesordnung .....	36
4. Sitzungsraum.....	36
III. DER SITZUNGSVERLAUF .....	36
1. Nichtöffentlichkeit.....	36
2. Leitung der Sitzung.....	37
3. Antrags- und Rederecht.....	38
4. Abstimmung über Anträge .....	38
a) Geheime Abstimmung .....	39
b) Abstimmungen im schriftlichen Verfahren .....	39
c) Konferenzschaltungen .....	41
5. Geschäftsordnungsanträge.....	41
6. Änderung der Beschlussfähigkeit während der Sitzung .....	41
a) Vorübergehende Beschlussunfähigkeit.....	42
b) Dauerhafte Beschlussunfähigkeit.....	42
7. Einzelne Tagesordnungspunkte.....	43
a) Überblick .....	43
b) Begrüßung und Eröffnung der Sitzung.....	43
c) TOP 1: Regularien .....	43
aa) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der einzelnen Teilnehmer .....	43
bb) Feststellung der Beschlussfähigkeit.....	43
d) TOP 2: Festlegung der Tagesordnung.....	44
e) TOP 3: Genehmigung des Protokolls der vorhergehenden Sitzung .....	44
f) TOP 4: Bericht der oder des Vorsitzenden.....	44
g) Weitere TOP's .....	44
h) Schließung der Sitzung.....	45
IV. PROTOKOLL .....	45
1. Zeitpunkt der Protokollerstellung.....	45
2. Inhalt des Protokolls .....	45
V. BEFANGENHEIT EINZELNER PRÜFUNGSAUSSCHUSSMITGLIEDER .....	46

### **3. KAPITEL: DAS WIDERSPRUCHSVERFAHREN..... 48**

<b>A. ALLGEMEINES.....</b>	<b>48</b>
<b>B. ANFORDERUNGEN AN DEN WIDERSPRUCH.....</b>	<b>48</b>
I. FORM UND BEGRÜNDUNG .....	48
II. FRIST .....	50
III. STATTHAFTIGKEIT.....	52
<b>C. ANORDNUNG DER SOFORTIGEN VOLLZIEHUNG .....</b>	<b>53</b>
<b>D. UNTÄTIGKEIT DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES .....</b>	<b>54</b>
<b>E. DIE BERATUNG ÜBER DEN WIDERSPRUCH .....</b>	<b>55</b>
I. ALLGEMEINES .....	55
II. „VERBÖSERUNG“ .....	55
<b>F. BEENDIGUNG DES WIDERSPRUCHSVERFAHRENS .....</b>	<b>56</b>
I. ALLGEMEINES .....	56
II. DER AUFBAU DES WIDERSPRUCHSBESCHEIDES .....	57
1. Allgemeines.....	57
2. Einzelheiten .....	58
a) Kopf.....	58

b)	Tenor .....	59
aa)	Hauptsacheentscheidungen .....	59
bb)	ggf. Nebenentscheidung .....	60
cc)	Kostenentscheidung .....	60
c)	Begründung .....	62
aa)	Sachverhaltsdarstellung .....	62
bb)	Rechtliche Würdigung .....	64
d)	Rechtsbehelfs- / Rechtsmittelbelehrung .....	65
e)	Grußformel / Unterschrift .....	65
III.	BEKANNTGABE DES WIDERSPRUCHSBESCHEIDES .....	66

#### **4. KAPITEL: DAS VERWALTUNGSGERICHTLICHE VERFAHREN..... 69**

A.	ALLGEMEINES .....	69
B.	KLAGEVERFAHREN .....	70
C.	VORLÄUFIGER RECHTSSCHUTZ .....	70

#### **5. KAPITEL: ZULASSUNG ZUR PRÜFUNG UND RÜCKTRITT..... 72**

A.	ZULASSUNGSVORAUSSETZUNGEN .....	72
I.	ALLGEMEINES .....	72
II.	AN- UND ABMELDUNGEN .....	73
1.	Anmeldung .....	73
a)	Versäumen der Anmeldefrist .....	73
aa)	Behördliche Fristen .....	74
bb)	Ausschlussfrist .....	74
cc)	Praxisrelevante Unterschiede .....	75
b)	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	75
c)	Bekanntgabe der Zulassung .....	77
2.	Abmeldung .....	78
a)	Bekanntgabe und Versäumen der Abmeldefrist .....	78
b)	Berechnung der Abmeldefrist .....	79
c)	Bekanntgabe der Abmeldung .....	79
d)	Fehlende Abmeldung .....	79
III.	FOLGEN FEHLERHAFTER ZULASSUNG .....	80
B.	ZULASSUNG ZUR WIEDERHOLUNG EINER PRÜFUNG .....	81
I.	ALLGEMEINES .....	81
II.	MINDESTANZAHL DER ZU GEWÄHRENDEN PRÜFUNGSMÖGLICHKEITEN .....	81
III.	ÄNDERUNG DER ANZAHL DER WIEDERHOLUNGSMÖGLICHKEITEN .....	82
IV.	BEDINGUNGEN DER WIEDERHOLUNGSPRÜFUNG .....	83
C.	ZULASSUNG BESONDERER PRÜFUNGSERLEICHTERUNGEN/ NACHTEILSAUSGLEICH .....	83
I.	ALLGEMEINES .....	83
II.	NACHTEILSAUSGLEICH FÜR STUDIERENDE MIT BEHINDERUNG .....	85
III.	NACHTEILSAUSGLEICH FÜR STUDIERENDE IN BESONDEREN SITUATIONEN .....	86
1.	Nachteilsausgleich für Schwangere und junge Eltern .....	86
2.	Nachteilsausgleich aufgrund von Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen .....	87
IV.	MAßNAHMEN ZUM NACHTEILSAUSGLEICH .....	88
D.	ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNG ZU PRÜFUNGEN (BESCHRÄNKTE TEILNEHMERZAHL) .....	90
E.	DER RÜCKTRITT VON DER PRÜFUNG .....	92
I.	ALLGEMEINES .....	92
II.	ZUSTÄNDIGKEITEN .....	92
III.	DIE RÜCKTRITTSERKLÄRUNG .....	92
1.	Form .....	92
2.	Frist .....	93

IV. DER „TRIFTIGE / WICHTIGE GRUND“ EINES RÜCKTRITTS .....	95
1. Krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit.....	95
a) Erkannte Prüfungsunfähigkeit.....	95
b) Unerkannte Prüfungsunfähigkeit.....	96
2. Erkrankung des Kindes oder pflegebedürftiger Angehöriger .....	97
3. Sonstige Rücktrittsgründe.....	97
V. ANFORDERUNGEN AN DEN NACHWEIS DER KRANKHEITSBEDINGTEN PRÜFUNGSUNFÄHIGKEIT - ÄRZTLICHE ATTESTE .....	98
1. Vorlagefrist .....	98
2. Notwendiger Inhalt.....	98
VI. RECHTSFOLGEN DES RÜCKTRITTS.....	100

## **6. KAPITEL: DAS PRÜFUNGSVERFAHREN .....101**

<b>A. BESTELLUNG DER PRÜFERINNEN UND PRÜFER SOWIE DER BEISITZENDEN .....</b>	<b>101</b>
I. BESTELLUNG DER PRÜFERINNEN UND PRÜFER .....	101
1. Allgemeines.....	101
2. Anspruch auf bestimmte Prüfer.....	102
3. Anforderungen an Qualifikationen.....	103
a) Fachliche Qualifikation.....	103
b) Fachspezifische Qualifikation.....	103
c) Persönliche Qualifikation .....	104
II. BESTELLUNG VON BEISITZENDEN .....	105
<b>B. PRÜFUNGSORGANISATION .....</b>	<b>106</b>
I. ZUSTÄNDIGKEITEN.....	106
1. Reguläre Prüfungen.....	106
2. „Sonderprüfungen“.....	106
II. MELDUNG DER PRÜFUNGSTERMINE AN DEN BEREICH PRÜFUNGSWESEN .....	106
1. Prüfungstermine und Fristen.....	106
2. Form .....	107
III. RAUMORGANISATION UND BEKANNTGABE DER RÄUME.....	108
1. Raumorganisation.....	108
2. Bekanntgabe der Räume .....	109
IV. EINTEILUNG DES AUFSICHTSPERSONALS .....	109
V. KOPIEREN UND AUFBEWAHRUNG DER PRÜFUNGSAUFGABEN FÜR KLAUSUREN.....	110
VI. TEILNEHMERLISTEN UND PLATZZETTEL .....	110
<b>C. PRÜFUNGSAUFGABEN .....</b>	<b>111</b>
I. ALLGEMEINES .....	111
II. WIEDERHOLTE AUFGABENSTELLUNG .....	112
III. ANTWORT – WAHL – AUFGABEN (MULTIPLE – CHOICE).....	112
1. Entscheidungsfragen .....	115
2. Szenario - Aufgaben .....	115
IV. FEHLERHAFTE AUFGABENSTELLUNG.....	116
<b>D. DURCHFÜHRUNG DER PRÜFUNGEN / PRÜFUNGSABLAUF .....</b>	<b>116</b>
I. EINLASS DER PRÜFUNGSTEILNEHMERINNEN UND -TEILNEHMER .....	116
II. PRÜFUNGSPROTOKOLL.....	117
III. ANFÄNGLICHE BELEHRUNG .....	118
IV. STÖRUNGEN ZU BEGINN UND WÄHREND DER PRÜFUNG .....	119
1. Störungen zu Prüfungsbeginn.....	119
2. Störungen während der Prüfung .....	120
a) Äußerliche Einwirkungen .....	120
b) Rechtsfolgen.....	122
c) Störungen durch Prüflinge .....	123
3. Hausrecht.....	125
V. ZULÄSSIGE HILFSMITTEL.....	126

VI. PRÜFUNGSZEIT /-DAUER .....	128
VII. PRÜFUNGSFORM .....	129
VIII. RAUCHVERBOT BEI PRÜFUNGEN .....	130

## **7. KAPITEL: DIE PRÜFUNGSENTSCHEIDUNG .....131**

<b>A. DIE BEWERTUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN.....</b>	<b>131</b>
I. ALLGEMEINES .....	131
II. BEWERTUNGSMAßSTÄBE .....	132
1. Persönliche und unmittelbare Kenntnisaufnahme .....	133
2. Vollständige Kenntnisaufnahme .....	134
3. Eigenverantwortliche und unabhängige Bewertung .....	135
4. Allgemeine Bewertungsgrundsätze .....	136
a) Gebot der Sachlichkeit .....	136
b) Gebot der Fairness .....	136
III. BEGRÜNDUNG DER BEWERTUNG .....	138
1. Schriftliche Prüfungen .....	138
2. Mündliche Prüfungen .....	139
IV. HOHE DURCHFALLQUOTE .....	139
V. KOLLEGIALPRÜFUNG .....	141
1. Zwei - Prüfer - Prinzip .....	141
2. Prüfer - Beisitzer - Prinzip .....	142
<b>B. NOTENRUNDUNG UND DEZIMALSTELLEN.....</b>	<b>142</b>
<b>C. BEKANNTGABE DER PRÜFUNGSENTSCHEIDUNG.....</b>	<b>143</b>
I. FRISTEN ZUR BEWERTUNG DER LEISTUNGEN UND DER BEKANNTGABE .....	143
II. LISTEN DER PRÜFUNGSERGEBNISSE .....	143
<b>D. NACHTRÄGLICHE NOTENÄNDERUNGEN .....</b>	<b>144</b>
<b>E. ENDGÜLTIGES NICHTBESTEHEN .....</b>	<b>144</b>
<b>F. ARCHIVIERUNG .....</b>	<b>145</b>

## **8. KAPITEL: DIE ANRECHNUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN UND EINSTUFUNG IN HÖHERE FACHSEMESTER.....147**

<b>A. ANRECHNUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN.....</b>	<b>147</b>
I. ZUSTÄNDIGKEITEN.....	147
II. RECHTSGRUNDLAGEN .....	148
1. HRG und bilaterale Äquivalenzabkommen .....	148
2. Hochschulgesetz NRW .....	149
3. (Rahmen-) Prüfungsordnungen .....	149
4. Äquivalenzempfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK) / Hochschulrektorenkonferenz (HRK).....	150
5. Abkommen und Empfehlungen i.R.v. Hochschulpartnerschaften.....	150
6. Eckpunkteprogramm der Bundesregierung.....	150
III. BEGRIFFSBESTIMMUNG.....	150
1. Anerkennung / Anrechnung .....	150
IV. BESCHRÄNKUNG DER ANRECHENBARKEIT.....	151
1. Umfang.....	151
2. Zeitliche Beschränkung.....	153
V. FEHLVERSUCHE .....	153
VI. BINDUNGSWIRKUNG VORAUSGEHENDER ANRECHNUNGEN .....	154
VII. FORMALIEN.....	155
VIII. EINZELNE ANRECHNUNGSTATBESTÄNDE.....	157
1. Überblick .....	157
2. Anrechnung von Leistungen ohne Gleichwertigkeitsprüfung.....	157

a)	Leistungen einer inländischen wissenschaftlichen Hochschule .....	157
b)	Leistungen einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule mit ECTS-Bewertungssystem .....	159
3.	Anrechnung von inländischen Leistungen mit Gleichwertigkeitsprüfung .....	159
a)	Gleichwertigkeit bislang .....	160
b)	Gleichwertigkeit zukünftig .....	161
4.	Anrechnung von ausländischen Leistungen an Hochschulen ohne ECTS-Bewertungssystem mit Gleichwertigkeitsprüfung .....	161
5.	Anrechnung sonstiger Kenntnisse und Qualifikationen .....	162
<b>B.</b>	<b>NOTENBERECHNUNG .....</b>	<b>162</b>
<b>C.</b>	<b>„LEARNING AGREEMENT“ FÜR AUSLANDSSEMESTER.....</b>	<b>164</b>
<b>D.</b>	<b>EINSTUFUNG IN HÖHERE FACHSEMESTER .....</b>	<b>165</b>
I.	STUDIENORTWECHSEL.....	165
II.	STUDIENGANGSWECHSEL .....	165

## **9. KAPITEL: ABSCHLUSSARBEITEN UND -DOKUMENTE.....166**

<b>A.</b>	<b>ABSCHLUSSARBEITEN .....</b>	<b>166</b>
I.	ALLGEMEINES .....	166
II.	ANMELDUNG VON ARBEITEN.....	166
1.	Anträge.....	166
a)	Abschlussarbeit .....	166
b)	Thema .....	166
2.	Verfahren.....	167
a)	Bearbeitungsfrist.....	167
b)	Verlängerung der Schreibfristen .....	168
c)	Verlängerung der Bearbeitungszeit wegen Prüfungsunfähigkeit .....	169
3.	Form .....	169
III.	PLAGIATE / TÄUSCHUNGSVERSUCHE .....	171
1.	Eidesstattliche / schriftliche Versicherung bei der Abgabe der Arbeit .....	171
2.	Kontrolle .....	171
3.	Maßnahmen .....	172
a)	Benotung der Arbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0).....	172
b)	Geldbuße.....	173
c)	Ausschluss von weiteren Prüfungsleistungen .....	174
d)	Exmatrikulation .....	174
IV.	NOTENÜBERMITTLUNG.....	174
1.	Frist .....	174
2.	Form .....	174
<b>B.</b>	<b>ABSCHLUSSDOKUMENTE .....</b>	<b>175</b>
I.	ZEUGNIS.....	175
II.	TRANSCRIPT OF RECORDS.....	175
III.	DIPLOMA SUPPLEMENT .....	176
IV.	URKUNDE .....	177

## **10. KAPITEL: ZULASSUNGS- UND EIGNUNGSFESTSTELLUNGSVERFAHREN SOWIE ZUGANGSPRÜFUNGEN FÜR IN DER BERUFLICHEN BILDUNG QUALIFIZIERTE .....178**

<b>A.</b>	<b>ZULASSUNGS- UND AUSWAHLVERFAHREN.....</b>	<b>178</b>
I.	ALLGEMEINES .....	178
II.	AUSWAHLKOMMISSION.....	178
III.	VERFAHREN.....	179
<b>B.</b>	<b>EIGNUNGSFESTSTELLUNGSVERFAHREN .....</b>	<b>181</b>

I. ALLGEMEINES .....	181
II. AUSWAHLKOMMISSION.....	181
III. VERFAHREN.....	182
<b>C. ZUGANGSPRÜFUNGEN FÜR IN DER BERUFLICHEN BILDUNG QUALIFIZIERTE.....</b>	<b>184</b>
I. ALLGEMEINES .....	184
II. BERATUNGSGESPRÄCHE.....	185
III. ZUGANGSPRÜFUNGEN .....	185
1. Prüfungskommissionen.....	185
2. Verfahren.....	186
IV. PROBESTUDIUM .....	187

## **11. KAPITEL: SONDERFÄLLE .....189**

A. AUSSTELLUNG VON BESCHEINIGUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDERBEHÖRDE .....	189
B. AUSSTELLUNG VON BESCHEINIGUNGEN FÜR DAS BUNDESVERWALTUNGSAMT (BILDUNGSKREDIT) .....	190
C. AUSSTELLUNG VON BESCHEINIGUNGEN FÜR DAS BAFÖG - AMT.....	191
D. BEFREIUNG VON STUDIENGEBÜHREN – LETZTE PRÜFUNGSLEISTUNG.....	192

## **ANHANG I: GESETZESTEXTAUSZÜGE.....193**

A. GESETZ ÜBER DIE HOCHSCHULEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HOCHSCHULGESETZ – HG) .....	193
B. VERWALTUNGSVERFAHRENSGESETZ FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN (VwVfG NRW) .....	204
C. GESETZ ÜBER DIE JUSTIZ IM LAND NORDRHEIN-WESTFALEN (JUSTG NRW).....	205
D. GEBÜHRENGESETZ FÜR DAS LAND NORDRHEIN - WESTFALEN (GEBG NRW).....	206

## **ANHANG II: FORMULIERUNGSBEISPIELE / MUSTER .....207**

## **ANHANG III: LISTE DER STAATLICHEN UND STAATLICH ANERKANNTEN BERUFSAKADEMIEN .....260**

## **SACHREGISTER .....262**

## **ANHANGVERZEICHNIS II „Formulierungsbeispiele / Muster“**

<b>MUSTER 1:</b> SCHREIBEN ZUR ANHÖRUNG DER / DES STUDIERENDEN .....	208
<b>MUSTER 2:</b> EINLADUNG DES DEKANS ZUR KONSTITUIERENDEN SITZUNG .....	209
<b>MUSTER 3:</b> SCHWEIGEPFLICHTSERKLÄRUNG DER STUDENTISCHEN MITGLIEDER DES PA .....	210
<b>MUSTER 4:</b> BESCHLUSSVORLAGE FÜR DIE PA-SITZUNG .....	211
<b>MUSTER 5:</b> SCHREIBEN AN PRÜFER/IN MIT DER BITTE UM STELLUNGNAHME ZUM WIDERSPRUCH DER / DES STUDIERENDEN GEGEN DIE BEWERTUNG EINER PRÜFUNGSLEISTUNG .....	212
<b>MUSTER 6:</b> EINLADUNG ZUR PA-SITZUNG UND VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG .....	213
<b>MUSTER 7:</b> PROTOKOLL DER PA-SITZUNG.....	215
<b>MUSTER 8:</b> SCHREIBEN AN STUDIERENDE, DEN WIDERSPRUCH ZU KONKRETISIEREN.....	219
<b>MUSTER 9:</b> HINWEISE AN STUDIERENDE ZUR WIDERSPRUCHSEINLEGUNG .....	220
<b>MUSTER 10:</b> BESCHLUSSVORLAGE FÜR DIE PA-SITZUNG.....	221
<b>MUSTER 11:</b> WIDERSPRUCHSBESCHEID .....	223
<b>MUSTER 12:</b> BENACHRICHTIGUNG ÜBER DIE ÖFFENTLICHE ZUSTELLUNG.....	226
<b>MUSTER 13:</b> ANSCHREIBEN AN JUSTITIARIAT ZUR ÜBERMITTLUNG EINES VORGANGS.....	227
<b>MUSTER 14:</b> HINWEISE AN STUDIERENDE ZUR PRÜFUNGSAN- UND ABMELDUNG.....	228
<b>MUSTER 15:</b> ANTRAGSFOMULAR ZUM NACHTEILSAUSGLEICH.....	230
<b>MUSTER 16:</b> ÄRZTLICHES ATTEST.....	231
<b>MUSTER 17:</b> SCHREIBEN DES PA ZUR ERTEILUNG DER PRÜFUNGSBERECHTIGUNG .....	232
<b>MUSTER 18:</b> RAHMENTERMINPLAN FÜR PRÜFUNGEN.....	233
<b>MUSTER 19:</b> PROTOKOLL DER SCHRIFTLICHEN PRÜFUNG .....	234
<b>MUSTER 20:</b> PROTOKOLL DER MÜNDLICHEN PRÜFUNG .....	235
<b>MUSTER 21:</b> HINWEISE FÜR DAS AUFSICHTSPERSONAL.....	236
<b>MUSTER 22:</b> SCHREIBEN DES PA AN PRÜFER/IN ZUR ANERKENNUNG VON LEISTUNGEN .....	240
<b>MUSTER 23:</b> ÜBERSICHT ÜBER FALLBEISPIELE ZUR ANRECHNUNG VON LEISTUNGEN .....	242
<b>MUSTER 24:</b> “LEARNING AGREEMENT” .....	243
<b>MUSTER 25:</b> ANTRAG AUF ZUTEILUNG EINER ABSCHLUSSARBEIT .....	245
<b>MUSTER 26:</b> EINLADUNG ZUM AUSWAHLGESPRÄCH .....	246
<b>MUSTER 27:</b> PROTOKOLL DES AUSWAHLGESPRÄCHS .....	247
<b>MUSTER 28:</b> ZULASSUNGSBESCHEID NACH AUSWAHLGESPRÄCH .....	248
<b>MUSTER 29:</b> ABLEHNUNGSBESCHEID NACH AUSWAHLGESPRÄCH.....	250
<b>MUSTER 30:</b> ABLEHNUNGSBESCHEID IM EIGNUNGSFESTSTELLUNGSVERFAHREN .....	252
<b>MUSTER 31:</b> PROTOKOLL DER EIGNUNGSPRÜFUNG.....	254
<b>MUSTER 32:</b> ZULASSUNGSBESCHEID IM EIGNUNGSFESTSTELLUNGSVERFAHREN.....	255
<b>MUSTER 33:</b> ZEUGNIS ÜBER DIE BESTANDENE ZUGANGSPRÜFUNG.....	257
<b>MUSTER 34:</b> ABLEHNUNGSBESCHEID NACH NICHT BESTANDENER ZUGANGSPRÜFUNG.....	258

# **1. Kapitel: Grundlagen des Prüfungswesens an der Universität Duisburg-Essen<sup>1</sup>**

## **A. Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der PA-Vorsitzenden**

### **I. Grundgesetz (GG)**

Die Prüfungsverwaltung und damit auch die Prüfungsausschüsse und deren Vorsitzende sind an Gesetz und Recht gebunden, [Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz](#) (im Folgenden: GG). Zu beachten sind daher neben einigen verfassungsrechtlichen Bestimmungen auch relevante Bundesgesetze wie das Mutterschutzgesetz ([MuSchG](#)), das Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit ([BEEG](#)), das Sozialgesetzbuch IX ([SGB IX](#)), das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen ([BGG](#)) oder Landesgesetze wie z.B. das Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NW). Weil mit den Hochschulprüfungen in das Grundrecht der Berufswahlfreiheit ([Artikel 12 Abs. 1 GG](#)) eingegriffen wird<sup>2</sup>, muss die Prüfungsverwaltung zudem durch gesetzesförmige Rechtsgrundlagen wie Gesetze, Rechtsverordnungen oder Satzungen zu ihren Handlungen ermächtigt worden sein. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden, normenhierarchisch dargestellten Rechtsgrundlagen erlassen worden bzw. zu beachten.

### **II. Hochschulrahmengesetz (HRG)**

Hochschulprüfungen werden auf Grund von Prüfungsordnungen abgelegt, die der Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Stelle bedürfen, [§ 16 Hochschulrahmengesetz](#) (im Folgenden: HRG).

Das HRG ist ein Bundesgesetz, das das Prüfungswesen nur in Grundzügen regelt. Im Zuge der Föderalismusreform (2006) wurde im Hochschulbereich die Abschaffung der (Rahmen-) Gesetzgebungskompetenz des Bundes geplant. Daher wurde den Hochschulen mehr Autonomie eingeräumt und damit begonnen, sie von der staatlichen Detailsteuerung zu entbinden. Derart sollten sie ihre Strukturen eigenständig den Bedürfnissen der Zeit anpassen und sich in ihrer Leistungsfähigkeit weiterentwickeln, um sich besser dem nationalen und internationalen Wettbewerb untereinander stellen zu können. Die im Mai 2007 beschlossene Aufhebung des HRG sollte zum 01. Oktober 2008 in Kraft treten, so dass die ländergesetzlichen Regelungen, die auf das HRG verweisen oder darauf Bezug nehmen, geändert werden können und nicht ins Leere laufen. Am 26. Oktober 2009 wurde im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung beschlossen, weiter an der Abschaffung des HRG festzuhalten. Der Bundestag berät allerdings noch über den Aufhebungsentwurf, so dass das HRG noch geltendes Recht ist.

---

<sup>1</sup> Im Folgenden: UDE

<sup>2</sup> Siehe dazu Kapitel 1, Abschnitt C., S. 19

### III. Hochschulgesetz NRW (HG)

Nordrhein-Westfalen hat seine erweiterte Gesetzgebungskompetenz mit dem Hochschulgesetz (im Folgenden: HG) in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31. Oktober 2006 wahrgenommen.

Maßgeblich ist der sechste Abschnitt mit dem Titel „Lehre, Studium und Prüfungen“, §§ 58 – 65 HG. Konkretisierend zu § 16 HRG ist bestimmt, dass Hochschulprüfungen aufgrund von Prüfungsordnungen abgelegt werden, die nach (rechtlicher) Überprüfung durch das Rektorat vom Fakultätsrat zu erlassen sind (vgl. [§ 64 Abs. 1 S. 1 HG](#)). Zudem sind zwingende Inhalte von Prüfungsordnungen festgelegt ([§ 64 Abs. 2 HG](#)). So müssen unter anderem Regelungen über die Prüfungsorgane und das Prüfungsverfahren enthalten sein ([§ 64 Abs. 2 Nr. 7 HG](#)). Die Abnahme der Prüfungen selbst gehört nicht zur Prüfungsorganisation und bleibt Aufgabe der Prüfenden (vgl. [§ 65 HG](#)).

Gesetzlich verantwortlich und somit zuständig für die Studien- und Prüfungsorganisation ist allein die Dekanin oder der Dekan der Fakultät; sie oder er gibt die dafür erforderlichen Weisungen ([§ 27 Abs. 1 S. 2 HG](#)). Tatsächlich aber erlassen die Fakultäten seit jeher Prüfungsordnungen, in denen die Bildung eines Prüfungsausschusses mit eigenen Kompetenzen (u.a. Organisation der Prüfungen) vorgesehen ist. Auch die neu verabschiedeten Rahmenprüfungsordnungen<sup>3</sup> weisen die Organisation der Prüfungen dem Prüfungsausschuss zu. Die Rechtslage sollte pragmatisch zugrunde gelegt werden. Obwohl der Prüfungsausschuss im Hochschulgesetz nicht mehr ausdrücklich erwähnt ist, sind bislang keine verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen bekannt, die einem Prüfungsausschuss die rechtliche Existenz (sog. Beteiligtenfähigkeit) oder eigene Kompetenzen abgesprochen hätten.

### IV. Rahmenprüfungsordnungen

Rahmenprüfungsordnungen regeln - wie der Wortlaut bereits vermuten lässt - den generellen Rahmen des Prüfungsverfahrens. Die Einzelheiten bleiben den einzelnen Prüfungsordnungen des Studienganges vorbehalten. Das unterscheidet die Rahmenkompetenz von der sog. Vollregelung, womit jedoch nicht ausgeschlossen ist, dass einzelne Bereiche in der Rahmenordnung abschließend geregelt sein dürfen.

Die Rahmenprüfungsordnungen werden vom Senat erlassen und ggf. geändert ([§ 22 Abs. 1 Nr. 3 HG](#)). Die Kommission für Lehre, Studium und Weiterbildung (KLSW) gibt dem Senat dazu Empfehlungen; die Überprüfung auf Rechtmäßigkeit und die Vereinbarkeit mit dem Hochschulentwicklungsplan erfolgt durch das Rektorat ([§ 2 Abs. 4 S. 4 HG](#)).

An der UDE wurden am 04.06.2010 und 02.07.2010 neu gefasste Rahmenprüfungsordnungen vom Senat beschlossen für die Bachelor- und Masterstudiengänge. Die Rahmenprüfungsordnungen für das gestufte Lehramt wurden am 22.08.2010 beschlossen. Darin sind jeweils recht konkrete Regelungen über Prüfungsausschüsse enthalten.

---

<sup>3</sup> siehe folgenden Abschnitt IV.

Auch nach Inkrafttreten der Rahmenprüfungsordnungen gelten die einzelnen Prüfungsordnungen weiter. Sie werden insbesondere nicht mit Erlass einer Rahmenprüfungsordnung automatisch unwirksam. Vielmehr ist es die Aufgabe der Fakultät, ihre Prüfungsordnungen der jeweiligen Rahmenprüfungsordnung anzupassen. Abweichungen einer Prüfungsordnung von der Rahmenprüfungsordnung können in Ausnahmefällen durch das Rektorat zugelassen werden.

## V. Prüfungsordnungen der einzelnen Studiengänge an den Fakultäten

Von entscheidender Bedeutung im Sinne einer „**Arbeitsgrundlage**“ für die tägliche Arbeit der Prüfungsausschussvorsitzenden sind die für die einzelnen Studiengänge erlassenen Prüfungsordnungen. Sie sind im „Verkündungsblatt der Universität – Amtliche Mitteilungen“ bekannt zu geben und treten i.d.R. einen Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft (§ 2 Abs. 4 S. 2 HG i.V.m. § 15 S. 3 Grundordnung der UDE). Darin sind das materielle, insbesondere fachbezogene Prüfungsrecht sowie einige verfahrensrechtliche Bestimmungen enthalten. Unter anderem ist dort geregelt, ob und wie der Prüfungsausschuss gebildet wird, wie er sich zusammensetzt und welche Aufgaben der Prüfungsausschuss wahrzunehmen hat.

In Streitfällen gilt die im Amtsblatt verkündete Version einer Prüfungsordnung. Wurde jedoch eine rechtmäßige Prüfungsordnung erlassen, aber entweder gar nicht oder fehlerhaft und deswegen unwirksam im Verkündungsblatt veröffentlicht, so gilt sie dennoch (faktisch) vorübergehend, wenn dies für den Studien- und Prüfungsbetrieb unerlässlich ist und der Inhalt der Prüfungsordnung den Studierenden nicht unbekannt geblieben ist.<sup>4</sup>

## VI. Modulhandbücher

Das fachbezogene Recht wird weitergehend ergänzt und konkretisiert durch Modulhandbücher, die den Inhalt der Module näher beschreiben. Sie sind an der UDE nur unterstützend und stellen keine Anlagen zur Prüfungsordnung dar, so dass sie rechtlich unverbindlich sind (Hinweis Nr. 4 Abs. 2 zu § 7 Abs. 1 Bachelor-/Master-RPO). Gleichwohl sollten sie nicht im Widerspruch zu den dazugehörigen Prüfungsordnungen und Studienplänen stehen (vgl. § 7 Abs. 3 der Bachelor-/ Master-RPO). Sind also Änderungen in den Ordnungen notwendig, ist darauf zu achten, dass auch die Modulhandbücher aktualisiert werden, so dass keine Abweichungen auftreten. Zudem sollte auf eine einheitliche Bezeichnung der Module und Moduleile jeweils in den Prüfungsordnungen, Studienplänen und Modulhandbüchern geachtet werden.

Änderungen der Modulhandbücher werden im Prüfungsausschuss beschlossen. Weil sie die Grundlage für die Akkreditierung bei der Ausgestaltung der Module bilden, können die Module nicht ohne Weiteres durch die Lehrenden beliebig geändert werden. Insofern hat sich die jeweilige Fakultät selbst gebunden. Für die Reakkreditierung sowie die Nachvollziehbarkeit der erfolgten Änderungen sollten diese schriftlich festgehalten werden (z.B. in den Beschlussvorlagen der Prüfungsausschusssitzungen). Schließlich sollte eine (digitale) Version eines Modulhandbuches archiviert werden, um spätere Einwendungen der Studierenden, die den Lehrstoff oder den Studienverlauf betreffen, nachprüfen zu können.

<sup>4</sup> BVerwG, Beschluss v. 15.12.1988 – 7 B 190.88

## B. Prüfungsorganisation an der Universität Duisburg-Essen

### I. Prüfungsausschuss als Prüfungsbehörde

Der Prüfungsausschuss wird für die Organisation der Prüfungen und die sich aus der jeweiligen Prüfungsordnung ergebenden prüfungsbezogenen Aufgaben eines oder mehrerer Studiengänge durch die beteiligte Fakultät bzw. Fakultäten gebildet. Er ist nach den Regelungen der Prüfungsordnungen **Behörde** im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts ([VwVfG](#) bzw. [VwGO](#)), § 13 Abs. 3 Bachelor-/Master-RPO. Als solche nimmt er mit den übertragenen Aufgaben Angelegenheiten der Selbstverwaltung der Hochschule im Sinne des [§ 2 Abs. 2 S. 1 HG](#) wahr.

Daraus folgt, dass der Prüfungsausschuss als **Ausgangsbehörde** Entscheidungen in der Sache erlässt, wobei regelmäßig der Bereich Prüfungswesen (vormals Zentrales Prüfungsamt – ZPA) im Auftrag des Prüfungsausschusses handelt. Gleichzeitig ist der Prüfungsausschuss wegen der Selbstverwaltung zuständige **Widerspruchsbehörde** ([§ 73 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VwGO](#)). Die nächste Instanz zur Überprüfung der Entscheidungen des Prüfungsausschusses ist somit das Verwaltungsgericht.

### II. Bereich Prüfungswesen

Der Bereich Prüfungswesen ist keine Behörde, sondern die nach Fakultäten unterteilten Bereiche dieser Institution stehen „ihrem“ Prüfungsausschuss und der oder dem Vorsitzenden für die Einzelheiten bei der Organisation und Durchführung des Prüfungsverfahrens zur Seite.

Über diese Einrichtung laufen daher die gesamten administrativen Vorgänge zwischen dem Prüfungsausschuss und den Studierenden wie An- und Abmeldungen von und zu Prüfungen, Abgabe der Rücktrittserklärungen und Vorlage von Attesten und weiteren Nachweisen eines Rücktrittsgrundes, Stellung von Anträgen zur Anrechnung von Prüfungsleistungen, die Bekanntgabe von Noten und die Abgabe der Abschlussarbeiten.

Der Bereich Prüfungswesen bedient sich zur Wahrnehmung seiner administrativen Aufgaben der HIS<sup>5</sup>-Software.

### III. Campus - Management - System der Universität Duisburg-Essen

Die UDE nutzt ein IT-gestütztes Campus-Management-System („HISinOne“). Damit können die Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten der UDE über die Internetseite der Universität „<http://www.uni-due.de>“ zahlreiche Geschäftsprozesse des Hochschulalltags ausführen. Alle Daten werden einmal erfasst, zentral gespeichert

---

<sup>5</sup> HIS steht für die HIS-GmbH (**H**ochschul **I**nformations **S**ystem GmbH) aus Hannover, die das System entwickelt hat.

und können an verschiedenen Stellen bearbeitet und/oder als Datengrundlage verwendet werden.

## 1. Persönliche E - Mail und persönliche Zugangsdaten

Mit der Immatrikulation erhalten die Studierenden eine durch Passwort geschützte Benutzerkennung, die den Zugang zum Internet und zu den elektronischen Diensten der Hochschule ermöglicht. Zudem werden jedem Mitglied der Universität eine persönliche E-Mail-Adresse und ein elektronisches Postfach zugeordnet.

Über die persönlichen Zugangsdaten können Studierende in der Regel **online** verschiedene Vorgänge abwickeln bzw. Informationen einholen:

- Erstellen des persönlichen Stundenplans,
- An- und Abmeldungen zu belegungspflichtigen Lehrveranstaltungen,
- **An- und Abmeldungen zu und von Prüfungen,**
- **Einsichtnahme in die eigenen an- oder abgemeldeten Prüfungen,**
- Information über den aktuellen Leistungsstand (Notenspiegel),
- Rückmeldungen,
- Ausdrucken von Immatrikulationsbescheinigungen,
- Abrufen der Raumbellegung,
- tagesaktuelle Informationen, z. B. über „ausfallende“ Lehrveranstaltungen.

Diese Informationen und Prozesse stammen sowohl aus den hinterlegten Daten des LSF-Systems als auch des POS.

## 2. LSF

LSF ist die Web-Anwendung für **L**ehre, **S**tudium und **F**orschung. Es ist auf die Studieninformation, -beratung und -planung ausgerichtet und soll die verschiedenen Nutzer (Studierende, Lehrende, Administratoren und Raumverwalter) der Universität vor allem bei ihren Planungen unterstützen. Die in LSF ausgewiesenen Daten werden direkt von den einzelnen Fakultäten eingegeben und gepflegt.

Beispiel: Präsentation von Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekten und den dazugehörigen Ressourcen (Einrichtungen, Personen, Räume).

## 3. POS

POS ist das **P**rüfungs**o**rganisation**s**ystem innerhalb des Campusmanagement-Systems. In dieses System werden zunächst die Module und Veranstaltungen sowie die dazugehörigen Prüfungsleistungen anhand der geltenden Prüfungsordnungen namentlich eingegeben und hinterlegt („abgebildet“). Jeder Prüfungsleistung wird dabei eine Kennziffer zugeordnet.

Dies ermöglicht, Teile der Prüfungsorganisation über QISPOS online abzuwickeln.

Beispiel: An- und Abmeldungen zu den einzelnen Prüfungen, Bekanntgabe der Noten, Erstellung und Ansicht der Leistungsübersicht (Notenspiegel) jeweils für eine oder einen Studierenden mittels ihrer oder seiner persönlichen Zugangsdaten.

Ziel ist es, das System derart zu integrieren, dass die Prüfungsorganisation insgesamt für die Studiengänge aller Fakultäten – ausgenommen Staatsexamina – ausschließlich im Online - Verfahren abläuft.

#### 4. QISPOS

Über QISPOS (**Q**ualitätssteigerung der Hochschulverwaltung im Internet durch **S**elbstbedienung) können sich die Studierenden in der Regel online für die von ihnen abzulegenden Prüfungen an- bzw. abmelden.

Für alle An- und Abmeldungen erhalten die Studierenden eine automatisierte Bestätigungsmail vom ZIM-Mailservice. Darin wird ihnen unter Angabe der Prüfungsnummer, der Prüfung und des Datums bestätigt, dass und für welche Prüfung sie sich an- oder abgemeldet haben.

#### IV. Schriftliches Verfahren

Für die Prüfungen in Studiengängen, für die das Online-Verfahren zur Prüfungsorganisation nicht zur Verfügung steht, wird das Verfahren im Bereich Prüfungswesen weiterhin schriftlich mittels Formularen abgewickelt. Ausweislich einzelner Regelungen in den Prüfungsordnungen sind auch Anmeldungen direkt bei den Prüfenden möglich (z. B. für mündliche Prüfungen).

### C. Grundlagen des Prüfungsrechts - Das Prüfungsrechtsverhältnis

Prüfungen an der Universität berühren das in der Verfassung gesicherte Grundrecht auf freie Berufswahl gemäß [Artikel 12 Abs. 1 GG](#). Nur durch das Bestehen dieser Prüfungen weisen die Studierenden den Erfolg ihrer Ausbildung zu einem anerkannten Beruf nach und nur so erlangen sie Zugang zu diesem Beruf. Daraus ergibt sich ein „Recht auf Prüfung“<sup>6</sup> der Studierenden. Dieses umfasst die Zulassung zur Prüfung, die Durchführung des Prüfungsverfahrens und natürlich die Möglichkeit, einen entsprechenden Abschluss zu erlangen.

Schon mit der Zulassung zur Prüfung wird ein **selbständiges Prüfungsrechtsverhältnis** begründet. Damit entstehen für beide Parteien, also den Prüfungsausschuss als Prüfungsbehörde und die Studierenden, gegenseitige Rechte und Pflichten.

Vor allem folgende Pflichten stehen in wechselseitigem Bezug:

Fürsorge- und Hinweispflichten der Prüfungsbehörde	↔	Informations- und Mitwirkungspflichten der Studierenden.
---	---	--

#### I. Rechte der Studierenden

<sup>6</sup> BVerwG, Urteil v. 07.09.1973 – VII C 2.70

## 1. Recht auf Information

Zunächst haben die Studierenden einen Anspruch darauf, angemessen über die Vorgänge ihrer anstehenden Prüfung(en) informiert zu werden, soweit es mit Sinn und Zweck einer Prüfung vereinbar ist. Nur dann können die Studierenden ihren per Verfassung **garantierten Rechtsschutz** ([Artikel 19 Abs. 4 GG](#)) effektiv nutzen. Der Prüfungsausschuss hat somit den Studierenden Auskünfte über ihre Rechte und Pflichten im Prüfungsverfahren zu erteilen ([§ 25 Abs. 1 S. 2 VwVfG NW](#)). Insbesondere ist auf die Abgabe oder Berichtigung von Erklärungen oder Anträgen hinzuwirken, wenn diese offensichtlich versehentlich oder aus Unkenntnis unterblieben oder unrichtig abgegeben bzw. gestellt worden sind ([§ 25 Abs. 1 S. 1 VwVfG NW](#)).

**Wichtig:** Mit einer ordnungsgemäß veröffentlichten Prüfungsordnung kommt die Prüfungsbehörde ihrer Aufgabe nach, über die **Grundsätze** des Prüfungsverlaufs zu informieren.

Sinnvoll ist zudem, wenn der Prüfungsausschuss auf erfahrungsgemäß nicht beachtete Umstände oder auf Änderungen im Prüfungsverfahren durch gesonderten Aushang bzw. auf seiner Unterseite oder der Homepage der Fakultät hinweist.

Hinweis: Die Prüfungsausschussvorsitzenden sollten sich vergegenwärtigen, wo und wie Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung bestmöglich bekannt gegeben werden. Es empfiehlt sich, eine eigene Rubrik auf der Homepage der Fakultät einzurichten („**Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses**“).

**Wichtig:** Es ist unbedingt darauf zu achten, dass im Einzelfall erteilte Auskünfte sowie allgemeine Bekanntmachungen korrekt und vollständig sind!

Eine falsche Auskunft, eine mangelhafte Bekanntmachung oder ein pflichtwidrig unterbliebener Hinweis können unterschiedliche missliche Rechtsfolgen nach sich ziehen. So kann infolge einer mangelhaften Auskunft das Prüfungsverfahren insgesamt fehlerhaft sein und zur Aufhebung der Prüfungsentscheidung führen.

Eine Aufhebung des Prüfungsergebnisses und die Wiederholung der Prüfung bzw. des fehlerhaften Prüfungsteils sind vor allem dann unumgänglich, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Prüfungsergebnis auf dem Mangel beruht.

Beispiel: Die Prüfung findet in einem anderen Raum statt als ursprünglich in der Bekanntmachung der Prüfungsbehörde angegeben. Verspäten sich die Studierenden aufgrund dieses Fehlers, so ist dies von der Prüfungsbehörde zu vertreten. Je nach Dauer der Verspätung und den dadurch hervorgerufenen Störungen ist ein Zeitausgleich zu gewähren oder die Prüfung muss insgesamt wiederholt werden. Die vorbehaltlose Teilnahme der Studierenden an einer schriftlichen Prüfung in Kenntnis eines solchen Verfahrensfehlers ist aber regelmäßig als Verzicht auf dessen Geltendmachung zu werten.<sup>7</sup>

Ausnahmsweise kann der Fehler nachträglich geheilt werden, z.B. durch Gewährung von Fristverlängerung.

<sup>7</sup> vgl. OVG NW, Beschluss v. 26.09.1995 – 22 B 2176/95

Beispiel: Informiert der Prüfungsausschuss die Studierenden nicht oder missverständlich über die Möglichkeit oder die Pflicht zum Rücktritt von einer Prüfung, so kann der Rücktritt abweichend von den grundsätzlichen Regelungen auch dann noch „unverzüglich“ und damit rechtzeitig erfolgen, wenn er erst nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses erklärt wird, aber noch innerhalb der Widerspruchsfrist erfolgt.<sup>8</sup>

## 2. Recht auf Chancengleichheit

Durchgängig im Prüfungsrecht ist der aus [Artikel 3 GG](#) abgeleitete allgemeine prüfungsrechtliche **Grundsatz der Chancengleichheit** zu beachten. Danach sollen alle Prüflinge die gleiche Chance haben, ihre berufsqualifizierenden Fähigkeiten nachzuweisen. Deshalb müssen für vergleichbare Prüfungen soweit wie möglich vergleichbare Prüfungsbedingungen (äußere Bedingungen, Hilfsmittel<sup>9</sup>, ggf. Anonymität) und Bewertungskriterien gelten.<sup>10</sup>

Beispiel: Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Bearbeitungszeit bei Klausuraufgaben darf der Aufgabentext von allen Prüflingen erst aufgedeckt werden, wenn alle Prüfungsteilnehmer im Raum einen Aufgabentext erhalten haben.

Im Rahmen dessen ist zur Wahrung der Chancengleichheit im Falle von Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen und/oder behinderungsbedingten Beeinträchtigungen Studierender zu prüfen, ob ein angemessener Nachteilsausgleich zu berücksichtigen ist und gewährt werden kann.

Beispiel: Sehbeeinträchtigte Studierende erhalten eine zusätzliche Lichtquelle und ein Vergrößerungsgerät zum Lesen des Aufgabentextes der Klausur.

Der Grundsatz der Chancengleichheit ist schon dann verletzt, wenn einzelne Studierende Informationen erhalten, die anderen vorenthalten wurden (z.B. durch Indiskretionen).

Beispiel: In der Übung informiert die Lehrkraft die anwesenden Teilnehmer über das Schwerpunktthema der anstehenden Prüfung. Die nicht anwesenden Prüfungskandidaten werden nicht informiert.

Keine Benachteiligung ist dagegen anzunehmen, wenn anschließend die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung nur einem Teil der Prüflinge bei der mündlichen Prüfung bekannt gegeben werden, einem anderen Teil jedoch nicht.<sup>11</sup>

Gerade im Hinblick auf die Chancengleichheit ist die **Selbstbindung der Verwaltung** (Prüfungsbehörde) relevant. Die wiederholte zulässige Handhabung eines konkreten Falles führt zum Anspruch der Studierenden, dass auch ihnen diese Vorgehensweise in einem solchen Fall gewährt wird.

Beispiel: Prüferin bzw. Prüfer möchte einer oder einem Studierenden wegen des bevorstehenden Studienabschlusses abweichend vom üblichen Prüfungszeitraum

<sup>8</sup> BVerwG, Urteil v. 06.09.1995 – 6 C 16.93

<sup>9</sup> Zu den zulässigen Hilfsmitteln zum Nachteilsausgleich für behinderte Studierende siehe Kapitel 5, Punkt C. IV. S. 88

<sup>10</sup> BVerfG, Beschluss v. 17.04.1991 – 1 BvR 419/81

<sup>11</sup> BVerwG, Urteil v. 14.12.1990 – 7 C 17.90

einen Einzelprüfungstermin gewähren. Zur Wahrung der Chancengleichheit wäre aber allen Studierenden eine Teilnahme zur Prüfung zu diesem Termin zu gestatten. Gleichzeitig kann die Bindungswirkung entstehen, regelmäßig gesonderte Prüfungstermine anzubieten.

Nur bei rechtswidriger Verwaltungspraxis tritt keine Bindungswirkung ein.

**Wichtig:** Es besteht also kein Anspruch der Studierenden auf Gleichheit im Unrecht, d.h. rechtmäßig behandelte Studierende können nicht verlangen, ebenso (fehlerhaft) behandelt zu werden wie z.B. ein rechtswidrig begünstigter Kommilitone.

Beispiel: Die Leistung einer oder eines Studierenden wurde fehlerhaft zu gut bewertet. Die anderen Studierenden haben keinen Anspruch darauf, dass ihre Leistungen ebenso gut bewertet werden.

Ausnahmsweise, wenn die rechtswidrig begünstigende Behandlung einer oder eines Studierenden sich derart verunsichernd auf andere Prüflinge auswirkt, dass diese die Prüfung unter erhöhtem Prüfungsdruck ablegen müssen, können auch sie sich auf einen Prüfungsmangel berufen.

Beispiel: Erhebliche und offensichtliche Begünstigung eines Prüflings in einer mündlichen Gruppenprüfung. Die nichtbegünstigten Studierenden haben zwar keinen Anspruch auf Anhebung ihrer Leistungsbenotung, können aber bei beeinträchtigender Wirkung auf sie einen Anspruch auf Aufhebung des Prüfungsergebnisses und Wiederholung der Prüfung unter Beachtung des Grundsatzes der Chancengleichheit geltend machen.

### 3. Recht auf ein faires Verfahren und Gebot der Sachlichkeit

Weiterführend dazu sind bei der Durchführung der Prüfungen und der anschließenden Bewertung der Prüfungsleistungen die aus dem Grundsatz der Chancengleichheit und dem **Rechtsstaatsprinzip** ([Artikel 20 GG](#)) abgeleiteten Gebote des fairen Verfahrens und der Sachlichkeit zu beachten. So sollen die Studierenden während des Prüfungsverfahrens unter bestmöglichen Bedingungen, frei von störenden äußerlichen Einflüssen, ihr individuelles Leistungspotential erbringen können.

Beispiel: Auswahl eines möglichst ruhigen Prüfungsraumes; Aufgabenstellung muss die Bearbeitung innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit ermöglichen.

Die Prüflingsteilnehmer verunsichernde Aufgabenstellungen und Prüfungsabläufe sind zu vermeiden.

Beispiel: Prüferin oder Prüfer trägt ohne Grund Sonnenbrille während einer mündlichen Prüfung; irreführende Fragestellungen in der mündlichen Prüfung.

Sowohl bei der Erstellung der Aufgaben als auch bei der Bewertung der Prüfungsleistung ist Sachlichkeit zu bewahren. Unsachliche und emotionale, vor allem aber beleidigende Äußerungen und Anmerkungen bei der Bewertung der Prüfungsleistungen sind zu unterlassen.

Beispiel: Prüferin oder Prüfer beurteilt die Erklärung einer Studierenden in der mündlichen Prüfung höhnisch als „Hausfrauenantwort“; Aufgabenstellung enthält diskriminierende Formulierungen.

#### 4. Vertrauensschutz

Zudem können Studierende im Rahmen des Prüfungsverhältnisses Vertrauensschutz genießen. Das kommt insbesondere in Betracht bei:

- Änderung der Prüfungsbedingungen oder -praxis,
- erbrachten Prüfungsleistungen auf Basis einer unwirksamen Prüfungsordnung,
- Wiederholungen von Prüfungen,
- Rücknahme einer rechtswidrigen, aber begünstigenden Prüfungsentscheidung,
- fehlerhafter Zulassung zur Prüfung.

So sind bei Erhöhung der Anforderungen für den Prüfungserfolg (also Zulassung zur Prüfung, Prüfungsstoff oder Bestehensgrenze) durch Ausnahme- oder Übergangsbestimmungen übermäßige und unzumutbare Benachteiligungen der Studierenden zu vermeiden. Dabei sind rechtzeitig mögliche Benachteiligungen von Belangen behinderter Studierender im Blick zu behalten und auszugleichen. Die Dauer der Übergangsphase richtet sich danach, wie schwerwiegend die Änderungen der Prüfungsvoraussetzungen sind und wie lange die vorhandene Regelung und Praxis dazu bereits besteht. Die Studierenden müssen sich **auf die geänderten Umstände einstellen** bzw. mit dem geänderten Prüfungsstoff befassen können.

Beispiel: Leichte Änderungen des Prüfungsablaufs, etwa die Umstellung der zulässigen Prüfungsform oder des Prüfungsortes, auf die sich die Studierenden in zumutbarer Weise schnell einrichten können, können unmittelbar in Kraft gesetzt werden.

**Wichtig:** Das bloße Vertrauen auf das Fortbestehen der (günstigeren) Maßstäbe der Leistungsbewertung aus dem ersten Prüfungstermin ist bei Wiederholen nicht schutzwürdig.

Der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zufolge besteht Vertrauensschutz, wenn Studierende rechtswidrig zu einer Prüfung zugelassen wurden und an dieser erfolgreich teilgenommen haben. Ausnahmsweise gilt dies nicht, wenn der Fehler der Zulassung so schwerwiegend und offensichtlich war, dass die Studierenden den Mangel kannten oder hätten kennen müssen.

Beispiel: Zulassung zu einem nach der PO nicht vorgesehenen dritten Wiederholungsversuch. Hier kann die Zulassung zur Bachelor-/Master-/Diplomprüfung binnen Jahresfrist zurückgenommen (§ 48 Abs. 4 VwVfG NW) oder in analoger Anwendung des § 49 VwVfG NW widerrufen werden.

Auf abgeschlossene Prüfungsverfahren haben nachträgliche Änderungen der Rechtslage grundsätzlich keine Auswirkungen.

Hinweis: Abgeschlossen sind Prüfungsverfahren nach Bestehen der Prüfung, nicht erst mit Erteilung des Zertifikats.

## 5. Recht auf Anhörung

Die Studierenden haben außerdem einen Anspruch auf Anhörung ([§ 28 Abs. 1 VwVfG](#) NW) bei belastenden Entscheidungen, wie z.B. über

- ordnungswidriges Verhalten der Studierenden (z.B. Täuschungsversuch, Plagiatsfälle oder Störungen des Prüfungsverlaufs),
- die unterbliebene Ablieferung einer Prüfungsarbeit<sup>12</sup>,
- die Versagung eines Rücktritts von einer Prüfung,
- das Versäumnis eines Prüfungstermins oder
- die beabsichtigte „Verböserung“ der Entscheidung zu Lasten der Studierenden im Laufe des Widerspruchverfahrens ([§ 71 VwGO](#)).

### Formulierungsvorschlag (1)

Die Anhörung kann zwar im Laufe eines Widerspruchverfahrens nachgeholt werden ([§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG](#) NW), dies sollte jedoch nicht der Regelfall sein, vor allem nicht in Fällen ordnungswidrigen Verhaltens der Studierenden.

**Wichtig:** Einen Anspruch auf Anhörung zur **beabsichtigten Benotung** haben Prüflinge dagegen nur, wenn die einschlägige Prüfungsordnung dies festlegt.

Abweichend von den sonst geltenden Verfahrensbestimmungen ist das Verfahren zur Bewertung von Prüfungsleistungen nämlich von der grundsätzlichen Anhörungspflicht ausgenommen ([§ 2 Abs. 3 Nr. 2 VwVfG](#) NW). Allenfalls besteht in diesen Fällen das Recht des Prüflings, Einwände gegen die betroffene Benotung vorzubringen und so die Prüfenden zu einem „Überdenken“ der Entscheidung zu bewegen.

## 6. Recht zur Akteneinsicht

Die Studierenden haben schließlich auch ein Recht auf Einsicht in ihre Prüfungsakten ([§ 29 VwVfG](#) NW und [§ 64 Abs. 2 Nr. 10 HG](#)). Insofern ist zunächst auf die entsprechenden Regelungen in den einschlägigen Prüfungsordnungen abzustellen. Diese gehen als Sondervorschriften vor.

Beispiel: § 35 Bachelor-/Master-RPO: „Den Studierenden wird auf Antrag nach einzelnen Prüfungen Einsicht in ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt. Der Antrag muss **binnen eines Monats** nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gestellt werden. Näheres regelt der Prüfungsausschuss.“

### **Exkurs:**

Hier kann es zu folgenden Problemen kommen:

<sup>12</sup> vgl. OVG NW, Urteil v. 25.11.1992 – 22 A 2595/92

a) Nach der landesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung ist ein einzelnes Prüfungsergebnis ein Verwaltungsakt (VA) i.S.v. [§ 35 S. 1 VwVfG](#) NW. Mit der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gilt eine Widerspruchsfrist von a) einem Monat ([§ 70 VwGO](#)), bei öffentlicher Bekanntgabe (z. B. auf der Homepage des Bereiches Prüfungswesen) von b) zwei Wochen + einem Monat ([§ 41 Abs. 4 VwVfG](#)), bei fehlender oder mangelhafter Rechtsbehelfsbelehrung sogar von c) einem Jahr ([§ 58 Abs. 2 VwGO](#)). Damit kollidieren zwei Fristen: Ist die Widerspruchsfrist trotz fristgemäß beantragter Einsichtnahme bereits verstrichen, ist den Geprüften im Falle eines nachfolgenden Widerspruchs zur Wahrung ihrer Rechte **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** gemäß [§ 32 VwVfG](#) NW<sup>13</sup> zu gewähren.

Im Hinblick auf die denkbare Jahresfrist zur Einlegung des Widerspruchs sind die Akten jedenfalls solange aufzubewahren<sup>14</sup>. Die Prüfungsordnung sollte aber einen Passus enthalten, wonach das Recht auf Einsicht in die Prüfungsakten ausgeschlossen ist, falls die Prüfungsentscheidung bestandskräftig geworden ist.

b) Je länger der Zeitraum ist, innerhalb dessen eine Prüfungsentscheidung angegriffen werden kann, desto schwieriger ist es erfahrungsgemäß, den Bewertungsvorgang nachzuvollziehen.

## Ende des Exkurses

Hinweis: Wird den Studierenden vor Ablauf der Widerspruchsfrist die Möglichkeit gegeben, die Bewertung nachzuvollziehen, so wird diese transparent und so manches Widerspruchsverfahren überflüssig. Anderenfalls sind die Studierenden gezwungen, „vorsorglich“ Widerspruch einzulegen. Im Rahmen eines solchen Widerspruchsverfahrens haben sie ohnehin das „Recht zur Akteneinsicht“, also in den Bewertungsvorgang. Dieses darf nicht mit „organisatorischen Problemen“, z. B. wegen einer Vielzahl von Akteneinsichtsansträgen, verwehrt werden.

**Wichtig:** Im Rahmen der Einsicht in den Prüfungsvorgang sollte im Hinblick auf mögliche Veröffentlichungen darauf geachtet werden, dass die Studierenden keine Fotokopien oder Fotografien von der Prüfungsarbeit anfertigen! Sie sollten auf handschriftliche Notizen beschränkt werden (steht im Ermessen der Prüfungsbehörde).

Sofern Prüfungsordnungen derzeit keine Regelungen über das Recht zur Einsicht in den Prüfungsvorgang enthalten, so ist ihnen Einsicht in den vollständigen Prüfungsvorgang, also die bewerteten Prüfungsaufgaben (Prüfergutachten) einschließlich prüfungsrelevanter Pläne und Zeichnungen in Anlagen oder Beiakten, schriftlich oder in elektronischer Version, zu gewähren.

Musterlösungen und allgemeine Lösungsskizzen gehören nicht zu den Unterlagen, auf die Studierende ein Recht auf Einsicht haben, es sei denn, die Prüfenden haben in der Bewertungsbegründung der Prüfungsleistung darauf Bezug genommen.

Die Beschränkung des Akteneinsichtsrechts bzw. die Beschränkung des Umfangs der handschriftlichen Notizen bei Akteneinsicht ist zulässig, wenn und soweit damit

<sup>13</sup> Siehe dazu unter Kapitel 5, Punkt A. II.1. b), S. 75 f.

<sup>14</sup> Siehe dazu unter Kapitel 7, Punkt F., S. 145

verhindert werden soll, dass die Prüfungsbehörde in der ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben beeinträchtigt wird oder soweit die Vorgänge ihrem Wesen nach geheim gehalten werden müssen, [§ 29 Abs. 2 VwVfG](#) NW.

Beispiel: Aufgabe der Prüfungsbehörde, nicht unbegrenzt vorhandene, geeignete Prüfungsaufgaben zu stellen, kann erfordern, dass die richtigen Lösungen der Aufgaben unbekannt bleiben. Soweit es also für die Nachvollziehbarkeit der Bewertung der jeweiligen Klausur nicht auf den Wortlaut jeder Aufgabe ankommt, haben die Prüflinge kein berechtigtes Interesse, handschriftliche Notizen des Wortlauts der Prüfungsaufgaben zu fertigen.

## II. Pflichten der Studierenden

Mit den zahlreichen Rechten der Studierenden gehen gleichzeitig entsprechende Pflichten einher, das Ihrige zum ordnungsgemäßen Prüfungsablauf beizutragen.

### 1. Informationsobliegenheit

Studierende haben sich regelmäßig über die von der Prüfungsbehörde bereitgestellten Mitteilungen, insbesondere Termine und Fristen, zu informieren.

Beispiel: § 18 Abs. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Die oder der Studierende ist verpflichtet, sich über die **Prüfungstermine** zu informieren.“

Ihnen ist zumutbar, die an einem **üblichen Ort** in der üblichen Weise bekannt gemachten aktuellen Informationen zu erlangen und sich ggf. durch Inanspruchnahme der Beratungsangebote verständlich zu machen. Bei der Auswahl des üblichen Bekanntmachungsortes ist darauf zu achten, dass dieser im Wesentlichen barrierefrei zugänglich ist, [§ 4 BGG](#).

Beispiel: So haben sich die Studierenden regelmäßig auf der Homepage des Bereiches Prüfungswesen und der Fakultät bzw. des Prüfungsausschusses über die aktuellen Bekanntmachungen (z.B. Hinweise und Beschlüsse) zu informieren.

Dies geht sogar soweit, dass im Falle sich widersprechender Auskünfte von Prüfenden und Prüfungsbehörde die Studierenden nur dann einen Anspruch auf Aufhebung des Prüfungsergebnisses haben, wenn das jeweilige Prüfungsergebnis auf der fehlerhaften Information der zuständigen Prüfungsbehörde beruht.

Beispiel: Prüfende Person hat den Studierenden einen späteren Prüfungstermin genannt als der zuständige Prüfungsausschuss öffentlich bekanntgegeben hat. Versäumen die Studierenden aufgrund der fehlerhaften Auskunft der oder des Prüfenden die Prüfung, so ist dieser Fehler unerheblich, weil die Studierenden versäumt haben, den ordnungsgemäßen Aushang mit dem korrekten Prüfungstermin zur Kenntnis zu nehmen.

### 2. Hinweispflichten

Zu den Pflichten der Studierenden gehört auch, am ordnungsgemäßen und störungsfreien Ablauf des Prüfungsverfahrens mitzuwirken. So haben sie die Prüfungsbehörde frühzeitig auf Unregelmäßigkeiten und vermeintliche Rechtsverstöße im Zusam-

menhang mit einer Prüfung hinzuweisen, so dass Fehler und Störungen möglichst unverzüglich beseitigt bzw. kompensiert werden können. Zudem soll der Sachverhalt für die weiteren Rechtsfolgen aufgeklärt und dokumentiert werden. Unterbleibt der Hinweis von den Studierenden, kann das Recht, sich auf einen solchen Mangel zu berufen, **verwirken**.

Beispiele: Studierende müssen grundsätzlich während der schriftlichen Prüfung sofort auf Lärmstörungen oder sonstige Prüfungsbeeinträchtigungen hinweisen und dies förmlich zu Protokoll geben. Geschieht dies nicht, erst nach Abgabe der Klausur oder sogar erst nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, sind die Einwände i.d.R. verwirkt.

Erhalten Studierende keine Bestätigungsmail ihrer ordentlichen Online-An- oder Abmeldung zur Prüfung oder befinden sich nicht auf der vom Bereich Prüfungswesen bekannt gemachten Teilnehmerliste zur Prüfung oder widersprechen sich die Auskünfte der Prüfenden zu denen der Prüfungsbehörde zum Prüfungstermin, ist dieser Mangel dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich anzuzeigen.

Den Studierenden ist es dagegen regelmäßig nicht zumutbar, Beeinträchtigungen des Prüfungsablaufs noch während einer **mündlichen Prüfung** zu rügen. Solche Rügen müssen jedoch unverzüglich (sofort, spätestens innerhalb von drei Werktagen) danach vorgebracht werden.

### 3. Unterlassung von Störungen

Selbstverständlich gehört es zu den Pflichten der Studierenden aus dem Prüfungsverhältnis, jegliche Störung des Prüfungsablaufs zu unterlassen.

Beispiele: Laute Unterhaltung, Rauchen, Benutzung eines Mobiltelefons, Türeinschlagen.

Hinweis: Die Studierenden sollten durch Aushang/Bekanntmachung auf der Homepage des Bereichs Prüfungswesen und der Fakultät über ihre Mitwirkungspflichten und mögliche Sanktionen klar und deutlich belehrt werden!

## **2. Kapitel: Der Prüfungsausschuss**

### **A. Zuständigkeiten**

#### **I. Allgemeines**

Der Prüfungsausschuss kann Beschlüsse nur rechtswirksam fassen, wenn er für den Entscheidungsgegenstand zuständig ist. Beschlüsse außerhalb seiner sachlichen Entscheidungskompetenz sind immer dann nichtig, wenn der Fehler besonders schwerwiegend und die Unzuständigkeit offensichtlich ist.

Beispiele: Der Prüfungsausschuss trifft eine Entscheidung im Rahmen einer fremden Prüfungsordnung; der Entscheidungsgegenstand fällt in die Kompetenz des Fakultätsrats oder der Dekanin /des Dekans; Prüfungsausschussvorsitzende fassen allein Beschluss in Eilkompetenz ohne Eilbedürftigkeit.

Die Nichtigkeit schlägt auf den Bescheid, der aufgrund des nichtigen Beschlusses gegenüber der oder dem Studierenden erlassen wird, durch ([§ 44 Abs. 1 VwVfG NW](#)).

#### **II. Zuständigkeiten des Prüfungsausschusses**

Die Zuständigkeiten des Prüfungsausschusses leiten sich von der Zuständigkeit des Fakultätsrates ab, die sich wiederum in dem durch [§ 4 Abs. 3 Sätze 2 u. 3 HG](#) grob abgesteckten Rahmen halten muss. Danach sind u.a. Entscheidungen zulässig, die sich auf die Aufstellung und Einhaltung der Prüfungsordnungen beziehen. Zudem müssen die Kompetenzen des Prüfungsausschusses hinreichend klar und eindeutig beschrieben sein. Das geschieht in den einzelnen Prüfungsordnungen. Diese zählen regelmäßig folgende Aufgaben und Kompetenzen auf:

- Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen der Prüfungsordnung, im Zweifel Auslegung der Bestimmungen,
- Organisation und Gewährleistung der ordnungsgemäßen Durchführung der Prüfungen, insbesondere des Rechts auf Anwesenheit bei der Abnahme von Prüfungen,
- Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen,
- Abgabe von Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung/Studienpläne und der praktischen Organisation des Prüfungsbetriebes,
- jährliche Berichterstattung gegenüber dem Fakultätsrat, u.a. über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten.

Konkret sind den einzelnen Prüfungsausschüssen durch die jeweils einschlägigen Prüfungsordnungen und Ordnungen der UDE weitere unterschiedliche Aufgaben zugewiesen.

Dazu gehören insbesondere:

- Bestellung von Prüfern und Prüferinnen<sup>15</sup>, ggf. Beisitzenden und Aufsichtführenden,
- Anrechnung von Prüfungsleistungen und Erlass entsprechender Regelungen zur Anrechnung von Leistungen aus bestehenden Studiengängen der UDE,
- Entscheidung über die Zurechenbarkeit von Lehrveranstaltungen zu den Modulen eines Studiengangs,
- Änderung von Modulen beziehungsweise Modulinhalt, in denen Leistungspunkte zu erwerben sind, insbesondere Zulassung von unregelmäßig angebotenen Wahlpflichtmodulen (auf Antrag),
- Entscheidung über Anerkennung von berufspraktischen Tätigkeiten,
- Offenlegung der Verteilung der Noten und Gesamtnoten,
- Kontrolle der Zuordnung der ECTS-Credits zum tatsächlichen zeitlichen Aufwand, ggf. Vorschläge zur Umverteilung,
- Verlängerung der Bearbeitungszeit von Bachelor-/Master-/Diplomarbeiten (auf Antrag),
- Entscheidung über Vorliegen eines Rücktrittsgrundes von der Prüfung,
- Ausschluss der Studierenden von Prüfungen in schwerwiegenden Fällen der Störung oder des Täuschungsversuchs,
- Überprüfung der Bewertung von Prüfungsleistungen im Falle des Täuschungsversuchs oder der Störung während der Prüfung (auf Antrag),
- Bestimmung eines Drittprüfenden bei Differenz der Einzelbewertungen von Prüfungsarbeiten um mehr als 2,0,
- Modifizierung der Bedingungen bei der Erbringung von Studien- und Prüfungsleistungen für Studierende in besonderen Situationen (auf Antrag),
- Genehmigung von Ausnahmen hinsichtlich des vorgegebenen Erstprüfenden,
- Erstellung eines Antragsformular-Entwurfs auf Zulassung zur Prüfung,
- Zustimmung zur Durchführung der Abschlussarbeit durch die Studierenden an einer anderen Fakultät oder Einrichtung außerhalb der Hochschule,
- Genehmigung von zusätzlichen Semestern im Falle des Nichterreichens der Mindest-ECTS-Credits innerhalb der vorgegebenen Fachsemester,
- Gewährung von Einsicht in die Prüfungsakten (auf Antrag),
- Ausstellung einer Bescheinigung über die erfolgreich absolvierten Prüfungen bei endgültigem Nichtbestehen der Studiengangsprüfung (auf Antrag),
- Berichtigung und Aberkennung von Prüfungsleistungen und erworbenem akademischen Grad nach Feststellung einer Täuschung,
- Sorge für die ordnungsgemäße Durchführung von Zugangsprüfungen für Beruflich Qualifizierte, Berufung und Koordinierung der Prüfungskommissionen sowie Regelung der fachspezifischen Detailbestimmungen dieser Prüfungen,
- Sorge für die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens zu Master-Studiengängen und Bestellung der Auswahlkommissionen,
- Sorge für die ordnungsgemäße Durchführung der Eignungsprüfung für Master-Studiengänge und Bestellung der Auswahlkommissionen.

Beispiel: Die oder der Studierende kann aufgrund länger andauernder oder ständiger Behinderung einen Antrag auf Nachteilsausgleich stellen. Macht die Antragstellerin oder der Antragsteller durch ein fachärztliches Attest glaubhaft, dass

<sup>15</sup> sofern die Prüfberechtigung nicht bereits aufgrund der selbständigen Lehrtätigkeit besteht.

er wegen einer Behinderung die Prüfung nicht in der vorgesehenen Form oder im vorgesehenen Umfang ablegen kann, muss die oder der Vorsitzende die Erbringung gleichwertiger Prüfungsleistungen in einer anderen Form gestatten. Entsprechendes gilt für Studienleistungen. Die Regelungen zum Nachteilsausgleich beziehen sich also nicht nur auf Zwischen- und Abschlussprüfungen, sondern auch auf alle Leistungsnachweise und Teilabschnitte im übrigen Studium.

### III. Zuständigkeit der Prüfungsausschussvorsitzenden

Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung der oben aufgeführten regelmäßigen Aufgaben grundsätzlich auf die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden übertragen.

Dies gilt **nicht** für

- den jährlichen Bericht an den Fakultätsrat,
- Entscheidungen über Widersprüche in Prüfungsverfahren,
- Wahlen.

Bei unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen erhebliche Nachteile drohen, aber wegen der Eilbedürftigkeit ein Beschluss des Ausschusses nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet die oder der Vorsitzende allein ([§ 12 Abs. 4 S. 2 HG](#), § 13 Abs. 7 S. 2 Bachelor-/Master-RPO).

Beispiel: Studierende erklären, sie haben sich zu einer bestimmten Klausur angemeldet, aber erst eine Woche vor dem Termin festgestellt, dass sie nicht auf der Teilnehmerliste stehen bzw. keine Bestätigungsmail des ZIM erhalten haben. Hier dürfen die Studierenden nicht „unter dem Vorbehalt fristgemäßer Anmeldung“ zur Klausur zugelassen werden. Dann müsste nach der Rechtsprechung das Klausurergebnis i.d.R. unabhängig von der Einhaltung der Anmeldefrist gewertet werden. Kann der Prüfungsausschuss nicht mehr rechtzeitig einberufen werden, muss die oder der Vorsitzende noch vor dem Klausurtermin allein über die Teilnahme entscheiden.

**Wichtig:** Die Vorsitzenden haben das Gremium in der nächsten Ausschusssitzung über ihre Entscheidung, deren Gründe und die Art der Erledigung zu informieren, [§ 12 Abs. 4 S. 4 HG](#), § 13 Abs. 7 S. 3 Bachelor-/Master-RPO).

Zudem übernehmen die Prüfungsausschussvorsitzenden je nach Prüfungsordnung folgende Aufgaben:

- Durchführung der Beschlüsse des Prüfungsausschusses, insbesondere Ausfertigung und / oder Unterzeichnung der Widerspruchsbescheide,
- Entscheidung über die Gewährung und Erbringung einer gleichwertigen Studien- oder Prüfungsleistung in Fällen, in denen ein Antrag auf Nachteilsausgleich gestellt wurde,
- rechtzeitige Zuteilung der Themen für die Abschlussarbeiten (auf Antrag),
- Unterzeichnung der Zeugnisse und sonstigen Urkunden der Absolventen,
- Vorbereitung, Durchführung und Leitung der Prüfungsausschusssitzungen.

Die Vorsitzenden werden bei der Erledigung ihrer Aufgaben durch den jeweiligen Bereich Prüfungswesen unterstützt, § 13 Abs. 12 Bachelor-/Master-RPO.

## B. Prüfungsausschussmitglieder

### I. Wahl der Prüfungsausschussmitglieder

Die Anzahl der für jede Gruppe (Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studierende) zu wählenden Ausschussmitglieder ergibt sich aus der jeweiligen Prüfungsordnung. Die Rahmenprüfungsordnungen sehen grundsätzlich 7 Mitglieder für Prüfungsausschüsse von Bachelor- und Masterstudiengängen vor (§ 13 Abs. 2 Bachelor-/Master-RPO). Die Mitgliederanzahl kann für fachübergreifende und kleinere Studiengänge in den einzelnen Prüfungsordnungen variiert festgelegt werden.

Sämtliche Ausschussmitglieder werden vom Fakultätsrat gewählt. Sind mehrere Fakultäten an einem Studiengang beteiligt, so stimmen sich die Fakultäten über die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses ab. Die Mitwirkung im Prüfungsausschuss gehört zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Hochschule und damit zu den Rechten und Pflichten der Hochschulmitglieder. Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden ([§ 10 Abs. 1 S. 1 und 2 HG](#)).

Ob die Wahl in geheimer oder offener Abstimmung möglich ist, hängt von den Regelungen der jeweiligen Fakultätsordnung ab. Fehlen Bestimmungen dazu und wird auf die (entsprechende) Anwendung der Geschäftsordnung des Senats verwiesen<sup>16</sup>, so muss die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgen ([§ 13 Abs. 1 GeschäftsO](#)). Grundsätzlich ist die geheime Wahl nur für die Gremien der Hochschule, also den Senat und die Fakultätsräte zwingend, [§ 13 HG](#) bzw. nach [§§ 1, 3 WahlO](#) der UDE für weitere Funktionen vorgesehen. Prüfungsausschüsse sind darin nicht ausdrücklich aufgeführt. Abweichende Regelungen zur Vereinfachung des Verfahrens sind demnach möglich, sollten aber zur Klarstellung in den Fakultätsordnungen explizit aufgenommen werden.

Damit nicht während der Amtszeit des Prüfungsausschusses Nachwahlen erforderlich werden, sehen die meisten Prüfungsordnungen die Wahl von Ersatzmitgliedern aus jeder Gruppe vor. Scheidet ein Ausschussmitglied während seiner Amtszeit endgültig aus, so rückt das Ersatzmitglied automatisch nach.

Beispiel: Ein Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrenden verlässt die Hochschule und scheidet aus dem Prüfungsausschuss aus. Das Ersatzmitglied übernimmt ohne notwendige Beschlüsse oder Erklärungen bis zum Ende der Amtszeit die Position des ausscheidenden Mitglieds.

Dies gilt entsprechend für die Stellvertretung für **zeitweilig verhinderte Mitglieder**. Im Unterschied zur Ersatzmitgliedschaft übernimmt das stellvertretende Mitglied nur

<sup>16</sup> Siehe dazu unter Kapitel 2, Punkt C. I., S. 33

für den Zeitraum der Verhinderung die Rechtsstellung eines ordentlichen Ausschussmitglieds.

Beispiel: Urlaub, Dienstreise, Teilnahme an einer Schulungsveranstaltung, Forschungssemester.

Die vom Fakultätsrat gewählten Ausschussmitglieder sind unverzüglich zu informieren. Die Wahl gilt als angenommen, wenn sie nicht innerhalb von zwei Wochen schriftlich abgelehnt wird, [§ 13 Abs. 3 S. 2 GeschäftsO.](#)

## **II. Konstituierende Sitzung**

### **1. Einladung, Leitung**

Die Dekanin oder der Dekan einer Fakultät legt den Termin für die konstituierende Sitzung fest und lädt die vom Fakultätsrat gewählten Mitglieder des Prüfungsausschusses dazu ein.

Hinweis: Zweckmäßig sollte sich die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung auf diesen TOP beschränken. So wird vermieden, dass Beschlüsse, die der neu gewählte Prüfungsausschuss bereits in seiner konstituierenden Sitzung fasst, wegen eines formalen Verstoßes (z.B. kein ordnungsgemäßes Zustandekommen der Tagesordnung) erfolgreich angefochten werden können.

### **Formulierungsvorschlag (2)**

Nach Konstituierung des Prüfungsausschusses schließt die Dekanin oder der Dekan die Sitzung und verlässt den Raum. Anschließend kann der neue Prüfungsausschuss seine Sitzung eröffnen und durchführen.

### **2. Wahl der Prüfungsausschussvorsitzenden und Stellvertretenden**

Die oder der Vorsitzende sowie die Stellvertreter stammen jedenfalls aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und werden – je nach Regelung in der Prüfungsordnung - durch den Fakultätsrat gewählt oder ernannt bzw. durch die Mitglieder des Prüfungsausschusses gewählt.

Beispiel: § 6 Abs. 4 PO Master Medizinmanagement: „Der Prüfungsausschuss wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und einen stellvertretenden Vorsitzenden oder eine stellvertretende Vorsitzende. [...]“

Erfolgt die Wahl durch den Ausschuss, so kann dies offen, also durch Zuruf oder Handzeichen durchgeführt werden, sofern nicht ein Mitglied widerspricht und die geheime Abstimmung fordert ([§ 92 Abs. 1 VwVfG](#) NW analog).

Hinweis: Im Protokoll der konstituierenden Sitzung sollte daher ein Vermerk darüber aufgenommen werden, dass niemand einer offenen Abstimmung widersprochen hat.

### III. Amtsverschwiegenheit

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Vertreterinnen und Vertreter unterliegen der **Amtsverschwiegenheit** ([§ 10 Abs. 3 S. 1 HG](#)). Verstöße dagegen können als Verletzung eines Dienstgeheimnisses **strafbar** sein ([§ 353 b StGB](#)).

Hinweis: Sofern Teilnehmer der Sitzung nicht in einem öffentlichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, sind sie durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu Beginn ihrer Tätigkeit **förmlich** (mündlich und Protokollierung) nach dem [Verpflichtungsgesetz](#) zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

Beispiel: Studierende.

[Formulierungsvorschlag](#) (3)

## C. Prüfungsausschusssitzung

### I. Anwendbarkeit der [Geschäftsordnung](#) des Senats der Universität Duisburg-Essen (UDE)

Die Verfahrensregeln für die Ausschusssitzungen sind zum Teil in den Prüfungsordnungen enthalten. So hat der Fakultätsrat darin spezielle, aber keinesfalls abschließende Bestimmungen für den Prüfungsausschuss getroffen über die:

- Einberufung der Sitzung,
- Nichtöffentlichkeit der Sitzung,
- Auswahl und Stimmrechte der Mitglieder,
- Aufgaben des Prüfungsausschusses und
- Beschlussfähigkeit des Ausschusses.

In zahlreichen Punkten mangelt es an konkreten Verfahrensregelungen. Es kann insoweit auf die für den Fakultätsrat geltenden Bestimmungen zurückgegriffen werden. Der Prüfungsausschuss nimmt als kollektives Untergremium des Fakultätsrates dessen Aufgaben wahr. Soweit der Fakultätsrat für den Prüfungsausschuss Abweichungen von der eigenen Verfahrensordnung für notwendig erachtet hat, wurde dies in den jeweiligen Prüfungsordnungen berücksichtigt.

Die Fakultätsordnungen erklären ihrerseits die Geschäftsordnung des Senats der Universität vollständig oder ergänzend für anwendbar. Spiegelbildlich dazu erweitert § 1 der Geschäftsordnung des Senats den eigenen Geltungsbereich auf die weiteren Gremien der Universität, die die Anwendung dieser Geschäftsordnung beschließen. Mit der Anwendung der Geschäftsordnung des Senats werden zudem die von § 12 Abs. 2 ff. HG vorgegebenen Verfahrensgrundsätze gewahrt.

Für Prüfungsausschüsse in den Fakultäten, in denen die Fakultätsordnung nicht auf die Geschäftsordnung des Senats verweist, ist diese dennoch zum Zwecke der einheitlichen Handhabung an der Universität entsprechend anzuwenden. Dies vor allem deshalb, weil die allgemeinen verwaltungsrechtlichen Regelungen für Ausschüsse

gemäß [§§ 88 ff. VwVfG](#) NW nicht unmittelbar anwendbar sind und daher eine Regelungslücke entstünde (vgl. § 2 Abs. 3 Nr. 2 und 3 VwVfG NW, die Prüfungsangelegenheiten und Hochschulen ausnehmen).

## II. Vorbereitung der Sitzung

Die Sitzungen des Prüfungsausschusses bedürfen regelmäßig einer gründlichen Vorbereitung. Das betrifft insbesondere die Information der Ausschussmitglieder über anstehende Entscheidungen. Sie haben die Entscheidungen des Gremiums in gleicher Weise zu verantworten wie die oder der Vorsitzende.

**Wichtig:** Je besser die Sitzung vorbereitet wird, umso zügiger und sachlich richtiger kann entschieden werden.

Hinweis: Den Ausschussmitgliedern sind mit der Ladung die vorgesehenen Tagesordnungspunkte (TOPe) sowie die vorhandenen Beratungs- und Beschlussvorlagen zu übermitteln. Es hat sich bewährt, je TOP eine schriftliche Zusammenfassung des Sachverhalts mitsamt gewechseltem Schriftverkehr und Angabe der entscheidungsrelevanten Rechtsgrundlagen zusammenzustellen und an die Mitglieder zu übersenden.

### Formulierungsvorschläge (4), (10)

Die Erstellung der Beratungs- und Beschlussvorlagen bedürfen eines nicht zu unterschätzenden Zeitaufwandes. Der Sachverhalt ist vollständig zu ermitteln, evtl. sind Stellungnahmen der Prüfenden oder Fachvertreterinnen und Fachvertreter vorab einzuholen bzw. die Studierenden anzuhören. Das Eintreffen der Stellungnahmen kann aus unterschiedlichen Gründen einige Zeit in Anspruch nehmen. Dies ist bei der Planung einzukalkulieren.

Beispiel: Regelmäßig sind vor der Entscheidung über die Widersprüche von Studierenden gegen die Bewertung ihrer Prüfungsleistungen bzw. die Nichtanerkennung von Prüfungsleistungen die Stellungnahmen der zuständigen Prüfenden bzw. Fachvertreterinnen und Fachvertreter einzuholen.

Hinweis: Wird dem Anschreiben zur Einholung der Stellungnahme der Prüfenden das Widerspruchsschreiben in Kopie beigelegt, können diese zielgerichtet auf die Einwände der Widerspruch führenden Studierenden eingehen. Die Prüfenden müssen aber nur zu substantiiert vorgebrachten Einwänden der Studierenden überhaupt Stellung nehmen. Hierauf sollten sie hingewiesen werden.

### Formulierungsvorschlag (5)

Der Vorbereitungsaufwand zahlt sich schließlich aus, weil die Ausschussmitglieder gut informiert sind und die Diskussion sich auf wesentliche Fragen beschränken kann. Zudem bietet eine gute Vorbereitung die beste Gewähr für richtige Entscheidungen.

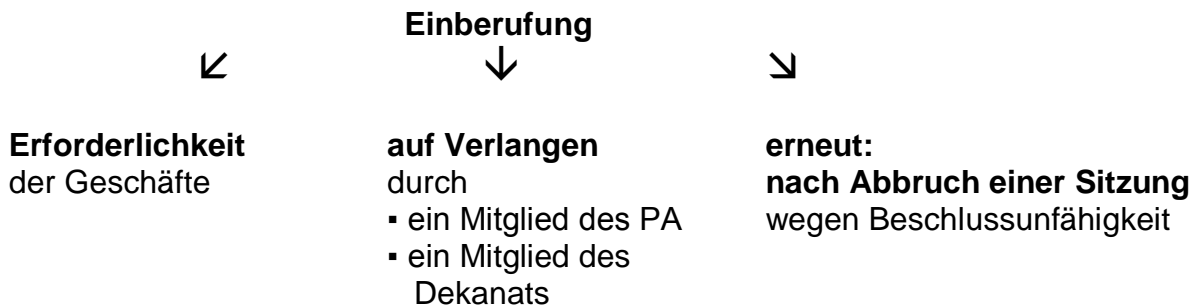
## 1. Einberufung

Die Einberufung der Sitzung erfolgt durch die Vorsitzenden oder den Vorsitzenden. Eine feste Vorgabe, in welchen Zeitabständen dies zu geschehen hat, gibt es nicht. Allerdings sollten die Zeitabstände nicht zu groß sein. Überladene Tagesordnungen in Kombination mit dürrtiger Vorbereitung machen Prüfungsausschusssitzungen „zur Qual“ für alle Beteiligten und gefährden die Qualität der zu treffenden Entscheidungen. Da der Geschäftsanfall durchaus divergiert, ist ein starrer Sitzungsrythmus nicht anzuraten. Empfehlenswert ist die Aufstellung eines jährlichen Sitzungsplans mit quartalsweise oder halbjährlich vorgesehenen Sitzungen sowie Sondersitzungen im Bedarfsfall.

Beispiel: Fest geplante Sitzungstermine zu Beginn eines Semesters im Oktober und April, um die Anmeldezeiträume zu den Prüfungen und die Prüfungszeiträume zu beschließen und über die Widersprüche der vorhergehenden Prüfungen in der vorlesungsfreien Zeit zu entscheiden.

**Wichtig:** Eine Ausschusssitzung ist anzuberaumen, wenn dies von mindestens einem Mitglied des Prüfungsausschusses oder einem Mitglied des Dekanats der beteiligten Fakultät(en) verlangt wird, § 13 Abs. 8 S. 2 Bachelor-/Master-RPO. Ein solcher Antrag der Berechtigten muss schriftlich unter Benennung der gewünschten Tagesordnungspunkte gestellt werden ([§ 3 Abs. 1 Satz 3 GeschäftsO](#)).

Hinweis: Sollte eine Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit beendet worden sein, besteht zudem die Möglichkeit, eine neue Sitzung spätestens für den zehnten Werktag nach der Schließung mit unveränderter Tagesordnung einzuberufen, [§ 6 Abs. 4 S. 2 GeschäftsO](#).



## 2. Ladung

Die **Ladungsfrist** beträgt regelmäßig 7 (Kalender-)Tage (nicht: Werktage!).

Die Ladung ist auch per E-Mail zulässig. Sie gilt dann als ordnungsgemäß, wenn sie am 8. Tag vor der Sitzung abgesandt und dies in der Sitzungsakte vermerkt wurde (vgl. [§ 3 Abs. 2 S. 2 GeschäftsO](#)).

Beispiel: Abheften der Kopie der Einladung in der Akte mit „Ab-Vermerk“ oder einscannen der unterschriebenen Einladung und speichern im Ordner zur Sitzung.

Die Ladung per E-Mail hat nicht nur den Vorteil, dass sie papierlos erfolgt, sondern der Aktenvermerk der Versendung wird damit automatisch generiert.

Zu ladende Teilnehmer sind die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie ggf. Sachkundige, die zu bestimmten Tagesordnungspunkten hinzugezogen werden sollen.

Beispiel: Prüferin oder Prüfer eines widerspruchsführenden Studierenden, Fachvertreterinnen oder Fachvertreter, Angestellte des Bereichs Prüfungswesen.

**Wichtig:** Unabhängig davon, ob in der relevanten Prüfungsordnung die Beschlussfähigkeit des Ausschusses an die ordentliche Einberufung gekoppelt ist (wie in [§ 6 Abs. 1 S. 1 GeschäftsO](#)), bewirken Fehler bei der Ladung von Mitgliedern die Nichtigkeit der Beschlüsse, es sei denn, sämtliche Mitglieder sind trotz der fehlerhaften Ladung zur Sitzung erschienen.

Mit der Ladung sind die vorläufige Tagesordnung sowie die dazu gehörenden Beratungs- und Beschlussvorlagen zu übersenden.

### 3. Tagesordnung

Die oder der Vorsitzende stellt die vorläufige Tagesordnung für die Sitzung auf. Die Tagesordnung beginnt zweckmäßig mit folgenden TOP's:

- 1) Regularien
- 2) Festlegung der Tagesordnung
- 3) Genehmigung des Protokolls der (letzten) Sitzung vom ...
- 4) Bericht der oder des Vorsitzenden.

#### Formulierungsvorschlag (6)

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses können bis **zehn Tage** vor der Sitzung die Aufnahme von Tagesordnungspunkten beantragen. Ausnahmsweise mögen dann die entsprechenden Beschlussvorlagen mit Zustimmung der oder des Vorsitzenden bis zur Sitzung nachgereicht werden ([§ 3 Abs. 2 S. 3 GeschäftsO](#)). Die Nichtberücksichtigung von Anträgen ist gegenüber den Antragstellenden zu begründen.

### 4. Sitzungsraum

Prüfungssachen werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt, § 12 Abs. 2 S. 3 HG. Daher muss ein Raum eingeplant, gebucht und zur Verfügung gestellt werden, in dem ein ungestörter Sitzungsverlauf über die avisierte Dauer der Sitzung gewährleistet ist.

## III. Der Sitzungsverlauf

### 1. Nichtöffentlichkeit

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung beruht vor allem auf den individuellen Prüfungsangelegenheiten der Studierenden, da i.d.R. deren Privatsphäre sowie der Datenschutz betroffen sind. Diesbezüglich besteht ein Beratungsgeheimnis.

Im Übrigen ist festgelegt, dass auch die abstrakt-generellen Beratungen und Entscheidungen zu Prüfungsordnungen etc., die keinen persönlichen Bezug zu Prüflingen besitzen, nichtöffentlich zu behandeln sind (vgl. § 12 Abs. 2 S. 5 HG und Bestimmungen der Prüfungsordnungen).

Aufgrund der Nichtöffentlichkeit der Sitzung ist neben den Mitgliedern des Prüfungsausschusses nur ausnahmsweise anderen Personen die Teilnahme an den Beratungen erlaubt:

- Bedienstete der Verwaltung, die zur Verwaltungshilfe für die Erfüllung von Gremienaufgaben herangezogen werden, vgl. [§ 5 Abs. 2 i.V.m. § 17 Abs. 1 GeschäftsO](#),

Beispiel: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats zur Protokollführung.

- Mitglieder des Rektorats oder von ihnen zur Vertretung benannte Mitglieder der Hochschule [§ 16 Abs. 5 S. 2 HG](#),
- Personen, die als Sachkundige zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt hinzugezogen werden, [§ 5 Abs. 2 GeschäftsO](#).

Beispiel: Zuständige Mitarbeiter/-innen des Bereichs Prüfungswesen, Prüfende.

**Wichtig:** Personen gelten als hinzugezogen, wenn die oder der Vorsitzende das Erscheinen ankündigt und kein Mitglied des Prüfungsausschusses der Hinzuziehung widerspricht. Im Fall des Widerspruchs ist über die Hinzuziehung abzustimmen.

Andere Personen als jene aus diesen Personengruppen dürfen grundsätzlich nicht teilnehmen. Dazu gehören auch Ersatzmitglieder der Ausschussmitglieder, sofern sie nicht nachgerückt sind. Andere Festlegungen sind in die Prüfungsordnungen ausdrücklich aufzunehmen.

Beispiel: § 13 Abs. 9 S. 4 Bachelor-/Master-RPO: „Die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Mitglieder können mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen.“

Eine Verletzung der Bestimmungen über die Öffentlichkeit ist als **Verfahrensmangel** zu qualifizieren mit der Folge der Nichtigkeit des Beschlusses, wenn und soweit sich der Verstoß auf die Beschlussfassung ausgewirkt hat. Da sich ein solcher Zusammenhang zwar vermuten, aber nur schwer nachweisen lässt, wird die Nichtigkeit **immer** dann angenommen, wenn Personen bei der Beschlussfassung zugegen waren, die weder sachkundige Personen sind noch im Dienste der Universität stehen.

## 2. Leitung der Sitzung

Die Vorsitzenden eröffnen, leiten und schließen die Sitzungen. Sie sorgen – auch mittels straffer Verhandlungsführung – für einen zügigen und sachgemäßen Ablauf

der Beratungen. Dazu können sie jederzeit das Wort ergreifen; im Übrigen wird es in der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Ist es der Diskussion dienlich, kann aber von dieser Reihenfolge abgewichen werden ([§ 8 Abs. 2 GeschäftsO](#)).

Die oder der Vorsitzende stellt insbesondere Beginn und Abschluss folgender Punkte fest:

- die Behandlung eines Tagesordnungspunktes und
- die Durchführung einer Abstimmung oder Wahl ([§ 8 Abs. 1 GeschäftsO](#)).

Die Leitungsfunktion umfasst alle Maßnahmen und Anordnungen, die den äußeren Verfahrensablauf betreffen.

Weiterreichende Entscheidungen, wie z. B. Ausschluss oder Ablehnung von Mitgliedern wegen Befangenheit oder Entscheidungen über Beweiserhebungen, bleiben dem Gremium vorbehalten.

### 3. Antrags- und Rederecht

Grundsätzlich haben alle Mitglieder ein Antrags- und Rederecht ([§ 7 Abs. 2 GeschäftsO](#)). Davon ausgenommen sind die Studierenden bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen.

Beispiel: § 13 Abs. 9 S. 5 Bachelor-/Master-RPO: „Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen nicht mit.“

Das Gleiche gilt allgemein für pädagogisch-wissenschaftliche Entscheidungen (abhängig von der Prüfungsordnung).

Beispiele: Zurechenbarkeit von Lehrveranstaltungen zu den geforderten fachlichen Gebieten, Bestellung von Prüferinnen, Prüfern, Beisitzerinnen und Beisitzern.

Hinweis: Regelmäßig sind bei vielen Tagesordnungspunkten pädagogisch-wissenschaftliche Fragen berührt, so dass die Studierenden in diesen Fällen von jeglicher Mitwirkung (Antragstellung, Beratung, **Abstimmung**) ausgeschlossen wären. Daher sollte großzügig i.S.d. Studierenden verfahren und nur in eindeutigen Fällen u.a. das Antrags- und Rederecht versagt werden.

Neben den stimmberechtigten Mitgliedern haben solche Personen ein Rederecht, denen es erteilt wurde.

Beispiel: Sachkundige Personen.

### 4. Abstimmung über Anträge

Bis zur Feststellung des Abschlusses eines Tagesordnungspunktes können Sachanträge dazu gestellt werden. Sofern sie nicht schriftlich vorliegen, sind sie unmittelbar vor der Abstimmung in vollem Wortlaut zu verlesen. Im Zweifel müssen die Vorsitzenden durch Nachfrage vor der Abstimmung sicherstellen, dass den Mitgliedern der Inhalt der Sachanträge und die Bedeutung der Abstimmung bekannt sind.

Dies gilt insbesondere bei **konkurrierenden Sachanträgen**. In solchen Fällen ist zunächst über den nach Ansicht der Vorsitzenden weitergehenden Sachantrag abzustimmen; denn im Falle der Annahme hat sich der engere Sachantrag erledigt.

Lässt sich eine solche Abstufung nicht ausmachen, wird in der Reihenfolge der Antragstellung abgestimmt. Änderungs- und Ergänzungsanträge zu den Sachanträgen gehen den ursprünglichen konkurrierenden Sachanträgen vor.

Beispiel: Änderungsantrag zu Beschlussvorlagen bezüglich der Bestellung von Prüfern.

Ein durch Abstimmung ergänzter oder geänderter Sachantrag gilt nach Abstimmung in der geänderten Fassung.

**Wichtig:** Sobald die oder der Vorsitzende den Abschluss der Beratung verkündet und die Abstimmung eröffnet hat, sind Anträge zum Abstimmungsgegenstand oder eine Worterteilung dazu nicht mehr zulässig ([§ 10 Abs. 2 GeschäftsO](#)).

Abgestimmt wird im Normalfall mit **einfacher Mehrheit** der anwesenden Mitglieder.

Hinweis: Studentische Mitglieder sind bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen bzw. bei eindeutig pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen nicht stimmberechtigt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden oder bei Abwesenheit, die Stimme der oder des stellvertretenden Vorsitzenden. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden bei der Berechnung der Mehrheit nicht mitgezählt ([§ 10 Abs. 7 S. 3 GeschäftsO](#), BGH und div. Literatur / a.A. BVerwG: diese Stimmen gelten als Nein-Stimmen).

Grundsätzlich finden Abstimmungen offen (per Handzeichen oder Zuruf) statt. Es sind jedoch folgende **Sonderfälle** möglich:

#### **a) Geheime Abstimmung**

Eine geheime Abstimmung ist laut § 13 Abs. 1 HG und Geschäftsordnung ([§ 13 Abs. 1 und Abs. 5 GeschäftsO](#)) für Wahlen vorgesehen. Dabei wird durch **Stimmzettel** abgestimmt. Jede oder jeder Wahlberechtigte muss seine Stimme unbeobachtet abgeben können.

**Wichtig:** Wird gegen diese Prinzipien verstoßen oder sind Stimmzettel unrichtig gestaltet, führt dies zur Ungültigkeit der gesamten Wahl.

Wahlen durch den Ausschuss sind jedoch nur dann in geheimer Abstimmung vorzunehmen, wenn ein Mitglied der offenen Abstimmung widerspricht, [§ 92 Abs. 1 VwVfG](#) NW analog.

Beispiel: Wahlen von Auswahl-/Prüfungskommissionen für Auswahl- oder Eignungsfeststellungsverfahren.

#### **b) Abstimmungen im schriftlichen Verfahren**

Es gibt zwei Varianten: Entweder wird ein Schriftstück mit bestimmten Beschlussgegenständen nacheinander allen Mitgliedern zur Billigung zugeleitet (**Umlaufverfahren**) oder aber allen Mitgliedern werden gleichzeitig gleich lautende Schriftstücke als Beschlussvorlage mit der Bitte um Zustimmung zugeleitet (**Parallelverfahren**). Da in letzterem Fall unabhängig voneinander votiert wird, findet eine gegenseitige Beeinflussung nicht statt.

Das schriftliche Abstimmungsverfahren ist zulässig, wenn

- die Art des Verfahrens nach der Prüfungsordnung überhaupt vorgesehen ist,

Beispiel: § 13 Abs. 7 S. 1 Bachelor-/Master-RPO: „Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle [...] **im Umlaufverfahren** durchführen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und für den Bericht an den Fakultätsrat.“

- kein Mitglied dem Verfahren widerspricht und
- eine gemeinsame Beratung rechtlich oder zweckmäßig nicht zwingend erforderlich ist.

Beispiel: Kollektive Beratung der Widersprüche der Studierenden rechtlich erforderlich; geheime Abstimmungen können nicht im Umlaufverfahren durchgeführt werden.

**Wichtig:** Entscheidungen über Widersprüche sind in jedem Fall vom Umlaufverfahren ausgenommen.

Sobald ein Mitglied dem schriftlichen Verfahren (formlos) widerspricht, ist das Verfahren unzulässig mit der Folge, dass ein Beschluss trotz Mehrheitsentscheidung der bislang Beteiligten nicht zustande kommt oder bereits gefasste Beschlüsse nichtig sind. Ein Widerspruch ist unverzüglich nach Zugang der schriftlichen Unterlagen zu erklären, kann aber auch schon vor Beginn des Verfahrens erklärt werden, z. B. generell für bestimmte Angelegenheiten.

Hinweis: Sinnvoll ist die vorherige Einholung der Zustimmung der Mitglieder zum schriftlichen Verfahren durch die oder den Vorsitzenden. Diese kann durch Votum oder durch Stillschweigen bis zum Ablauf einer gesetzten Erklärungsfrist erteilt werden; die Zustimmung kann bis zum Abschluss des Umlaufverfahrens auch widerrufen werden.

Die für die Beschlussfassung vorgegebene Mindestzahl von abgegebenen Mitgliederstimmen muss eingehalten werden. Zudem sollte für einen zügigen Ablauf des Verfahrens durch die oder den Vorsitzenden den Mitgliedern eine angemessene Frist für die Rückäußerung gesetzt werden.

Nach Abschluss des schriftlichen Verfahrens ist den Mitgliedern durch die oder den Vorsitzenden bekannt zu geben, ob sich eine Mehrheit gebildet hat und welcher Beschluss gefasst worden ist.

Die Vorberatung und Abhandlung von Tagesordnungspunkten in einer Sitzung unter den Anwesenden derart, dass trotz Beschlussunfähigkeit bereits ein Beschluss ge-

fasst wird, dem nachträglich von den weiteren stimmberechtigten Ausschussmitgliedern nur noch zugestimmt werden soll, ist selbst dann unzulässig, wenn die Prüfungsordnung schriftliche Umlaufbeschlüsse vorsieht.

### c) Konferenzschaltungen

Zulässig ist grundsätzlich auch eine Konferenzschaltung, wenn dies in der Prüfungsordnung für die Prüfungsausschusssitzung aufgenommen ist und jedes Ausschussmitglied trotz räumlicher Trennung gleichzeitig alles mithören und erwidern kann. Nur so ist das Kollegialprinzip gewahrt.

**Wichtig:** Eine telefonische Rundfrage genügt diesen Anforderungen nicht.

## 5. Geschäftsordnungsanträge

Ein Antrag zur Geschäftsordnung durch ein Mitglied des Prüfungsausschusses kann mündlich vorgetragen werden und ist **bevorzugt** zu behandeln. Der Antrag ist angenommen, wenn ihm nicht widersprochen wird.

Als Geschäftsordnungsanträge zu behandeln sind insbesondere:

- Feststellung des Schlusses der Sitzung,
- Feststellung der Beschlussunfähigkeit,
- Befristete Unterbrechung der Sitzung,
- Nichtbefassung mit einem Tagesordnungspunkt oder einem Antrag,
- Vertagung eines Tagesordnungspunktes oder einer Beschlussfassung,
- Überweisung einer Angelegenheit an ein anderes Gremium,
- Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt,
- Vertraulichkeit der Beratung und Beschlussfassung,
- Schluss der Rednerliste oder der Debatte,
- Beschränkung der Redezeit (jedoch nicht unter drei Minuten!),
- Erteilung des Rederechts an weitere Personen,
- Wiederholung einer Abstimmung oder eines Wahlganges wegen offensichtlicher Formfehler oder wegen Unklarheit über den Inhalt der Abstimmung,
- Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte während der Sitzung.

Antrag und Widerspruch bedürfen keiner Begründung. Bei einem Widerspruch gegen Verfahrensanträge ist nach Anhörung von höchstens zwei Teilnehmenden für bzw. gegen den Antrag abzustimmen ([§ 9 Abs. 3 GeschäftsO](#)).

## 6. Änderung der Beschlussfähigkeit während der Sitzung

Die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Mitgliederzahl muss grundsätzlich während der gesamten Sitzung für jeden einzelnen Tagesordnungspunkt, insbesondere bei den jeweiligen Beratungen, anwesend sein.

**Wichtig:** In Fällen der Bewertung und Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen oder bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen (je nach PO-Regelung) ist die Beschlussfähigkeit gesondert festzustellen, da die studentischen Mitglieder von der Abstimmung ausgeschlossen sind. Das erforderliche Quorum bleibt unverändert.

Beispiel: Von den 7 Mitgliedern des PA sind beim TOP „Anrechnung von Prüfungsleistungen“ 5 stimmberechtigt. Beschlussfähigkeit liegt unverändert nach § 13 Abs. 9 S. 1 Bachelor-/Master-RPO's bei Teilnahme von 3 stimmberechtigten Mitgliedern vor: der oder dem Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Mitglied, einer weiteren Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer sowie einem weiteren stimmberechtigten Mitglied (Beteiligungsquorum).

Tritt im Verlauf der Sitzung die Beschlussunfähigkeit ein, so **ist** diese nach entsprechendem Geschäftsordnungsantrag festzustellen, [§ 6 Abs. 2 S. 2 GeschäftsO.](#)

**Wichtig:** Abweichend von der Geschäftsordnung des Senats kann die Beschlussfähigkeit **nicht** vermutet werden, solange die Beschlussunfähigkeit nicht ausdrücklich festgestellt ist.

Anders als bei öffentlichen Sitzungen des Senats oder Fakultätsrates, an denen zahlreiche Personen teilnehmen, ist die Teilnehmerzahl in der Sitzung des Prüfungsausschusses derart übersichtlich, dass eine vorhandene oder eintretende Beschlussunfähigkeit sofort auffällt. Diesem Wissen darf sich die oder der Vorsitzende nicht verschließen. Mit anderen Worten: Die oder der Vorsitzende (oder ein anderes Ausschussmitglied) hat von Amts wegen die Beschlussunfähigkeit festzustellen bzw. einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag zu stellen!

Hierbei sind zwei Fälle denkbar:

#### **a) Vorübergehende Beschlussunfähigkeit**

Eine vorübergehende Beschlussunfähigkeit kann sich aus der kurzzeitigen Abwesenheit eines Sitzungsteilnehmers ergeben.

Beispiel: Verlassen des Raumes eines Ausschussmitgliedes.

In einem solchen Fall kann die oder der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen, wenn damit zu rechnen ist, dass die Beschlussfähigkeit kurzfristig wieder hergestellt wird. Dazu sollte er das den Raum verlassende Mitglied befragen.

Hinweis: Bei **zeitweiliger Abwesenheit** eines Mitglieds kann dieses nach seiner Rückkehr an der Beschlussfassung zu dem versäumten Tagesordnungspunkt nur teilnehmen, wenn es nachträglich über den versäumten Teil der Besprechung informiert wurde. Anderenfalls ist das Mitglied für den versäumten Teil als abwesend zu behandeln.

Bei Wiedereröffnung bzw. vor der nächsten Abstimmung, die zu einem Beschluss führen soll, ist die Beschlussfähigkeit bei einem zeitweilig abwesenden Mitglied erneut festzustellen ([§ 6 Abs. 3 GeschäftsO.](#)).

#### **b) Dauerhafte Beschlussunfähigkeit**

Führt das dauerhafte Verlassen der Sitzung durch ein Mitglied/mehrere Mitglieder zur Beschlussunfähigkeit des Ausschusses, dürfen nur noch Tagesordnungspunkte ohne Beschlussfassung abgehandelt werden. Danach ist die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit zu schließen ([§ 6 Abs. 4 GeschäftsO.](#)).

Hinweis: In dem Fall kann die oder der Vorsitzende die Sitzung innerhalb von 10 Werktagen mit unveränderter Tagesordnung erneut einberufen ([§ 6 Abs. 4 GeschäftsO](#)).

## 7. Einzelne Tagesordnungspunkte

### a) Überblick

- Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- TOP 1: Regularien
  - Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der einzelnen Teilnehmer
  - Feststellung der Beschlussfähigkeit gemäß der jeweiligen PO
- TOP 2: Festlegung der Tagesordnung
- TOP 3: Genehmigung des Protokolls der vorherigen Sitzung
- TOP 4: Bericht der oder des Vorsitzenden
- Weitere TOP-Themen
- Schließung der Sitzung

### b) Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird formal eröffnet, indem die oder der Vorsitzende die Teilnehmer begrüßt und zweckmäßig durch ausdrückliche Erklärung (z. B.: „*Die Sitzung ist hiermit eröffnet*“) anzeigt, dass die Sitzung beginnt.

### c) TOP 1: Regularien

Hierzu gehören:

#### aa) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der einzelnen Teilnehmer

Anhand des Aktenvermerks erfolgt die Überprüfung und Feststellung durch die oder den Vorsitzenden, ob und ggf. dass alle Mitglieder zu der Sitzung geladen wurden.

#### bb) Feststellung der Beschlussfähigkeit<sup>17</sup>

Anschließend ist die Beschlussfähigkeit festzustellen, die sich nach der geltenden Prüfungsordnung richtet.

<sup>17</sup> Zur Änderung der Beschlussfähigkeit während der Sitzung: siehe Kapitel 2, Punkt C. III. 6., S. 41

Beispiel: § 10 Abs. 5 PO Bachelor BWL: „Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die bzw. der Vorsitzende oder die bzw. der stellvertretende Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und ein weiteres Mitglied aus einer beliebigen Gruppe anwesend sind.“

Beratende Mitglieder des Ausschusses zählen bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht mit.

#### **d) TOP 2: Festlegung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird mit einfacher Mehrheit festgelegt.

Bis zur Festlegung der endgültigen Tagesordnung zu Beginn der Sitzung können die stimmberechtigten Mitglieder weitere Tagesordnungspunkte vorschlagen, deren Beratung erst nach ergangener Einladung dringend notwendig geworden ist ([§ 4 Abs. 2 GeschäftsO](#)). Wahlen sind davon ausgenommen.

Beispiel: Bestellung einer Ersatzprüferin oder eines Ersatzprüfers bei plötzlichem Wegfall der ursprünglichen Prüferin oder des Prüfers.

#### **e) TOP 3: Genehmigung des Protokolls der vorhergehenden Sitzung**

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird per Beschluss, der einer einfachen Stimmenmehrheit bedarf, genehmigt. Zuvor ist über etwaige Änderungsanträge abzustimmen.

#### **f) TOP 4: Bericht der oder des Vorsitzenden**

Dir oder der Vorsitzende berichtet über die Angelegenheiten mit prüfungsrechtlichem oder prüfungsorganisatorischem Bezug, die seit der letzten Sitzung vorgefallen sind.

Beispiel: Notwendige Änderungen von Modulen und Prüfungsleistungen, Bekanntmachung von Prüfungsordnungen, Besprechungen mit anderen Gremien oder Stellen.

Hinweise: (1) Es empfiehlt sich, zu diesem Punkt im Arbeitsalltag laufend Aktenvermerke im Hinblick auf die nächste Ausschusssitzung zu fertigen. Das spart im Ergebnis Zeit und gewährleistet die Vollständigkeit des Berichts.

(2) Um die Sitzung nicht unnötig zeitlich auszudehnen, sollten längere Diskussionsbeiträge zu TOP 4 auf den TOP „Verschiedenes“ an das Ende der Sitzung verlegt werden. Dazu ist die oder der Ausschussvorsitzende kraft ihrer bzw. seiner Sitzungsleitung befugt. So ist gesichert, dass für die entscheidungserheblichen Punkte angemessen Zeit zur Verfügung steht. Die Erfahrung zeigt, dass sich die „Diskussionsfreudigkeit“ umgekehrt proportional zur Sitzungsdauer verhält, sodass beim TOP „Verschiedenes“ nur wirklich Relevantes noch diskutiert wird.

#### **g) Weitere TOP's**

Nach Erledigung der regelmäßigen Tagesordnungspunkte werden die weiteren TOP's gemäß der Tagesordnung abgearbeitet.

## h) Schließung der Sitzung

Die Schließung der Sitzung durch die oder den Vorsitzenden ist der formale Akt, durch den die Sitzung abgeschlossen wird. Daher ist die Sitzung ggf. formal wiederzueröffnen, wenn sich weiterer Besprechungsbedarf ergibt.

### Exkurs:

Ist die eröffnete Sitzung aus erheblichen Gründen vorzeitig zu beenden, so ist diese unter Hinweis des Grundes und Bestimmung des neuen (Fortsetzungs-)Termins zu schließen (**Vertagung**) und der Vorgang im Sitzungsprotokoll zu vermerken.

Beispiele: Beschlussunfähigkeit, Nichteinhaltung der Ladungsfrist.

Bei der Festsetzung des neuen Termins ist zu berücksichtigen, dass die neue Sitzung spätestens für den zehnten Werktag nach der Schließung einzuberufen ist, soll sie mit unveränderter Tagesordnung fortgeführt werden, [§ 6 Abs. 4 S. 2 GeschäftsO.](#)

Soll dagegen nur ein **TOP vertagt** werden, so ist auch dies durch die oder den Vorsitzenden festzustellen und im Protokoll aufzunehmen, dass der TOP auf die nächste Sitzung bzw. bis zur Einholung von Stellungnahmen o. ä. vertagt wird.

### Ende des Exkurses

## IV. Protokoll

### 1. Zeitpunkt der Protokollerstellung

Rechtzeitig im Vorfeld der anstehenden Sitzung ist zu prüfen, ob das Protokoll der vorhergehenden Sitzung den Ausschussmitgliedern übersandt wurde.

**Wichtig:** Eine Genehmigung des Protokolls darf nicht früher als drei Tage nach seiner Versendung erfolgen ([§ 14 Abs. 3 GeschäftsO.](#)).

Hinweis: Protokolle schreiben und Korrektur lesen wird nicht selten als „lästig“ empfunden. Gleichwohl sollte diese Pflichtaufgabe der oder des Vorsitzenden zeitnah im Anschluss an die Sitzung bewältigt werden, wenn die Eindrücke und Erklärungen noch frisch sind. Dadurch ist der Arbeitsaufwand geringer als nach Wochen des Zuwartens.

### 2. Inhalt des Protokolls

Folgende Angaben muss das Protokoll enthalten ([vgl. § 14 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 GeschäftsO.](#)):

- Ort und Tag der Sitzung,
- Tagesordnung,
- Anwesenheitsliste,
- Beratungsgegenstände,
- Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
- Abstimmungsergebnisse.

**Hinweis:** Das Protokoll der anstehenden Sitzung sollte unter Berücksichtigung der vorhandenen Vorlagen soweit vorbereitet werden, dass entweder während der Sitzung die Änderungen und Ergänzungen gleich eingepflegt werden können oder kurzfristig im Anschluss an die Sitzung.

Bewährt hat sich auch, (zusätzlich) eine Tonaufnahme der Sitzung zu fertigen, um den Wortlaut der Beschlüsse und der Abstimmungsergebnisse nachvollziehen zu können.

**Wichtig:** Wegen der Nichtöffentlichkeit der Sitzung müssen Aufzeichnungen verschlussicher aufbewahrt werden.

Das Protokoll ist von der oder dem Vorsitzenden und soweit eine Protokoll führende Person hinzugezogen wurde, auch von dieser zu unterzeichnen.

### Formulierungsvorschlag (7)

## **V. Befangenheit einzelner Prüfungsausschussmitglieder**

Angehörige einer oder eines Studierenden dürfen weder Prüferin oder Prüfer der oder des Studierenden sein ([§ 20 Abs. 1 Nr. 2 und 3 VwVfG](#) NW) noch dürfen sie im Prüfungsausschuss in Angelegenheiten tätig werden, die die Studierende bzw. den Studierenden betreffen.

**Beispiel:** Verlobte, Ehegatten, verwandte und verschwägte Personen.

Ein Prüfungsausschussmitglied hat sich zudem von der Mitwirkung in einem Verfahren zu enthalten, wenn Zweifel an einer unparteiischen Amtsausübung in der Sache bestehen, [§ 21 Abs. 1 VwVfG](#) NW.

**Beispiel:** Prüferin oder Prüfer.

Allein der Umstand, in der zu behandelnden Sache zuvor in anderer Eigenschaft tätig gewesen zu sein, reicht noch nicht aus. Die Befangenheit kann sich aber aus den Begleitumständen ergeben.

**Beispiel:** Äußerungen gegenüber der oder dem Studierenden oder Ausschussmitgliedern.

**Hinweis:** Um auch nur den Anschein einer nicht ausschließlich auf sachlichen Erwägungen beruhenden Entscheidung zu vermeiden, sollte im Zweifel eine Befangenheit angenommen werden.

**Wichtig:** Das Ausschussmitglied hat die oder den Vorsitzenden von sich aus vor Behandlung des entsprechenden TOP's auf die Umstände hinzuweisen, die seine Befangenheit begründen könnten. Der Ausschuss bestimmt sodann über den Ausschluss des Mitgliedes (auch der oder des Vorsitzenden); das gilt ebenso für den Fall der Selbstablehnung. Die oder der Betroffene darf weder an der Beratung noch an der Entscheidung über den Ausschluss teilnehmen.

Im Falle des Ausschlusses darf das ausgeschlossene Mitglied anschließend bei der **Beratung und Beschlussfassung** in der Sache nicht anwesend sein, §§ [20 Abs. 4 S. 3](#) , [21 Abs. 2 VwVfG](#) NW.

### **3. Kapitel: Das Widerspruchsverfahren**

#### **A. Allgemeines**

Bevor die Studierenden in Prüfungsangelegenheiten ein gerichtliches Verfahren einleiten können, ist regelmäßig ein Widerspruchsverfahren vor dem Prüfungsausschuss durchzuführen (§ 68 VwGO). Soweit das Landesgesetz<sup>18</sup> dazu Ausnahmen vorsieht, gelten diese ausdrücklich nicht in den Fällen der

- **Bewertung einer Leistung** im Rahmen einer berufsbezogenen Prüfung, (§ 110 Abs. 2 Nr. 2 JustG NW).

Zur Beibehaltung des bestmöglichen Rechtsschutzes und Serviceangebots für die Studierenden an dieser Universität ist auch in den übrigen Fällen ein Widerspruchsverfahren durchzuführen.

Beispiel: Versagte Anerkennung von Prüfungsleistungen bzw. beruflichen Qualifikationen oder Gewährung von Schreibzeitverlängerung, Aufnahme von zusätzlich abgelegten Prüfungsleistungen in das Abschlusszeugnis, Nichtzulassung zu teilnehmerbeschränkten Prüfungsleistungen oder Masterstudiengängen nach Eignungsfeststellungsverfahren.

Dies ist vor allem deshalb sinnvoll, weil die sachnahe Kontrolle und Klärung der eigenen Entscheidungen innerhalb der Prüfungsbehörde der gerichtlichen Kontrolle mit kostenauslösenden Maßnahmen vorzuziehen ist. Wohl deshalb wurde diese Vorgehensweise von den Verwaltungsgerichten bislang nicht beanstandet.

#### **B. Anforderungen an den Widerspruch**

##### **I. Form und Begründung**

Der Widerspruch muss in Schriftform vorliegen, kann aber auch zur Niederschrift bei der Prüfungsbehörde aufgenommen werden (vgl. § 70 VwGO). Fehlt der Hinweis im Ausgangsbescheid, dass der Widerspruch auch zur Niederschrift eingelegt werden kann, so ist die Rechtsbehelfsbelehrung fehlerhaft.<sup>19</sup>

Hinweis: Um insoweit einen einheitlichen Verfahrensweg zu schaffen, wird folgende Rechtsbehelfsbelehrung im Ausgangsbescheid empfohlen:

„Rechtsbehelfsbelehrung

*Gegen diese Entscheidung kann innerhalb **eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim*

<sup>18</sup> Zweites Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz II) vom 25.04.2007, LT Drucks. 14/4199

<sup>19</sup> Folge: Widerspruchsfrist verlängert sich auf 1 Jahr, siehe Kapitel 3, Punkt B. II., S. 50

*Prüfungsausschuss ..... [Name des PA] der Universität Duisburg-Essen, vertreten durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, **über den Bereich Prüfungswesen**, Forsthausweg 2, 47057 Duisburg schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.“*

Für **Campus Essen**: wie oben, aber der Widerspruch ist beim Prüfungsausschuss über den Bereich Prüfungswesen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen einzulegen.

Eine E-Mail erfüllt das Schriftformerfordernis nicht. Fehlende oder fehlerhafte Bezeichnungen als Beschwerde, Einspruch o.ä. sind dagegen unschädlich.

Der Widerspruch muss grundsätzlich für jede Widerspruch führende Person „in eigener Person“ vorliegen. Damit erfüllt ein Widerspruch einer Gruppe von namentlich aufgeführten Studierenden diese Anforderungen nicht.

Beispiel: Mehrere Prüflinge legen in einem Schreiben gegen die Aufgabenstellung einer Prüfung Widerspruch ein und unterschreiben („Sammelwiderspruch“). In einem solchen Fall ist seitens der Prüfungsbehörde auf die Berichtigung der Erklärungen und die Abgabe einzelner Widersprüche hinzuwirken, wenn diese offensichtlich versehentlich oder aus Unkenntnis unterblieben oder unrichtig abgegeben bzw. gestellt worden sind ([§ 25 Abs. 1 S. 1 VwVfG NW](#)).

Eine Begründung des Widerspruchs ist in der Regel nicht zwingend. Entscheidend ist, dass aus dem Inhalt des Schreibens oder den Umständen hervorgeht, dass und welche Entscheidung oder Maßnahme des Prüfungsausschusses oder des Bereichs Prüfungswesen überprüft und geändert werden soll.

Hinweis: In Zweifelsfällen ist zugunsten der Studierenden von einem Widerspruch auszugehen. Sollten der Wille oder das bezweckte Ziel der oder des Studierenden nicht erkennbar sein, so ist aufgrund des behördlichen Untersuchungsgrundsatzes ([§ 24 VwVfG NW](#)) bei der oder dem Studierenden nachzufragen, ob Widerspruch eingelegt werden sollte.

Liegt keine Begründung vor, so wird die angefochtene Verfügung generell nochmals daraufhin überprüft, ob diese mit den Bestimmungen der PO oder der gesetzlichen Normen im Einklang steht. Dazu gehört auch, ob zugewiesenes **Ermessen** (Formulierungen wie „kann“, „darf“, „ist befugt“, „ist ermächtigt“) erkannt und ausgeübt wurde ([§ 40 VwVfG NW](#)).

Beispiel: Die Hochschule **kann** auf Antrag sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf einen Studiengang anrechnen (§ 63 Abs. 2 HG). Damit **muss** die Prüfungsbehörde die vorgelegten Unterlagen prüfen, ob eine Anrechnung in Betracht kommt und darf dies nicht schon von vornherein generell ausschließen.

**Wichtig:** Ist aber das Verfahren oder die Bewertung einer Prüfung Gegenstand des Widerspruchs, dann ist eine substantiierte Begründung notwendig, und zwar indem

- konkret,
- nachvollziehbar und
- schlüssig

dargelegt wird, aus welchen Gründen die Prüfung angefochten wird.

Trotz Untersuchungsgrundsatz muss der Prüfungsausschuss auf die pauschale Kritik der oder des Studierenden in diesen Fällen die Fehler nicht selbst suchen oder ergänzende Begründungen des Prüfenden einholen. Die oder der Studierende ist jedoch auf solche Unzulänglichkeiten hinzuweisen.

### Formulierungsvorschlag (8)

Hinweis: Substantiierte Einwendungen einer oder eines Studierenden sind dagegen umfassend zu beachten und zu würdigen. Dies muss sich anschließend im Widerspruchsbescheid widerspiegeln, indem auf alle Aspekte aus dem Vortrag der oder des Studierenden eingegangen wird.

## II. Frist

Relevant sind zwei **Fristen**:



Grundsätzlich: **Monatsfrist**  
ab Bekanntgabe



**Jahresfrist**  
ab Bekanntgabe bei fehlender oder fehlerhafter Rechtsbehelfsbelehrung im Ausgangsbescheid

Der Widerspruch muss grundsätzlich **einen Monat** nach Bekanntgabe ([§ 41 Abs. 2 und 4 VwVfG](#) NW) der Ausgangsentscheidung gegenüber der oder dem Studierenden beim zuständigen Prüfungsausschuss **eingegangen** sein. Fehler gehen zu Lasten der Studierenden.

**Wichtig:** Wegen dieser Frist ist unbedingt per Posteingangsstempel das Eingangsdatum des Widerspruchschreibens darauf festzuhalten. In Zweifelsfällen sollte der Briefumschlag mit Poststempel zur Akte genommen werden. Das Datum des Schreibens ist nicht immer korrekt angegeben!

Der Ablauf der Monats- bzw. Jahresfrist ist abhängig von der **Art der Bekanntgabe** der Ausgangsentscheidung, z.B. der Nicht-Zulassung zu einer Prüfung.

- Wird die verwehrte Zulassung per Schreiben mit einfacher Post im Inland oder elektronisch versandt, so wird von einer Bekanntgabe (fiktiv) **3 Tage nach Absendung** ausgegangen, [§ 41 Abs. 2 VwVfG](#) NW.
- Geht das Schreiben der oder dem Studierenden tatsächlich zu einem späteren Zeitpunkt zu, gilt der spätere Zeitpunkt. Ohnehin ist im Zweifelsfall der Zugang eines Schreibens oder einer E-Mail bei der Widerspruch führenden Person und der Zeitpunkt des Zugangs von der Prüfungsbehörde zu beweisen, [§ 41 Abs. 2 VwVfG](#) NW.

- Erfolgt die Bekanntgabe der Nichtzulassung per Aushang oder Veröffentlichung der Teilnehmerliste im Internet, so gilt sie 14 Tage danach als bekannt gegeben, [§ 41 Abs. 4 VwVfG](#) NW.
- Wird die Entscheidung mit einfacher Post ins Ausland versandt, so kann wohl von einer Bekanntgabe (fiktiv) **1 Monat nach Absendung** ausgegangen werden, [§ 71 b Abs. 6 VwVfG](#) NW analog. Geht die Post tatsächlich zu einem späteren Zeitpunkt zu, gilt der spätere Zeitpunkt, wobei im Zweifelsfall der Zugang und der Zeitpunkt des Zugangs von der Prüfungsbehörde zu beweisen sind.

### Exkurs:

Allein dadurch, dass die oder der Studierende den Zugang des Bescheides schlicht bestreitet, entstehen noch keine berechtigten Zweifel. Dies gilt i.d.R. auch bei der Erklärung, den Brief im Briefkasten nicht vorgefunden zu haben. Kann die oder der Studierende aber glaubhaft konkrete Tatsachen vortragen, dass sie oder er den Bescheid nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt erhalten hat, trägt der Prüfungsausschuss die Beweislast für die ordentliche Bekanntgabe der Ausgangsentscheidung. Bei der Würdigung der Plausibilität spielt eine wichtige Rolle, wie weit der behauptete Vorgang von üblichen Abläufen abweicht.<sup>20</sup>

Wegen dieser Nachweispflicht sollten wichtige Bescheide, wie z.B. über das endgültige Nichtbestehen des Studienganges, per Einschreiben an die Studierenden übersandt werden, auch wenn dies gesetzlich für einfache Bescheide nicht gefordert ist.<sup>21</sup>

### Ende des Exkurses

Die Monatsfrist wird konkret wie folgt berechnet ([§ 31 Abs. 1 VwVfG](#) NW i.V.m. [§ 188 Abs. 2 BGB](#)):

Beispiel: Bescheid datiert vom 28.01. und wurde am gleichen Tag zur Post aufgegeben, Bekanntgabe im Inland demnach am 31.01., Monatsfristablauf am 28.02. bzw. 29.02. (im Schaltjahr).

Fällt das ermittelte Fristende auf einen Samstag, Sonn- oder Feiertag, gilt der nächste Werktag als Fristende.

Beispiel: Bescheid datiert vom 01.03.2010 und wurde am gleichen Tag zur Post aufgegeben, Bekanntgabe demnach am 04.03.2010, Monatsfristablauf am Dienstag, dem 06.04.2010, da der 04.04.2010 ein Sonntag und der 05.04.2010 ein Feiertag ist.

Irrelevant ist, ob der Tag der Bekanntgabe und damit der Fristbeginn ein Sonntag oder Feiertag ist.

Wird die Widerspruchsfrist nicht gewahrt, so kann dies durch **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**<sup>22</sup> gemäß § 32 VwVfG NW geheilt werden, wenn die Verfristung unverschuldet ist.

<sup>20</sup> vgl. Ramsauer in: Kopp/Ramsauer, Kommentar zum VwVfG, 10. Aufl., 2008, § 41 Rz. 22

<sup>21</sup> Anders für Widerspruchsbescheide, weil Zustellung verlangt. Siehe dazu unter Kapitel 3, Punkt F. III., S. 66

Hinweis: Von fehlendem Verschulden ist auszugehen, wenn die belastende Ausgangsentscheidung nicht begründet wurde (§ 39 VwVfG NW) oder die notwendige Anhörung unterblieben ist und dadurch die Frist versäumt wurde (§ 45 Abs. 3 VwVfG NW).

Bei fehlender oder mangelhafter Rechtsbehelfsbelehrung beträgt die Frist zur Einlegung des Widerspruchs **ein Jahr**.

Beispiel: Ausgangsbescheid enthält nicht den Hinweis, dass der Widerspruch auch zur Niederschrift aufgenommen werden kann oder der zuständige Prüfungsausschuss als Adressat des Widerspruchs ist falsch angegeben.

**Wichtig:** Die Prüfungsbehörde ist „Herrin des Vorverfahrens“. Daher kann sie bei Form- und Fristfehlern zugunsten der Studierenden darauf verzichten, sich auf diese Umstände zu berufen und eine Entscheidung zur Sache treffen. Bei offensichtlichen und unerträglichen Rechtsfehlern in der Sache ist dies anzuraten. Im Übrigen sollte wegen der Auswirkungen auf die Gleichbehandlung nur in klaren Einzelfällen davon Gebrauch gemacht werden.

Hinweis: Wegen der möglichen Selbstbindung der Verwaltung sollte sich der Prüfungsausschuss auf ein allgemeines Prinzip verständigen.

### III. Statthaftigkeit

Ein Widerspruch ist nur bei der möglichen Verletzung von eigenen Rechten des Widerspruch führenden Studierenden statthaft, **kein Drittwiderspruch**.

Beispiel: Studierende legen Widerspruch gegen die Zulassung des Studierenden B zur teilnehmerbeschränkten Veranstaltung und Prüfung ein, da nach ihrer Ansicht die Voraussetzungen für die Teilnahme bei ihnen eher vorlägen.

#### Exkurs:

Dagegen sind Rügen anderer Studierender - z.B. zu einer fehlerhaften Begünstigung des Widerspruchsführers - im Rahmen einer Sachverhaltsermittlung zwar beachtlich, führen aber nicht dazu, dass sie das gleiche Recht auf diese fehlerhafte Begünstigung erlangen („Kein Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht“).

#### Ende des Exkurses

Zudem ist ein Widerspruch unzulässig, wenn er eingelegt wird, bevor überhaupt eine Entscheidung getroffen wurde, gegen die ein Widerspruch statthaft ist.

Beispiel: Wird im Rahmen der schriftlichen Anhörung durch den Bereich Prüfungswesen mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, die Klausur wegen Täuschungsversuchs mit der Note 5,0 zu bewerten und zur Stellungnahme aufgefordert, so ist ein

---

<sup>22</sup> Siehe dazu unter Kapitel 5, Punkt A. II. 1. b), S. 75

Widerspruch dagegen unzulässig, da es sich nur um eine Mitteilung bzw. Auskunft und Anhörung handelt.

Ein Widerspruch ist erst zulässig, wenn die Prüfungsbehörde gegenüber der oder dem Studierenden zum Zeitpunkt der Widerspruchseinlegung einen Verwaltungsakt (z.B. Entscheidung über Rücktrittsgewährung durch Aushang der Notenbekanntgabe) bzw. einen Bescheid erlassen hat.

**Wichtig:** Er wird auch nicht dadurch nachträglich zulässig, dass später der Bescheid bzw. der Verwaltungsakt, gegen den sich der Widerspruch richten soll, tatsächlich erlassen wird. Vielmehr muss dann erneut Widerspruch eingelegt werden, worauf die Studierenden hingewiesen werden sollten.

### Formulierungsvorschlag (9)

Mängel der Bekanntgabe stehen der Statthaftigkeit des Widerspruchs nicht entgegen.

Beispiel: Der Bescheid des Bereiches Prüfungswesen wird versehentlich an die „alte“ Anschrift der oder des Studierenden am Wohnsitz der Eltern gesandt, obwohl die aktuelle Anschrift bekannt ist. Ein Widerspruch der oder des Studierenden gegen den erlassenen und dorthin bekannt gegebenen Bescheid ist statthaft.

Ob ein Bescheid oder nur eine Mitteilung ergeht, ist davon abhängig, wie die oder der Studierende unter Berücksichtigung der äußeren Form die Erklärung verstehen durfte. Erscheint das Schreiben nach den Umständen als Bescheid (endgültige Entscheidung mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung), dann sind dagegen dieselben Rechtsbehelfe gegeben wie gegen „echte Verwaltungsakte“.

Beispiel: Der Mitteilung des Bereiches Prüfungswesen wird versehentlich eine Rechtsbehelfsbelehrung angefügt, wonach die oder der Studierende Widerspruch dagegen einlegen kann. Dieser ist dann auch statthaft. Umgekehrt führt das Weglassen der Rechtsbehelfsbelehrung nicht dazu, dass aus einem Bescheid eine bloße Mitteilung wird. Vielmehr ist dann die Folge, dass sich die Widerspruchsfrist von einem Monat auf ein Jahr nach Bekanntgabe verlängert.

## **C. Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Mit der Einlegung eines Widerspruchs wird die Bestandskraft der ursprünglichen Entscheidung gehemmt.

Beispiel: Studierende legen jeweils gegen die Bewertung ihrer Prüfungsleistungen Widerspruch ein.

In dringlichen Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuss der hemmenden Wirkung eines Widerspruchs dadurch vorbeugen, indem er die sofortige Vollziehung seiner Entscheidung im Ausgangsbescheid oder im Widerspruchsverfahren besonders anordnet ([§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO](#)). Dies wird – wenn überhaupt - in Fällen der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch einen Studierenden anzunehmen sein.

Beispiele: Erheblich ordnungswidriges Verhalten einer oder eines Studierenden: Abbruch der Prüfung und Ausschluss von der Erbringung weiterer Prüfungen wegen wiederholter schwerwiegender Störung einer Prüfung; Aberkennung des akademischen Grades und Einziehung des Zeugnisses, des Diploma Supplement und der Urkunde wegen besonders schwerwiegender Täuschungshandlung bei der Abschlussarbeit.

Die Dringlichkeit ergibt sich in diesen Fällen dadurch, dass ein „Exempel statuiert“ werden soll, um Nachahmungen zu verhindern. Die ungewisse Nutzung der unrechtmäßig erlangten Dokumente der Fakultät stellt ebenfalls einen hinreichenden Dringlichkeitsgrund dar.

Diese speziellen Gründe für die Anordnung der sofortigen Vollziehung, insbesondere die Dringlichkeit, sind im Bescheid oder Widerspruchsbescheid gesondert aufzuführen. Um die aufschiebende Wirkung ihres Widerspruchs dann wiederherzustellen, müssten die Studierenden um vorläufigen gerichtlichen Rechtsschutz ersuchen.

## D. Untätigkeit des Prüfungsausschusses

Über einen Widerspruch oder einen Antrag auf Vornahme einer Handlung ist regelmäßig spätestens innerhalb von **3 Monaten** zu entscheiden. Wird ohne sachlichen Grund diese Frist nicht eingehalten, so können die Studierenden auch ohne Durchführung des Widerspruchsverfahrens (Untätigkeits-) **Klage** vor dem Verwaltungsgericht erheben, [§ 75 VwGO](#).

Beispiel: Der Prüfungsausschuss hält nur zweimal im Jahr eine Sitzung ab. Wenn keine dringende Eilentscheidung vorliegt, kann die oder der Prüfungsausschussvorsitzende nicht allein über den Widerspruch entscheiden. Die fehlende Einzelentscheidungskompetenz der oder des Vorsitzenden stellt keinen sachlichen Grund für die Untätigkeit des gesamten Prüfungsausschusses dar.

Zu den sachlichen Gründe gehören vielmehr:

- umfangreiche und besonders schwierige Sachverhaltsaufklärung,
- Einholung von Stellungnahmen,
- Fehlen einer Vollmacht,
- Fehlen notwendiger, vom Studierenden vorzulegender Unterlagen,
- schwebende Verhandlungen über eine gütliche Einigung oder
- Aussetzung wegen abzuwartender Entscheidung im Parallel- oder Musterverfahren.

Hinweis: Aus diesem Grund sollte die Widerspruch führende Person bei langfristigen Verfahren zwischenzeitlich über den Sachstand informiert und der Termin einer abschließenden Entscheidung in Aussicht gestellt werden.

Die bloße Untätigkeit der Prüfungsbehörde ist „neutral“ und kann nicht schon als negative Entscheidung über den Widerspruch gewertet werden.

## E. Die Beratung über den Widerspruch

### I. Allgemeines

In den Prüfungsausschusssitzungen ist nach Ermittlung des vollständigen Sachverhalts über die Widersprüche der Studierenden zu beraten und eine kollektive Entscheidung herbeizuführen. Der Prüfungsausschuss hat dabei die volle Überprüfungscompetenz und soll **eigene Erwägungen** anstellen. Er ist nicht auf Erklärungen des für ihn tätigen Bereiches Prüfungswesen im Ausgangsbescheid beschränkt.

Hinweis: Werden die Beschlussvorlagen für die Prüfungsausschusssitzung zur Information der Mitglieder bereits umfassend und im Stil eines Widerspruchbescheides vorgenommen, können diese anschließend nahezu übernommen werden.

#### Formulierungsvorschlag (10)

**Wichtig:** Bei anwaltlich vertretenen Studierenden ist zu beachten, dass die Kostentragungspflicht der Fakultät auch im Falle einer **Kulanzentscheidung** (z.B. bei Verfristung) besteht, es sei denn, es wird dazu vorab mit dem Bevollmächtigten eine Einigung getroffen.<sup>23</sup> Andererseits kann und sollte die Verfristung des Widerspruchs im Einzelfall dann nicht maßgeblich sein, wenn die von den Studierenden angegriffene Ausgangsentscheidung so offensichtlich rechtswidrig ist, dass sie derart nicht bestehen bleiben sollte.

### II. „Verböserung“

Grundsätzlich ist auch eine Verschlechterung der Ausgangsmaßnahme zu Lasten der Widerspruch führenden Person möglich. Weil mit der Einlegung des Widerspruchs diese selbst den Eintritt der Bestandskraft der Verfügung verhindert hat, ist sie oder er nicht immer voll geschützt.

Beispiel: Während des Widerspruchsverfahrens gegen die Bewertung der Klausur mit „nicht ausreichend“ (5,0) wegen Täuschungsversuchs wird festgestellt, dass es sich trotz Abmahnung um einen wiederholten und derart schwerwiegenden Täuschungsversuch handelt, dass der Ausschluss von den weiteren Prüfungen der oder des Studierenden im Studiengang in Betracht zu ziehen ist.

Vor einer solchen, neu oder weitergehend belastenden Entscheidung ist der oder dem Studierenden aber nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, § 71 VwGO, sofern grundsätzlich eine Anhörungspflicht besteht.

Beispiel: Anhörungspflicht bei Entscheidungen über ordnungswidriges Verhalten der oder des Studierenden (Täuschung, Störung).

Die bundesverwaltungsgerichtliche Rechtsprechung nimmt nur Einschränkungen aufgrund Vertrauensschutzes an, der bei Täuschungshandlungen der Studierenden

<sup>23</sup> Siehe dazu unter Kapitel 3, Punkt F. II. 2. b) cc), S. 60 f.

jedoch nicht besteht. In regulären Fällen der Bewertung von Prüfungsleistungen ist unter **Beibehaltung des Bewertungssystems** eine Verschlechterung der Note im Widerspruchsverfahren trotz Vertrauensschutzes grundsätzlich möglich.<sup>24</sup>

Beispiel: Studierende legt gegen die Bewertung ihrer Klausur Widerspruch mit konkreter Begründung der angegriffenen Punkte ein. Die Prüferin oder der Prüfer stellt bei der erneuten Korrektur bislang „übersehene“ fachliche Fehler in Teilen der Arbeit fest, die von der Widerspruchsbegründung nicht erfasst sind. Eine Herabsetzung der Note aufgrund dieser Fehler ist zulässig, wird jedoch nicht praktiziert, um den Studierenden nicht auf diese Weise den Rechtsschutz zu verkürzen.

Prüfende dürfen bei einer Neubewertung sachlich gerechtfertigte Gründe nachschieben. Dies stellt noch keine Verschlechterung der Bewertung dar. Nur das Nachreichen beliebiger Gründe oder von Gründen, die sich aus der Änderung des Bewertungssystems ergeben, sind wegen des Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz rechtlich unzulässig. Stellt sich im Überdenkungsverfahren heraus, dass die Änderung des angegriffenen Bewertungsfehlers Folgewirkungen auf die weitere Bewertung hat oder fallen bislang übersehene Bewertungsfehler auf, so kann dies unter Umständen zu einem schlechteren Ergebnis führen. Die Studierenden können dies prozessrechtlich dadurch vermeiden, indem sie einen Notenverbesserungsantrag stellen, mit dem die Prüfungsbehörde zu einer Neubescheidung nur insoweit verpflichtet werden soll, als eine bessere Note erreicht worden ist.<sup>25</sup>

Hinweis: Sollten bei der Bearbeitung des Widerspruches im Einzelfall besondere rechtliche Probleme zu klären sein, so wird empfohlen, sich an den für das Prüfungsrecht zuständigen Leiter des Justitiariats, Herrn Frank Tuguntke, am Campus Essen ( Tel.: 0201 / 183 - 2049) zu wenden, um noch im Widerspruchsverfahren eine rechtssichere und gerichtsfeste Entscheidung zu treffen.

## F. Beendigung des Widerspruchsverfahrens

### I. Allgemeines

Das Widerspruchsverfahren **ist** zu beenden. Dies kann auf verschiedene Weise erfolgen:

- Rücknahme des Widerspruch durch die oder den Studierenden (nur schriftlich oder zur Niederschrift wirksam, Widerspruch kann aber erneut eingelegt werden),

Beispiel: Nach Hinweis des PA auf die derzeitige Erfolglosigkeit des Widerspruch wegen unzureichender Begründung und der Aufforderung zur Konkretisierung der Einwendungen, nimmt die oder der Studierende ihren oder seinen Widerspruch zurück.

<sup>24</sup> BVerwG, Urteil v. 14.07.1999 - 6 C 20/98

<sup>25</sup> Niehues, Prüfungsrecht, 5. Aufl. 2010, Rz. 695 f.

- Erlass eines Widerspruchbescheides,

Beispiel: Nach Beratung über den Widerspruch beschließt der PA in seiner Sitzung, den Widerspruch zurückzuweisen / ihm abzuwehren und erlässt einen entsprechenden Widerspruchbescheid.

- Einstellung des Verfahrens nach Erledigung des Widerspruchs außerhalb des Widerspruchsverfahrens durch Aufhebung (Rücknahme/Widerruf) des Ausgangsbescheides.

Beispiel: Der Prüfungsausschuss beschließt nach Beratung über den Widerspruch, der fachinhaltliche Einwendungen zur Bewertung einer Arbeit enthält, die Leistung insgesamt aufzuheben wegen erheblicher Verfahrensmängel bei der Prüfung.

Von einer Aufhebung „außerhalb“ des Widerspruchsverfahrens wird schon immer dann gesprochen, wenn die Prüfungsbehörde den Verwaltungsakt aus Erwägungen heraus aufhebt oder ändert, die nicht im Zusammenhang mit dem Widerspruch stehen.

Hinweis: Dies hat Auswirkungen auf die Pflicht zur Übernahme der Kosten der Widerspruchsführerin oder des Widerspruchsführers.<sup>26</sup> Hebt der Prüfungsausschuss die rechtswidrige Maßnahme nur deshalb auf, um die Kosten des Anwalts nach der Abhilfe nicht zahlen zu müssen, so ist dies für die Kostenlast unbeachtlich.<sup>27</sup>

Beispiel: Studierender bittet um „Überdenken“ der Bewertung seiner Prüfungsleistung, kündigt gleichzeitig weitere rechtliche Schritte an und legt Vollmacht eines von ihm beauftragten Anwalts vor. Hebt der Prüfungsausschuss deshalb noch vor Eintreffen des begründeten Widerspruchs die fehlerhafte Entscheidung über die Benotung auf, so sind dennoch die Anwaltskosten zu tragen, wenn die Bevollmächtigung des Anwalts notwendig war.

## II. Der Aufbau des Widerspruchbescheides

### 1. Allgemeines

Obwohl Entscheidungen durch Widerspruchs- und Rechtsausschüsse zumeist in Beschlussform verfasst werden, ist zum besseren Verständnis für die Studierenden folgende Kombination zu empfehlen:

- die Form eines Anschreibens mit persönlicher Anrede,
- Tenor und Sachverhaltsdarstellung im Stil eines Beschlusses (in indirekter Weise).

Der zuständige Prüfungsausschuss ist im Briefkopf als die Behörde kenntlich zu machen, die den Widerspruchbescheid **erlässt** (§ 37 Abs. 3 VwVfG NW), unabhängig davon, wer ihn tatsächlich verfasst. Anderenfalls ist der Widerspruchbescheid schon aus diesem Grund nichtig, § 79 VwVfG NW i.V.m. § 44 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG NW.

<sup>26</sup> Siehe dazu unter Kapitel 3, Punkt F. II. 2. b) cc), S. 60

<sup>27</sup> BVerwG, Urteil v. 28.04.2009 – 2 A 8/08

Die abschließende Entscheidung des Prüfungsausschusses ist im Widerspruchsbescheid zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung<sup>28</sup> zu versehen, [§ 73 Abs. 3 VwGO](#).

## 2. Einzelheiten

Aus diesen gesetzlichen Pflichten ergibt sich bereits ein **Aufbauschema** des Widerspruchsbescheides im **Überblick** wie folgt:

- a) Kopf (Adressierung, Betreff)
- b) Tenor
  - Hauptsacheentscheidung(en)
  - ggf. Nebenentscheidungen
  - Kostenentscheidung
- c) Begründung
  - Sachverhaltsdarstellung
  - Rechtliche Würdigung
    - Zuständigkeit des Prüfungsausschusses
  - Zulässigkeit des Widerspruchs
    - Form / Frist
  - Begründetheit des Widerspruchs
    - (formelle Rechtmäßigkeit der Ausgangsverfügung)
    - materielle Rechtmäßigkeit der Ausgangsverfügung
    - ggf. Prüfung von Ermessen
  - ggf. Begründung der Entscheidung zur sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO
- d) Rechtsbehelfsbelehrung
- e) Grußformel / Unterschrift

### a) Kopf

Das an die Widerspruch führende Person adressierte Schreiben wird entweder „Mit / Per Postzustellungsurkunde“ oder „**Einschreiben**“ gekennzeichnet und derart übersandt.

Bei anwaltlich vertretenen Studierenden wird es an die Anwaltskanzlei in der Regel „**Gegen Empfangsbekanntnis**“ gesendet. Liegt eine schriftliche Vollmacht der An-

<sup>28</sup> Siehe dazu unter Kapitel 3, Punkt F. II. 2. d), S. 65

wältin oder des Anwalts vor, ist die Übersendung an die Anwälte zwingend, anderenfalls möglich.

Hat die oder der Anwalt den Widerspruch namens der oder des Studierenden eingelegt, wird in der Betreffzeile „Ihr Widerspruch vom...“ geführt. Hat die oder der Studierende den Widerspruch ursprünglich selbst eingelegt, kann stattdessen „Widerspruch der Frau / des Herrn“ geschrieben werden.

## b) Tenor

Nach der persönlichen Anrede der Widerspruch führenden Person oder ihrer Rechtsvertretung wird der Widerspruchsbescheid mit der **abschließenden** Sachentscheidung des Prüfungsausschusses über den Widerspruch der oder des Studierenden eingeleitet. Dies ist der maßgebliche Teil des Widerspruchsbescheides. Dabei ist dem **Bestimmtheitsgebot** zu genügen, d.h. Gegenstand und Inhalt der Entscheidung müssen eindeutig sein.

Mehrere Entscheidungen werden im Tenor durchnummeriert.

Hinweis: Die Entscheidung über eine beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird regelmäßig nicht im Tenor getroffen, sondern ergibt sich aus der Begründung.

Anders als im Betreff wird im Tenor verdeutlicht, dass der Widerspruch dem Widerspruchsführer zuzuordnen ist, nicht dessen Anwalt.

## aa) Hauptsacheentscheidungen

### (1) Erfolgloser Widerspruch:

Ergibt die Prüfung, dass der Widerspruch erfolglos ist, so wird wie folgt entschieden:

Beispiel: *„Ihr Widerspruch / Der Widerspruch Ihrer Mandantin / Ihres Mandanten vom .... gegen den Bescheid des Prüfungsausschusses vom ... wird zurückgewiesen.“*

### (2) Erfolgreicher Widerspruch:

Bei erfolgreichen Widersprüchen, wird nicht „stattgegeben“, sondern die beantragte Entscheidung in klar bestimmter Formulierung erlassen.

Beispiel: *„Auf Ihren Widerspruch / den Widerspruch Ihres Mandanten vom ... wird der Bescheid des Prüfungsausschusses vom ... aufgehoben.“*

oder bei beantragten, aber bislang versagten Leistungen:

Beispiel: *„Auf Ihren Widerspruch / den Widerspruch Ihres Mandanten / Ihrer Mandantin vom ... werden unter Aufhebung des Bescheides des Prüfungsausschusses vom ... die folgenden Leistungen anerkannt: [...].“*

### (3) Teilweise erfolgreicher Widerspruch

**Wichtig:** Ein teilweise erfolgloser Widerspruch ist „Im Übrigen...“ zurückzuweisen, da über den Widerspruch vollumfänglich zu entscheiden ist.

Beispiel: „Auf Ihren Widerspruch vom .... wird der Bescheid des Prüfungsausschusses vom ....insoweit aufgehoben, als .... **Im Übrigen wird der Widerspruch zurückgewiesen.**“

Bei beantragten, aber bislang versagten Leistungen lautet der Tenor wie folgt:

Beispiel: „Auf Ihren Widerspruch vom .... wird der Bescheid des Prüfungsausschusses vom ....insoweit aufgehoben, als.... Ihrem Antrag vom ... auf ... wird nun insoweit teilweise entsprochen als .... **Im Übrigen wird der Widerspruch zurückgewiesen.**“

### bb) ggf. Nebenentscheidung

Zulässige Nebenentscheidungen sind die Befristung der Hauptsacheentscheidung oder Bedingungen, Auflagen, Vorbehalte des Widerrufs oder nachträglicher Auflagen oder die Anordnung der sofortigen Vollziehung. Alle diese Nebenentscheidungen dürfen dem Zweck der Hauptsacheentscheidung nicht widersprechen ([§ 36 Abs. 2 und 3 VwVfG](#) NW)

Beispiel: „Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet.“

### cc) Kostenentscheidung

Im Widerspruchsbescheid ist darüber zu bestimmen, wer die Kosten des Verfahrens trägt, [§ 73 Abs. 3 S. 3 VwGO](#) (Kostengrundentscheidung).

### (1) Erfolgreicher Widerspruch

Soweit der Widerspruch erfolgreich ist, so hat die Fakultät der Hochschule dem Widerspruchsführer die notwendigen Auslagen zu erstatten, [§ 80 Abs. 1 S. 1 VwVfG](#) NW. Wird dem Widerspruch also vollständig abgeholfen, sind die gesamten Kosten zu tragen, anderenfalls anteilig.

Beispiel: „Die Kosten des Widerspruchsverfahrens trägt die Fakultät X der Universität Duisburg-Essen.“ oder: „Von den Kosten des Verfahrens trägt die Fakultät X der Universität Duisburg-Essen 75 %, der Widerspruchsführer 25 %.“

Dies gilt auch, wenn der Widerspruch nur deshalb erfolglos geblieben ist, weil unbeachtliche Form- oder Verfahrensfehler des Ausgangsbescheides vorlagen, die im Widerspruchsverfahren „geheilt“ werden konnten.

Beispiele: Die fehlende Anhörung zum Täuschungsversuch wurde nachgeholt, der Widerspruch aber anschließend zurückgewiesen; die fehlende erforderliche Begründung des Ausgangsbescheides wird nachträglich gegeben.

Die Rechtsprechung zählt hierzu auch die Fälle, in denen der Prüfungsausschuss – um der Kostenpflicht zu entgehen - den rechtswidrigen Ausgangsbescheid außerhalb

des Widerspruchsverfahrens zurücknimmt und erklärt, der Widerspruch sei dafür nicht ursächlich gewesen.

Insgesamt ist dies vor allem finanziell von Bedeutung, wenn die Studierenden sich der anwaltlichen Rechtsvertretung bedienen und diese Aufwendungen nun (anteilig) zu erstatten sind. Dazu müsste die Einschaltung einer Anwältin oder eines Anwalts überhaupt notwendig gewesen sein, worüber gesondert zu entscheiden ist.

Beispiel: „Die Zuziehung einer oder eines Bevollmächtigten wird für notwendig erklärt.“  
/ „Die Zuziehung einer oder eines Bevollmächtigten war nicht notwendig.“

### Exkurs:

In dem nachfolgenden Kostenfestsetzungsverfahren setzen die Rechtsanwälte regelmäßig einen Gegenstandswert von 5.000,00 EUR (§ 52 Abs. 2 Gerichtskostengesetz) an, der als Auffanggegenstandswert im Verwaltungsrecht gilt, wenn sich ein bezifferbarer Wert nicht ermitteln lässt.<sup>29</sup>

Wird die Anwältin oder der Anwalt erstmalig im Widerspruchsverfahren tätig, entstehen so Gebühren in Höhe von ca. 500,00 EUR.

Beispiel: Gegenstandswert: 5.000,00 EUR

1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2400 VV RVG	391,30 EUR
Auslagenpauschale, Nr. 7002 VV RVG	20,00 EUR
Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG	78,15 EUR
<b>Gesamt</b>	<b><u>489,45 EUR</u></b>

Hinzukommen können Fotokopie-Kosten (z.B. für Kopien der behördlichen Akte) und im Falle der Einigung zwischen Prüfungsausschuss und Studierender oder Studierendem, bei der die Anwältin oder der Anwalt mitgewirkt hat, eine Einigungsgebühr von weiteren 451,50 EUR netto.

### Ende des Exkurses

Während die Rechtsprechung früher davon ausging, dass die Hinzuziehung einer Anwältin oder eines Anwalts regelmäßig notwendig ist, soll dies jetzt eher die **Ausnahme** sein. Notwendig ist es dann, wenn die Sache für den Bildungs- und Erfahrungsstand einer oder eines Studierenden rechtliche Schwierigkeiten aufweist und umfangreich ist.<sup>30</sup>

Beispiel: Antrag auf Verlängerung des Studiums im auslaufenden Diplomstudiengang.

Hinweis: Als Maßstab kann insofern das eigene Empfinden des Schwierigkeitsgrades der Sache herangezogen werden.

Demnach ist die Hinzuziehung dann zu versagen, wenn die Studierenden das Widerspruchsverfahren zunächst erfolgreich allein durchführen und erst kurz vor Ab-

<sup>29</sup> Bei Streitigkeiten über Leistungsnachweise und Zulassung zu einzelnen Lehrveranstaltungen wird von einem Gegenstandswert i.H.v. 2.500,00 EUR ausgegangen, siehe [Streitwertkatalog 2004](#), Punkt 18.

<sup>30</sup> vgl. BVerwG, Urteil v. 17.12.2001 – 6 C 19.01, BVerwG, Beschluss v. 01.10.2009 – 6 B 14.09

schluss des Verfahrens eine oder ein Bevollmächtigte/r beauftragt wird, ohne dass dieser weiteren Einfluss auf die abschließende Entscheidung nimmt.

Aufwendungen, die durch das Verschulden der oder des Studierenden oder ihres oder seines Bevollmächtigten entstanden sind, sind in jedem Fall von den Widerspruchsführern zu tragen.

Beispiel: Notwendige Kosten eines anerkannten Übersetzungsbüros bei fremdsprachigen Dokumenten im Widerspruchsverfahren nach unterbliebener Beibringungs- und Mitwirkungspflicht der oder des Studierenden.

## **(2) Erfolgreicher Widerspruch**

Ist die oder der Studierende dagegen mit seinem Widerspruch erfolglos, so hat sie oder er der Widerspruchsbehörde die notwendigen Aufwendungen zu erstatten, [§ 80 Abs. 1 S. 3 VwVfG](#) NW.

Beispiel: „Die Kosten des Widerspruchsverfahrens sind von Ihnen / von der Widerspruchsführerin / vom Widerspruchsführer zu tragen.“

Auch wenn keine Verwaltungsgebühren für die Tätigkeit des Prüfungsausschusses erhoben werden ([§ 1 Abs. 2 Nr. 2.1 GebG NW](#)), ist die entsprechende Kostengrundsatzentscheidung im Bescheid nicht entbehrlich. Um die Widerspruchsführer über die Gebührenfreiheit zu informieren, könnte die Gebührenfestsetzung direkt mit in den Widerspruchsbescheid aufgenommen werden.

Beispiel: „Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.“

## **c) Begründung**

Die Begründung dient hauptsächlich der transparenten rechtlichen Nachvollziehbarkeit, aber auch der Akzeptanz der Entscheidung. Dazu ist auf alle wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe einzugehen, die den Prüfungsausschuss zu seiner abschließenden Entscheidung bewogen haben, [§ 39 Abs. 1 S. 2 VwVfG](#) NW.

Hinweis: Bei einem stattgebenden Widerspruchsbescheid kann die Begründung auf den wesentlichen Grund beschränkt werden.

## **aa) Sachverhaltsdarstellung**

In der Sachverhaltsdarstellung wird der ermittelte Sachverhalt anhand der Fakten und Erklärungen der oder des Studierenden und ggf. weiterer Beteiligter chronologisch, kurz und knapp geschildert. Es müssen alle Punkte erwähnt werden, auf deren Basis die abschließende Entscheidung getroffen wurde.

Beispiel: Aus der Darstellung, seit wann und in welchem Studiengang die oder der Studierende an der Universität Duisburg-Essen eingeschrieben ist, ergibt sich die Anwendung der relevanten Prüfungsordnung.

Längere Darstellungen sind nur dann notwendig, wenn Änderungen der Sachlage im Widerspruchsverfahren eingetreten sind.

- Je nach Relevanz werden entweder erst die ursprünglichen Anträge, Leistungen oder Handlungen der Studierenden erläutert oder direkt die Ausgangsverfügung und evtl. deren Begründung, gegen den sich die Studierenden letztlich mit ihrem Widerspruch richten.

Beispiel: *„Am ... trat sie/er zur Klausur „...“ an. Nach Ablauf der Bearbeitungszeit schrieb die Widerspruchsführerin/der Widerspruchsführer auf ihrem/seinem Klausurbogen weiter. Insoweit wird auf das Protokoll der Aufsichtsführung vom ... verwiesen.“*

- Schriftverkehr, der die Einhaltung des Verfahrensweges belegt, z.B. Anhörung, ist aufzunehmen.

Beispiel: *„Der Bereich Prüfungswesen teilte ihr/ihm mit Schreiben vom ... mit, dass beabsichtigt sei, ihre/seine Prüfungsleistung wegen Täuschungsversuchs mit der Note nicht ausreichend“ (5,0)“ zu bewerten und forderte sie/ihn zur Stellungnahme binnen 14 Tagen auf.“ Die Stellungnahme blieb aus. Die Bekanntgabe der Note erfolgte am ....“*

- Anschließend ist der Widerspruch der oder des Studierenden mit den wesentlichen Gründen aufzuführen sowie ggf. (weitere) gestellte Anträge, um nachvollziehbar darzulegen, dass das Begehren der oder des Studierenden korrekt erfasst wurde.

Beispiel: *„Dagegen legte die Widerspruchsführerin/der Widerspruchsführer mit Schreiben vom ..., eingegangen am ..., Widerspruch ein. Zur Begründung führt sie/er im Wesentlichen aus, dass er nach Ablauf der Bearbeitungszeit nur ihren/seinen Namen und die Matrikelnummer auf das Deckblatt geschrieben habe. Weil sie/er irrig angenommen habe, dass [...]. Bezüglich der Ausführungen im Einzelnen wird auf das Schreiben der Widerspruchsführerin/des Widerspruchsführers vom ... verwiesen.“*

- Sofern Stellungnahmen von Fachvertretern, Aufsichtsführenden, Zeugen oder sonstige Beweise eingeholt wurden, ist auch dies aufzunehmen und das Ergebnis der Stellungnahme entweder kurz zu skizzieren oder es wird darauf verwiesen und dem Widerspruchsbescheid in der Anlage beigelegt.

Beispiel: *„Es wurden Stellungnahmen der Aufsichtsführenden ... eingeholt (s. Anlage). Diese erklären, dass ...“*

- Ist unklar, welches Ziel die oder der Studierende verfolgt, sind Ausführungen dazu notwendig, wie ihre oder seine Erläuterungen ausgelegt werden.

Beispiel: *„Die Widerspruchsführerin/Der Widerspruchsführer begehrt mit ihrem/seinem Widerspruch, die Bewertung der Klausur mit der Note „nicht ausreichend (5,0)“ wegen Täuschungsversuch aufzuheben und die Klausur inhaltlich zu bewerten.“*

- Schließlich ist darzustellen, dass und wann die Angelegenheit im Prüfungsausschuss beraten wurde.

Beispiel: *„Eine eingehende Erörterung der Sach- und Rechtslage fand vor dem Prüfungsausschuss in seiner Sitzung vom ...statt.“*

## bb) Rechtliche Würdigung

### (1) Zuständigkeit

Die Zuständigkeit ergibt sich aus den Bestimmungen der jeweiligen Prüfungsordnung und [§ 73 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VwGO](#).

Beispiel: *„Die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses zur Entscheidung über den Widerspruch ergibt sich aus § 13 Abs. 4 Satz 2 Bachelor - PO [Studiengang] i.V.m. § 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VwGO.“*

### (2) Zulässigkeit

Das Ergebnis der Zulässigkeitsprüfung wird an den Anfang gesetzt und anschließend begründet.

Beispiel: *„Ihr / Der Widerspruch ist zulässig./ unzulässig.“*

*„Der Widerspruch wurde [nicht] schriftlich binnen Monatsfrist und damit form- und fristgemäß eingelegt, § 70 VwGO.“*

### (3) Begründetheit

Im Rahmen der Begründetheit ist die Einhaltung der Rechtsgrundlage, zumeist Bestimmung[en] der PO, ggf. das ausgeübte Ermessen nochmals darzulegen.

Maßgeblich dabei ist der Zeitpunkt des Erlasses des Widerspruchbescheides. Änderungen von Tatsachen oder der Rechtslage während des Widerspruchsverfahrens sind also zu berücksichtigen.

Beispiel: Die fehlende Anhörung wurde nachgeholt.

Die für die Sache relevante Rechtsgrundlage, die auch die Rechtsfolge enthält, ist an den Anfang zu stellen.

Beispiel: *„Gemäß § 25 Abs. 4 S. 1 PO Bachelor ... gilt eine Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die oder der Studierende versucht, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen.“*

Anschließend wird erläutert, dass nach dem ermittelten Sachverhalt die Voraussetzungen zur Anwendung dieser Norm und der Rechtsfolge erfüllt sind.

Enthält die gesetzliche Bestimmung oder die PO-Regelung eine Ermessensentscheidung, so muss dieses Ermessen erkannt und genutzt worden sein. Daher ist zu erläutern, dass eine Abwägung der Umstände und Interessen nach folgenden Kriterien stattgefunden hat:

- Wurden alle Tatsachen und sachlichen Erwägungen fehlerfrei berücksichtigt?
- Was ist der Zweck der gesetzlichen oder PO-Regelung und wurde mit der Entscheidung im Sinne dieses Zwecks gehandelt?

- Wurde der Gleichbehandlungsgrundsatz eingehalten im Hinblick auf die bisherige Handhabung solcher Fälle?

Beispiel: § 25 Abs. 4 S. 3 Bachelor-RPO: „Eine Studierende oder ein Studierender, der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, **kann** von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtsführenden nach Abmahnung von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.“

Am Ende der Begründung sollte in einem abschließenden Satz nochmals auf den Hauptausspruch Bezug genommen werden.

Beispiel: „Bei dieser Sach- und Rechtslage musste Ihr Widerspruch erfolglos bleiben.“

#### d) Rechtsbehelfs- / Rechtsmittelbelehrung

Dem Widerspruchsbescheid ist immer, auch bei stattgebenden Entscheidungen, eine korrekte Rechtsbehelfsbelehrung anzufügen (§ 73 Abs. 3 und § 58 VwGO).

Fehler in der Rechtsbehelfsbelehrung wirken sich nicht auf die Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit des Bescheides selbst aus. Sie führen dazu, dass der Widerspruchsbescheid nicht bestandskräftig wird und sich die Klagefrist auf ein Jahr verlängert, § 58 Abs. 2 VwGO. Die Bezeichnung als Rechtsmittelbelehrung ist beim Widerspruchsbescheid nicht fehlerhaft (§ 73 Abs. 3 VwGO).

Beispiel: **Für Campus Duisburg:**

##### „Rechtsmittelbelehrung“

*Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach **Zustellung** des Widerspruchbescheides Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.“*

Für **Campus Essen**: wie oben, aber die Klage ist beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3, 45879 Gelsenkirchen einzulegen.

#### e) Grußformel / Unterschrift

Der Widerspruchsbescheid ist wie jedes Schreiben mit Grußformel abzuschließen.

Beispiel: „Mit freundlichem Gruß“ / „Mit freundlichen Grüßen.“

Bei der Unterschrift ist zu beachten, dass im Fall der Vertretung der oder des Prüfungsausschussvorsitzenden (z.B. durch die Stellvertreter) dies durch den Zusatz „i.V.“ gekennzeichnet wird.

[Formulierungsvorschlag](#) (11)

### III. Bekanntgabe des Widerspruchsbescheides

Der Widerspruchsbescheid **ist** zuzustellen, [§ 73 Abs. 3 VwGO](#). Dabei handelt es sich um eine Sonderform der Bekanntgabe durch **Übergabe** des Schreibens an den Adressaten. Erst mit der Bekanntgabe wird der Widerspruchsbescheid gegenüber den Adressaten wirksam, [§ 43 Abs. 1 S. 1 VwVfG](#). Eine zufällige Kenntnisaufnahme der Entscheidung durch die Widerspruchsführerin oder den Widerspruchsführer genügt nicht.

Dies gilt auch dann, wenn der Widerspruchsbescheid dem Begehren der oder des Studierenden stattgibt und bereits mündlich verkündet wurde.

Beispiel: Die oder der Studierende wurde bereits telefonisch über die für sie oder ihn positive Entscheidung und die wesentlichen Gründe informiert.

**Wichtig:** Den Zugang des Widerspruchsbescheides bei der Widerspruchsführerin oder beim Widerspruchsführer hat die Prüfungsbehörde zu beweisen. Dies ist also insbesondere bei belastenden Widerspruchsbescheiden relevant.

Wird nicht zugestellt, ist die Entscheidung des Ausschusses der Widerspruch führenden Person zwar bekannt gegeben, aber die Fristen zur Bestandskraft des Widerspruchsbescheides werden nicht in Gang gesetzt, d.h. die Monatsfrist zur Klageerhebung verlängert sich.

Die Zustellung eines Widerspruchbescheides erfolgt durch den Bereich Prüfungswesen. Die Arten der Zustellung sind:

- Zustellung durch die Post durch Zustellungsurkunde (PZU, [§ 3 LZG NW](#)),
- Zustellung durch die Post mittels Einschreiben ([§ 4 LZG NW](#)) und
- Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekenntnis (EB, [§ 5 LZG NW](#)).

Die Zustellung an die Studierenden selbst erfolgt i.d.R. durch Zustellungsurkunde. Sie kann auch per Einschreiben erfolgen, wobei dann nur das Einschreiben durch Übergabe oder mit Rückschein in Betracht kommt, nicht: das Einwurf-Einschreiben. Mit der Versendung des Schriftstücks als eingeschriebenem Brief - im Unterschied zur Zustellungsurkunde - wird nur die Absendung bewiesen, nicht aber der tatsächliche Zugang oder der Inhalt.

**Wichtig:** Der Tag der Aufgabe des Schreibens zur Post ist in den Akten zu vermerken als Beweis des ersten Anscheins für einen Zugang.

Die Zustellung an die bevollmächtigte Anwaltskanzlei ([§ 7 Abs. 1 Satz 2 LZG NW](#)) der Widerspruchsführerin oder des Widerspruchsführers erfolgt üblicherweise gegen Empfangsbekenntnis ([§ 5 Abs. 1 und 4 LZG NW](#)).

Eine öffentliche Zustellung ([§ 10 LZG NW](#)) per Veröffentlichung bei der Prüfungsbehörde ist als „letztes Mittel“ erst dann möglich, wenn alle zumutbaren Möglichkeiten der Adressermittlung genutzt wurden und dennoch erfolglos blieben. So ist zunächst

- der Aufenthaltsort der Studierenden zu ermitteln durch

- Nachfrage über bekannte E-Mail-Adresse(n),
- Nachfrage über bekannte (Mobil-)Telefonnummern,
- Rückfrage bei den Eltern, sofern die Kontaktdaten bekannt sind oder
- eine Einwohnermeldeamtsanfrage.
- ggf. an die Bevollmächtigten der Studierenden zuzustellen.

Beispiel: Den polnischen Gaststudierenden, die sich nicht mehr in Deutschland aufhalten, soll die Entscheidung über ihre Widersprüche bekannt gegeben werden. Ist die jeweilige Heimatanschrift nicht bekannt, ist diese zu ermitteln.

Die öffentliche Zustellung erfolgt, indem eine **Benachrichtigung** bekannt gemacht wird an der Stelle, die von dem jeweiligen Prüfungsausschuss dafür allgemein bestimmt ist (z.B. „Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses“ im Internet oder durch Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Universität). Die Benachrichtigung muss

- den Prüfungsausschuss, der den Widerspruchsbescheid erlassen hat,
- den Namen und die letzte bekannte Anschrift der Widerspruchsführerin oder des Widerspruchsführers,
- das Datum und ggf. das Aktenzeichen des Dokumentes,
- die Stelle, in der der Widerspruchsbescheid eingesehen werden kann sowie
- den Hinweis,
  - dass der Widerspruchsbescheid durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt wird und
  - Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können,

enthalten.

Zudem muss sich aus der Benachrichtigung ergeben, welchen Gegenstand der Widerspruchsbescheid hat. Letzteres erfordert einen aussagekräftigen Hinweis auf den Inhalt des Schriftstücks.<sup>31</sup>

Beispiel: Widerspruch vom ... gegen die Bewertung einer Prüfungsleistung.

Dabei ist aber zu beachten, dass auch hier der Schutz von Daten und Geheimnissen gilt und schlechte Prüfungsergebnisse nicht ohne Anonymisierung öffentlich bekannt gemacht werden dürfen.

Beispiel: Nicht: Widerspruch vom ... gegen die Bewertung der Prüfungsleistung „...“ mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0).

In der Akte oder auf der Benachrichtigung, die anschließend zur Akte genommen wird, ist zu vermerken, wann, wie und wie lange die Benachrichtigung (z.B. im Internet) bekannt gemacht wurde. Das Dokument gilt zwei Wochen nach der Bekanntmachung bzw. Veröffentlichung der Benachrichtigung als zugegangen.

### Formulierungsvorschlag (12)

Liegen die Voraussetzungen einer öffentlichen Zustellung nicht vor und wird dennoch derart zugestellt, so ist diese Zustellung unwirksam.

<sup>31</sup> OVG Hamburg, Beschluss v. 10.10.2000 – 3 Bs 289/00

Beispiel: Prüfungsausschuss stellt nach einem erfolglosen Versuch unter der zuletzt bekannten Anschrift der Widerspruchsführerin oder des Widerspruchsführers öffentlich zu, ohne weitere Recherchen über deren aktuellen Aufenthaltsort anzustellen.

## **4. Kapitel: Das verwaltungsgerichtliche Verfahren**

### **A. Allgemeines**

Nach Wegfall des Behördenprinzips seit dem 01.01.2011 ist nicht mehr der Prüfungsausschuss als Behörde im Sinne des Verwaltungsprozessrechts „Beklagter“, sondern die Universität als Rechtsträger. Tatsächlich wurde das Verfahren auf Seiten der Universität bereits zuvor durch das Justitiariat geführt, d.h. die Schriftsätze werden erstellt und beim Gericht eingereicht sowie ggf. in einem mündlichen Termin verhandelt.

Sollte die Klage- oder Antragsschrift und die weiteren Schriftsätze dennoch mit einer Verfügung des Gerichts direkt den Vorsitzenden des beklagten Prüfungsausschusses zugestellt werden, so sollte die Gerichtspost mit einem **Posteingangsstempel** versehen und schnellstmöglich an die Stabstelle Justitiariat der UDE / Campus Essen weitergeleitet werden.

**Wichtig:** Es wird empfohlen, vom Gericht gesetzte Fristen zur Klageerwidern oder zur Stellungnahme im Kalender zu vermerken, um selbst den weiteren Verfahrensablauf, eventuelle Fristen und damit zusammenhängenden Arbeitsanfall (Stellungnahmen o.ä.) im Blick zu behalten.

Hinweis: Befinden sich für die Sache relevante Unterlagen – Anträge oder Widerspruch der oder des Studierenden, Beschlüsse, Widerspruchsbescheid, Vermerke, Stellungnahmen der Prüfenden etc. – noch beim Prüfungsausschuss, so sollten diese als einheitlicher Vorgang – ggf. zusammen mit der Gerichtspost - weitergeleitet werden.

### **Formulierungsvorschlag (13)**

Können die Mitarbeiter des Justitiariats zu einem frühen Zeitpunkt umfänglich die Sach- und Rechtslage in der Angelegenheit prüfen, erübrigen sich oftmals schon vereinzelte Rückfragen.

Hinweis: Anzuraten ist, eine eigene Akte („Name der oder des Studierenden ./ PA ...“) mit Abschriften der Klageschrift und weiteren Schriftsätze sowie der Unterlagen anzulegen. So kann kurzfristig Rücksprache zwischen Justitiariat und Prüfungsausschussvorsitzenden gehalten oder Stellung genommen werden, ohne auf die Rücksendung der Unterlagen angewiesen zu sein.

## B. Klageverfahren

In dem Verfahren werden die Entscheidungen des Prüfungsausschusses sowie (inzi-  
dent) die zugrundeliegenden Satzungen durch das Gericht auf ihre Rechtmäßigkeit  
überprüft. Dies kann wegen des gerichtlichen Untersuchungsgrundsatzes<sup>32</sup> ([§ 86  
VwGO](#)) auch die Kontrolle des Verfahrens zur Beschlussfassung der Satzung oder  
der Beschlüsse des Prüfungsausschusses umfassen.

Beispiel: Prüfung der ordnungsgemäßen Besetzung des Gremiums, fristgemäße La-  
dung aller Mitglieder unter Übersendung der Tagesordnung und Beschluss-  
vorlagen, Beschlussfähigkeit bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt.

Der Prüfungsvorgang selbst ist zum Teil aufgrund eines prüfungsrechtlichen Beurtei-  
lungs- und Bewertungsspielraumes der Prüfenden nur eingeschränkt gerichtlich  
überprüfbar. Der vollen gerichtlichen Überprüfbarkeit unterliegen aber insbesondere  
formale Aspekte wie Verfahrensfehler in den Phasen der Leistungsermittlung, z.B.:

- Rügen im Hinblick auf Prüfungsunfähigkeit des Prüflings,
- Befangenheit einer Prüferin oder eines Prüfers,
- das Vorliegen äußerer Störungen des Prüfungsablaufs sowie
- eine unzureichende Begründung des Prüfungsergebnisses,

aber auch der Bewertung, z.B.

- der Antworten des Prüflings auf ihre fachliche Richtigkeit/Vertretbarkeit,
- der Zugrundelegung eines unrichtigen Sachverhalts oder
- der nicht vollständigen Kenntnisnahme der zu beurteilenden Leistung.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der jeweils beklagte  
Prüfungsausschuss seinen Sitz hat, d.h. für Prüfungsausschüsse auf dem

- Campus Essen:           Verwaltungsgericht Gelsenkirchen,
- Campus Duisburg:       Verwaltungsgericht Düsseldorf.

Die Verfahrensdauer beträgt nicht selten mehrere Jahre.

## C. Vorläufiger Rechtsschutz

Zur kurzfristigen Wahrnehmung ihrer Interessen und um Nachteile zu mindern oder  
auszuschließen, müssen die Studierenden um vorläufigen gerichtlichen Rechts-  
schutz ersuchen. In einem solchen Verfahren vor den o.g. Gerichten wird wegen der  
Eilbedürftigkeit in der Sache diese nur summarisch überprüft. Zudem kann die münd-  
liche Verhandlung entfallen, Fristen verkürzt und die Beweisführung auf eine Glaub-  
haftmachung per Eidesstattlicher Versicherung reduziert werden. Entschieden wird  
auf der Basis des bekannten oder vorgetragenen Sachverhalts. Aufgrund all dessen

---

<sup>32</sup> Das Gericht erforscht den Sachverhalt und ist nicht auf die Erklärungen und Beweisanträge der Parteien be-  
schränkt, sondern kann eigene Ermittlungen anstellen.

darf die anschließende gerichtliche Entscheidung kein endgültiges Ergebnis sein, d.h. es dürfen keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Eine Entscheidung in der Sache per Klageverfahren darf nicht vorweggenommen werden.

Beispiel: Wird per einstweiliger Anordnung **vorläufig, unter dem Vorbehalt der endgültigen gerichtlichen Entscheidung**, die Zulassung zu einer Prüfung gewährt, so erfolgt die Teilnahme daran auf Risiko der oder des Studierenden. Die erlangte vorläufige Rechtsposition ist dann ungesichert und kann bei Unterliegen im gerichtlichen Klageverfahren nachträglich wieder entfallen. Dies sogar **trotz zwischenzeitlich bestandener Prüfung**<sup>33</sup>, allerdings nur, wenn die ursprüngliche Nichtzulassung nicht allein auf ausgeschöpften Kapazitätsgründen oder bislang nicht vorgelegten Unterlagen (formalen Mängeln) beruhte.

**Wichtig:** Die besondere Eilbedürftigkeit ist **dringend** zu beachten. Geht vorab ein Fax der Antragsschrift ein, so sollte der postalische Empfang der Antragsschrift nicht abgewartet, sondern das Fax unverzüglich an das Justitiariat weitergeleitet werden, damit ggf. notwendige Unterlagen rechtzeitig vom Bereich Prüfungswesen angefordert werden können.

---

<sup>33</sup> BVerwG, Urteil v. 12.4.2001 – 2 C 16.00

## **5. Kapitel: Zulassung zur Prüfung und Rücktritt**

### **A. Zulassungsvoraussetzungen**

#### **I. Allgemeines**

Die Prüfungsordnungen sehen vor, dass die Studierenden – wollen sie an einer Prüfung rechtmäßig teilnehmen – dafür zugelassen werden müssen. Die Zulassung ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. So müssen die Studierenden regelmäßig:

- sich zu dieser Prüfung ordentlich angemeldet haben,
- zum Zeitpunkt der Anmeldung oder zum Zeitpunkt des Prüfungstermins in dem Studiengang immatrikuliert oder als Zweithörer zugelassen sein,
- ggf. fachliche Mindestqualifikationen erfüllen.

Beispiel: Prüfungsteilnahme an Prüfungen des Vertiefungsstudiums erst nach Abschluss des Kernstudiums zulässig.

Sie dürfen dagegen nicht

- beurlaubt sein, es sei denn, es handelt sich um die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung oder die Beurlaubung beruht auf der Pflege und Erziehung von Kindern oder der Pflege des Ehepartners oder eingetragenen Lebenspartners oder Verwandten oder im 1. Grad Verschwägerten ([§ 48 Abs. 5 S. 4 und 5 HG](#)),
- dieses Prüfungsverfahren in dem derzeitigen oder einem vergleichbaren Studiengang bereits durchführen oder
- diese Prüfungsleistung endgültig nicht bestanden<sup>34</sup> haben im derzeitigen Studiengang oder in einem verwandten bzw. vergleichbaren Studiengang.

Das QIS-System führt dazu automatisch eine entsprechende Kontrolle durch. Danach wird schon die Anmeldung zu einer Prüfung verwehrt, wenn diese bereits bestanden (Ausnahme: angemeldeter Freiversuch) oder endgültig nicht bestanden wurde oder die weiteren vorgegebenen Zulassungsvoraussetzungen nicht vorliegen.

**Wichtig:** Wegen der Chancengleichheit müssen unabhängig von der Form der Anmeldung zur Prüfung – online oder schriftlich - die gleichen Bedingungen an die Zulassung herrschen, d.h. es sind die gleichen Maßstäbe anzulegen. Sind die Voraussetzungen nicht gegeben, so ist die Zulassung und damit die Teilnahme an der Prüfungsleistung jedenfalls zu verweigern.

---

<sup>34</sup> Im Bonus-Malus-Punktesystem die Prüfungsleistung, mit der die maximal zulässige Maluspunktzahl erreicht wurde.

## II. An- und Abmeldungen

### 1. Anmeldung

Wird also von den Studierenden eine ordentliche Anmeldung gefordert, so sind sie im Gegenzug über alles, was mit der Anmeldung zusammenhängt, rechtzeitig zu informieren.

Beispiel: Veröffentlichung der Prüfungsordnungsregelungen und der genauen Anmeldezeiträume und Fristen auf der Internetseite des Bereiches Prüfungswesen oder auf der dafür üblichen Internetseite des Studienganges, **möglichst zu Beginn des Semesters**, in dem die Prüfungen stattfinden sollen.

Die Bachelor- und Masterrahmenprüfungsordnungen sehen vor, dass der Beginn der Anmeldefrist **6 Wochen** vorher den Studierenden durch Aushang (und dem Bereich Prüfungswesen) bekannt zu geben ist, § 18 Abs. 3 Bachelor-/Master-RPO. Aushänge sind nach § 4 BGG ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar zu machen.

Für Studiengänge mit Prüfungsanmeldungen im Online – Verfahren ist beabsichtigt, an der UDE einheitliche Anmeldezeiträume zu schaffen, die zu Beginn der 5. Woche eines Semesters starten und sich über 2 Wochen erstrecken. Diese Vorgehensweise würde das Verfahren erheblich vereinfachen, da die Termine nicht mehr festgelegt, sondern nur noch konkret benannt werden müssten.

Der ansonsten angemessen<sup>35</sup> festzulegende Anmeldezeitraum muss den Studierenden ausreichend Gelegenheit zur Anmeldung geben. Angesichts der Anzahl der möglichen Prüfungsteilnehmer ist ein Meldezeitraum von wenigstens 8 – 10 Werktagen einzuplanen. Dies ist noch immer kurz genug, um schnellstmöglich für die Planung der Raumkapazitäten und des Aufsichtspersonals einen Überblick über die angemeldeten Prüfungsteilnehmer zu bekommen.

Die derzeit nach den Prüfungsordnungen oder von den Prüfungsausschüssen festgelegten Anmeldezeiträume variieren. So liegen die Meldezeiträume zwischen 8 Werktagen und 4 Wochen. Für mündliche Prüfungen kann die Meldefrist auf gemeinsamen Antrag von Prüfenden und Studierenden durch den Prüfungsausschuss verkürzt werden, § 18 Abs. 1 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

Schließlich muss sichergestellt sein, dass das vorgesehene Verfahren zur Anmeldung zu den Prüfungen zuverlässig funktioniert.

Beispiel: Funktionsfähigkeit des Systems während des angegebenen Anmeldezeitraums bzw. Öffnung des Bereiches Prüfungswesen während der angegebenen Öffnungszeiten zur Einreichung der Anmeldeformulare.

#### a) Versäumen der Anmeldefrist

Wie bei der Bekanntgabe ist auch bei der Durchsetzung der Anmeldefristen der Grundsatz der Chancengleichheit zwischen den Studierenden zu beachten.

<sup>35</sup> Eine Meldefrist von nur drei Stunden ist offensichtlich unangemessen und damit rechtswidrig, OVG NW, Beschluss v. 10.7.1998 – 22 B 1452/08

Hinweis: Eine verspätete Anmeldung über das Online-System (QIS) dürfte praktisch unmöglich sein, da es nur im jeweils vorgegebenen Anmeldezeitraum dafür frei geschaltet wird.  
In Studiengängen, in denen die Anmeldung per Formular im schriftlichen Verfahren erfolgt, sollte zur gleichwertigen Fristenkontrolle der Eingang des Schreibens oder Formulars beim Bereich Prüfungswesen darauf vermerkt werden.

Geht eine Anmeldung nach Fristablauf beim Bereich Prüfungswesen ein, kommt es bei der Entscheidung über die Konsequenzen darauf an, ob es sich bei der Anmeldefrist um eine behördliche Frist oder eine Ausschlussfrist handelt.

Beispiel: Schreiben, aus dem hervorgeht, dass sich die oder der Studierende (noch) zur Prüfung anmelden möchte, verspäteter Einwurf oder Abgabe des Anmeldeformulars.

### aa) Behördliche Fristen

Bislang sehen die Prüfungsordnungen zumeist behördliche Fristen vor. Das sind solche, die vom Prüfungsausschuss selbst festgelegt und bemessen werden (dürfen). Sie können daher grundsätzlich vom Prüfungsausschuss verlängert werden ([§ 31 Abs. 7 VwVfG](#) NW), u.U. auch rückwirkend.

Beispiel: § 11 Abs. 4 S. 1 PO Bachelor Chemie: *„Zu allen Prüfungsbestandteilen muss sich die oder der Studierende innerhalb des Anmeldezeitraums in der vom Prüfungsamt festgelegten Form anmelden.“*

Beantragt eine Studierende oder ein Studierender ausdrücklich oder nach den Umständen rückwirkend die Verlängerung der Anmeldefrist, so muss die Prüfungsbehörde diesen Antrag entgegennehmen und über ihn nach ihrem **Ermessen** entscheiden. Dies bedeutet, es ist abzuwägen zwischen dem Zweck der Meldefrist (Prüfungsorganisation und Planungssicherheit) und den Nachteilen für die Studierenden (mögliche Verzögerung des Studiums).

**Wichtig:** Gerade bei berufsqualifizierenden Prüfungen (z.B. Modulprüfungen, die Teil der Abschlussnote werden) muss die Entscheidung in der Regel zugunsten der oder des Studierenden ausfallen, wenn die Anmeldung nicht derart spät erfolgt, dass die Organisation der Prüfung inklusive Fehlerkorrektur bereits abgeschlossen ist und die Kapazitäten der Prüfung vollständig ausgeschöpft sind.<sup>36</sup>

### bb) Ausschlussfrist

Anderes gilt im Falle der Ausschlussfrist, bei der der Zeitraum der Meldefrist bereits in der Prüfungsordnung konkret festgelegt und ersichtlich ist.

Beispiel: § 7 Abs. 6 S. 4 PO Bachelor BWL / Campus Essen: *„Die Meldungen zu den Prüfungsleistungen sind innerhalb einer **Frist von 8 Werktagen** vorzunehmen; Samstage gelten nicht als Werktage. Der Prüfungsausschuss bestimmt*

<sup>36</sup> vgl. OVG NW; Beschluss v. 10.07.1998 - 22 B 1452/98

*den Beginn der Frist und gibt ihn mindestens einen Monat vor Fristbeginn oder zu Beginn eines Semesters durch Aushang bekannt.“*

Solche Fristen, sind aufgrund ihrer Festlegung in der Prüfungsordnung nicht disponibel<sup>37</sup>, können also nicht von der Prüfungsbehörde eigenmächtig verlängert werden. Wird die Meldefrist in diesen Fällen verpasst, kann nur in Fällen unverschuldeter Fristversäumnis eine **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** gemäß [§ 32 VwVfG](#) NW gewährt werden. Wegen dieser einschneidenden Wirkung sollten diese Ausschlussfristen hinreichend deutlich als solche bezeichnet werden.<sup>38</sup>

Die Rahmenprüfungsordnungen sehen nun die Anmeldefristen in Form von **Ausschlussfristen** vor (§ 18 Abs. 4 Bachelor-/Master-RPO).

### **cc) Praxisrelevante Unterschiede**

Während der Prüfling im ersteren Fall also auch noch kurzfristig entscheiden könnte, sich zu einer Prüfung (nachträglich) anzumelden und diese Anmeldung zu berücksichtigen ist, gilt dies bei der Ausschlussfrist nicht. Der Prüfling trägt hier das Risiko der Verspätung und hat glaubhaft darzulegen, dass er **ohne eigenes Verschulden** die Frist zur Anmeldung verpasst hat. Bis dahin ist sie oder er von der Prüfungsteilnahme ausgeschlossen. Damit wird eine Disziplinierung der Studierenden erreicht, sich an die vorgegebenen Fristen zu halten und so die Planungssicherheit bei der Organisation der Prüfungen deutlich erhöht.

**Wichtig:** Um einen ordentlichen Verfahrensweg der Prüfungsanmeldung zu schriftlichen Prüfungen über den Bereich Prüfungswesen zu schaffen, sollten die Prüfenden gebeten werden, direkt an ihren Lehrstühlen eingehende, verspätete Anmeldungen strikt abzulehnen und auf das Verfahren über den Bereich Prüfungswesen zu verweisen.

### **b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**

Über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gem. [§ 32 VwVfG](#) NW entscheidet der Prüfungsausschuss, in Eilfällen die oder der Prüfungsausschussvorsitzende. Dieser wird nicht gesondert bearbeitet, sondern im Zusammenhang mit der eigentlich begehrten Handlung, also hier der (nachträglichen) Zulassung zur Prüfung.

Die Prüfung des Antrages auf Wiedereinsetzung stellt sich im **Überblick** wie folgt dar:

<sup>37</sup> VGH Kassel, Beschluss v. 21.06.2004 – 8 TG 1439/04 – sieht grundsätzlich in der Anmeldefrist zu Prüfungen zur Gewährleistung eines geordneten Prüfungsablaufs eine Ausschlussfrist.

<sup>38</sup> BVerwG, Urteil vom 22.06.1994 – 6 C 37.92

- (1) Antrag auf Wiedereinsetzung und/oder Nachholen der versäumten Handlung (hier: Anmeldung)
- (2) nach Versäumnis der (Anmelde-) Frist
- (3) binnen 2-Wochen-Frist nach Wegfall des Hindernisses
- (4) Darlegung von Tatsachen über
  - Hinderungsgrund
  - **Fehlendes Verschulden**
    - eigenes Verschulden der oder des Studierenden
    - einer oder eines Bevollmächtigten oder Vertreters
- (5) Glaubhaftmachung

Relevant ist, ob die Studierenden ohne ihr Verschulden gehindert waren, die Meldefrist einzuhalten. Der Antrag ist von den Studierenden innerhalb von **zwei Wochen** nach Wegfall des Hindernisses zu stellen.

Beispiel: Ungeplanter stationärer Krankenhausaufenthalt einer oder eines Studierenden während des Anmeldezeitraumes. Weder Internetnutzung noch die Beauftragung einer Person mit der fristgerechten Anmeldung sind möglich. Stellt sie oder er den Wiedereinsetzungsantrag binnen zwei Wochen nach Entlassung aus dem Krankenhaus, ist der Wiedereinsetzungsantrag fristgemäß.

Das Hindernis muss vor Ablauf der Meldefrist eingetreten sein, so dass anderenfalls die Anmeldung durch die Studierenden noch rechtzeitig möglich gewesen wäre.

Beispiele: Fehlen eines frei zugänglichen (Nacht-)Briefkastens der Prüfungsbehörde, unvorhersehbare Verzögerungen der Post, technisches Versagen des Online-Meldesystems, Störungen des Faxgerätes der Prüfungsbehörde oder der Übermittlungsleitungen. Unkenntnis oder Irrtum bzgl. der Fristen und mangelnde Sprachkenntnisse mögen Hinderungsgründe sein, sind i.d.R. aber nicht unverschuldet, sofern die Anmeldefristen rechtzeitig und ordnungsgemäß bekannt gemacht wurden.

Die Studierenden haben die Verspätung **nicht zu verschulden**, wenn sie selbst, ihre Vertretung oder ihr oder sein Bevollmächtigter die zumutbare Sorgfalt eingehalten haben. Mit anderen Worten: es wurde alles unternommen, was von gewissenhaften Studierenden erwartet wird und erwartet werden kann.

Beispiele: **Für** Verschulden: keine oder verspätete Information über Inhalt der Bekanntmachungen, ggf. durch Übersetzung; Absendung der (Online-) Anmeldung „in letzter Minute“ vor Ablauf der Frist; postalische Fehlleitung wegen falscher Adressierung; fehlende Beauftragung eines Vertreters bei geplantem Krankenhausaufenthalt während des Anmeldezeitraumes.

Die Studierenden müssen die Hinderungsgründe und ihr fehlendes Verschulden darlegen und **glaubhaft machen**, und zwar so, dass die Prüfungsbehörde beides für überwiegend wahrscheinlich hält.

Beispiel: Glaubhaftmachung durch Vorlage von entsprechenden Nachweisen oder eidesstattlicher Versicherung.

Wird z.B. technisches Versagen des QIS-Systems als Hinderungsgrund angeführt, kann durch den Bereich Prüfungswesen Zweierlei überprüft werden:

- War eine Online-Anmeldung zum fraglichen Zeitraum möglich?
- Hat sich die oder der Studierende mit seiner Kennung zum fraglichen Zeitpunkt in das System eingeloggt?

Sollte erste Frage zu bejahen und die zweite zu verneinen sein, ist zumindest der Beweis des „ersten Anscheins“ dafür erbracht, dass die oder der Studierende entgegen seiner Behauptung nicht versucht hat, sich innerhalb der Anmeldefrist zu der betreffenden Prüfung anzumelden.

Hält der Prüfungsausschuss oder dessen jeweilige Vorsitzenden es für überwiegend wahrscheinlich, dass die Fristversäumnis durch den Studierenden nicht verschuldet wurde, ist dem Antrag stattzugeben und die Anmeldung zu registrieren.

### c) Bekanntgabe der Zulassung

Die Zulassung zur Prüfung ist den Studierenden bekannt zu geben. Erst dann wird die Zulassung wirksam ([§ 43 VwVfG](#) NW) und erst so können die Studierenden erkennen, dass diese Prüfung zu dem konkreten Termin für sie maßgeblich ist und ihnen gegenüber festgesetzt wird.

Die Bekanntgabe der Zulassung erfolgt im Online-Anmeldeverfahren durch die automatisierte [Bestätigungs-E-Mail](#) des ZIM-Mailservice, die die Studierenden nach erfolgreicher Anmeldung an ihr E-Mail-Postfach erhalten. Darin wird ihnen unter Angabe der Prüfung, der Prüfungsnummer, der Prüferin oder des Prüfers und des Datums der Prüfung bestätigt, dass und für welche Prüfung sie sich angemeldet haben.

Bei Prüfungsanmeldungen im schriftlichen Verfahren (per Formular) werden die Kandidaten bei Vorliegen aller Zulassungsvoraussetzungen in eine Prüfungsteilnehmerliste aufgenommen. Die Zulassung zur Prüfung wird den jeweiligen Studierenden durch Aushang oder die Einstellung der regelmäßig aktualisierten Prüfungsteilnehmerliste auf den dafür üblichen Seiten im Internet bekannt gegeben.

**Wichtig:** Um Fristen zur Bestandskraft belastender Erklärungen gegenüber den nichtzugelassenen Studierenden in Gang zu setzen, ist es notwendig, diese mit einer **Rechtsbehelfsbelehrung**<sup>39</sup> zu versehen, z.B. als abschließenden Zusatz auf der Teilnehmerliste oder in einem gesonderten Bescheid über die Nichtzulassung.

Hinweis: Auf der jeweiligen Internetseite „Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses“ o.ä. sollten die Studierenden darauf hingewiesen werden, sich im eigenen Interesse umgehend mit dem Bereich Prüfungswesen in Verbindung zu setzen, wenn sie keine Bestätigungsmail erhalten haben oder nach erfolgreicher Anmeldung nicht als Prüfungsteilnehmer auf den Listen aufgeführt sind. Wegen ihrer Mitwirkungspflicht könnte sonst ihr Rügerecht später verwirkt sein.

<sup>39</sup> Siehe dazu unter Kapitel 3, Punkt B. I., S. 48 f.

### Formulierungsvorschlag (14)

Lässt sich der Vorgang nach der Kontrolle einer erfolgreichen Anmeldung durch die Studierenden nicht rechtzeitig und einvernehmlich mit dem Bereich Prüfungswesen klären, müssen die Studierenden förmlich Widerspruch gegen die Nichtzulassung bzw. Nichtaufnahme in die Teilnehmerliste beim Prüfungsausschuss einlegen. In dringenden Fällen ist darüber per Eilentscheid durch die oder den Vorsitzenden zu entscheiden.

Die Bekanntgabe der zugelassenen Prüfungsteilnehmer durch die Prüfungsbehörde muss so rechtzeitig erfolgen, dass die Frist für die Abmeldungen von den Prüfungen durch die Studierenden noch eingehalten werden kann. Ist dies nicht der Fall, wären die Prüflinge in ihren Rechten verletzt, so dass die ausstehende Prüfung infolge dieses Fehlers nicht mehr rechtmäßig durchgeführt werden könnte. Einer solchen Prüfung müssten sich die Kandidaten nicht unterziehen.<sup>40</sup>

Beispiel: Aushang der Liste der zugelassenen Prüfungsteilnehmer erst 4 Tage vor der Prüfung, obwohl die Abmeldefrist (laut PO 1 Woche vor Prüfungstermin) bereits abgelaufen ist.

## 2. Abmeldung

### a) Bekanntgabe und Versäumen der Abmeldefrist<sup>41</sup>

Die Studierenden sind zudem über die konkreten Fristen zur Abmeldung von einer Prüfung – je nach PO ein bis zwei Wochen vor dem jeweiligen Termin – rechtzeitig und ortsüblich zu informieren.

Hinweis: Die Abmeldung bedarf keines Grundes. Daher ist die Verwendung des Begriffes „Rücktritt“ in einigen PO's in diesem Zusammenhang irritierend, da es dafür regelmäßig eines Rechtsgrundes bedarf. Insbesondere die mehrfache Verwendung dieses Begriffs, nämlich als „Rücktritt“ (ohne Grund = Abmeldung) und „Rücktritt aus wichtigem Grund“ und die differenzierten Anforderungen dürften sich den Studierenden als Adressaten dieser Prüfungsordnungen nicht direkt erschließen. Daher ist dem Terminus **Abmeldung** der Vorzug zu geben.

Beim Versäumen der Abmeldefrist ist erneut die Frage, ob dies beachtlich ist, davon abhängig, ob es sich um eine behördliche Frist oder eine Ausschlussfrist handelt.

Beispiel: Behördliche Frist: *„Die Rücknahme einer Prüfungsanmeldung erfolgt in der ebenfalls vom Prüfungsausschuss festgelegten Form innerhalb des Rückmeldezeitraums, der spätestens 1 bis 3 Wochen vor dem Prüfungstermin endet.“*

Beispiel: Ausschlussfrist: *„Eine Abmeldung von einer Prüfung hat von der oder dem Studierenden innerhalb einer Frist von einer **Woche** zu erfolgen.“ (vgl. § 18 Abs. 5 Bachelor-/Master-RPO).*

<sup>40</sup> vgl. OVG NW, Beschluss vom 10.08.1993 – 22 E 403 / 93

<sup>41</sup> Siehe dazu „Versäumen der Anmeldefrist“ unter Kapitel 5, Punkt A. II. 1. a), S. 73 ff.

Nur im Falle der Ausschlussfrist ist die verspätete Abmeldung unbeachtlich und zurückzuweisen, es sei denn, die Verspätung ist **unverschuldet** und der Studierende stellt einen Wiedereinsetzungsantrag gemäß § 32 VwVfG NW<sup>42</sup>.

Im Falle der behördlichen Frist ist eine Ermessensentscheidung regelmäßig zu Gunsten der Studierenden zu treffen. Argumentiert wird, dass verspätete Abmeldungen die Prüfungsorganisation im Einzelfall noch weniger beeinträchtigen als die verspätete Anmeldung zu einer Prüfung. Dagegen spricht, dass gerade wegen der knappen Raumkapazitäten an der UDE während des Prüfungskorridors in der vorlesungsfreien Zeit, die Organisation dringend größtmöglicher Planungssicherheit bedarf.

### **b) Berechnung der Abmeldefrist**

Bei der Berechnung der festgelegten Wochenfrist wird der Prüfungstag nicht mitgerechnet (§ 31 Abs. 1 VwVfG NW nach §§ 187, 188 BGB).

Die Frist endet daher mit Ablauf desjenigen Tages der vorhergehenden Woche oder Wochen, welcher durch seine Benennung dem Prüfungstag entspricht.

Beispiel: Der Prüfungstermin ist am Dienstag, dem 09.02.. Die in der Prüfungsordnung festgelegte Frist zur Abmeldung beträgt eine Woche. Damit endet die Frist zur Abmeldung am Dienstag, dem 02.02.

### **c) Bekanntgabe der Abmeldung**

Die Bekanntgabe der Abmeldung erfolgt durch die entsprechende Bestätigungsmail des ZIM-Mailservice bzw. die Löschung aus der aktualisierten Liste der zugelassenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Fehler der Prüfungsbehörde dabei sind durch die Studierenden unverzüglich zu rügen.

### **d) Fehlende Abmeldung**

Melden sich die Studierenden nicht von der Prüfung ab und erscheinen ohne wichtigen/triftigen Grund nicht zur Prüfung, so sehen die Prüfungsordnungen vor, dass die versäumte Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet gilt.

Beispiel: Haupt- und Nachtermin einer Prüfung liegen innerhalb eines Prüfungszeitraums. Studierende, die die Prüfung im Haupttermin nicht bestanden haben, werden automatisch zum Nachtermin angemeldet<sup>43</sup>, weil die Anmeldefrist zu den Nachterminsklausuren bereits abläuft, bevor die Bewertungen der Hauptterminsklausuren bekannt sind. Die derart angemeldeten Studierenden müssen sich ggf. anschließend selbstständig vom Nachtermin abmelden, wenn sie daran nicht teilnehmen wollen. Tun sie dies nicht und erscheinen ohne wichtigen Grund nicht zum Nachtermin, gilt diese Leistung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

**Wichtig:** Die Studierenden sind vollumfänglich über solche besonderen Vorgehensweisen zu informieren, so dass sie sich nicht darauf berufen können, dass sie – wie im Beispiel - ohne ihr Wissen zum Nachtermin an-

<sup>42</sup> Siehe dazu Kapitel 5, Punkt A. II. 1. b), S. 75 f.

<sup>43</sup> Ausnahme: Angemeldeter Freiversuch.

gemeldet wurden und nur aus diesem (triftigen/wichtigen) Grund nicht dazu erschienen sind.

### III. Folgen fehlerhafter Zulassung

Wird ein Prüfling trotz fehlender oder verspäteter Anmeldung oder aus sonstigen Gründen fehlerhaft zur Teilnahme an der Prüfung zugelassen, so kann **Vertrauensschutz** bestehen.

**Wichtig:** Kein Vertrauensschutz entsteht, wenn sich ein Prüfling die Zulassung „erschlichen“ hat durch bewusst falsche Angaben oder wenn der Fehler so offensichtlich und schwerwiegend ist, dass er dem Kandidaten bekannt war oder hätte bekannt sein müssen.

Beispiel: Zulassung und Teilnahme am 3. Wiederholungsversuch, obwohl die Prüfungsleistung nach der PO nach der 2. erfolglosen Wiederholung endgültig nicht bestanden ist; diese Regelungen sind den Studierenden regelmäßig bekannt, da sie sich unmittelbar aus der PO ergeben.

Anderenfalls muss die Prüfungsleistung bewertet werden, auch wenn sich im Nachhinein die fehlende Zulassungsvoraussetzung der Anmeldung bzw. ein anderer formaler Mangel herausstellt. Mit der erfolgreich abgelegten Prüfung hat die oder der Studierende seine berufsqualifizierende Befähigung der Sache nach bewiesen, so dass die Formalien für den Zugang zu einer Prüfung ihren Sinn verloren haben.

Andererseits kann sich der Prüfling in Fällen des formalen Fehlers nicht nachträglich auf eine fehlerhafte Zulassung zur Prüfung berufen, wenn er diese nicht bestanden hat. Die Rüge von solchen Fehlern ist ausgeschlossen, wenn sich vorbehaltlos und ohne Widerspruch der Prüfung unterzogen wurde. Das Prüfungsergebnis gilt.

Hat der Prüfling nach erteilter Zulassung die Prüfung noch nicht angetreten, besteht kein Vertrauensschutz. In einem solchen Fall kann die Rücknahme der Zulassung erklärt werden, sobald sich der Fehler der Zulassung herausstellt, [§ 48 VwVfG](#) NW.

Beispiel: Die Zulassung zur Prüfung im Vertiefungsstudium wird wegen nicht erreichter Mindestpunktzahl im Kernstudium zurückgenommen mittels Aufhebungsbescheid inklusive Rechtsbehelfsbelehrung.

Ist eine Studierende oder ein Studierender trotz Beachtung der Hinweise über die Verfahrensweise bei den An- und Abmeldungen und trotz seiner Mitwirkungs- und Hinweispflichten ohne sein Wissen zur Prüfung zugelassen worden und nimmt deshalb nicht teil, so liegt ein besonders schwerer Mangel der Prüfung im Sinne des [§ 44 Abs. 1 S. 1 VwVfG](#) NW vor. Die Prüfung gilt als nicht unternommen, sofern die oder der Studierende nachweisen kann, dass sie oder er sich ordentlich verhalten hat und somit der Fehler bei der Prüfungsbehörde liegen muss.

Beispiel: Studierende/r wird aufgrund eines Systemfehlers zu mehreren Prüfungen angemeldet, ohne davon Kenntnis zu erhalten. Weil sie/er keine Kenntnis von der „ungewollten“ Anmeldung hat, kann sie/er diese Anmeldung nicht kontrollieren und sich nicht davon abmelden.

## B. Zulassung zur Wiederholung einer Prüfung

### I. Allgemeines

Die Beschränkung der Wiederholungsmöglichkeiten von studienbegleitenden Prüfungsleistungen oder Abschlussprüfungen ist rechtlich zulässig, selbst wenn dies zum Verlust der Zulassung in dem betreffenden Studiengang führen<sup>44</sup> bzw. sogar die Nichtzulassung in einem verwandten Studiengang bedeuten kann. Insofern müssen die Kapazitäten des Prüfungswesens einer Hochschule vor Überlastung geschützt werden und funktionsfähig bleiben. Das Landesrecht gibt daher vor, dass die Prüfungsordnungen die Zahl und die Voraussetzungen für die Wiederholung von Prüfungsleistungen enthalten müssen (§ 64 Abs. 2 Nr. 4 HG).

### II. Mindestanzahl der zu gewährenden Prüfungsmöglichkeiten

Sieht die jeweilige Prüfungsordnung nur eine einmalige Wiederholungsmöglichkeit vor, so lässt sich ein Anspruch auf eine zweimalige Wiederholbarkeit einer Prüfung auch nicht aus dem Verfassungsrecht (Berufswahlfreiheit gemäß Art. 12 GG) ableiten.<sup>45</sup> Die Anzahl der Prüfungsmisserfolge gibt Rückschlüsse auf die individuellen Fähigkeiten des Prüflings<sup>46</sup>, so dass grundsätzlich schon ein zweimaliges Nichtbestehen einer Prüfungsleistung ein hinreichender Beleg dafür ist, dass der Studierende für den angestrebten Beruf nicht geeignet ist.<sup>47</sup>

Eine **einmalige Wiederholung** ist immer zu gewähren, selbst wenn für die Prüfung beträchtliche Geld- oder Lernmittel zur Verfügung zu stellen sind.

Beispiel: Kostenintensive Materialien für Experimente während der Prüfung.

Um die Chancengleichheit bestmöglich zu gewährleisten und Ausnahmeregelungen für Härtefälle zu vermeiden, ist von vornherein die zweimalige Wiederholungsmöglichkeit<sup>48</sup> für studienbegleitende Prüfungen in den Prüfungsordnungen sinnvoll.

Beispiel: § 23 Abs. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Nicht bestandene oder als nicht bestanden geltende studienbegleitende Prüfungen können **zweimal wiederholt** werden.“

Im **Bonus-Malus-Punkte-System** werden potentielle Härtefälle bereits durch die flexible Art des Systems berücksichtigt. So wird bei der Berechnung der maximal zulässigen Maluspunktzahl im Mittel zwar nur eine einmalige Wiederholungsmöglichkeit für jede Prüfungsleistung, die für das Bestehen des Studienganges notwendig ist, gewährt. Andererseits können sich die Studierenden durch gute Kenntnisse und Fähigkeiten in einem Teilgebiet ihres Studiums hinreichende Wiederholungsmöglichkeiten für andere Teilgebiete, in denen die Kenntnisse und Fähigkeiten mangelhaft sind, herausarbeiten.

<sup>44</sup> VG Sigmaringen, Urteil v. 09.12.2002 – 1 K 636/02

<sup>45</sup> BVerwG, Urteil v. 27.06.1975 – VII C 32.74; VGH Kassel, Urteil v. 26.10.1981 – VI OE 56/79

<sup>46</sup> BVerfG, Beschluss v. 14.03.1989 – 1 BvR 1033/82

<sup>47</sup> BVerwG, Urteil v. 14.06.1963 – VII C 145.61; Beschluss v. 03.11.1986 – 7 B 108.86

<sup>48</sup> Dies gilt nicht für Abschlussarbeiten.

Hinweis: Damit ist das System zur Bewertung der umfangreichen beruflichen Fähigkeiten flexibler und eine Härtefallregelung nicht notwendig.

Die Feststellung über das Vorliegen eines Härtefalls würde nämlich u.a. eine Leistungsprognose durch den Prüfungsausschuss oder deren Vorsitzenden erfordern, ob eine weitere Wiederholung der Prüfung durch die betreffende Studierende oder den betreffenden Studierenden unter den gegebenen Umständen aussichtsreich erscheint. Eine solche abschließende Entscheidung des Ausschusses ist ohne Bewertungsspielraum und wäre somit von den Verwaltungsgerichten voll überprüfbar.

Zur Durchsetzung eines zügigen Studienfortgangs legen die Rahmenprüfungsordnungen fest, dass für die Wiederholung der Prüfung die Studierenden den jeweils nächstmöglichen Prüfungstermin wahrnehmen sollten. Der Prüfungsausschuss hat daher zu gewährleisten, dass jede studienbegleitende Prüfung innerhalb von zwei aufeinander folgenden Semestern mindestens zweimal angeboten wird, wobei dazwischen mindestens 4 Wochen liegen müssen, § 23 Abs. 4 S. 1 – 3 Bachelor-/Master-RPO.

### III. Änderung der Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten

Bei einer Änderung der Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten in einer Prüfungsordnung oder im Falle eines auslaufenden Studienganges haben die Studierenden keinen Anspruch auf Ausschöpfung der bisherigen Wiederholungsmöglichkeiten. Voraussetzung dafür ist, dass die Änderung der Prüfungsordnung oder die Einstellung des Studienganges rechtzeitig und ausreichend bekannt gemacht wurde.<sup>49</sup>

**Wichtig:** Eine rechtzeitige Bekanntgabe der Änderung der Wiederholungsmöglichkeiten liegt vor, wenn sich die Studierenden darauf einstellen können. Dies ist zweifellos möglich, wenn über die Änderung zu Beginn eines Semesters, bezogen auf die Prüfungen am Ende des Semesters, informiert wird. Die Bekanntgabe der Änderung erst vor Beginn der Prüfungen dürfte noch rechtzeitig sein, sollte jedoch im Sinne der Fürsorgepflicht der Behörde möglichst vermieden werden.

Der Satzungsgeber (Fakultätsrat) kann neue Regelungen über die Wiederholungsmöglichkeiten selbst bei ansonsten unveränderten Prüfungsanforderungen festsetzen.<sup>50</sup>

Hinweis: Ist **in der Prüfungsordnung** nach Ausschöpfung der schriftlichen Wiederholungsversuche eine weitere mündliche Ergänzungsprüfung als letzte Bestehenschanse vorgesehen, so darf diese Prüfungsform nicht durch die Prüfenden in eine schriftliche Prüfung umgewandelt werden.

Soll die Wiederholung einer Prüfung nach bestandener Prüfung zur **Notenverbesserung** („Freiversuch“) gewährt werden, ist dafür eine entsprechende Regelung

<sup>49</sup> VGH Kassel, Beschluss v. 30.01.2007 – 8 TG 2850/06

<sup>50</sup> BVerwG, Urteil v. 13.10.1972 – VII C 9.72

in der Prüfungsordnung notwendig.<sup>51</sup> Die mögliche Aufnahme einer solchen Freiversuchsregelung in die einzelnen Prüfungsordnungen – sofern nicht schon vorhanden - sieht § 24 der Bachelor-/Master-RPO vor.

Hinweis: Zu beachten ist dann, dass gemäß § 24 Abs. 1 S. 2 der Bachelor-/Master-RPO für die Berechnung der Frist § 7 Abs. 1 der [Studienbeitragssatzung der UDE](#) entsprechend gilt. Danach sind auf Antrag Zeiten für die Pflege und Erziehung von Kindern unter 12 Jahren und behinderten Kindern mit dem 1,5-fachen der Regelstudienzeit zu berücksichtigen, § 7 Abs. 1 a) Studienbeitragssatzung. Auf Antrag ist eine Studienzeitverlängerung, die nachweislich mittels fachärztlichem Attest auf eine Behinderung oder eine schwere Erkrankung / chronische Erkrankung zurückzuführen ist, bis maximal der zweifachen Regelstudienzeit zu berücksichtigen, § 7 Abs. 1 d) Studienbeitragssatzung.

#### IV. Bedingungen der Wiederholungsprüfung

Die Studierenden haben bei einer Wiederholungsprüfung keinen Anspruch auf eine bevorzugte Behandlung im Wege einer erhöhten Fürsorgepflicht durch den Prüfungsausschuss. Es besteht weder eine Pflicht noch ein Verbot, die Prüfenden über den Wiederholungsversuch einer oder eines Studierenden zu informieren. Es ist sogar unschädlich, wenn sich die Prüfungsbedingungen während der Wiederholungsprüfung in zumutbarem Maße verschärfen, so dass an die Wiederholer die gleichen Anforderungen gestellt werden, wie an Studierende, die diese Prüfung erstmals ablegen. Insoweit besteht kein Vertrauensschutz zum bisherigen Schwierigkeitsgrad einer Prüfung.

### C. Zulassung besonderer Prüfungserleichterungen/ Nachteilsausgleich

#### I. Allgemeines

Prüfungsordnungen müssen die besonderen Belange behinderter Studierender<sup>52</sup> zur Wahrung der Chancengleichheit berücksichtigen ([§ 16 S. 4 HRG](#), [§ 1 Abs. 1 BGG](#)) und dementsprechend nachteilsausgleichende Regelungen treffen (§ 64 Abs. 2 Nr. 2 HG). Dementsprechend wurden konkretisierende Regelungen zu den Belangen behinderter Studierender in den jeweiligen Prüfungsordnungen aufgenommen:

Beispiel: § 18 Abs. 6 S. 2 Bachelor-/Master-RPO: „*Macht die oder der Studierende durch die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses glaubhaft, dass sie oder er wegen **länger andauernder oder ständiger Behinderung** nicht in der Lage ist, an einer Prüfung in der vorgesehenen Form oder in dem vorgesehenen Umfang teilzunehmen, gestattet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses*

<sup>51</sup> VGH München, Beschluss v. 05.03.1986 – Nr. 3 N 85 A.2347; OVG Lüneburg, Beschluss v. 12.07.2007 – 2 LA 213/06

<sup>52</sup> Zur Definition siehe unter Kapitel 5, Punkt C. II, S. 85

ses der oder dem Studierenden **auf Antrag**, gleichwertige Leistungen in einer anderen Form zu erbringen.“

§ 26 Abs. 1 Bachelor-/Master-RPO: „Die besonderen Belange behinderter Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind über § 18 Absatz 6 hinaus gleichermaßen für die Erbringung von **Studienleistungen** zu berücksichtigen. Der Prüfungsausschuss legt **auf Antrag** der oder des Studierenden von dieser Prüfungsordnung abweichende Regelungen unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest. [...]“

Zudem wurden wie landesgesetzlich vorgegeben (§ 64 Abs. 2 Nr. 5 HG) nachteilsausgleichende Regelungen zugunsten Schwangerer, Alleinerziehender sowie Studierender mit Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen in den einzelnen Prüfungsordnungen festgelegt.

Notwendig ist immer ein **Antrag** der betroffenen Studierenden. Der Antrag kann auch konkludent gestellt werden, d.h., sich aus den Umständen ergeben.<sup>53</sup> Er ist rechtzeitig, im Falle von beantragten Prüfungsmodifikationen, schon zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Prüfung beim Bereich Prüfungswesen zu stellen. Die spätere Antragstellung ist dann zulässig, wenn die konkrete Beeinträchtigung, aufgrund derer die Prüfungsmodifikation beantragt wird, erst nach Ablauf der Anmeldefrist auftritt.

Beispiel: Episodische Krankheitsverläufe oder auftretende Beeinträchtigung nach Ablauf der Anmeldefrist.

Der Antrag der oder des Studierenden ist dann jedoch schnellstmöglich nach Auftreten der konkreten Beeinträchtigung zu stellen.

**Wichtig:** Der Antrag sollte **unverzüglich** geprüft und darüber entschieden werden. Die ablehnende Entscheidung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Dagegen kann vorläufiger gerichtlicher Rechtsschutz seitens der Studierenden ersucht werden.

Die Prüfungsbehörde hat bei der Frage, **ob** der beantragte Nachteilsausgleich zu bewilligen ist, kein Ermessen, selbst wenn die relevante Prüfungsordnung entsprechende Formulierungen wie „können“ o.ä. verwendet.<sup>54</sup>

Wurde der Nachteilsausgleich nicht vor einem Prüfungstermin beantragt, nur der beantragte Ausgleich gewährt bzw. die ablehnende Entscheidung der Prüfungsbehörde durch die Studierenden ohne Einleitung gerichtlicher Schritte akzeptiert, so scheidet im Nachhinein die Anfechtung des Prüfungsergebnisses durch die Studierenden i.d.R. aus.

Beispiel: Studierende/r beantragt wegen einer chronischen Darmerkrankung nur, die schriftliche Prüfung in einem separaten Raum ablegen zu dürfen. Der Prüfungsausschuss weist wider seiner Fürsorgepflicht nicht auf den Antrag zu möglichen weitergehenden Nachteilsausgleichsmöglichkeiten hin (z.B. Schreibzeitverlängerung), obwohl das aus der Erkrankung resultierende Zeitproblem bei der Bearbeitung schriftlicher Prüfungen erkannt wurde. Unterzieht

<sup>53</sup> VG Düsseldorf, Beschluss v. 07.03.2002 – 15 L 291 / 02

<sup>54</sup> vgl. VGH Mannheim, Beschluss v. 26.08.1993 – 9 S 2023 / 93

sich die oder der Studierende der Prüfung vorbehaltlos, scheidet im Nachhinein die Anfechtung des Ergebnisses aus.

Jedenfalls keine ausgleichspflichtigen Beeinträchtigungen stellen mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache dar.

Beispiel: nicht-deutsche Prüflinge<sup>55</sup> oder Spätheimkehrer.<sup>56</sup>

## II. Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderung

Von einer Behinderung wird gesprochen, wenn die körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit eines Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist, [§ 2 Abs. 1 S. 1 SGB IX](#), [§ 3 Abs. 1 BGG](#). Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist, § 2 Abs. 1 S. 2 SGB IX.

Hinweis: Behinderung im Sinne dieser Definition kann auch chronische Krankheiten erfassen, die oft für Dritte unsichtbar sind, aber nicht weniger einschränkend.

Nachteilsausgleich mittels Änderung der Form oder des Umfangs der Prüfung kann nur für aktuelle, länger andauernde oder dauerhafte Beeinträchtigungen einer oder eines Studierenden gewährt werden, die nicht die **geistige Leistungsfähigkeit** des Prüflings betreffen oder vermindern. Der Grundsatz der Chancengleichheit wird nur dann gewahrt, wenn Nachteile ausgeglichen werden, die allein die Technik der Leistungserbringung<sup>57</sup> und die Umsetzung der kognitiven und geistigen Fähigkeiten betreffen.

Beispiel: Seh- oder Hörschwäche, Defizite beim Sprechen, gebrochener Schreibarm.

Dagegen ist keine Rücksichtnahme auf persönliche Belastungen des Prüflings mittels Nachteilsausgleich notwendig, wenn er erweisen soll, dass er trotz dieser Beeinträchtigungen die Eignung für den angestrebten Beruf besitzt, die mit der Prüfung ermittelt wird. So sind auf unabsehbare Zeit andauernde konstitutionelle Beeinträchtigungen oder Beeinträchtigungen der kognitiven Leistungsfähigkeit oder ähnliche Leiden sowie in der Person des Prüflings verwurzelte Anlagen und Besonderheiten **nicht** ausgleichbar, wenn sie generell für die abgeprüfte und bewertete Befähigung des Prüflings von Bedeutung sind.<sup>58</sup>

Beispiele: Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung<sup>59</sup>, chronische Erkrankungen psychischer Art, viele Allergien, Stoffwechselstörungen, übermäßige Nervosität und Konzentrationsstörungen<sup>60</sup> als Folge einer Schilddrüsenerkrankung<sup>61</sup>

<sup>55</sup> BVerwG, Beschluss v. 08.09.1983 – 7 B 120/83

<sup>56</sup> BayVerfGH, Urteil v. 19.03.1986 – Vf. 12 – VII - 84

<sup>57</sup> VG Saarbrücken, Urteil v. 05.03.2009 – 1 K 643/08

<sup>58</sup> vgl. BVerwG, Beschluss v. 13.12.1985 – 7 B 210/85; Niehues, Prüfungsrecht, 5. Auflage 2010, Rz. 258

<sup>59</sup> OVG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 19.08.2002 – 3 M 41/02

<sup>60</sup> VG Berlin, Urteil v. 30.01.2008 – 12 A 634/05

<sup>61</sup> OVG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 16.01.1980 – 2 A 49/79

oder von Medikamenteneinnahme, zu niedriger/zur hohen Blutdruck, phobische Angststörung<sup>62</sup>.

So erschwert nach der Rechtsprechung eine **Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung** (ADS/ADHS) im Erwachsenenalter nicht nur die rein mechanische Lese- und Schreibtätigkeit als technischen Vorgang, sondern die gedankliche Erarbeitung der Klausurlösung selbst ist beeinträchtigt. Es handelt sich um ein Dauerleiden, das als persönlichkeitsbedingte Eigenschaft die Leistungsfähigkeit des Prüflings dauerhaft prägt und nicht durch den Einsatz von Hilfsmitteln ausgeglichen werden kann.<sup>63</sup> Insbesondere, da derartige Entscheidungen stark von den konkreten Umständen des Einzelfalles abhängig sind und soweit es sich bei ADHS/ADS um eine Teilleistungsstörung handeln kann, ist die Gewährung eines Nachteilsausgleichs im Einzelfall zu prüfen. In solchen Fällen sollte jedenfalls der Rat des Justitiariats und der Beauftragten für chronisch erkrankte und behinderte Studierende eingeholt werden.

Dagegen kann ausnahmsweise ein anerkannter **Legasthener** für die Anfertigung der Klausuren einen angemessenen Nachteilsausgleich (Schreibzeitverlängerung) beanspruchen.<sup>64</sup> Bei der Legasthenie wird zwar nicht der typische mechanische Schreibvorgang beeinträchtigt, aber es handelt sich um eine Beeinträchtigung, die sich in langsamerer Lesegeschwindigkeit sowie einer erschwerten handschriftlichen Darlegung des gefundenen Ergebnisses und somit in einer mangelnden technischen Fähigkeit zur Darstellung des eigenen Wissens erschöpft.<sup>65</sup>

Bei behinderungsbedingten Defiziten der Fähigkeiten im Kernkompetenzbereich des gewählten Studiums, die gerade durch die Prüfung ermittelt werden sollen, ist ein Nachteilsausgleich zur Wahrung der Chancengleichheit jedenfalls zu versagen.

### III. Nachteilsausgleich für Studierende in besonderen Situationen

#### 1. Nachteilsausgleich für Schwangere und junge Eltern

Für Studierende, für die die Schutzbestimmungen der §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) oder die Fristen über Elternzeit des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (§ 15 BEEG) gelten, legt der Prüfungsausschuss **auf Antrag** der oder des Studierenden die in der Prüfungsordnung geregelten **Prüfungsbedingungen** unter Berücksichtigung des Einzelfalles fest, § 26 Abs. 2 Bachelor-/ Master-RPO.

Beispiel: Schwangere Studierende des Studienganges Chemie stellt Antrag auf Änderung der Prüfungsform bei Prüfung durch laborpraktische und experimentelle Verfahren, bei denen sie gesundheitsschädigenden Gasen und Dämpfen ausgesetzt sein könnte.

Die Studierenden können sich mit der Antragstellung auf diese Fristen berufen, müssen es aber nicht. Weil Schwangerschaft und Elternschaft nicht dauerhaft die persön-

<sup>62</sup> OVG NW, Urteil v. 08.06.2010 – 14 A 1735/09; VG Gelsenkirchen, Urteil v. 27.05.2009 – 4 K 5937/08

<sup>63</sup> VG Freiburg (Breisgau), Beschluss v. 30.08.2007 – 2 K 1667/07

<sup>64</sup> VG Kassel, Beschluss v. 03.01.2006 – 8 TG 3292 / 05; VG Schleswig, Urteil v. 10.06.2009 – 9 A 208/08

<sup>65</sup> OVG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 19.08.2002 – 3 M 41/02

lichkeitsbedingte berufsqualifizierende Leistungsfähigkeit der Studierenden beeinträchtigen (wie chronische Krankheiten oder eine Behinderung), stellen sie eine vorübergehende Prüfungsunfähigkeit dar. Dem wird grundsätzlich bereits durch die Möglichkeit zum Prüfungsrücktritt, entschuldigtem Nichtantritt zur Prüfung, Gewährung von Urlaubssemestern und entschuldigten Prüfungs- und Studienzeitverzögerungen Rechnung getragen.<sup>66</sup>

Ein absolutes Beschäftigungsverbot der (werdenden) Mutter liegt 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung des Kindes vor, [§ 3 Abs. 2](#), [§ 6 Abs. 1 MuSchG](#). Bei Früh- und Mehrlingsgeburten verlängert sich die Frist auf 12 Wochen, bei Frühgeburten verlängert sich der Zeitraum zusätzlich um die nicht beanspruchte Zeit vor der Geburt. Die (werdende) Mutter kann freiwillig Prüfungsleistungen erbringen. Diese Fristen sollen die Durchführung der Prüfungsverfahren also nicht gegen den Willen der Studierenden verhindern<sup>67</sup> und müssen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie sich darauf berufen. Die Einhaltung des Arbeitsschutzes nach [§ 2](#) und [§ 4 MuSchG](#) ist jedoch zu gewährleisten. Zudem ist ggf. das nach der Prüfungsordnung eingeräumte Rücktrittsrecht von der Prüfung beachtlich.

Der Anspruch auf Elternzeit besteht grundsätzlich bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres eines Kindes. In einigen speziellen Fällen sind Zeiten der Elternzeit übertragbar auf spätere Zeitpunkte bis längstens zur Vollendung des 8. Lebensjahres des Kindes, [§ 15 Abs. 2 BEEG](#). Die Elternzeit gilt nicht nur für eigene Kinder, für die sie sorgen und die im Haushalt leben, sondern auch für angenommene Kinder, die in den Haushalt der Studierenden aufgenommen wurden, [§ 15 Abs. 1 BEEG](#).

Beispiel: Studierende/r beruft sich auf Elternzeit und tritt von der Bearbeitung ihrer oder seiner Abschlussarbeit zurück. Anschließend ist ein neues Thema zu vergeben. Nicht möglich ist, die Bearbeitungszeit um die Dauer der beantragten Elternzeit zu verlängern.

Hinweis: Zeiten für die Pflege und Erziehung von Kindern unter 12 Jahren und behinderten Kindern werden mit dem 1,5-fachen der Regelstudienzeit bei der Berechnung der Fachsemester im Rahmen eines „Freiversuchs“ berücksichtigt, § 24 Abs. 1 S. 2 Bachelor-/Master-RPO i.V.m. § 7 Abs. 1 a) Studienbeitragssatzung.

Studierende, die ein **Kind überwiegend allein versorgen**, können auf Antrag von der Anwesenheitspflicht bei Lehr-/Lerneinheiten befreit werden, wenn diese notwendig ist, um einen nach der PO erforderlichen Teilnahmenachweis zu erlangen. Voraussetzung für die Befreiung ist die Erbringung einer Studienleistung mit einem Arbeitsaufwand, der den Fehlzeiten angemessen ist und diesen entspricht. Diese Studienleistung wird von der oder dem Lehrenden im Einvernehmen mit der oder dem Studierenden festgesetzt, § 26 Abs. 4 Bachelor-/Master-RPO.

## 2. Nachteilsausgleich aufgrund von Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen

Auf Antrag werden zudem Nachteile, die Studierenden aufgrund von **Betreuungs-/Pflegeverpflichtungen** gegenüber Ehepartnern, eingetragenen Lebenspartnern oder pflegebedürftigen Verwandten in gerader Linie oder Verschwägerten ersten

<sup>66</sup> BVerwG, Urteil v. 15.03.1968 – VII C 46/67; VG Dresden, Beschluss v. 11.02.2010 – 5 L 24/10

<sup>67</sup> Begründung des Regierungsentwurfs, LT-Drucks. 12/4243, S. 199

Grades entstehen, derart berücksichtigt, dass Fristen und Termine unter Berücksichtigung von Ausfallzeiten für diese Pflege neu festgelegt werden, vgl. § 26 Abs. 3 Bachelor-/Master RPO. Die notwendige Pflege ist durch ärztliches Attest nachzuweisen.

Beispiel: Schreibzeitverlängerung für die Abschlussarbeit aufgrund der Pflege des Ehegatten, Gewährung flexibler Meldefristen zu Prüfungen.

Zu den Verwandten in gerader Linie oder Verschwägerten ersten Grades zählen Geschwister, Eltern, Großeltern, Schwiegereltern.

### Formulierungsvorschlag (15)

## IV. Maßnahmen zum Nachteilsausgleich

Die Maßnahmen des Nachteilsausgleichs sind **im Einzelfall** zu betrachten und in Art und Bemessung bedarfsgerecht danach auszurichten, wie die Beeinträchtigung möglichst voll ausgeglichen werden kann.

**Wichtig:** Beeinträchtigungen bei der Ablegung der Prüfung dürfen am Ende keinesfalls dadurch ausgeglichen werden, dass sie zu einer fiktiven Verbesserung der Prüfungsnote führen; zu beurteilen sind immer nur die tatsächlich erbrachten Leistungen.<sup>68</sup>

Vergleichsmaßstab bei der Suche nach ausgleichenden Maßnahmen für behinderte und benachteiligte Studierende sind die Prüfungskandidaten, die insoweit nicht beeinträchtigt sind. So wird der Wettbewerb unter den Studierenden hinsichtlich der Berufsbefähigung durch die nachteilsausgleichenden Maßnahmen nicht verfälscht und der Gleichbehandlungsgrundsatz beachtet. Die Prüfungsbedingungen sind nur im erforderlichen Rahmen zu modifizieren, **ohne** dass sich die geprüften fachlichen Anforderungen **qualitativ vereinfachen** dürfen.

Beispiel: Keine Schreibzeitverlängerung für Legastheniker im Germanistikstudium, wohl aber für naturwissenschaftliche oder mathematische Studiengänge.

Die Behinderungen können ggf. durch **Hilfsmittel** ausgeglichen werden.

Beispiel: Aufgabentext als Sprachausgabe oder in besonders großer Schrift oder auf bereit gestelltem Laptop mit verstellbarer Schriftgröße für sehbehinderte Studierende.

Der behinderungsbedingte Nachteil darf durch die Ausgleichsmaßnahmen jedoch nicht überkompensiert werden und zu einer Privilegierung des behinderten oder sonst benachteiligten Prüflings gegenüber anderen Kandidaten führen.

Beispiel: Die Gewährung einer unbegrenzten Schreibzeitverlängerung führt zur Überkompensation des Nachteilsausgleichs, indem ein Zeitvorteil gegenüber den Mitprüflingen geschaffen wird, der sich auf die Vollständigkeit, Tiefe und Struktur der Bearbeitung auswirkt bzw. auswirken kann, damit zu einer besseren Bewertung und somit zu einer Verletzung des Grundsatzes der Chancengleichheit.

<sup>68</sup> VGH Mannheim, Urteil v. 10.11.1981 – 4 S 1988/80

Nicht von der Fürsorgepflicht des Prüfungsausschusses erfasst ist die Pflicht, den Studierenden unentgeltlich Hilfsmittel zur Vorbereitung auf die Prüfung zur Verfügung zu stellen oder sonstige finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Folgende nachteilsausgleichende Maßnahmen während der Prüfung sind für behinderte Studierende in Betracht zu ziehen (nicht abschließend):

- Angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit bei schriftlichen Prüfungen – i.d.R. reicht die Verlängerung bis zur Hälfte der regulären Prüfungszeit aus, z.B. bei durch amtsärztliches Attest nachgewiesener Legasthenie Schreibzeitverlängerung von 10%,
- Ersetzung der schriftlichen Prüfung durch eine mündliche Prüfung, z. B. bei Sehbehinderten,
- Ersetzung einer mündlichen durch eine schriftliche Prüfung, z. B. bei Hörgeschädigten,
- Hinzuziehung einer Gebärdensprachdolmetscherin, z.B. bei Taubstummen,
- Hinzuziehung einer Schreibassistenz bei Behinderung der Schreibfähigkeit,
- Verlängerung der Zeitabstände zwischen den Prüfungen,
- Aufteilung einer Prüfungsleistung in Teilleistungen,
- Unterbrechung zeitabhängiger Prüfungsleistungen durch Erholungspausen ohne Anrechnung auf die Bearbeitungszeit,
- Bereitstellung eines zusätzlichen Raumes (z.B. bei notwendiger Assistierung des behinderten Studierenden),
- Bereitstellung eines barrierefrei zugänglichen Prüfungsraumes,
- Bereitstellung spezieller höhenverstellbarer Büromöbel im Falle von Körperbehinderungen,
- angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit der Diplom-/Bachelor-/Masterarbeit (in Ausnahmefällen),
- sofern möglich, Bereitstellung technischer Hilfsmittel, z.B. zusätzliche Leselampe oder Computer mit spezieller Software der Universität bei Sehbehinderungen oder mit spezieller Tastaturbelegung bei Beeinträchtigungen der Hand oder des Handgelenks,
- Grundsätzlich nicht: Die Nutzung eigener technischer Geräte, z.B. Laptop oder eigener Software des Studierenden, wenn dadurch ein Vorteil nicht eindeutig ausgeschlossen werden kann.

Zu den vorhandenen Hilfsmitteln der Universität und den daraus resultierenden Möglichkeiten des Nachteilsausgleichs im Einzelfall sollte die Beauftragte für chronisch erkrankte und behinderte Studierende, Frau Cella Küchenmeister, Tel.: 0201 / 183 – 2116) kontaktiert werden.

Für Studierende mit nachgewiesenen Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen sind vor allem nachteilsausgleichende Maßnahmen in folgenden Varianten möglich:

- angemessene Verlängerung der Bearbeitungszeit bei Haus- und Abschlussarbeiten – als Richtwert i.d.R. bis zu einem Drittel der Gesamtbearbeitungszeit,
- (teilweise) Befreiung von der Anwesenheitspflicht bei Praktika, Exkursionen, Gruppenarbeiten, laborpraktischen und experimentellen Übungen und Ge-

- währung angemessener Alternativleistungen (z.B. Hausarbeiten, Essays, Protokolle, Konsultationen),
- Änderung der Reihenfolge der laut Studienverlaufsplan zu belegenden Veranstaltungen,
- Befreiung von der Anwesenheitspflicht zu Lehr-/und Lerneinheiten und Erbringung einer entsprechenden Studienleistung im Selbststudium (vgl. § 26 Abs. 4 Bachelor-/Master-RPO).

Hinweis: Alle gewährten Maßnahmen sind im **Prüfungsprotokoll** zu vermerken.

Die beantragten und gestatteten Erleichterungen sind von den Studierenden in der Prüfung zweckgerichtet voll zu nutzen, bevor wirksam gerügt werden kann, sie seien unzureichend gewesen. Anderes wäre widersprüchlich, nämlich einerseits Rechte nicht voll in Anspruch zu nehmen und sich andererseits darauf zu berufen, sie seien nicht im erforderlichen Umfang gewährt worden.<sup>69</sup>

Beispiel: Die gewährten Schreibpausen während der Prüfung werden von der oder dem behinderten Studierenden nicht voll genutzt. Die oder der Studierende machen im Anschluss an die Arbeit jedoch eine zu gewährende Schreibzeitverlängerung wegen „Übergangslärms“ der Mitprüflinge geltend, den diese beim Verlassen des Raumes nach dem regulären Ende der Bearbeitungszeit verursachten.

Auch hier gilt: Wird einem Mitprüfing eine unzulässige Begünstigung oder Kompensation gewährt, so begründet dies allein keinen Grund zur Anfechtung der Prüfung für die Mitprüflinge, deren Prüfung ordnungsgemäß verlaufen ist. („**Kein Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht**“).

## **D. Zulassungsbeschränkung zu Prüfungen (beschränkte Teilnehmerzahl)**

Für die großen Studiengänge der hiesigen Universität besteht die Möglichkeit, durch Implementierung einer entsprechenden Norm in die Prüfungsordnung die Teilnehmerzahl zu einzelnen Lehrveranstaltungen und durch entsprechende Verknüpfung den Zugang zu den entsprechenden Prüfungsleistungen zu beschränken (vgl. § 10 Bachelor-/Master-RPO).

Beispiel: Kapazitäten von parallel laufenden Veranstaltungen eines Wahlpflichtbereichs werden extrem unterschiedlich stark ausgelastet. Für die Dozentinnen und Dozenten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine qualitativ anspruchsvolle Durchführung der Übungen unter notwendiger Nutzung von Computer-Arbeitsplätzen kaum möglich. Die Bewertung aller Prüfungsleistungen ist innerhalb des vorgegebenen knappen Korrekturzeitraumes mit den personellen Ressourcen nicht zu schaffen.

Weil mit solchen Beschränkungen die Zugangsmöglichkeit zu berufsqualifizierenden Prüfungen und damit das Grundrecht der Berufswahlfreiheit beeinträchtigt ist, sind derartige Regelungen besonders sensibel. Mit der Beschränkung der Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen kann der Zugang zu den dazugehörigen Prüfungen

<sup>69</sup> VGH Mannheim, Urteil v. 26.11.1996 – 9 S 1240/96

daher nur dann beschränkt werden, wenn wegen deren Art und Zweck oder aus sonstigen Gründen, u.a. Lehre und Forschung, eine Begrenzung der Teilnehmerzahl erforderlich ist. Die Fakultät hat dafür vorab **in der Prüfungsordnung** die Prioritäten zu regeln und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sicherzustellen, dass den Studierenden durch die Beschränkung der Teilnehmerzahl an der Prüfung nach Möglichkeit kein Zeitverlust entsteht (§ 59 HG).

Beispiel: § 4a PO konsekutiver Bachelor-/Master AI-SE: „[...] (3) Die Zulassung zu einer nach Abs. 2 teilnahmebeschränkten Lehrveranstaltung erfolgt vorrangig nach der Notwendigkeit des Besuchs der Lehrveranstaltung und der Ablegung der Prüfungsleistung durch die Fakultät im Hinblick auf den Studienfortschritt unter Beachtung folgender Kriterien:

a) Erste Priorität:

*Eintritt eines wesentlichen Zeitverlustes bei Nichtteilnahme an der Lehrveranstaltung und der dazugehörigen Prüfung; ein wesentlicher Zeitverlust ist insbesondere anzunehmen, wenn die oder der Studierende in dem Semester nicht zu einer Prüfung in einer anderen Wahlpflichtveranstaltung zugelassen werden oder wegen eines Auslandssemesters nicht an der nachfolgenden teilnahmebegrenzten Lehrveranstaltung teilnehmen kann.*

b) Zweite Priorität:

*Erfolgreiche Teilnahme an der Prüfung.*

c) Dritte Priorität:

*Anzahl der erworbenen Leistungspunkte beginnend mit der höchsten Leistungspunktezahl.*

*(4) Für Studierende in besonderen Situationen gemäß § 15 dieser Ordnung können auf begründeten Antrag durch den Prüfungsausschuss Ausnahmen zugelassen werden.*

*(5) Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen in teilnahmebeschränkten Lehrveranstaltungen ist jeweils die Teilnahme an der zugrunde liegenden Lehrveranstaltung. Die Anmeldung zur Prüfung erfolgt zu den von der Fakultät festgelegten vorgezogenen Anmeldefristen beim Prüfungsamt. [...]*

Nach § 10 Abs. 1 S. 2 Bachelor-/Master-/RPO regelt der Prüfungsausschuss auf Antrag der oder des Lehrenden den Zugang, wenn eine Beschränkung notwendig ist und die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmefähigkeit der Lehrveranstaltung übersteigt. Vorrangig sind die Studierenden des jeweiligen Studienganges zu berücksichtigen, die nach dem Studienplan und ihrem Studienverlauf zu diesem Zeitpunkt auf den Besuch der beschränkten Lehrveranstaltung und der dazugehörigen Prüfung angewiesen sind. Anschließend sind die Studierenden des jeweiligen Studienganges zu berücksichtigen, die zu diesem Zeitpunkt nicht auf den Besuch dieser Lehrveranstaltung und Prüfung angewiesen sind und erst dann sind ggf. Studierende anderer Studiengänge und Zweithörende beachtlich. Innerhalb der Gruppen der Studierenden des entsprechenden Studienganges kann nach einem von der Fakultät aufzustellenden Prioritätsprinzips ausgewählt werden.

Zudem sind **auf Antrag** immer Ausnahmen für Studierende in besonderen Situationen zulässig (§ 26 Bachelor-/Master-RPO).

## E. Der Rücktritt von der Prüfung

### I. Allgemeines

Prüfungsordnungen müssen die Folgen der Nichterbringung von Prüfungsleistungen und des Rücktritts von einer Prüfung sowie die **Art und Weise, in der der Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit** zu erbringen ist, regeln (§ 64 Abs. 2 Nr. 8 HG). Dementsprechend wurden konkretisierende Regelungen zu diesen Belangen in die jeweiligen Prüfungsordnungen aufgenommen.

Prüfungsleistungen können wegen eines Rücktritts von der Prüfung oder aufgrund der Säumnis der Studierenden bei der Prüfung nicht erbracht worden sein. Wesentlicher Unterschied zwischen Rücktritt und Säumnis ist die Entscheidung und **Erklärung** des Studierenden beim **Rücktritt**, nicht (länger) an der Prüfung teilzunehmen oder das Ergebnis der Prüfungsleistung nicht gegen sich wirken lassen zu wollen. Die Säumnis ist dagegen die Tatsache der Nichtteilnahme an der Prüfung ohne Erklärungen der oder des Studierenden.<sup>70</sup> Sollen Rücktritt und Säumnis folgenlos bleiben, so entsprechen die Anforderungen an die anschließende Erklärung und den Nachweis des wichtigen oder triftigen Grundes der Säumnis denen des Rücktritts.

### II. Zuständigkeiten

Der Prüfungsausschuss ist für die **Überprüfung der Entscheidungen** zum Versäumnis einer Prüfungsleistung und des Rücktritts von der Prüfung zuständig, § 25 Abs. 5 Bachelor-/Master-RPO.

Der Bereich Prüfungswesen ist für Entgegennahme der Erklärungen und der entsprechenden Nachweise (§ 25 Abs. 2 S. 3 Bachelor-/Master-RPO) zuständig, kann aber vom Prüfungsausschuss mit der regelmäßigen Form- und Fristkontrolle oder der Entscheidung, ob ein triftiger Grund der Säumnis bzw. ein Rücktrittsgrund vorlag, beauftragt werden.

### III. Die Rücktrittserklärung

#### 1. Form

Die Rücktrittserklärung muss eindeutig sein, d.h. der Wille, die Prüfung oder einen Prüfungsteil nicht anzutreten oder nicht fortzusetzen muss ausdrücklich erklärt werden und darf keinen Zweifel an der Entscheidung der oder des Studierenden lassen. Sie muss selbst dann schriftlich erfolgen, wenn sie zuvor mündlich, z. B. telefonisch abgegeben wurde. Auch die geltend gemachten Gründe sind schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Das Schriftformerfordernis ist bei Übersendung eines Faxes gewahrt, nicht dagegen durch E-Mail, (vgl. [§ 3a VwVfG](#) NW).

Beispiel: Übersendung eines Schreibens mit Rücktrittserklärung und anliegendem ärztlichen Attest.

<sup>70</sup> BVerwG, Urteil v. 13.05.1998 – 6 C 12/98

Die Vorlage oder Übersendung eines Ärztlichen Attestes ohne jegliche weiteren Informationen oder Erklärungen reicht grundsätzlich für das Erfordernis der schriftlichen Erklärung nicht aus.<sup>71</sup> Nur wenn zuvor telefonisch die Übersendung des Attests angekündigt und der damit verbundene Zweck als Rücktrittserklärung deutlich gemacht wurde, kann diese Form ausnahmsweise ausreichen.

## 2. Frist

Rücktritt und Rücktrittsgrund (bzw. der Grund der Säumnis) sind „unverzüglich“ zu erklären und glaubhaft zu machen, wobei insbesondere bei der Geltendmachung einer krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit ein strenger Maßstab anzulegen ist.<sup>72</sup>

„Unverzüglich“ (§ 121 BGB) bedeutet **sofort**, nachdem die Studierenden den Grund (z.B. Leistungsminderung wegen Krankheit oder dauerhafter Lärmstörung in der Prüfung<sup>73</sup>) erkannt haben oder hätten erkennen müssen. In der Regel ist eine Erklärung innerhalb von 3 Werktagen nach dem Prüfungstermin noch fristgemäß.

Beispiel: Eintritt einer bislang unbekannten Sehbeeinträchtigung während der Klausur; der nächstmögliche Augenarzttermin darf für die Rücktrittserklärung nicht abgewartet werden.

Damit ist den Prüflingen bereits eine angemessene Überlegungsfrist gewährt, die teilweise für die Entscheidung über den Abbruch der Prüfung einzuräumen ist.

Beispiele: Mündliche Prüfung; bei zusammenhängenden Prüfungsleistungen, von denen einige bereits erbracht wurden, aber im Falle eines Rücktritts unberücksichtigt blieben.

Der Prüfungstag wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet, ein Samstag gilt nicht als Werktag (§ 25 Abs. 2 S. 1 Bachelor-/Master-RPO).

Beispiel: Prüfungstag ist ein Mittwoch. Die Frist beginnt daher am Donnerstag, das Ende der Frist fällt auf Samstag. Samstag gilt nicht als Werktag, Sonn- und gesetzliche Feiertage sind keine Werktage und werden daher nicht mitgerechnet (vgl. auch § 193 BGB). Die Frist endet somit am Montag.

Die 3-Tages-Regel darf jedoch nicht als starre Frist gehandhabt werden, sondern ist im Einzelfall, z.B. nach der Schwere einer Erkrankung, zu prüfen.

Beispiel: Unfallbedingter Krankenhausaufenthalt im maßgeblichen Zeitraum.

Mit der Pflicht, den Rücktritt und dessen (wichtige/triftige) Gründe unverzüglich mitzuteilen, kommt der Prüfling seinen Mitwirkungsobliegenheiten nach, wenn es der Prüfungsbehörde entweder nicht möglich ist oder zuvor nicht gelungen ist, Abhilfe zu schaffen.

<sup>71</sup> BVerwG, Beschluss v. 6.8.1996 – 6 B 17.96

<sup>72</sup> vgl. OVG NW, Beschluss v. 20.11.2008 – 14 E 1417/08

<sup>73</sup> Sofortige Rügepflicht während der Klausur. Siehe dazu unter Kapitel 6, Punkt D. IV. 2. b), S. 122 f.

Beispiel: Übelkeit der oder des Studierenden nach Prüfungsbeginn; Aufsichtsführende können die vom Prüfling als Störung empfundene geräuschvolle Klimaanlage im Prüfungsraum nicht abschalten.

Zum anderen soll ermöglicht werden, den wahren Sachverhalt zeitnah und bestmöglich konkret aufzuklären.

Beispiel: Ggf. Untersuchung durch Amtsarzt und Einholung eines amtsärztlichen Gutachtens im Falle krankheitsbedingten Rücktritts.

Schließlich soll verhindert werden, dass die Studierenden zunächst den konkreten Aufgabentext oder sogar das Ergebnis der Prüfung abwarten, um bei Missfallen oder Misslingen die Prüfung abubrechen bzw. das Ergebnis anzufechten. Dies verstieße gegen den Grundsatz der Chancengleichheit, da sie sich auf diesem Wege missbräuchlich einen zusätzlichen Prüfungsversuch verschaffen würden.<sup>74</sup>

Deshalb ist nach Beginn der Prüfung bzw. nach der Prüfung der Rücktritt nur in Ausnahmefällen möglich, also bei offensichtlichen Leistungsminderungen oder Störungen.

Beispiel: Epileptischer Anfall, Kreislaufkollaps in der Klausur, Stromausfall und deshalb lang andauernde Dunkelheit im Prüfungsraum.

**Wichtig:** Ein offensichtlich krankheitsbedingter Klausurabbruch eines Prüflings ist wie andere offensichtlich erheblichen Störungen ins Protokoll aufzunehmen. Sofern angebracht, sollte die oder der jeweilige Studierende nochmals auf die Notwendigkeit der unverzüglichen schriftlichen Erklärung mit Nachweisen gegenüber dem Bereich Prüfungswesen hingewiesen werden.

Keinesfalls darf die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses durch die Studierenden abgewartet werden, da dies jedenfalls eine Fristüberschreitung darstellt, mit der Wirkung, dass die Prüfung oder der Prüfungsteil nicht bestanden ist. Dagegen ist weder Nachsicht gemäß [§ 31 Abs. 7 VwVfG](#) NW noch eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß [§ 32 VwVfG](#) NW zu gewähren.<sup>75</sup> Ausnahmen davon sind nur bei unerkannter Prüfungsunfähigkeit zulässig, sofern es keine Ausschlussfrist für die Geltendmachung eines Rücktritts in der jeweiligen Prüfungsordnung gibt oder wenn die Prüfungsbehörde die Studierenden fehlerhaft über die Möglichkeit und Bedingungen des Rücktritts informiert hat.

<sup>74</sup> BVerwG, Beschluss v. 28.04.1997 – 6 B 6/97

<sup>75</sup> vgl. VG Hannover, Urteil v. 14.12.2000 – 6 A 3015/99

## IV. Der „triftige / wichtige Grund“ eines Rücktritts

### 1. Krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit

#### a) Erkannte Prüfungsunfähigkeit

Es sind nur die Gründe beachtlich, die die oder der Studierende dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich erklärt hat. Ein späteres „Nachschieben von Gründen“ ist nicht beachtlich.

Häufigster Rücktrittsgrund oder Grund der Säumnis ist die krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit der Studierenden. Dies umfasst sowohl den totalen Verlust der Prüfungsfähigkeit als auch aktuelle, akute, vorübergehende erhebliche Beeinträchtigungen der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit wegen Krankheit.

Daher scheiden folgende Gründe aus:

- **unerhebliche** Störungen und pathologische Erscheinungen,

Beispiele: Unwohlsein durch Prüfungsstress, Konzentrationsstörungen, leichte, nicht fiebrige Erkältungen, Prüfungspsychosen, Examensängste.

- dauerhafte oder langwierige **generelle Indispositionen** in der Person des Studierenden,

Beispiele: Chronische Erkrankungen, Stoffwechselstörungen, zu niedriger/zu hoher Blutdruck, AD(H)S, Behinderungen.

- durch den Studierenden **selbstverschuldete** gesundheitliche Beeinträchtigungen bzw. solche, die als **eigene Risikoentscheidung** zugerechnet werden.

Beispiele: Zu starke Wirkung einer zu hohen Dosis selbst verordneter Beruhigungstabletten; Denk- und Konzentrationsschwächen aufgrund Nikotinmangels eines Rauchers, der während der Prüfung nicht rauchen darf; Teilnahme an Prüfung trotz grippalen Infektes und entgegen ärztlichen Rates.

Maßgeblich ist, ob die Studierenden unabhängig von ihrer aktuellen Tagesform ihre vorhandenen Kenntnisse, Fähigkeiten und ihre Eignung für den angestrebten Beruf in der Prüfung zeigen können. Nur wenn diese Fähigkeit, also das „normale“ Leistungsbild krankheitsbedingt aktuell erheblich beeinträchtigt ist, kommt ein Rücktrittsrecht wegen Prüfungsunfähigkeit in Betracht.

Führen mehrere Ursachen – ir-/relevant - zu einer Minderung der Leistungsfähigkeit, kommt es maßgeblich darauf an, welche der Ursachen dominant ist und auf welche der Rücktritt gestützt wird.

Beispiel: Krankheitsbedingte Medikamenteneinnahme, die tatsächlich erst zur Prüfungsunfähigkeit führt, ist kein selbständiger Rücktrittsgrund.

Nicht entscheidend ist aber der auslösende Grund oder Verstärker der vorhandenen Erkrankung.

Beispiel: Rücktrittsrecht bei Magenleiden, dass infolge der prüfungsbedingten Stresssituation (unerheblicher Auslöser) zu Magenkrämpfen (wesentliche Ursache der Beschwerden) führt.

Ist eine Dominanz der einzelnen Ursachen nicht auszumachen und sind diese für sich nicht schon unerheblich, so bleiben die Ursachen insgesamt wesentlich für die Leistungsminderung und können den Rücktritt rechtfertigen.

Der Prüfling (nicht die Ärztin oder der Arzt) hat in eigener Verantwortung darüber zu entscheiden, ob er von einer Prüfung zurücktreten will, wenn er krankheitsbedingte Einschränkungen seiner Leistungsfähigkeit erkennt oder erkennen müsste.<sup>76</sup> Im Rahmen dessen muss er sich ggf. beim Arzt darüber Klarheit verschaffen, wie weitreichend seine Leistungsfähigkeit beeinträchtigt ist. Stellt sich heraus, dass erhebliche Beeinträchtigungen vorliegen, muss er daraus unverzüglich die Konsequenzen ziehen, und zwar ebenfalls grundsätzlich vor Beginn der Prüfung. Diese Grundsätze gelten nicht nur für die Geltendmachung krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit, sondern für alle die Prüfungsfähigkeit mindernden Umstände.<sup>77</sup>

## b) Unerkannte Prüfungsunfähigkeit

Studierende, die auf die vor Beginn der Prüfung gestellte Frage nach der Prüfungsfähigkeit keine Einwendungen geltend machen, nehmen damit das Risiko einer Verwirkung des Rücktrittsrechts auf sich.

Ein Rücktritt von der Prüfungsleistung nach erbrachter Prüfungsleistung könnte dann nur wegen unerkannter Prüfungsunfähigkeit gewährt werden. Dies ist nicht schon dann gegeben, weil die oder der Studierende seinen Zustand medizinisch nicht als Krankheit diagnostizieren oder als „Prüfungsunfähigkeit“ einschätzen konnte. Es reicht, wenn den Studierenden ihre **gesundheitlichen Beschwerden** im Wesentlichen **bekannt** sind und sie deren Auswirkungen auf ihre Leistungsfähigkeit erfassen konnten. Dann müssen sie im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht ärztlichen Rat einholen und die Teilnahme an der Prüfung zuvor abklären. Die Prüfungsunfähigkeit ist in solchen Fällen nur ausnahmsweise noch unerkannt.

Beispiel: Fragt die oder der Studierende ihren oder seinen behandelnden Arzt ausdrücklich um Rat, ob dieser eine Teilnahme an der bevorstehenden Prüfung für vertretbar hält und rät dieser aufgrund medizinischer Fehleinschätzung zu, so darf die oder der Studierende darauf vertrauen. Der Rücktritt ist dann nicht schon wegen zurechenbarer eigener Risikoentscheidung ausgeschlossen.

Bei nervlichen und psychischen Beeinträchtigungen ist das „Kennenmüssen“ maßgebend, d.h. inwieweit die oder der Studierende

- von ihren oder seinen Beschwerden wusste,
- erkennen konnte, ob diese über bloße Prüfungsangst hinaus krankhaft sind und
- das damit zusammenhängende Prüfungsrisiko einschätzen konnte.

<sup>76</sup> BVerwG, Beschluss v. 06.08.1996 – 6 B 17.96

<sup>77</sup> BVerwG, Beschluss v. 12.11.1992 – 6 B 36.92; OVG NW, Beschluss v. 31.05.2005 – 4 N 64.04

Beispiel: Kopfschmerzen, Abgeschlagenheit und Konzentrationsschwächen der oder des Studierenden während der Prüfung, die von ihr oder ihm fälschlich als Begleiterscheinung des Prüfungsstress gewertet werden.

Wenn später eine die Leistungsfähigkeit typischerweise mindernde Erkrankung festgestellt wird, ist anzunehmen, dass die Leistungsfähigkeit auch schon – unerkannt – während der Prüfung aus gesundheitlichen Gründen vermindert war.

Beispiel: Gehirntumor, Lebererkrankung, fieberiger Infekt.

Machen Studierende geltend, dass sie die eigene Prüfungsunfähigkeit erst nachträglich erkennen und einschätzen konnten, müssen die dafür maßgeblichen Gründe in gleicher Weise glaubhaft gemacht werden wie die Prüfungsunfähigkeit selbst.<sup>78</sup>

## **2. Erkrankung des Kindes oder pflegebedürftiger Angehöriger**

Ein krankheitsbedingter Rücktritt ist auch in Fällen möglich,

- in denen Studierende ein Kind überwiegend allein versorgen und dieses nachweislich erkrankt oder
- ein pflegebedürftiger Angehöriger nachweislich erkrankt, § 25 Abs. 3 Bachelor-/Master-RPO.

In Anlehnung an die Regelungen zum besonderen Nachteilsausgleich gehören zu den Angehörigen, die insofern zu berücksichtigen sind, Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner sowie in gerader Linie Verwandte und Verschwägerter 1. Grades.

Beispiel: Geschwister, Eltern, Großeltern, Schwiegereltern.

Die Tatsachen, dass das Kind überwiegend allein versorgt wird sowie die Pflege des Angehörigen sind ebenso wie die Krankheit dieser Personen vom Studierenden glaubhaft zu machen. Der Nachweis der Krankheit kann durch die Vorlage eines ärztlichen Attestes erfolgen.

## **3. Sonstige Rücktrittsgründe**

Weitere Rücktrittsgründe können in einer derartig schweren Störung der Prüfung (z.B. durch Baulärm) liegen, dass Abhilfe oder Kompensation (z.B. durch Schreibzeitverlängerungen) nicht ausreichen, sondern der Rücktritt von der Prüfung oder dem betroffenen Teil der Prüfung insgesamt zu erklären und zu gewähren ist.

**Wichtig:** Dann müssen die Studierenden bereits während oder unmittelbar nach der Prüfung eine förmliche Rüge ins Protokoll der Aufsichtsführenden aufnehmen lassen. Darin müssen sie eindeutig zum Ausdruck bringen, dass und durch welche äußere Einwirkungen ihre Leistungsfähigkeit gestört und gemindert wurde.

---

<sup>78</sup> OVG NW, Beschluss v. 08.12.2009 – 14 E 861/09

## V. Anforderungen an den Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit - Ärztliche Atteste

Die konkreten Anforderungen an den Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit (Ärztliches Attest), die einen wichtigen Grund des Rücktritts oder der Säumnis darstellt, richten sich in erster Linie nach den Bestimmungen in der jeweiligen Prüfungsordnung.

### 1. Vorlagefrist

Mit der schriftlichen Rücktrittserklärung hat auch die Glaubhaftmachung des Grundes, hier also die Vorlage des ärztlichen Attestes „unverzüglich“, also i.d.R. innerhalb von 3 Werktagen, zu erfolgen. Samstage gelten nicht als Werktage.

### 2. Notwendiger Inhalt

Die Prüfungsordnung kann vorsehen, dass die Prüfungsunfähigkeit generell durch ein amtsärztliches Attest nachzuweisen ist.<sup>79</sup> Ist dies nicht gefordert, so empfiehlt sich jedoch die Aufnahme einer Regelung, wonach in Zweifels- und Wiederholungsfällen das Attest eines Vertrauens- oder Amtsarztes verlangt werden kann.

Beispiel: § 25 Abs. 2 S. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Im Falle einer Krankheit hat die oder der Studierende ein ärztliches Attest, bei erneutem Rücktritt wegen Krankheit ein amtsärztliches Attest vorzulegen.“

Ist keinerlei ausdrückliche Regelung darüber getroffen, kann die Prüfungsbehörde aus sachlichen Gründen dennoch ein amtsärztliches Attest anfordern.

Beispiel: Unklarer ärztlicher Befund; wiederholte Vorlage eines ärztlichen Attestes eines bestimmten Arztes vor Prüfungsterminen durch die oder den Studierenden.

Die nachfolgend dargestellten Anforderungen an den Inhalt des Attests sollen vor allem sichern, dass der Grundsatz der Chancengleichheit gewahrt ist in den Prüfungen, da die Studierenden als künftige Berufsbewerber miteinander konkurrieren. Deshalb soll der Rücktritt nur dann gewährt werden, wenn die Gründe dafür der Prüfungsbehörde nachvollziehbar offenbart worden sind und so dem häufig praktizierten Missbrauch bei der Ausstellung von Gefälligkeitsattesten wirksam entgegengewirkt wird.<sup>80</sup>

Die ärztliche Bescheinigung muss folgenden Inhalt<sup>81</sup> aufweisen:

- voraussichtliche Dauer der Erkrankung,
- medizinische Befundtatsachen, Beschreibung der gesundheitlichen Beeinträchtigung

Beispiel: Stechende Kopfschmerzen.

- Art der sich aus der Erkrankung ergebenden Beeinträchtigungen,

<sup>79</sup> BVerwG, Beschluss v. 10.4.1990 – 7 B 48.90

<sup>80</sup> Niehues, Prüfungsrecht, 5. Auflage, 2010, Rz. 275

<sup>81</sup> BVerwG, Beschluss v. 06.08.1996 – 6 B 17.96

Beispiel: Störung der Konzentrationsfähigkeit oder Schreibfähigkeit.

- Untersuchungstag,
- Datum, Stempel und Unterschrift des Arztes.

Die genaue Bezeichnung der Krankheit ist nicht notwendig, aber zweckmäßig, insbesondere wenn dadurch bereits die erhebliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der oder des Studierenden offensichtlich wird.

Beispiel: Fiebrige Grippe.

**Wichtig:** Allein eine „Schülerbescheinigung“, eine „Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung“ oder der Hinweis der Ärzte, die oder der Studierende sei „prüfungsunfähig“ genügt den Anforderungen jedenfalls nicht.

### Formulierungsvorschlag (16)

Die „Prüfungsunfähigkeit“ ist eine Rechtsfrage. Darüber befinden nicht die Ärzte, sondern eigenverantwortlich der Prüfungsausschuss bzw. der Bereich Prüfungswesen, ggf. anschließend das Verwaltungsgericht, anhand der vorgetragenen Fakten. Der Arzt fungiert insofern als „medizinischer Sachverständiger“, der die Krankheit diagnostiziert und die Fakten der krankhaften Beeinträchtigung mitteilt; die Schlüsse daraus muss die Prüfungsbehörde ziehen.<sup>82</sup>

Auf die ärztliche Schweigepflicht kann sich der Arzt nicht berufen, denn indem die oder der Studierende ein geeignetes Attest zur Feststellung seiner Prüfungsunfähigkeit verlangt, hat sie oder er schlüssig erklärt, den Arzt von der Schweigepflicht hinsichtlich aller dazu notwendigen Informationen zu entbinden.

Fehler in der Beschreibung der krankhaften Beeinträchtigungen oder der Einhaltung der vorgeschriebenen Form gehen zu Lasten der Studierenden, da sie die **Beweislast für den Nachweis des Rücktrittsgrundes** tragen.

Zunächst sind den Studierenden aber die konkreten Anforderungen an den Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit bekannt zu geben, wenn diese aus den Regelungen der Prüfungsordnung nicht schon ersichtlich sind.

Beispiel: Reicht die oder der Studierende trotz Bekanntmachung der Prüfungsbehörde zum geforderten Inhalt des ärztlichen Attests eine unzureichende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ein, so ist ihr oder ihm der Nachweis des Rücktrittsgrundes nicht gelungen.

Darüber hinaus sind die Studierenden sofort zu informieren, wenn die Angaben des grundsätzlich korrekten ärztlichen Attests als unzureichend angesehen werden, so dass zur Erfüllung ihrer Nachweispflicht die weiter erforderlichen Angaben von ihnen noch kurzfristig eingeholt und nachgereicht werden können.

---

<sup>82</sup> BVerwG, Beschluss v. 06.08.1996 – 6 B 17.96, Beschluss v. 14.07.2004 – 6 B 30.04; OVG NW, Beschluss v. 07.04.2008 – 14 E 147/08, Urteil v. 03.11.2005, 14 A 3101/03, Urteil v. 05.06.2003 – 14 A 624/01

## VI. Rechtsfolgen des Rücktritts

Die Prüfungsleistung wird mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der wichtige / triftige Grund für den Rücktritt oder die Säumnis von der Prüfungsbehörde nicht anerkannt wird. Gleiches gilt, wenn die Erklärung oder Glaubhaftmachung des Grundes verspätet erfolgt oder andere formale Fehler der Rücktrittserklärung vorliegen.

Hat die oder der Studierende an der Prüfung teilgenommen, obwohl aus ihrer oder seiner Sicht (unerkannte) Prüfungsunfähigkeit vorlag, die von der Prüfungsbehörde nachfolgend nicht anerkannt wird (z.B. wegen formell fehlerhaften Attests), geht die tatsächliche erbrachte Leistung in die Bewertung ein. Um diese Rechtsfolge zu vermeiden, könnten die Studierenden den behandelnden Arzt von der ärztlichen Schweigepflicht für den Nachweis ihrer Prüfungsunfähigkeit zum Prüfungszeitpunkt entbinden.

Ist der Rücktrittsgrund dagegen anerkannt worden, so gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen und den Studierenden steht ein neuer Prüfungsversuch zu ohne Anrechnung auf die Wiederholungsmöglichkeit. In einem solchen Fall soll die oder der Studierende den nächsten angebotenen Prüfungstermin wahrnehmen, § 25 Abs. 2 S. 4 Bachelor-/Master-RPO.

Die Entscheidung über die Anerkennung eines wirksamen Rücktritts oder der entschuldigten Säumnis kann durch separates förmliches Genehmigungsverfahren oder im Zusammenhang mit der Notenbekanntgabe erfolgen.

Beispiel: Vermerk „Attest liegt vor“ bei Notenbekanntgabe.

**Wichtig:** Der isolierte Widerspruch gegen die „Nichtanerkennung des Attests“ ist dann unzulässig. Vielmehr müssen die Studierenden sich gegen die Bewertung ihrer Prüfungsleistung nach deren Bekanntgabe wenden.

Beispiel: Widerspruch gegen den Bescheid über die Bewertung der Klausur XX mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0).

**Wichtig:** Keinesfalls darf eine aus gesundheitlichen Gründen nicht erbrachte Leistung als erbracht gewertet werden, auch wenn die oder der Studierende den Ausfall nicht zu verschulden hat. Gleiches gilt für eine „mangelhafte“ Leistung der Studierenden, die in Anbetracht einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht als „ausreichend“ aufgewertet werden darf, nur weil die oder der Studierende trotz ihres oder seines Zustandes relativ viel geleistet hat.

## **6. Kapitel: Das Prüfungsverfahren**

### **A. Bestellung der Prüferinnen und Prüfer sowie der Beisitzenden**

#### **I. Bestellung der Prüferinnen und Prüfer**

##### **1. Allgemeines**

Es gilt der Grundsatz „Wer lehrt, prüft.“ Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind daher vorrangig die an der Hochschule Lehrenden befugt, § 65 Abs. 1 S. 1 HG.

Dementsprechend dürfen

- Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer inklusive Juniorprofessoren,
- Lehrbeauftragte,
- Lehrkräfte für besondere Aufgaben,
- Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie
- wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

zu Prüferinnen und Prüfern bestellt werden, die in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine **selbständige** Lehrtätigkeit ausgeübt haben (§ 15 Abs. 1 S. 1 Bachelor-/Master-RPO. Ob Letzteres tatsächlich vorliegt, entscheidet der Prüfungsausschuss.

**Wichtig:** Keine selbständige Lehrtätigkeit liegt vor, wenn eine Veranstaltung geleitet wird, die einer anderen Veranstaltung untergeordnet sind oder deren Inhalte wiederholt und anwendet, z.B. Übungen zu einer Vorlesung.

Jedenfalls müssen die Prüfenden Mitglieder oder Angehörige der UDE sein, § 15 Abs. 1 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

Nach den landesrechtlichen Bestimmungen des HG können auch

- außerplanmäßige Professorinnen und Professoren,
- Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren und
- akademische Oberrätinnen und akademische Oberräte

zu Prüferinnen und Prüfern bestellt werden, sofern sie selbständig Lehrveranstaltungen durchführen und die jeweilige Prüfungsordnung dies zulässt.

## 2. Anspruch auf bestimmte Prüfer

Die Studierenden haben grundsätzlich keinen Anspruch auf einen bestimmten oder gesetzlichen Prüfenden.<sup>83</sup> Gewöhnlich werden die Dozentinnen und Dozenten, die eine Lehrveranstaltung abhalten, auch die dazugehörigen Prüfungen abnehmen.

Beispiel: § 15 Abs. 2 S. 4 Bachelor-/Master-RPO: „Zu Prüferinnen und Prüfern werden in der Regel Lehrende [...] bestellt, die im entsprechenden Prüfungsgebiet gelehrt haben.“

Ihre Bestellung als Prüferinnen und Prüfer erfolgt dann in der Regel durch die Erteilung des Lehrauftrags.

So sind **Hochschullehrerinnen** und **Hochschullehrer** berechtigt, aber auch verpflichtet, Prüfungen abzunehmen (§ 35 Absätze 1 und 2 HG). Dies erstreckt sich in dem von ihnen gelehrteten Fach auf alle Studiengänge und alle Abschnitte eines Studiums. Die Teilnahme an Prüfungen, ohne selbst Prüfende/r zu sein, lässt sich daraus aber nicht ableiten.

Dagegen sind **wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** zunächst nur zur unselbständigen Lehre befugt (vgl. § 44 Abs. 2 S. 1 HG). Wurde ihnen allerdings ein Lehrauftrag erteilt oder Lehraufgaben zur selbständigen Wahrnehmung übertragen, so ergibt sich damit die entsprechende Prüfungsbefugnis.

Hinweis: Um die Kontrolle über die Prüfungsberechtigungen zu behalten, sollten diese für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur auf Antrag durch den Prüfungsausschuss erteilt werden, wenn die Rückfrage bei den weisungsbefugten Hochschullehrkräften über die selbständige Lehrtätigkeit positiv beantwortet wurde.

### Formulierungsvorschlag (17)

Unter mehreren, formal gleich geeigneten Prüfenden ist stetig nach dem **Zufallsprinzip** auszuwählen, da anderenfalls rechtliche Bindungen entstehen können.

Beispiel: Rechtliche Bindungswirkung durch stetiges Vorschlags- oder Wahlrecht einer Prüferin oder eines Prüfers durch die Studierenden.

Im Rahmen des Zufallsprinzips besteht Organisationsermessen der Prüfungsbehörde.

Beispiel: Aufteilung der Prüflinge entsprechend Anfangsbuchstaben des Nachnamens.

Sind rechtliche Bindungen entstanden, rechtfertigen nur wichtige sachliche Gründe zukünftige Sonderregelungen.

Beispiel: Längere Abwesenheit oder Erkrankung des Fachprüfers; Zweifel an Unvoreingenommenheit und Neutralität einer Prüferin oder eines Prüfers; in der PO integrierter Vorbehalt hinsichtlich des gewährten „Vorschlags- oder Wahlrecht“ zum Prüfenden („Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch.“).

<sup>83</sup> vgl. OVG NW, Urteil v. 14.03.1994 – 22 A 201/93

Ob Änderungen sofort oder nur mit Übergangsregelungen möglich sind, ist auch abhängig von der Dauer der bisherigen Handhabung und der damit zusammenhängenden Intensität des Vertrauensschutzes.

Beispiel: Seit Jahren bestehendes und berücksichtigtes vorbehaltloses „Vorschlags- oder Wahlrecht“ einer Prüferin oder eines Prüfers für Abschlussarbeiten bedarf zur Ablösung dieses Prinzips einer Übergangsregelung, es sei denn, es liegen im Einzelfall sachliche Gründe vor, den Vorschlag nicht zu berücksichtigen.

### 3. Anforderungen an Qualifikationen

Zu differenzieren ist schließlich zwischen den allgemeinen fachlichen, fachspezifischen und persönlichen Qualifikationen der Prüfenden.

#### a) Fachliche Qualifikation

Um die sachkundige Beurteilung der Prüfungsleistungen zu gewährleisten, ist Mindestvoraussetzung für die fachliche Qualifikation die gleiche oder gleichwertige Qualifikation, wie die, die durch die Prüfung festgestellt werden soll, [§ 15 Abs. 4 HRG](#) und § 65 Abs. 1 S. 2 HG.

Master-, Magister- und Diplomabschlüsse von Universitäten sind dabei qualitativ einander gleichgestellt. Gleiches gilt zwischen Diplomabschlüssen der Fachhochschulen und den Bachelorabschlüssen der Universität.<sup>84</sup> Die Promotion soll im Verhältnis zum Diplom- und Magistergrad sowie zum Bachelor- und Mastergrad wenigstens gleichwertig sein.

An der UDE wird zukünftig gefordert, dass durchgängig in den Bachelor-Studiengängen eine höherwertige Qualifikation vorliegen muss, um als Prüferin oder Prüfer qualifiziert zu sein, § 15 Abs. 1 S. 1 Bachelor-RPO.

Beispiel: Bewertung von Bachelorarbeiten nur durch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Diplom – oder Masterabschluss.

#### b) Fachspezifische Qualifikation

Die fachspezifische Qualifikation besteht nicht nur dann, wenn die jeweiligen Prüfenden die fachlichen Qualifikationen speziell in dem Prüfungsfach aufweisen. Auch nachgewiesene, inhaltlich gleichwertige Qualifikationen, z.B. aufgrund einheitlicher Grundanforderungen oder der Nähe der Materien, befähigen die Prüfenden, die fachspezifischen Leistungen der Studierenden angemessen zu bewerten.

Beispiel: Fachgebiete Medizinmanagement und Gesundheitsökonomik.

Maßgeblich ist, dass die Prüferin oder der Prüfer die Antworten auf spezielle Fachfragen zutreffend unabhängig bewerten kann, ggf., indem der Mitprüfende die richtige Lösung vorab erläutert. Dies ist jedoch restriktiv zu handhaben. Vor allem wenn

<sup>84</sup> [KMK-Beschluss v. 10.10.2003](#), Punkt A 8 - Gleichstellungen

eine Prüferin oder ein Prüfer selbst erklärt, dass sie oder er in diesem Sachgebiet keine Kenntnisse habe, ist dies ein zwingendes Ausschlusskriterium.

Weitergehendes Wissen an prüfungswissenschaftlichem und methodischem Hintergrundwissen ist oft wünschenswert, aber keine Bedingung.

Beispiel: Kenntnis und Aufstellung von Bewertungsmaßstäben.

### c) Persönliche Qualifikation

Schließlich müssen die Prüfenden ebenso wie die Prüflinge gesundheitlich „prüfungsfähig“ sein. Unabhängig von der Selbsteinschätzung der Betroffenen sollte begründeten Zweifeln – notfalls mit ärztlicher Hilfe - nachgegangen werden.

Beispiele: Fiebrige Erkältung, Schockwirkung nach Verkehrsunfall, Trauerfall in der Familie, Übermüdung.

Die wesentliche Verminderung der Konzentrationsfähigkeit während der Prüfung führt zu einem erheblichen Mangel des Prüfungsverfahrens, da es nicht ausreicht, wenn die Prüfenden während der Prüfung nur körperlich anwesend ist. Die Prüfung wäre danach anfechtbar und ggf. mangels Möglichkeit einer fehlerfreien Neubewertung zu wiederholen.

Beispiel: Prüferin oder Prüfer ist offensichtlich mehrfach während der Prüfung gedanklich abwesend, liest in Zeitschrift oder schläft ein.

Sind die Prüfenden festgelegt, so sind sie innerhalb des Rahmens der Prüfungsordnung in ihrer Prüfungstätigkeit **weisungsunabhängig**, § 65 Abs. 1 S. 3 HG, § 15 Abs. 3 S. 1 Bachelor-/Master-RPO.

Zudem sollten sie gegenüber den Prüflingen sachlich, fair und unbefangen sein. Nach [§ 20 VwVfG](#) NW sind Prüferinnen und Prüfer **kraft Gesetzes** von einer Prüfung ausgeschlossen, wenn der Prüfling Angehöriger ist oder in einem besonders nahen Verhältnis steht.

Beispiel: Verlobte, Ehegatten, Verwandte, Verschwägte in gerader Linie, Geschwister, Neffen, Nichten, Geschwister der Eltern.

Damit kommt es nicht darauf an, ob die Prüferin oder der Prüfer tatsächlich befangen ist, sondern es wird unwiderleglich vermutet. Nach [§ 21 VwVfG](#) NW ist die Besorgnis der Befangenheit gegeben, wenn anhand **objektiver Kriterien** eine unparteiische Ausübung der Prüfertätigkeit angezweifelt werden muss.

Beispiel: Deutliche emotional negative Äußerungen über Prüfungsleistungen des Prüflings zu früherer Gelegenheit; offensichtliche Unfähigkeit der Prüferin oder des Prüfers, eigene Fehler bei einer vorhergehenden Bewertung der Leistung des Prüflings einzugestehen.

Die Studierenden müssen im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht zur Wahrung ihrer Rechte die (besorgte) Befangenheit ihres Prüfenden „unverzüglich“ rügen, so dass ggf. eine Auswechslung der Prüferin oder des Prüfers noch vor der Prüfung stattfinden kann. „Unverzüglich“ heißt **sofort** nach Kenntnis über die Person der Prüferin

oder des Prüfers, spätestens innerhalb von 3 Werktagen ab Kenntnis. Die Prüfungsbehörde muss dann sicherstellen, dass eine befangene Person während des gesamten Prüfungsverfahrens nicht in Erscheinung tritt. Damit ist er nicht nur von der Bewertung der Leistungen des Prüflings ausgeschlossen, sondern von jeglicher Mitwirkung.

Beispiel: Erstellung von Prüfungsaufgaben, Anwesenheit im Prüfungsraum als Aufsichtspersonal.

## II. Bestellung von Beisitzenden

Für die Bestellung der Beisitzenden kommt es wesentlich auf die Regelungen der jeweiligen Prüfungsordnung an. So sind Anforderungen an die Qualifikation, z.B. dass der Beisitzer eine entsprechende oder vergleichbare qualifizierende Prüfung abgelegt hat, nur dann notwendig, wenn die Prüfungsordnung dies so vorsieht.

Beispiel: § 15 Abs. 1 S. 2 Bachelor-RPO: *„Zur Beisitzenden oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Bachelor-Prüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.“*

Zudem müssen Beisitzende so sachkundig sein, dass sie in der Lage sind, ihre Funktionen sachgerecht wahrzunehmen. Die Beisitzerin oder der Beisitzer soll in der Regel den formal korrekten Ablauf der mündlichen Prüfung überwachen, bezeugen und zur Objektivierung des Verfahrens beitragen.

Weil sie diesen Aufgaben aber auch ohne die geforderten Qualifikationen nachkommen können und weil sie ohnehin kein Fragerecht haben, bleiben diesbezügliche Fehler ohne Einfluss auf das Prüfungsergebnis.

Daraus folgt zugleich, dass Beisitzende, die ein Fragerecht erhalten, automatisch Prüfende und keine Beisitzer mehr sind. Dann müssen sie aber die notwendigen Prüfer-Qualifikationen erfüllen und anschließend an der Notenbildung mitwirken.

Beispiel: Beisitzer stellt Studierenden Fragen zur Klarstellung der bisherigen Antworten.

Das Recht des Beisitzenden zur Äußerung vor der Notenbildung durch die Prüfenden ist allerdings unbedenklich, weil dadurch die Richtigkeit der Prüfungsentscheidung nur erhöht wird. Die Prüferin oder der Prüfer wird davon nicht in ihrer oder seiner notwendigen Unabhängigkeit beeinträchtigt.

Die Bestellung der Beisitzenden kann den Prüferinnen und Prüfern übertragen werden, § 15 Abs. 2 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

## B. Prüfungsorganisation

### I. Zuständigkeiten

#### 1. Reguläre Prüfungen

Für die **Organisation** der Prüfungen und die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Durchführung der Prüfungen ist der Prüfungsausschuss zuständig. Der Bereich Prüfungswesen wird unterstützend tätig.

#### 2. „Sonderprüfungen“

Teilweise werden Prüfungen auch von einzelnen Lehrstühlen organisiert. So werden in einigen Studiengängen - auch auf Wunsch der Studierenden - bereits während der Vorlesungszeit eines Semesters „Sonderprüfungen“ durchgeführt.

**Wichtig:** Dabei ist zu beachten, dass durch die Prüfungen während des Semesters keine Lehrveranstaltungen ausfallen sollen, [§ 63 Abs. 3 HG](#).

So werden die Prüfenden entlastet, die gerade bei studentenstarken Studiengängen die Korrektur aller Leistungen in der vorgegebenen Zeit nur schwerlich schaffen. Zugleich werden die Studierenden zeitlich entlastet, weil sich die Lernleistung für eine Prüfung nicht nur auf einen eng begrenzten Prüfungszeitraum konzentriert.

**Wichtig:** Zur Vereinheitlichung und Transparenz des Systems für die Studierenden sollten bis auf den Ergänzungsbereich sämtliche Prüfungen durch den Bereich Prüfungswesen im Auftrag des Prüfungsausschusses und allenfalls die mündlichen Prüfungen von den einzelnen Lehrstühlen organisiert werden.

### II. Meldung der Prüfungstermine an den Bereich Prüfungswesen

#### 1. Prüfungstermine und Fristen

Prüfungen in einem Studiengang sind spätestens in der **vorlesungsfreien** Zeit nach dem Ende der jeweiligen Lehrveranstaltung eines Moduls anzubieten.

Beispiel: § 18 Abs. 1 S. 1 Bachelor-/Master-RPO: *„Eine studienbegleitende Prüfung [...] wird spätestens in der vorlesungsfreien Zeit nach dem Ende der jeweiligen Lehr-/Lerneinheiten des Moduls angeboten.“*

Soweit die Raumkapazitäten dies erlauben, sollte der üblicherweise für eine Lehrveranstaltung reservierte Termin und Raum (ggf. weitere Räume) auch für die entsprechende Prüfung gelten.

Weil die Prüfungstermine den Studierenden rechtzeitig bekannt gegeben werden müssen, legen die Bestimmungen in den Rahmenprüfungsordnungen nun fest, dass diese jeweils 6 Wochen vorher den Studierenden und dem Bereich Prüfungswesen bekannt zu geben sind, § 18 Abs. 1 S. 2 Bachelor- und Master-RPO.



### III. Raumorganisation und Bekanntgabe der Räume

#### 1. Raumorganisation

Die Räume müssen rechtzeitig im Vorfeld eines Prüfungszeitraumes beim Dezernat Gebäudemanagement, SG Liegenschaftsverwaltung für die Prüfungen gebucht werden:

- Campus Duisburg: Frau Rauer, Tel.: 0203 / 379 – 2156,
- Campus Essen: Herr Kappellner, Tel.: 0201 / 183 – 2077.

Bestmöglich ist bei Raumplanung zu beachten, dass pro Prüfling 4 - 6 Plätze einzukalkulieren sind, um ausreichenden Abstand zwischen den Prüflingen zu sichern und damit Täuschungsversuchen vorzubeugen.

Wegen des Anspruchs auf gleiche Prüfungschancen für alle Studierenden sollte im Idealfall durch die Hausmeister oder die Aufsicht führenden Personen kurz vor den Prüfungen nochmals kontrolliert werden, dass die Räume und das Inventar sich in einem ordentlichen Zustand befinden, die Einschaltung der Elektrik mit den aktuellen Prüfungszeiten abgeglichen ist und die eingeteilte Aufsicht mit der Ein- und Abschaltung des Lichts oder - falls notwendig - der Sonnenblenden im Raum vertraut ist, um einen „normalen“ und ungestörten Prüfungsablauf zu gewährleisten. Die zur Verfügung gestellten Räume müssen nicht optimal für jeden Prüfling sein, aber sie müssen ein konzentriertes Arbeiten über mehrere Stunden ermöglichen.

So ist darauf zu achten, dass möglichst

- die Prüfungsräume nicht zu beengt sind,
- ausreichende Beleuchtung und Belüftung sichergestellt ist,
- keine Blendung durch stark einstrahlendes Sonnenlicht und keine Zugluft herrscht,
- keine übermäßige Hitze oder Kälte oder penetranter Farbgeruch herrscht,
- der Geräuschpegel innerhalb und vor dem Raum gering gehalten wird, insbesondere
  - Tische und Stühle in einem ordentlichen gebrauchsfähigen Zustand sind und nicht quietschen oder wackeln,
  - kein Baulärm auftreten wird,
  - durch entsprechende Hinweisschilder (z.B. „Achtung Prüfungen – Bitte nicht stören!“) Lärmstörungen vorgebeugt wird.

Ist bereits vorhersehbar, dass erhebliche Störungen auftreten, so hat die Prüfungsbehörde alle organisatorischen Maßnahmen zu treffen, notfalls durch Änderung des Prüfungsraumes, um schon vor Beginn der Prüfung für Abhilfe zu sorgen. Dies geht einher mit der Pflicht der Prüfungsbehörde, **offensichtliche Störungen** auch ohne Rüge der Studierenden zu beseitigen.

**Wichtig:** Wird trotz Kenntnis der Prüfungsbehörde ein seit Längerem lärmbelasteter Raum weiterhin zu Prüfungszwecken benutzt, so können die Studierenden diesen Mangel abweichend von sonst notwendigen Rügepflichten auch dann nachträglich geltend machen, wenn sie diesen Mangel nicht vor oder während der Prüfung gerügt haben.

## 2. Bekanntgabe der Räume

Die Bekanntgabe der Räume für die Prüfungen durch den Bereich Prüfungswesen erfolgt zur bestmöglichen Vorbereitung der Räume erst einige Tage vor der Prüfung und ist im LSF einsehbar über die persönlichen Online-Konten der Studierenden oder per Aushang auf den entsprechenden Internetseiten.

Hinweis: Es sollte darauf geachtet werden, die Räume nicht zu kurzfristig vorher bekannt zu geben, damit die Studierenden sich in ihrer Planung bei Folgeprüfungsterminen und notwendigem Raum- und Ortswechsel noch darauf einstellen können.

Findet die Prüfung in einem anderen Raum statt, als den Studierenden durch den Aushang oder im LSF bekannt gegeben wurde und verspäten sich die Prüflinge infolge dieses Fehlers, so hat die Prüfungsbehörde diesen Fehler zu vertreten und einen Zeitausgleich zu gewähren. In schwerwiegenden Fällen ist die Prüfung zu wiederholen.<sup>85</sup>

Erscheinen die Prüflinge jedoch trotz dieses „Ladungsfehlers“ rechtzeitig zu der Prüfung und nehmen widerspruchslös an ihr teil, so ist der Mangel im Sinne des [§ 45 VwVfG](#) NW geheilt. Die Studierenden können sich bei späterem Misserfolg der Prüfung nicht auf diesen Mangel berufen.

## IV. Einteilung des Aufsichtspersonals

Die Organisation der Aufsichten fällt teilweise – je nach Prüfungsordnung – in die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses. Dies geschieht nach dem Ermessen der Prüfungsbehörde. Zur Wahrung der Chancengleichheit ist aber eine zuverlässige und möglichst umfassende Aufsichtsführung sicherzustellen.

Bestenfalls wird für Prüfungen mit zahlreichen Prüflingen zentral an der Fakultät ein „Pool“ für Aufsichtspersonal gebildet, dem wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder möglicherweise wissenschaftliche Hilfskräfte einer Fakultät angehören. Daraus werden für die jeweilige schriftliche Prüfung die Aufsichten eingeteilt. Es spricht auch nichts dagegen, Angestellte der Universität, z.B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sekretariate oder des Bereichs Prüfungswesen als Aufsichtspersonen zu verpflichten, wenn ihnen der Prüfungsausschuss die notwendige Vollmacht verleiht, im Falle einer Ordnungswidrigkeit oder eines Täuschungsversuches der Studierenden tätig zu werden.

Beispiel: Verwarnung, Sicherstellung von unzulässigen Hilfsmitteln, Raum-/Platzverweis.

Die Prüflinge müssen das Aufsichtspersonal als solches anerkennen und akzeptieren. Zugleich sollte gewährt sein, dass das Aufsichtspersonal engagiert, aber neutral ist. Deshalb sollte davon abgesehen werden, Studierende zur Aufsicht einzuteilen.

<sup>85</sup> vgl. OVG NW, Beschluss v. 26.09.1995 – 22 B 2176/95

Hinweis: Empfehlenswert ist, zur Erfüllung sämtlicher Aufgaben – ggf. Platzzuweisung, Protokollführung, Anwesenheitskontrolle, Kontrolle möglicher Täuschungsversuche und Ordnungsverstöße - pro Prüfungsraum ab 50 Studierenden 2 Aufsichtspersonen einzuteilen, ab 75 Prüflingen 3 Aufsichtspersonen.

## **V. Kopieren und Aufbewahrung der Prüfungsaufgaben für Klausuren**

Sind zahlreiche Ausfertigungen von Prüfungsaufgaben notwendig, sollten diese frühzeitig, ca. 7 Tage vor dem Prüfungstermin zur Vervielfältigung fertig gestellt sein. Die Aufträge zur Vervielfältigung im jeweiligen Universitätsdruckzentrum (UDZ) der Campi werden nach Zeitpunkt des Auftragseingangs abgearbeitet.

Hinweis: Um die rechtzeitige Fertigstellung, das Abzählen und Sortieren der Kopien sowie die abschließende Kontrolle zu ermöglichen, könnten die Prüfenden gebeten werden, die Prüfungsaufgaben bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vor dem Prüfungstermin zu erstellen.

Werden die Aufgaben bereits einige Tage vor dem Prüfungstermin fertig gestellt, so sind sie so aufzubewahren und zu verschließen, dass Unberechtigte keinen Zugang dazu erhalten.

## **VI. Teilnehmerlisten und Platzzettel**

Nach Ablauf der Abmeldefrist (also je nach Prüfungsordnung 1 – 2 Wochen vor der jeweiligen Prüfung) stehen Anzahl und Namen der zugelassenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Prüfung grundsätzlich fest.

Hinweis: Für Prüfungen mit zahlreichen Prüflingen ist zu empfehlen, sofern umsetzbar, z.B. mittels Excel-Programm o.ä., Platzzettel mit Namen und Matrikelnummer der Prüfungsteilnehmenden zu erstellen und entsprechend der alphabetischen Ordnung der Teilnehmerlisten auf den Plätzen auszulegen. Diese Struktur erleichtert dem Aufsichtspersonal die Kontrolle der persönlichen Anwesenheit der registrierten Teilnehmenden während der Prüfung.

Zudem melden sich in der Regel die Studierenden, die „ihren“ zugewiesenen Platz nicht finden können, vor der Prüfung beim Aufsichtspersonal. Derart kann rechtzeitig nochmals nachgeprüft werden, ob diese Studierenden überhaupt auf der Teilnehmerliste aufgeführt sind und zu dieser Prüfung zugelassen wurden.

Hinweis: Bestenfalls werden die Listen und Platzzettel schon am Tag vor der Prüfung geprüft und abgeglichen. Abweichungen können so schon im Vorfeld entdeckt und ggf. beim Bereich Prüfungswesen nachgefragt werden.

## C. Prüfungsaufgaben

### I. Allgemeines

Für die Erstellung der Prüfungsaufgaben sind die Prüferinnen und Prüfer zuständig, (so auch § 15 Abs. 3 S. 2 Bachelor-/Master-RPO). Vorgegeben ist der Prüfungsstoff nur, soweit dies im Vorfeld durch die Prüfungsordnungen bestimmt ist.

Beispiel: § 20 Abs. 1 S. 1 Bachelor-/Master-RPO: „In einer Klausurarbeit soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in begrenzter Zeit und mit den zugelassenen Hilfsmitteln Probleme **aus dem Prüfungsgebiet** ihres oder seines Faches mit den **vorgegebenen Methoden** erkennen und Wege zu deren Lösung finden kann.“

Zudem soll sich am Prüfungszweck und -ziel orientiert werden. Gerade bei den studienbegleitenden Prüfungen sollte der Prüfungsstoff zwar grundsätzlich dem Lernstoff folgen. Werden mit dem Lernstoff aber auch die Grundlagen für ein erfolgreiches Selbststudium geschaffen, so ist der Prüfungsstoff grundsätzlich nicht auf die in den Vorlesungen, Übungen oder Praktika behandelten Teile oder Experimente beschränkt. Es gilt: „Geprüft wird, was gelernt werden sollte, nicht was gelehrt wurde.“<sup>86</sup>

**Wichtig:** Nur unter Umständen kann ein unzulänglicher Unterricht im Prüfungsstoff die Prüfung und damit auch deren Ergebnis rechtswidrig machen. Dies ist dann der Fall, wenn nach der Prüfungsordnung nur das geprüft werden darf, was gelehrt oder was rechtzeitig vor der Prüfung als Forderung bekanntgegeben wurde.

Beispiel: § 20 Abs. 4 S. 2 **Entwurf** Bachelor-RPO: „Im Rahmen dieser Prüfungen soll die oder der Studierende zeigen, dass sie oder er die im Modul **vermittelten** Inhalte und Methoden im Wesentlichen beherrscht und die erworbenen Kompetenzen anwenden kann.“

Die Auswahl der konkreten Prüfungsinhalte aus dem vorgegebenen Prüfungsstoff sowie die prüfungsspezifischen Wertungen werden eigenverantwortlich durch die Prüfenden getroffen.

Beispiel: Schwierigkeitsgrad einer Klausur, Geeignetheit einer Aufgabe für Klausur, Gewichtung einzelner Teilaufgaben untereinander.

Dies gehört zum gerichtlich nur eingeschränkt kontrollierbaren pädagogischen Beurteilungsspielraum der Prüferin oder des Prüfers.

Überprüft werden kann nur, ob die Aufgabe für die Prüfung insofern **geeignet** war, die Kandidaten, die das **Ausbildungsziel** erreicht haben von denen zu unterscheiden, die dies nicht erreicht haben.<sup>87</sup> Mit anderen Worten, es wird im Hinblick auf das Ausbildungsziel geprüft, ob die Aufgabe unter sachfremden Erwägungen und/oder scheinbar willkürlich ausgewählt wurde.

<sup>86</sup> VGH Mannheim, Beschluss v. 27.03.1990 – 9 S 2059/89

<sup>87</sup> BVerwG, Urteil v. 09.08.1996 – 6 C 3/95

Beispiel: Anforderungen der Arbeit im Hinblick auf das geforderte Grundlagenwissen sachlich ungerechtfertigt überzogen.

**Wichtig:** Prüfungsaufgaben mit unmöglich zu erfüllenden Anforderungen oder rechtlich unzulässigen Inhalten stellen einen derart schweren Fehler dar, dass die Prüfung schon offensichtlich rechtswidrig ist. Die Prüfung ist daher zu wiederholen, selbst wenn die Studierenden sich zunächst auf eine Bearbeitung rügelos eingelassen haben sollten.

## II. Wiederholte Aufgabenstellung

Prüfungsaufgaben können grundsätzlich wiederholt gestellt werden. Dabei ist aber das Gebot der Chancengleichheit unter den Bearbeitenden zu beachten und das Ziel einer Prüfung, mit der die Studierenden ihre wahren Kenntnisse und Befähigungen für den angestrebten Beruf nachweisen sollen. Die Prüfung darf nicht sinnlos und zur Farce werden. Insbesondere ist möglichen Täuschungsversuchen entgegenzuwirken.

Beispiel: Größere zeitliche Abstände zwischen der wiederholten Nutzung der Aufgaben, leichte Abwandlungen der Aufgabenstellung, Vergleich mit vorherigen Ausarbeitungen.

Der Grundsatz der Chancengleichheit ist aber nicht schon dadurch verletzt, wenn die Aufgabenstellung in Fachzeitschriften behandelt wurde oder im Internet Hinweise und Lösungen dieser Arbeit eingestellt sind. Unschädlich ist nämlich, wenn Studierende bei einer umfassenden Vorbereitung auf die Prüfung zufällig auf die gleiche Prüfungsaufgabe stoßen.

**Wichtig:** Wird einigen Prüflingen aber durch mehr oder weniger offene Informationen oder versteckte Andeutungen der Prüfberechtigten oder der Prüfungsbehörde bekannt, dass eine bestimmte Aufgabenstellung (erneut) zur Bearbeitung ansteht und können sie sich derart gezielt auf die Prüfung vorbereiten, handelt es sich um unzulässige Vorteile. Die Prüfungsaufgabe war dann zugleich für die Prüfung ungeeignet.

Solche Fehler können nur behoben werden, indem die Arbeiten nicht bewertet und die Prüfung mit neuer, geeigneter Prüfungsaufgabe wiederholt wird. Sind nicht nur einzelne Studierende betroffen, ist die Prüfung von allen beteiligten Studierenden zu wiederholen.

## III. Antwort – Wahl – Aufgaben (Multiple – Choice)

Besonderheiten bestehen bei der Erstellung von Multiple-Choice-Aufgaben. Bei diesen Aufgaben wird der gesamte komplexe Bewertungsvorgang mit seinen fachlichen Richtigkeitsentscheidungen und prüfungsspezifischen Wertungen schon auf die Erstellung der Fragen „vorverlagert“.

**Wichtig:** Deshalb ist schon zum Zeitpunkt der Aufgabenerstellung die Einhaltung des Zwei-Prüfer-Prinzips<sup>88</sup> bei Prüfungen im letztmaligen Wiederholungsversuch zu beachten (§ 65 Abs. 2 S. 1 HG). Wurden die Aufgaben nicht von zwei Prüfenden erstellt, führt dieser Rechtsmangel zur Aufhebung der fehlerhaften Prüfungsleistungen und zur Wiederholung der Prüfung. Eine Ausnahme dazu stellt nur das reine Bonus-Malus-Punktesystem dar.

Diese besondere Form der Aufgabenstellung ist zwar nach der landesrechtlichen Rechtsprechung auch ohne Festlegung in den Prüfungsordnungen wirksam, wurde jedoch zur größtmöglichen Rechtssicherheit in die Rahmenprüfungsordnungen aufgenommen.

Beispiel: § 17 Abs. 6 Nr. 2 und 4 Bachelor-/Master-RPO: „Die Modulprüfung kann schriftlich oder in elektronischer Form [...] oder als sonstige Prüfungsform [...] erbracht werden.“

§ 20 Abs. 1 S. 2 - 4 Bachelor-/Master-RPO: „In geeigneten Fällen ist das Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple-Choice-Klausur) zulässig. In diesem Fall werden die Klausuraufgaben von 2 Prüfberechtigten ausgearbeitet. Die Prüfberechtigten und die Bewertungsgrundsätze sind auf dem Klausurbogen auszuweisen.“

Zudem sind zur Wahrung der Chancengleichheit und der weiteren prüfungsrechtlichen Grundsätze gemeinsame Regeln für alle Prüfungen im Multiple-Choice-Verfahren festzulegen.

Notwendig sind einheitliche Regelungen zu Bestehensgrenzen. So ist i.d.R. neben einer **absoluten Bestehensgrenze** (z.B. 50 % aller Fragen richtig zu beantworten) eine – alternativ geltende – **relative Bestehensgrenze** zur Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit notwendig.

Mit der Beifügung einer relativen Bestehensgrenze, die sich am Leistungsdurchschnitt der teilnehmenden Prüflinge orientiert, sollen die Folgen einer hohen absoluten Bestehensgrenze abgemildert werden.<sup>89</sup>

Beispiel: § 28 Abs. 4 S. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Die relative Bestehensgrenze ergibt sich aus der **durchschnittlichen Punktzahl** derjenigen Prüflinge, die erstmals an der Prüfung teilgenommen haben, abzüglich 10 %. Die relative Bestehensgrenze ist nur dann zu berücksichtigen, wenn sie unterhalb der absoluten Bestehensgrenze liegt und wenn eine statistisch relevante Anzahl von Prüflingen zu ihrer Ermittlung vorhanden ist. Eine nicht ganzzahlige Bestehensgrenze wird zu Gunsten der Studierenden gerundet. Im Übrigen ist eine Prüfung bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.“

Weil sich der Aufwand für die Erstellung von Multiple-Choice-Klausuren durch zwei Prüfende wohl erst ab einer Teilnehmerzahl von 150 Prüflingen lohnt, dürfte die statistisch relative Anzahl von Prüflingen zur Ermittlung der relativen Bestehensgrenze vorhanden sein. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Anforderungen an die relati-

<sup>88</sup> Siehe dazu unter Kapitel 7, Punkt A. V. 1., S. 141

<sup>89</sup> BVerfG, Beschluss v. 14.03.1989 – 1 BvR 1033/82

ve Bestehensgrenze geringer werden, je kleiner der Anteil der MC-Aufgaben in einer Klausur ist.<sup>90</sup>

Hinweis: Erreicht der Anteil an Multiple-Choice-Aufgaben weniger als ein Drittel der Gesamtpunktzahl, entfällt das Erfordernis einer relativen Bestehensgrenze.

Die Besonderheit bei Antwort-Wahl-Aufgaben besteht darin, dass mit der Festlegung der Musterantworten oft komplexe und komplizierte fachwissenschaftliche Fragen beurteilt werden, so dass ein weitergehender Antwortspielraum oder ein differenzierter Meinungs austausch zwischen Prüferin oder Prüfer und Prüfling entfällt. Daraus folgt, dass alle denkbaren Interpretationen der Frage und alle möglichen Antworten vorhergesehen und durch das Formulierungsverfahren erfasst werden müssen.<sup>91</sup> Folglich müssen die Fragen der Aufgabe präzise, verständlich, widerspruchsfrei und eindeutig sein.

**Wichtig:** Zudem ist schon bei der Aufgabenstellung zu berücksichtigen, dass **keine Negativpunkte** vergeben werden, d.h., es dürfen für eine falsche Antwort keine Punkte abgezogen werden, die durch eine richtige Antwort erreicht worden sind.

Wird bei dem Verfahren also nur auf Richtig- oder Falsch-Antworten abgestellt, birgt dies ein hohes Raterisiko. Dies kann aber nicht dadurch umgangen werden, indem fehlerfrei erbrachte Prüfungsleistungen als nicht oder schlecht erbrachte Prüfungsleistungen gewertet werden. Insoweit darf keine Saldierung der erlangten Punkte erfolgen. Ein (fehlerhaftes) Bewertungsverfahren schlägt auf das Prüfungsverfahren durch, dem dann die Eignung fehlt, die berufsbezogenen Kenntnisse des Prüflings zuverlässig zu ermitteln.<sup>92</sup>

Vielmehr kann dem Raterisiko dadurch begegnet werden, indem mehrere (komplexe) Antworten (z.B. 5 - 7) zur Auswahl gestellt werden, von denen jedoch nur eine richtig ist. Damit würden sie nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dem vorgegebenen Prüfungsschema entsprechen, wonach der Prüfling in jeder Aufgabe eine richtige und z.B. vier falsche Antwort-Alternativen erwarten kann. Eine Aufgabe, die diese Merkmale nicht erfüllt - was ggf. mit Hilfe von Sachverständigen aufzuklären ist -, verletzt maßgebende Verfahrensvorschriften und ist deshalb rechtsfehlerhaft.<sup>93</sup>

Richtiges muss sich von Falschem klar trennen lassen, so dass an den Wortlaut der Fragen und Antworten hohe Anforderungen zu stellen sind. So sind

- Aufgaben, die auf mehrfache Weise lösbar sind,
- mehrdeutige Fragen,
- Fragen, deren Sinn erst nach schwieriger Auslegung zu ermitteln sind,
- Fragen mit einer Auswahl der am ehesten zutreffenden Antwort (sog. Bestlösung)

<sup>90</sup> vgl. OVG NW, Urteil v. 16.12.2008 – 14 A 2154/08

<sup>91</sup> BVerfG, Beschluss v. 17.04.1991, - 1 BvR 1529/84, 1 BvR 138/87

<sup>92</sup> OVG NW, Urteil v. 16.12.2008 – 14 A 2154/08

<sup>93</sup> BVerfG, Beschluss v. 17.04.1991, - 1 BvR 1529/84, 1 BvR 138/87

im Antwort-Wahl-Verfahren unstatthaft und rechtsfehlerhaft.<sup>94</sup> Je komplexer die Fragen und Antworten, umso höher die Ansprüche an die Ermittlung der berufsqualifizierenden Kenntnisse. Der unterschiedliche Schwierigkeitsgrad muss sich in der Punktevergabe je Aufgabe widerspiegeln.

Sollen mehrere richtige Antworten möglich sein, so ist dies den Prüflingen zuvor bei der Aufgabenstellung anzuzeigen und unbedingt eine Negativpunktzahl zu vermeiden.

Beispiel: „Mehrere Antworten sind korrekt. Benennen Sie die richtigen Antworten, erhalten Sie 2 Punkte. Benennen Sie nur eine richtige Antwort, erhalten Sie einen Punkt. Benennen Sie keine oder eine Antwort, die eine falsche Aussage enthält, erhalten Sie null Punkte.“<sup>95</sup>

Möglich wären verschiedene Aufgabengestaltungen:

## 1. Entscheidungsfragen

Soll durch das Antwort-Wahl-Verfahren nicht nur Faktenwissen in Teilgebieten geprüft werden, sondern das Denken im Zusammenhang oder das Verständnis für den vermittelten Stoff ermittelt werden, so können Alternativen, (die als richtig oder falsch zu beurteilen sind), mit einer längeren Aussage formuliert werden, die auch eine Begründung o.ä. enthält.

Beispiel: Die zu bewertenden Aussagen erscheinen zunächst richtig. Ist die Begründung dazu aber falsch, darf die Aussage nicht als richtig angegeben werden.

Derart wird sichergestellt, dass nur der Prüfling, der den Prüfungsstoff verstanden und durchdacht hat, mit einiger Sicherheit darüber entscheiden kann, warum die Aussage korrekt ist oder nicht. Ein schnelles Überfliegen der Fragen und Antworten und das Suchen von Schlagwörtern in den Antworten reichen dann nicht aus, um eine korrekte Antwort zu geben.

## 2. Szenario - Aufgaben

Es können Szenarien im Sinne einer realistischen Aufgabenstellung entwickelt werden, in denen Kenntnisse aus mehreren Stoffgebieten der Vorlesung zur Lösung einer größeren Aufgabe erforderlich sind. Dabei werden die Fragen so gestellt, dass bei ihrer Abarbeitung von vorne nach hinten „eine Geschichte erzählt wird“. Durch den Einsatz von Szenarios wird Wissen in einem größeren Zusammenhang abgefragt.

<sup>94</sup> vgl. Niehues, Prüfungsrecht, 5. Aufl. 2010, Rz. 396 ff.

<sup>95</sup> Präsentation des Dr. Jan-Armin Reepmeyer, Wirtschaftswiss. Fakultät der Universität Münster, 2010

## IV. Fehlerhafte Aufgabenstellung

Prüfungsaufgaben sind wie gestellt inklusive Druckfehler zunächst für den Prüfling verbindlich, es sei denn, es handelt sich um offensichtliche Druckfehler.

Beispiel: Rechtschreibungs- und Grammatikfehler.

Die Studierenden dürfen von sich aus keine Änderungen am Wortlaut vornehmen, müssen andererseits aber auch keine Nachteile dadurch befürchten. Insoweit sollen sie sich darauf verlassen können, dass der ausgedruckte Wortlaut der Prüfungsfrage oder –aufgabe richtig ist und die Grundlage für die Bewertung ihrer Lösung bildet.

Wird ein Fehler im Aufgabentext während der Klausur richtig gestellt, ist eine Schreibzeitverlängerung nur dann zu gewähren, wenn dieser Fehler - je nach „verfälschtem“ Aussagegehalt - geeignet war, einen „Durchschnittsprüfling“ bei der Lösung des Falles zu irritieren.<sup>96</sup>

Beispiel: Bei einem Druckfehler in der Aufgabenstellung, der 30 Minuten nach Beginn der Bearbeitungszeit richtig gestellt wird, ist eine zehnminütige Schreibzeitverlängerung ausreichend, da die Aufgabe ohnehin zunächst mehrfach durchgelesen werden muss und sich der Fehler nicht auf die gesamten 30 Minuten ausgewirkt haben kann.<sup>97</sup> Dies ist vom Einzelfall abhängig.

Offenbart sich der Fehler in der Prüfungsaufgabe (auch Multiple-Choice-Aufgaben) erst nachträglich, darf diese Aufgabe bei der Bewertung und der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht berücksichtigt werden. Dies hat ggf. Auswirkungen auf die Abstufungen bei der Notenvergabe und den berechneten absoluten und relativen Bestehensgrenzen.

Sind die Aufgabenfehler zu zahlreich und damit erheblich (3 % fehlerhafte und nicht bewertete Aufgaben unerheblich, 23 % erheblich<sup>98</sup>), ist die Prüfung insgesamt rechtsfehlerhaft und ohne Anrechnung auf die Wiederholungsversuche nochmals fehlerfrei durchzuführen.

## D. Durchführung der Prüfungen / Prüfungsablauf

### I. Einlass der Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Weichen die für das Aufsichtspersonal einer Klausur ausgedruckten Teilnehmerlisten zu einer Prüfung von denen des QIS-Systems ab, könnte die ausgedruckte und mitgeführte Bestätigungsmail, die sich auf die konkrete Prüfung bezieht, als Nachweis der erfolgten Anmeldung und Zulassung zur Prüfung dienen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Studierenden sich nachträglich wieder abgemeldet haben könnten.

<sup>96</sup> BerlVGerH, Beschluss v. 28.05.2005 – VerGH 188/03

<sup>97</sup> VGH Mannheim, Beschluss v. 10.08.1998 – 9 S 1485/98

<sup>98</sup> VGH München, Urteil v. 27.2.1991 – 7 B 90.2378

**Wichtig:** Das Aufsichtspersonal sollte daher umgehend im Bereich Prüfungswesen nachfragen, ob die Teilnehmenden im System vermerkt sind. Eine vor Ort gewährte „Teilnahme unter Vorbehalt“ ist rechtlich als nachträgliche Zulassung einzuordnen, die zu Vertrauensschutz führen kann<sup>99</sup>, sofern dem Studierenden keine bewusste Täuschung im Zulassungsverfahren nachgewiesen werden kann.

Beispiel: Studierende haben die Bestätigungsmail ihrer erfolgreichen Anmeldung zu einer anderen Prüfung als Bestätigungsmail für diese Prüfung manipuliert. Studierende haben sich zu vielen Prüfungen „auf Vorrat“ angemeldet, um trotz nachfolgender Abmeldung mittels Vorlage der erhaltenen Bestätigungsmails noch kurzfristig an den Prüfungen teilnehmen zu können.

## II. Prüfungsprotokoll

In den Prüfungsordnungen sind bislang keine Regelungen festgelegt, ob und wie ein Prüfungsprotokoll zu führen ist. Die Verpflichtung dazu ergibt sich dann auch nicht aus dem Verfassungsrecht. Notwendig sind ausreichende verfahrensmäßige Vorkehrungen, um den **Ablauf des Prüfungsgeschehens** und der Bewertung auch nachträglich noch **aufklären** zu können.

Beispiel: Zuhörende Studierende oder Beisitzende als Zeugen, Videoaufzeichnungen.

### Formulierungsvorschlag (19)

Zukünftig wird nach den Regelungen der Bachelor-Prüfungsordnungen jedoch zwingend für die mündlichen Prüfungen ein Protokoll zu führen sein.

Beispiel: § 19 Abs. 5 S. 1 Bachelor-/Master-RPO: *„Die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis einer mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten.“*

### Formulierungsvorschlag (20)

Wegen der Beweisfunktion des Protokolls als öffentlicher Urkunde haben Mängel darin aber keinen Einfluss auf das Prüfungsergebnis, sondern beeinträchtigen „nur“ den Beweis des Prüfungshergangs.

Hinweis: Die fehlende Angabe des Beginns und des Endes der Prüfung sowie der Prüfungsdauer im Prüfungsprotokoll führen nicht zur Rechtswidrigkeit der Bewertung der Prüfungsleistung.<sup>100</sup>

Die Konsequenzen sind dennoch beachtlich. Weichen die Prüfenden oder der Prüfungsausschuss von einem in der Prüfungsordnung festgelegten Regelfall ab, so ist der Nachweis, dass für die Abweichung relevante Ausnahmegründe vorlagen, ohne weitergehende Hinweise im Prüfungsprotokoll deutlich erschwert.<sup>101</sup> Gerade also in Fällen, in denen vom üblichen Verfahren abgewichen wird oder bei allen atypischen Vorfällen und Abweichungen vom normalen Prüfungsverlauf wird dringend ange-

<sup>99</sup> Siehe dazu Niehues, Prüfungsrecht, 5. Aufl. 2010, Rz. 136

<sup>100</sup> VG Aachen, Urteil v. 27.10.2008 – 5 K 845/07

<sup>101</sup> OVG NW, Urteil v. 21.08.1961 – 5 A 773/61

raten, dies im Prüfungsprotokoll aufzunehmen, da sonst die Vermutung gilt, vom ordentlichen Regelverlauf sei nicht abgewichen worden.

Beispiel: Täuschungsversuche, Störungen durch Ordnungswidrigkeiten und Lärmstörungen, Gesundheitsbeschwerden einzelner Prüflinge, vorzeitiger Abbruch der Prüfung durch einzelne Prüflinge.

Dies gilt für schriftliche Prüfungen und erst recht für mündliche Prüfungen.

Eine Dokumentation des Tatsachengeschehens muss aber nicht im Protokoll enthalten sein. Aus der Dokumentationspflicht folgt keine Pflicht zu einer umfassenden Protokollierung von Fragen und Antworten in der mündlichen Prüfung.<sup>102</sup> Aus der Protokollierung der Fragen ergibt sich, ob sich der abgefragte Prüfungsstoff im zulässigen Rahmen der Prüfungsordnung gehalten hat. Wegen des Antwort-Spielraums des Prüflings zu Fachfragen sollte das Prüfungsgespräch grob dokumentiert werden. Die eigenständige Begründung einer Bewertung ist vor allem bei Leistungen zu empfehlen, die als „nicht ausreichend“ von den Prüfberechtigten eingeschätzt wurden.

Hinweis: Auf Verlangen der oder des Studierenden **ist** die Bewertung einer mündlichen Prüfungsleistung jedenfalls zu begründen. Ist eine nachträgliche Begründung dann wegen Zeitablaufs (ca. 2 Monate nach der Prüfung) nicht mehr möglich, ist die Bewertung aufzuheben und die Prüfung zu wiederholen.

Schriftlich gestellte Aufgaben mit beigelegtem Text sind zusammen mit den Beratungsunterlagen und den Notizen des Prüflings dem Protokoll beizufügen. Fertigt der Prüfling dagegen eigenständig während der mündlichen Prüfung schriftliche Aufzeichnungen an, so sind diese Aufzeichnungen nur dann zu den Prüfungsakten zu nehmen, wenn diese von den Prüfenden entgegengenommen und eigene Anmerkungen darauf verzeichnet wurden.

Beispiel: Abschlussnote wurde darauf vermerkt.

### III. Anfängliche Belehrung

Die Prüflinge sollten zu Beginn der Prüfung nochmals belehrt werden zu folgenden Punkten:

- zum Verfahren zu Beginn und Ende der Bearbeitungszeit und Konsequenzen der Überziehung der Bearbeitungszeit (je nach PO: Wertung als Täuschungsversuch),
- zu Konsequenzen von Täuschungsversuchen,
- zum Verfahrensablauf bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen während der Prüfung,
- zur Vorgehensweise bei Toilettennutzung und Raucherpausen.

**Wichtig:** Zudem sollten die Prüflinge vor Beginn der Prüfung nochmals nach ihrem Wohlbefinden befragt werden und ob sie sich prüfungsfähig fühlen. Macht zu diesem Zeitpunkt kein Prüfling entsprechendes geltend, so

<sup>102</sup> BVerwG, Beschluss v. 31.03.1994 – 6 B 65.93

muss derjenige, der sich nachträglich auf Prüfungsunfähigkeit berufen will, nachweisen, dass ihm zum Zeitpunkt des Prüfungsbeginns und der Nachfrage die Gründe seiner Prüfungsunfähigkeit noch nicht bekannt waren bzw. bekannt sein konnten. Anderenfalls ist sein Recht, sich darauf zu berufen, zunächst formal verwirkt.

Hinweis: Bewährt hat sich, dem Aufsichtspersonal zur Gewährleistung eines ordentlichen Prüfungsablaufs ein detailliertes Merkblatt an die Hand zu geben.

### Formulierungsvorschlag (21)

Die erfolgte Belehrung ist im Protokoll der Prüfung zu vermerken.

## **IV. Störungen zu Beginn und während der Prüfung**

Es ist Aufgabe der Prüfungsbehörde für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung zu sorgen. Daher sind die Verfahren von vornherein so zu planen, dass ein störungsfreier Ablauf der Prüfung gewährleistet ist. Es reicht nicht aus, auf einzelne Abhilfemaßnahmen zurückzugreifen, für den Fall, dass sich Studierende beschweren. Störungen können durch äußerliche Einflüsse, z.B. durch Lärm oder durch Störungen der Prüflinge selbst auftreten. Aufgrund des Prüfungsrechtsverhältnisses in Verbindung mit dem Grundsatz von Treu und Glauben treffen auch die Prüflinge Mitwirkungspflichten, schon im eigenen Interesse zu einem fehlerfreien Ablauf der Prüfungen beizutragen.

### **1. Störungen zu Prüfungsbeginn**

Verzögerungen des Prüfungsbeginns von 30 – 35 Minuten sind unerheblich. Dagegen stellt die Verzögerung um mehrere Stunden oder die Verlängerung der Prüfung über einen Tag hinaus einen erheblichen Verfahrensfehler dar, so dass den betroffenen Prüflingen die Wiederholung der Prüfung zu gestatten ist.

Beispiel: Prüflinge warten 5 Stunden auf das Erscheinen des Prüfers.

Die gewährte Bearbeitungszeit für schriftliche Arbeiten muss dann für alle Prüflinge gleich sein. So darf mit der Bearbeitung erst nach dem vollständigen Austeilen der Klausuraufgaben an alle Prüflinge begonnen werden. Aus diesem Grund sind die Klausuren verdeckt auszuteilen und dürfen von den Studierenden erst nach vollständigem Austeilen und nach Aufforderung durch das Aufsichtspersonal aufgedeckt werden.

Beispiel: Erklärung: „*Alle Klausuren sind ausgeteilt. Die Bearbeitungszeit beginnt jetzt.*“

Verspätet sich ein Prüfling, so ist ihm die Teilnahme an der Prüfung dann zu verweigern, wenn die Prüfung bereits begonnen hat und Manipulationen nicht ausgeschlossen werden können.

Beispiel: Verspätet eintreffender Prüfling wurde von einem „Prüfungsabbrecher“ oder von einem Prüfling bei einem Toilettengang über Aufgaben zuvor informiert.

Zwar können die Studierenden grundsätzlich darauf verzichten, die volle Prüfungszeit zu nutzen, indem sie beispielsweise die Klausurarbeit vorzeitig abgeben. Allerdings bestehen in einem solchen Fall kaum Manipulationsmöglichkeiten während diese zu Beginn der Prüfungszeit nicht auszuschließen sind.

Anders liegt der Fall, wenn ein Studierender seine Verspätung zuvor ankündigte bzw. mehrere zu spät eintreffende Prüflinge geltend machen, die Verspätung auf eine vorhergehende Prüfung und ggf. Ortswechsel zurückzuführen. Dann sollten diese Erklärung sowie Ort und Zeitpunkt des Endes der vorhergehenden, konkret bezeichneten Prüfung im Protokoll aufgenommen und von den Studierenden abgezeichnet werden. Ist die Verspätung also unverschuldet, ist zur Wahrung der Chancengleichheit die ungeminderte Bearbeitungszeit der Klausur zu gewähren.

Beispiel: Gehbehinderter Prüfling im Rollstuhl erscheint verspätet zur Prüfung aufgrund des Ausfalls der Fahrstühle im Universitätsgebäude.

Stellt sich später heraus, dass die Angaben der Studierenden fehlerhaft sind, so handelt es sich dabei um eine sanktionsfähige Täuschung, weil sich mittels falscher Angaben die ungeminderte Bearbeitungszeit und somit ein Vorteil verschafft wurde.

**Wichtig:** Nicht unverschuldet sind Verspätungen, die aufgrund von Störungen auf dem Anfahrtsweg (z.B. liegen gebliebenes Auto, Zugverspätungen) entstehen. Das pünktliche Erscheinen zur Prüfung liegt im Organisations- und Verantwortungsbereich der Studierenden. Das Risiko von Verspätungen bei der Anfahrt zur Prüfung trägt grundsätzlich der Studierende.

## 2. Störungen während der Prüfung

### a) Äußerliche Einwirkungen

Problematischer sind Störungen während der Prüfung, da in diesen Fällen die Prüflinge schon im Gedankengang beeinträchtigt werden. Bei offensichtlichen, erheblichen Störungen, in denen nach Art und Ausmaß „ohne jeden Zweifel“ die Chancengleichheit verletzt ist, muss die Prüfungsbehörde – durch das von ihr beauftragte Aufsichtspersonal – von Amts wegen, d.h. **selbständig**, tätig werden und zunächst Abhilfe schaffen. Es bedarf dafür keiner Rüge des einzelnen Prüflings.

Beispiele: Verdunkelung des Raumes durch automatisches Absenken der äußeren Sonnenblenden; laute Klimaanlage; Kälte im Raum, penetranter Farbgeruch.

Bei nicht offenkundigen, erheblichen Störungen kann und muss die Prüfungsbehörde erst nach einem entsprechenden Hinweis des betroffenen Studierenden tätig werden.

Beispiele: Zeitweise starke Sonneneinstrahlung auf nur einem Platz im Prüfungsraum; Zugluft; Beeinträchtigung durch nervösen Mitprüfling am Nachbartisch, dessen Verhalten (z.B. „Tischruckeln“) sich auf den Prüfling negativ auswirkt; als laut empfundenes Türklappen der Mitprüflinge beim Verlassen des Raumes.

**Wichtig:** Die „Erheblichkeitsschwelle“ wird grundsätzlich bei ca. 1 % der Gesamtzeit der Prüfung angesetzt.<sup>103</sup>

Erst bei einer zeitlich darüber hinausgehenden Störung ist der „Durchschnittsprüfling“ erfahrungsgemäß nachhaltig aus seinem Gedankenfluss gerissen. Kurze (ca. 1 Minute), nicht wiederkehrende oder übliche, alltägliche Lärmeinwirkungen fallen nicht unter erhebliche Störungen und sind von den Prüflingen hinzunehmen.

Beispiele: Martinshorn, Gewitterdonner, gelegentliches Hundebellen, kurzer Geräuschpegel beim Verlassen des Raumes durch Mitprüflinge oder bei einem Gespräch mit der Aufsicht.

Dagegen sind kurze, **häufig wiederkehrende** Lärmbeeinträchtigungen durchaus geeignet, die Konzentrationsfähigkeit eines normal empfindsamen Prüflings zu stören, so dass sie als erheblich zu werten sind.

Beispiele: Getöse eines über dem Ort kreisenden Hubschraubers, Geräusche von Überschallflugzeugen, dröhnende Musikanlagen von haltenden Autos an nahe gelegener Ampelkreuzung, Presslufthammer, lautes Türklappen beim Verlassen des Raumes durch Mitprüflinge.

Entweder die Störung selbst wird beseitigt oder es ist - sofern möglich - auf andere Art Abhilfe oder Kompensation zu schaffen.

Beispiele: Abschalten der geräuschvollen Klimaanlage und stattdessen Kühlung durch Öffnen der Fenster; Raumwechsel bei dauerhaftem erheblichen Bau- oder Straßenlärm vor dem Prüfungsraum; Aufforderung eines Studierenden, der durch dauerhaftes, heftiges Husten die Ruhe stört, den Raum bis zur Besserung des Reizes zu verlassen. Nicht akzeptabel ist der Hinweis an die Prüflinge, die Jacken anzubehalten im kalten Prüfungsraum (unter 18 °C).

Je nach Art, Dauer und Intensität der relevanten Störung ist entweder Nachteilsausgleich zu gewähren oder die Prüfung insgesamt abubrechen und zu wiederholen.

Beispiel: Feueralarm und damit Abbruch der Prüfung.

Hinweis: Bei erheblichen, zeitlich beschränkten Störungen dürfte in der Regel eine Schreibzeitverlängerung um die Dauer der Störung (1 : 1) ausreichen. Ausnahmen von dieser Regel sind möglich, z.B. weil trotz der Störung eine Klausurbearbeitung möglich war oder aber ein extra Zeitzuschlag für den neu anzusetzenden Gedankenfluss infolge der Unterbrechung zu gewähren ist.

Beispiel: Schreibzeitverlängerung nach zügigem Raumwechsel in den Nachbarraum wegen Straßenlärms oder nach kurzer Pause wegen falschen Feueralarms

Für die Entscheidung, welche Abhilfemaßnahmen geeignet und erforderlich sind, um die Chancengleichheit zwischen allen an der Prüfung teilnehmenden Studierenden wiederherzustellen, hat die Prüfungsbehörde keinen Ermessens- bzw. Abwägungsspielraum. Die Maßnahmen sind voll gerichtlich überprüfbar.

<sup>103</sup> BVerwG, Urteil v. 11.08.1993 – 6 C 2.93 – bezogen auf eine fünfstündige Prüfung im juristischen Staatsexamen. Dies ist bei Prüfungen von 45 - 90 min zu relativieren, weil kurze Störungen unerheblich sind.

## b) Rechtsfolgen

Erst wenn die Abhilfe- und Kompensationsmöglichkeiten gescheitert sind, kommt die Störung durch äußerliche Einwirkung als Mangel des Prüfungsverfahrens und damit als Rücktrittsgrund in Betracht.

In einem nachfolgenden Widerspruchsverfahren zur Klärung der Rechtsfolgen der irregulären Prüfungsbedingungen können sich die Studierenden aber nur dann auf die Beeinträchtigungen berufen, wenn sie diese wirksam **rechtzeitig** gerügt haben.

Rechtzeitig ist die Rüge dann, wenn sie „unverzüglich“ im Sinne des [§ 121 BGB](#), also **sofort** erhoben wird. Davon ist auszugehen, wenn die Rüge **während** oder unmittelbar im Anschluss an die Prüfung gegenüber den Aufsichtsführenden erklärt wird. Letzteres ist auch dann nur rechtzeitig, wenn die Störung für die Prüfungsbehörde bzw. das Aufsichtspersonal offensichtlich war und keine Abhilfe bzw. Kompensation geschaffen werden konnte.

Von einer wirksamen Rüge ist gerade bei nicht offenkundigen Störungen nur dann auszugehen, wenn eine **förmliche Rüge** der oder des betroffenen Studierenden zu Protokoll des Aufsichtsführenden erklärt wird. Dabei müssen die jeweiligen Studierenden ausdrücklich geltend machen, dass und durch welche äußeren Einwirkungen sie in ihrer Konzentrationsfähigkeit gestört wurden, insbesondere, wenn sich andere Studierende von einem Ereignis offenbar nicht gestört fühlten. Allgemeines Murren reicht nicht aus. Solange die förmliche Rüge unterbleibt, konnte davon ausgegangen werden, dass die beklagten äußeren Bedingungen nicht so schwerwiegend waren. Erst mit der förmlichen Rüge zeigen die Studierenden an, dass sie die Bedingungen als rechtlich relevanten „Fehler“ gewertet haben möchten, auf den sie sich berufen und der die Fehlerhaftigkeit des Prüfungsverfahrens zur Folge haben soll.<sup>104</sup>

Beispiel: Der während der Prüfung auftretende Baulärm (offensichtliche Störung) wurde von der Aufsicht abgestellt. Für den Ausgleich der kurzen und deshalb als unerheblich empfundenen Störung wird keine Schreibzeitverlängerung gewährt. Will die oder der Studierende sich anschließend auf den Fehler berufen, muss sie oder er noch **während** der Prüfung um eine Schreibzeitverlängerung nachsuchen. Anderes gilt nur, wenn der Lärm unverkennbar so dauerhaft war, dass die Prüfungsbehörde zur Herstellung der Chancengleichheit von sich aus Schreibzeitverlängerung hätte gewähren müssen.<sup>105</sup>

Eine schriftliche Rüge muss grundsätzlich am nachfolgenden Tag beim Bereich Prüfungswesen eingehen. Nur im Einzelfall kann die Frist ausnahmsweise 3 Werktage betragen. Keinesfalls darf mit der Rüge (oder der darauf basierenden Rücktrittserklärung) die Bewertung der Prüfungsleistung durch die Studierenden abgewartet werden.

Hinweis: Eine als „Widerspruch“ bezeichnete nachfolgende schriftliche Rüge gegen den irregulären Prüfungsablauf ist als Rüge zu werten. Ein Widerspruch ist erst gegen die Bewertung der Prüfungsleistung statthaft, ggf. ist dann erneut Widerspruch einzulegen. Auf diese Verfahrensweise sind die Studierenden hinzuweisen.

<sup>104</sup> BVerwG, Beschluss v. 15.01.1993 – 6 B 11/92

<sup>105</sup> VG Köln, Urteil v. 04.11.2004 – 6 K 5760/02

Während einer Prüfung soll ein Prüfling noch nicht entscheiden müssen, welche Konsequenzen er aus dem (gerügten) Mangel des Verfahrens ziehen will. Es soll ihm auch freigestellt bleiben, seine - trotz widriger Umstände - als gelungen empfundene Leistung im Ergebnis gegen sich gelten zu lassen. Der Grundsatz der Chancengleichheit verbietet es aber, den Prüflingen eine Wahlmöglichkeit zu eröffnen, die irregulär verlaufene Prüfung jeweils abhängig vom Ergebnis gegen sich gelten zu lassen oder zu wiederholen.

### c) Störungen durch Prüflinge

In den Prüfungsordnungen wird differenziert zwischen einem Täuschungsversuch bzw. einer **Täuschung** und einer Ordnungswidrigkeit. Täuschungen bzw. Täuschungsversuche werden in der Regel schwerer sanktioniert, so dass eine eindeutige Zuordnung der Handlung relevant wird. Nicht jeder Ordnungsverstoß kann mit dem Nichtbestehen der Prüfung geahndet werden, weil dabei nach Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten abzustufen ist.

Beispiel: „Abschreiben lassen“ zielt nicht auf einen eigenen Vorteil ab und führt deshalb nicht zwingend zum Verlust des Bewertungsanspruchs, sondern es ist auch eine Verwarnung oder das Herabsetzen der Note möglich; Ignorieren der allgemeinen Aufforderung der Aufsicht, das Schreiben einzustellen, kann auch als Ordnungswidrigkeit gewertet werden, die dann nicht grundsätzlich zu einer Sanktionsnote führen darf.<sup>106</sup>

Es kommt darauf an, inwieweit das Verhalten des Studierenden geeignet ist, sich Vorteile zu verschaffen, die nicht leistungsbedingt sind und so die Chancengleichheit im Prüfungswettbewerb beeinträchtigen.<sup>107</sup>

Unter **Täuschung und Täuschungsversuch** fallen eindeutig die Fälle, in denen der Studierende bewusst unlautere Mittel mitführt, heranzieht bzw. nutzen möchte, um sich einen Vorteil zu verschaffen. Darunter fallen auch Plagiate<sup>108</sup>. Nicht notwendig ist, dass unzulässige Hilfsmittel tatsächlich zur Lösung der konkreten Aufgabe nützlich sind. Schon der Besitz eines generell geeigneten Hilfsmittels und das Mitführen in den Prüfungsraum reichen aus.

Beispiel: Mitführen eines „Spickzettels“ zu einem anderen Themengebiet des Fachs; nachträgliches Nachheften von Arbeitsblättern an die Klausur bei der Klausureinsicht mit anschließender Geltendmachung einer angeblich fehlerhaften Bewertung.

Sanktioniert wird insoweit nicht die (untaugliche) Handlung des Prüflings an sich, sondern der Verstoß gegen die Prüfungsordnung durch diese Handlung. Zudem ist dies aus generalpräventiven Gründen zur Sicherung der Chancengleichheit zulässig. Die Prüfungsbehörde trägt die Beweislast dafür, dass die Voraussetzungen einer Täuschung vorliegen. Die Feststellungen zum Täuschungsversuch sind zunächst durch die Prüfer oder das Aufsichtspersonal im Protokoll zu vermerken und **sämtliches Beweismaterial** (z.B. „Spickzettel“, Plagiatarbeiten) **zu sichern** und dem Protokoll hinzuzufügen bzw. zur Akte zu nehmen.

<sup>106</sup> VG Karlsruhe, Urteil v. 03.05.2006 – 7 K 1243/05

<sup>107</sup> BVerwG, Beschluss v. 12.01.1981 – 7 B 300

<sup>108</sup> Siehe dazu auch Kapitel 9, Punkt A. III., S. 171 ff.

Für eine bewusste Täuschungshandlung der Studierenden spricht der Beweis des 1. Anscheins, der von den Studierenden zu widerlegen ist.

Beispiel: Wenn ein Prüfling ein unzulässiges Hilfsmittel in der Prüfung mitführt, so spricht der Beweis des 1. Anscheins dafür, dass er sich damit unzulässige Vorteile in der Prüfung verschaffen wollte.

Der Prüfungsausschuss kann dafür von den Studierenden eine Versicherung an Eides statt verlangen, dass die Prüfungsleistung von ihr oder ihm selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist, § 25 Abs. 6 Bachelor-/Master-RPO.<sup>109</sup>

Auch die kurzzeitige **Überschreitung der vorgegebenen Arbeitszeit** durch einzelne Kandidaten verletzt den Anspruch der übrigen Studierenden auf Chancengleichheit und rechtfertigt eine Sanktion. So gilt auch das festgelegte Ende der Bearbeitungszeit für alle Prüflinge gleichermaßen und ist konsequent durchzusetzen. Die Prüflinge können zwar am Ende der Bearbeitungszeit darauf verzichten, diese voll auszunutzen, überziehen dürfen sie aber nicht. Die Folgen der Überziehung der Bearbeitungszeit sind abhängig von den Regelungen der Prüfungsordnung.

Weil sich bei verspäteter Abgabe der Klausur das konkrete Ausmaß des erlangten Vorteils - äußerer Umfang und das inhaltliche Gewicht des nachträglich bearbeiteten Teiles der Arbeit - oft nicht mehr feststellen lässt, kann der Fakultätsrat als Satzungsgeber eine Regelung in die Prüfungsordnung mit Ausschlusscharakter aufnehmen, wonach die Überschreitung eines bestimmten Zeitpunktes die Leistung mit der Bewertung „ungenügend“ sanktioniert wird, ohne dass dies als unverhältnismäßig anzusehen ist.<sup>110</sup>

Beispiel: § 25 Abs. 1 S. 1 und 2 Bachelor-/Master-RPO: *„Eine Prüfungsleistung wird mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, [...] wenn eine schriftliche Prüfung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.“*

Die Überschreitung der Bearbeitungszeit kann jedoch auch als Täuschungsversuch gewertet werden, da der betreffende Studierende bewusst unlautere Mittel nutzt (Überziehung der Bearbeitungszeit), um sich einen Vorteil zu verschaffen (zusätzliche Informationen in die Klausur zu bringen). Die Zeiteinteilung während der Prüfung ist allein eine Obliegenheit des Prüflings und Teil der Prüfungsleistung.

Die Verhängung einer so strengen Sanktion wie die Bewertung mit „nicht ausreichend“ (5,0) setzt allerdings weiter voraus, dass nicht nur auf den Ablauf der Prüfungs- oder Bearbeitungszeit hingewiesen wird, sondern vor allem **unmissverständlich** und **ausdrücklich verlangt** wird, das Weiterschreiben sofort einzustellen und die **Arbeit** dem Aufsichtsführenden **zu übergeben**.<sup>111</sup>

Beispiel: Ausdrückliche Erklärung: *„Die Bearbeitungszeit ist jetzt zu Ende. Bitte stellen Sie die Schreibarbeiten sofort ein, legen die Schreibgeräte zur Seite und halten die Arbeiten zur Abgabe bereit.“* Mahnendes Räuspern der Aufsicht reicht nicht.

<sup>109</sup> Dies gilt nicht für die Abschlussarbeiten.

<sup>110</sup> VG Karlsruhe, Urteil v. 03.05.2006 – 7 K 1243/05

<sup>111</sup> VG München, Beschluss v. 05.10.2009 – 7 CE 09.1893

Aus diesem Grund sollte schon kurz vor Ablauf der Bearbeitungszeit auf deren Ablauf in wenigen Minuten hingewiesen werden. Nach Ablauf der Bearbeitungszeit und der Aufforderung durch das Aufsichtspersonal, die Schreibearbeit einzustellen und die Arbeit zur Abgabe an der Seite bereit zu halten bzw. die Arbeit zu übergeben, sind jegliche weitere Tätigkeiten, auch Hilfstätigkeiten, die die Übergabe der kompletten Arbeit erst ermöglichen, unzulässig.

Beispiel: Sortieren der Blätter, Nummerieren der Seiten, Vermerken des Namens.

Irrelevant ist dann auch, dass diese Tätigkeiten nicht die inhaltlich abzuprüfenden Fähigkeiten des Studierenden betreffen oder andere Abgabemodalitäten zur Wahrung der Chancengleichheit möglich wären.<sup>112</sup>

Hinweis: Schreibt ein Studierender trotz des angezeigten Endes der Bearbeitungszeit und trotz Aufforderung zur Abgabe der Arbeit weiter oder führt sonstige Tätigkeiten an der Arbeit aus, so sollte der genaue Vorgang (inklusive der Äußerungen) protokolliert werden. Zudem sollte bereits die entsprechende Sanktion der Leistungsbewertung als „nicht ausreichend“ (5,0) angedroht werden. Die abschließende Entscheidung nach Anhörung des Studierenden ergeht entweder durch gesonderten Bescheid mit Rechtsmittelbelehrung oder durch Benotung der Klausur und Bekanntgabe der Bewertung.

Zudem können Studierende, die den Ablauf einer Prüfung stören, **nach Abmahnung** durch die Aufsichtsführenden, von der Prüfung ausgeschlossen werden. Die Prüfung gilt dann für die Störenden als nicht bestanden, § 25 Abs. 4 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

Beispiel: Prüfling spricht während der Prüfung mehrfach seinen Tischnachbarn an. Die erfolgte Abmahnung sollte protokolliert werden.

In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierenden sogar von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen, § 25 Abs. 4 S. 4 Bachelor-/Master-RPO.

Beispiel: Wiederholte Täuschungsversuche/Plagiatserstellung oder Plagiatserstellung in mehreren unterschiedlichen Prüfungsfächern des Studienganges.

### 3. Hausrecht

Bei Störungen vor oder während der Prüfungen durch Studierende stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Prüfenden oder das Aufsichtspersonal haben, dem Einhalt zu gebieten.

Das Hausrecht übt die Rektorin oder der Rektor der Universität aus, [§ 18 Abs. 1 S. 4 HG](#). Sie oder er kann die Ausübung des Hausrechts jedoch für ihre Bereiche auf die Dekaninnen und Dekane sowie die Leitenden der Zentralen Einrichtungen übertragen, [§ 3 Abs. 5 GrundO](#). Dies gilt vor allem für das Hausrecht gegenüber Mitgliedern und Angehörigen der UDE, also u.a. den Studierenden der UDE. Im Übrigen können entsprechend der [Hausordnung der UDE](#) Lehrpersonen für ihre Lehrveranstaltungen

<sup>112</sup> VG Berlin, Urteil v. 02.07.2007 – 12 A 1372/04

schriftlich zu Hausrechtsbeauftragten bestellt werden. Demnach haben im Einzelfall die Prüfenden, Dozentinnen und Dozenten oder Aufsichten zunächst gegenüber den Studierenden der Universität kein Hausrecht.

Den für eine Lehrveranstaltung oder Prüfung Verantwortlichen müssen in dem für ihre Tätigkeit bestimmten räumlichen Bereich jedenfalls Rechte übertragen werden, um ihnen die ungestörte Wahrnehmung ihrer Aufgaben - entsprechend der vom Rektorat gebilligten Rahmenprüfungsordnungen - zu gewährleisten.

Beispiel: § 25 Abs. 4 S. 3 Bachelor-/Master-RPO: „Eine Studierende oder ein Studierender, der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtsführenden nach Abmahnung **von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.**“

Das Aufsichtspersonal muss demnach wenigstens berechtigt sein, im Falle einer (erwarteten) erheblichen Störung des ordnungsgemäßen Ablaufs einer Prüfung einen „Platzverweis“ zu erteilen. Das bloße Wissen darum dürfte sich bereits bei Berechtigten und Studierenden auswirken. Dementsprechend ist [§ 2 Abs. 2 der Hausordnung der UDE](#) auszulegen, wonach Lehrpersonen im Rahmen ihrer Lehrveranstaltung bzw. Prüfende im Rahmen der zu einer Lehrveranstaltung gehörenden Prüfung Platzverweise aussprechen können.

Verstöße von Studierenden gegen diese Anordnung wäre zwar nicht als Hausfriedensbruch gemäß [§ 123 Abs. 1 StGB](#) strafbar, insbesondere wenn und solange diese mit aufschiebender Wirkung mittels Widerspruch angefochten werden oder werden können. Dennoch sind Platzverweise aus generalpräventiven Gründen zu empfehlen, um nicht auf nachträgliche sanktionierende Maßnahmen beschränkt zu sein. Ohnehin ist sowohl beim Platzverweis als auch bei der Erteilung eines Hausverbots der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten, d.h. zu prüfen, ob mildere Mittel in Betracht kommen.

Beispiel: Abmahnung, Sprechverbot, zeitlich auf kurze Dauer beschränkter Platzverweis.

Anderes gilt bei der Verletzung von Straftatbeständen, wie Sachbeschädigung, Beleidigung, Körperverletzung oder Nötigung.

Beispiel: So kann der Straftatbestand der Nötigung durch Gewalt gemäß [§ 240 StGB](#) erfüllt sein, wenn vor oder während einer Prüfung die Verantwortlichen durch starken Lärm, wie Geschrei, Gebrüll, Pfeifen oder Gebrauch von Lärminstrumenten dazu gebracht werden, die Veranstaltung abubrechen bzw. nicht damit zu beginnen. Gewalt kann auch ohne erhebliche Körperkraft ausgeübt werden, ohne dass aber vollständig darauf verzichtet werden könnte.<sup>113</sup>

## V. Zulässige Hilfsmittel

---

<sup>113</sup> BGH-Beschluss v. 08.10.1981 – 3 StR 449/80, 3 StR 450/80

Werden zur Bearbeitung einer Aufsichtsarbeit Hilfsmittel<sup>114</sup> gewährt, so sind diese von den Prüfenden vorab genau zu bestimmen (inklusive erlaubter Markierungen in Texten) und den Studierenden bekannt zu geben.

Beispiel: „Gesetzestexte ohne An- oder Randbemerkungen, Markierungen oder Unterstreichungen“, Nicht-programmierbarer Taschenrechner.

Nach der Bezeichnung der zulässigen Hilfsmittel muss im Hinblick auf Täuschungsversuche klar und eindeutig sein, welche Hilfsmittel demnach unzulässig sind. Aus der Angabe der zulässigen Hilfsmittel erwächst jedoch kein rechtserheblicher Vertrauensschutz der Studierenden hinsichtlich des zu erwartenden Prüfungsstoffes.

Beispiel: Aufforderung, bestimmte Texte, Bücher oder Tabellen mitzubringen.

Die Chancengleichheit unter den Studierenden ist nur beeinträchtigt, wenn die zulässigen Hilfsmittel

- unklar bezeichnet,
- nicht auf dem üblichen Weg zu beschaffen,
- ungleichmäßig verteilt,
- unterschiedlich wirksam bei der Bearbeitung der Arbeit sind.

Beispiele: Zur Verfügung gestellte Bücher für einige Prüflinge, während andere eigene Bücher mitbringen dürfen, ohne abzusichern, dass diese in Auflage und Randbemerkungen den bereitgestellten entsprechen; Ausgabe von Taschenrechnern durch die Aufsicht nur an einige von mehreren Prüflingen, die das für die Prüfung gewährte Hilfsmittel vergessen haben.

Ist den Studierenden bekannt, dass von der Hochschule bereit gestellte Hilfsmittel nicht jederzeit und unbegrenzt zur Verfügung stehen, so müssen sie sich rechtzeitig um die Inanspruchnahme der Mittel bemühen. Gehen einige Studierende dabei leer aus, müssen sie sich die Hilfsmittel andernorts selbst organisieren.

Hinweis: Es sollte aber rechtzeitig vor der Prüfung explizit auf die nicht ausreichenden Kapazitäten hingewiesen und um Selbstorganisation seitens der Studierenden gebeten werden.

Das Risiko, ob die selbst mitgebrachten Hilfsmittel vollständig oder funktionstüchtig sind, liegt im Organisations- und Verantwortungsbereich der Studierenden. Die Funktionsunfähigkeit des Hilfsmittels stellt keinen wichtigen Grund für eine Unterbrechung der Prüfung dar.

Hinweis: Der Grundsatz der Chancengleichheit verbietet es, einem Prüfling Ersatz für das funktionsuntüchtige Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn nicht gewährleistet ist, dass auch anderen Studierenden im Notfall Ersatz geboten werden kann.

Im Falle der Verletzung der Chancengleichheit können grundsätzlich nur die benachteiligten Prüflinge eine erneute Prüfung in diesem Prüfungsteil verlangen. Die Prüfungsbehörde darf dagegen von den begünstigten Prüfungsteilnehmern nur dann

---

<sup>114</sup> Zu Hilfsmitteln zum Nachteilsausgleich behinderter Studierender, siehe oben Kapitel 5, Punkt C. IV. S. 88 f.

eine erneute Prüfung verlangen, wenn sie nachweislich solche Vorteile erlangt haben, die das Prüfungsergebnis verfälschen.

**Wichtig:** Kann nicht mehr ermittelt werden, welche Studierende von der ungleichen Verwendung von Hilfsmitteln benachteiligt wurden, so ist allen Prüflingen, die eine Benachteiligung glaubhaft versichern, die Wiederholung der Aufsichtsarbeit zu gewähren.

Hinweise zur Bearbeitung einer Aufgabe sind keine Hilfsmittel für die Lösung.<sup>115</sup>

## VI. Prüfungszeit /-dauer

Die Prüfungen dürfen nicht zur „Unzeit“ stattfinden. Keine Bedenken bestehen allerdings, dass Prüfungen während des Abends in der Zeit zwischen 17.30 Uhr und 20.30 Uhr durchgeführt werden.<sup>116</sup>

Die Prüfungsordnungen enthalten wegen § 64 Abs. 2 Nr. 2 HG Regelungen zu der Dauer der von Prüfungsleistungen, sowohl schriftlich als auch mündlich. Diese satzungsrechtlich geregelten Zeiten stehen nicht zur Disposition der Prüfberechtigten. Daher darf grundsätzlich nicht (erheblich) von der vorgegebenen Dauer abgewichen werden, da sich dies auf das Ergebnis der Prüfungsleistung auswirken könnte.

Insbesondere bei einer erheblichen Überschreitung der Prüfungszeit ist zu befürchten, dass die psychische Leistungsfähigkeit der Studierenden zwischendurch sinkt, die wegen der Vorgabe auf eine bestimmte Dauer der Prüfung voreingestellt sind.

Beispiel: Überschreitung der Prüfungszeit um 61 %.

Geringfügige Überschreitungen der Prüfungszeit (Höchst- oder Mindestdauer) sind unerheblich, vor allem wenn dies zugunsten der Prüflinge erfolgte.

Beispiel: Überschreitung der Prüfungszeit um 6 – 7 Minuten bei regulärer Prüfungsdauer von 45 Minuten.

Hinweis: Zweckmäßig sollten im Falle der Überschreitung der Prüfungszeit **zugunsten** des Prüflings die Gründe dafür im Protokoll vermerkt werden.

Geringfügige Zeitunterschreitungen sind ebenfalls unerheblich, jedoch ist zu beachten, dass die Studierenden anschließend geltend machen können, dass die fehlenden Minuten die entscheidenden Minuten für die Lösung der Aufgabe hätten sein können.

Beispiel: PO sieht Prüfungsdauer von i.d.R. 20 min vor, in begründeten Fällen +/- 10 min. Eine Prüfungszeit von 11 min. ist dann aber jedenfalls zu wenig, um die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

In der Prüfungsordnung festgelegte Zeiten stehen zwar weder für die Prüferin oder den Prüfer noch für die Studierenden zur Disposition, so dass ein Einverständnis der

<sup>115</sup> BVerwG, Beschluss v. 21.12.1993 – 6 B 65.92

<sup>116</sup> BVerwG, Urteil v. 14.12.1990 – 7 C 17.90

oder des Studierenden zum Abbruch der Prüfung einen solchen Verfahrensfehler nicht heilt. Das Einverständnis der Studierenden trägt aber dazu bei, dass ihr Recht verwirkt, sich nachträglich auf diesen Verfahrensmangel zu berufen, es sei denn, sie können geltend machen, vom Prüfberechtigten zur Einverständniserklärung gedrängt worden zu sein.

Beispiel: Prüferin oder Prüfer bedrängt den Prüfling, seine Einwilligung zum Abbruch der Prüfung zu geben, weil Prüfling nicht antwortet und die Prüfung durch ihn ohnehin nicht mehr zu bestehen sei.

Anders liegt der Fall, wenn es die prüfungsrechtliche Fürsorgepflicht verlangt, dass die Prüfenden auch ohne ausdrückliche Erklärung des Prüflings von Amts wegen angemessen reagieren und die Prüfung im Notfall abbrechen.

Beispiel: Prüferin oder Prüfer beendet mündliche Prüfung gegen den Wunsch des Prüflings aufgrund der offensichtlichen krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit des Prüflings (schwere Kreislaufstörungen, Erbrechen, nicht: Prüfungsangst und psychische Beeinträchtigungen bei ungünstigem Prüfungsverlauf). Der Prüfling ist auf sein bestehendes Rücktrittsrecht hinzuweisen.

## VII. Prüfungsform

Auch die Prüfungsform richtet sich nach der Prüfungsordnung. Sieht diese vor, dass schriftliche Prüfungen durchzuführen sind, so kann die Prüferin oder der Prüfer dies nicht eigenverantwortlich in eine mündliche Prüfung umwandeln. Gleiches gilt für den umgekehrten Fall.

Beispiel: Nach schriftlichen Wiederholungsversuchen legt die PO als letzte Bestehensmöglichkeit eine mündliche Prüfung fest.

Sieht die Prüfungsordnung dagegen Varianten der Prüfungsformen vor, so können die Prüfenden zwischen diesen Varianten wählen, auch zwischen Erst- und Zweittermin einer Prüfung.

Mögliche Prüfungsformen sind:

- mündliche Prüfung oder
- schriftliche Prüfung oder in elektronischer Form als Klausurarbeit, Hausarbeit, Protokoll oder
- Vortrag, Referat oder Präsentation oder
- sonstige Prüfungsformen
  - Kolloquien,
  - Portfolioprüfungen,
  - Praxisberichte, in denen Erkenntnisse der Praxis auf einem akademischen Niveau reflektiert werden,
  - Experimentelle Arbeiten in Form von selbständig durchgeführten, protokollierten und ausgewerteten fachspezifischen Experimenten,
  - planerische/gestalterische Entwürfe/Projektarbeiten,
  - Essays,
  - Abstracts,
- Kombination der Prüfungsformen (§ 17 Abs. 6 Bachelor-/Master-RPO).

Ein Wechsel zwischen den Prüfungsformen ist den Studierenden rechtzeitig vor den Prüfungsterminen bekannt zu geben, damit sich diese darauf einstellen können.

Beispiel: Wechsel zwischen schriftlicher Klausur und Multiple-Choice-Klausur.

Ob eine Einzel- oder Gruppenprüfung durchgeführt wird, liegt im Ermessen der Prüfenden. Wichtig ist, dass die Einzelleistungen der jeweiligen Studierenden feststellbar sind und von den Prüfberechtigten vollständig für die anschließende Bewertung zur Kenntnis genommen werden.

Beispiel: Jede/r Studierende der Gruppe bearbeitet klar abgegrenzte Kapitel einer Hausarbeit.

Bei mündlichen Prüfungen in Form der Gruppenprüfung dürfen nicht mehr als 4 Studierende gleichzeitig geprüft werden, § 19 Abs. 3 Bachelor-/Master-RPO.

### **VIII. Rauchverbot bei Prüfungen**

Rauchenden Studierenden muss keine Gelegenheit gegeben werden, die Klausur in einem Raum ohne Rauchverbot zu schreiben, selbst wenn dies organisatorisch realisierbar wäre. Das Ermessen der Prüfungsbehörde geht so weit, dass allein die Organisationserleichterung ein Grund für die ablehnende Entscheidung ist. Der Grundsatz der Chancengleichheit garantiert nicht jedem Prüfling die Prüfungssituation, die seinen persönlichen Verhältnissen am meisten entspricht.<sup>117</sup> Soweit die Raucher unter den Prüflingen durch den Nikotinentzug benachteiligt sind, weil ihr Wohlbefinden und damit evtl. auch ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind, so ist ihnen diese Rücksichtnahme zumutbar.

---

<sup>117</sup> BVerwG, Beschluss v. 06.05.1988 – 7 B 71.88

## **7. Kapitel: Die Prüfungsentscheidung**

### **A. Die Bewertung von Prüfungsleistungen**

#### **I. Allgemeines**

Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens wenden sich die Studierenden häufig gegen die Bewertung ihrer Prüfungsleistungen mit dem Ziel des „Überdenkens“ der Prüfungsentscheidung. Stellen die Prüflinge ihre Einwände gegen die nach ihrer Einschätzung fehlerhafte Bewertung substantiiert dar, ist detailliert darauf einzugehen. Der Substantiierungspflicht ist aber nicht schon damit Genüge getan, wenn mit dem Widerspruch

- die Lösung nachträglich gerechtfertigt,
- der Gedankengang erläutert und verdeutlicht oder mittels zusätzlicher Argumente unterfüttert wird,
- nur Hinweise auf Fundstellen in der Literatur ohne nähere Angaben über deren Inhalt gegeben werden,
- behauptet wird, geforderte Punkte der Arbeit erwähnt zu haben, wenn eine differenzierte Prüfung dieser Punkte verlangt war.

Dadurch werden die Schwächen einer Arbeit nicht (nachträglich) behoben.

Richten sich die Einwände gegen fachspezifische Bewertungen der Prüfenden, so ist der eingeschränkt überprüfbare Bewertungsspielraum der Prüfberechtigten zu beachten. Dieser bezieht sich aber nur auf solche wissenschaftlich-pädagogisch und prüfungs-spezifischen Wertungen, die wesentlich von den persönlichen Eindrücken und Erfahrungen der jeweiligen Prüfenden bestimmt sind und **nicht durch Dritte ersetzt werden können**.

Beispiel: Fachspezifische Wertungen wie Geeignetheit und Schwierigkeitsgrad einer Klausur; Beurteilungen, für die der Vergleich mit Leistungen anderer Prüflinge erforderlich oder zulässig ist.

Alle Fragen, die fachwissenschaftlicher Erörterung zugänglich oder anhand objektiver fachwissenschaftlicher Kriterien zu beantworten sind, sind nachprüfbar.<sup>118</sup> Damit ist dem Prüfungsausschuss oder dem Verwaltungsgericht trotz Beurteilungsspielraumes der Prüfenden weiterhin möglich, die Rechtmäßigkeit einer Prüfungsentscheidung zu kontrollieren im Hinblick darauf,

- ob die Prüferin oder der Prüfer von falschen Tatsachen ausgegangen ist,
- ob sie oder er allgemeingültige Bewertungsmaßstäbe beachtet hat und
- mögliche Verstöße gegen die Prüfungsordnung oder andere Regelungen begangen hat bzw.

<sup>118</sup> BVerwG, Beschluss v. 17.12.1997 – 6 B 55.97; Urteil v. 16.04.1997 – 6 C 9.95

- ob eine als falsch gewertete Antwort des Prüflings tatsächlich falsch oder noch vertretbar ist.

Beispiel: Offensichtlicher Fehler beim Zusammenrechnen der Note der Prüfungsleistung aus den Teilleistungen.

Werden Mängel im Bewertungsverfahren festgestellt, so sind diese nur relevant, wenn sie sich auf das Prüfungsergebnis überhaupt **ausgewirkt** haben und nicht nachträglich geheilt oder repariert werden können.

Beispiel: Unmöglichkeit der fehlerfreien Neubewertung der mündlichen Prüfungsleistung aufgrund Zeitablaufs (i.d.R. nach 2 Monaten).

Nur dann ist die Prüfung (ggf. teilweise) zu wiederholen.<sup>119</sup>

Der Prüfungsausschuss ist in den o.g. prüfungsspezifischen Fällen nicht befugt, selbst die Bewertung der Prüfungsleistungen durch die Prüfenden zu überdenken und eine eigene Bewertung vorzunehmen. Zudem ist es unzulässig, mittelbar durch die Art des Anschreibens die Prüfenden im Überdenkungsverfahren zu beeinflussen.

Beispiel: Bitte um Stellungnahme zum Widerspruch mit dem Hinweis, ausführlich darzustellen, dass sie bei ihrer Bewertung bleiben möchten.

Zulässig sind insoweit zwar Verfahrenshinweise und damit zusammenhängende Unterstreichungen und Markierungen im Widerspruchsschreiben, sofern die weitere Entscheidung der Prüfenden zur Bewertung dadurch nicht beeinflusst wird. Um jedoch den Anschein einer Beeinflussung zu vermeiden, sollte generell nur um Stellungnahme zu dem übersandten Widerspruchsschreiben gebeten werden.

Fehler im Bewertungsverfahren können vorliegen, wenn die Prüfenden

- persönlich und/oder fachlich nicht hinreichend qualifiziert sind,
- die Leistungen der Prüflinge nicht
  - richtig oder vollständig zur Kenntnis nehmen,
  - eigenverantwortlich und unabhängig bewerten,
  - sachlich, fair und unbefangen bewerten,
  - einzelne richtige Teile der Bearbeitung nicht bewerten,
  - willkürlich keine Punkte vergeben,
  - keine vernünftigen Gründe bei der Bewertung anführen<sup>120</sup>.

## II. Bewertungsmaßstäbe

Die Grundsätze der Bewertung einzelner Prüfungsleistungen müssen in den Prüfungsordnungen enthalten sein, § 64 Abs. 2 Nr. 6 HG NW. Diese sind vorrangig zu beachten.

Beispiel: § 28 Abs. 1 Bachelor-/Master-RPO: „Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen sind von den Prüferinnen und Prüfern folgende Noten zu ver-

<sup>119</sup> VG Düsseldorf, Urteil v. 01.03.2002 – 15 K 6647/99

<sup>120</sup> FG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 01.09.2009 – 12 K 12086/07

*wenden. Zwischenwerte sollen eine differenzierte Bewertung der Prüfungsleistungen ermöglichen [...].“*

Zudem wurden mit dem in der Prüfungsordnung festgelegten Prüfungsziel inhaltliche Vorgaben der Leistungsbewertung geschaffen.

Darüber hinaus bestehen in den Details des Bewertungsverfahrens jedoch zahlreiche Regelungen, die durch ständige Übung in der Praxis bindend geworden sein können bzw. durch die Rechtsprechung festgelegt wurden.

Möglich sind zwei Bewertungssysteme: entweder es bewertet eine Prüferin oder ein Prüfer alle Arbeiten aller Prüflinge oder mehrere Prüfende bewerten jeweils nur einen Anteil der Leistungen. Musterlösungen und ein Bewertungsschema mit Bewertungskriterien sind nicht zwingend geboten, tragen aber zu einer möglichst einheitlichen Bewertung bei. Andererseits kann nicht auf der Basis der Musterlösung die Vergabe von Wertungspunkten durch den Prüfling erzwungen werden.

Jedenfalls aber muss jede oder jeder Prüfende die Leistungen eines Prüflings **selbst, unmittelbar und vollständig** zur Kenntnis nehmen, um sie anschließend eigenverantwortlich und rechtsfehlerfrei bewerten zu können.<sup>121</sup>

## 1. Persönliche und unmittelbare Kenntnisnahme

Die Prüferin oder der Prüfer ist verpflichtet, die Leistungen der Studierenden unmittelbar zur Kenntnis zu nehmen. Daraus folgt, dass Vorkorrekturen von schriftlichen Arbeiten durch Hilfsassistenten zwar zulässig sind - sofern die Prüfungsordnung dies nicht ausdrücklich verbietet -, aber die Prüfenden den Inhalt der Arbeiten dennoch selbst wahrnehmen und beurteilen müssen.

Hinweis: Allein die Kontrolle der Prüferin oder des Prüfers auf Schlüssigkeit der Vorkorrektur reicht nicht aus.

Gleiches gilt für eine Zweitprüferin oder einen Zweitprüfer, der nicht ungeprüft die Korrektur der oder des Erstprüfenden übernehmen kann, sondern sich unmittelbar ein eigenes Urteil der Leistung der Studierenden bilden muss. Im Falle des gleichen Bewertungsergebnisses reicht dann allerdings der Vermerk „Einverstanden“ durch die oder den Zweitprüfenden aus.<sup>122</sup>

Zudem ist davon die körperliche als auch geistige Anwesenheit bei einer mündlichen Prüfung erfasst. Dies gilt auch für die Abprüfung anderer Fachgebiete, sofern am Ende ein Mitentscheidungsrecht über die Gesamtnote des Prüflings besteht. Eine nachträgliche Information des zeitweise Abwesenden über den bisherigen Prüfungsverlauf heilt solche Fehler nicht.

Beispiele: Weitere Fehler: Gedankliche Ablenkung durch offensichtliches Träumen, blättern oder lesen in einer fachfremden Zeitschrift, schlafen, regelmäßige Toilettengänge, „pendeln“ der Prüferin oder des Prüfers zwischen mehreren mündlichen Prüfungen.

<sup>121</sup> BVerwG, Urteil v. 29.09.1984 – 7 C 57.83

<sup>122</sup> BVerwG, Beschluss v. 10.06.1983 – 7 B 48.82

## 2. Vollständige Kenntnisnahme

Die Prüferin oder der Prüfer muss die vollständige Leistung der Studierenden wahrnehmen. Dazu gehören die einzelnen schriftlichen Teilleistungen des Prüflings und ggf. dazugehörige mündliche Teilleistungen.

Gleichzeitig bedeutet dies auch, dass die Leistungen eines Prüflings bis zum Ende zur Kenntnis genommen und bewertet werden müssen, selbst wenn bei einem zwischenzeitlichen Fehler Folgefehler der Klausur schon abzusehen sind. Zu prüfen ist dann, ob die weiteren Erläuterungen oder Rechenvorgänge folgerichtig sind und trotz des Fehlers erkennbar ist, dass die oder der Studierende den Prüfungsstoff beherrscht.

Beispiel: Zwischenzeitlich falsche Zahl eingesetzt und daher trotz des richtigen Lösungsweges zu einem falschen Ergebnis gelangt.

Obwohl grundsätzlich wohl davon auszugehen ist, dass die Prüfenden zugunsten der Studierenden die gesamte erbrachte Prüfungsleistung in die Bewertung einbeziehen, ist doch Zweifeln an der vollständigen Kenntnisnahme der Leistungen durch die Prüfenden nachzugehen.

Beispiel: Korrektur von einer Vielzahl schriftlicher Arbeiten in einer Zeit, die schon objektiv unmöglich für die eigenverantwortliche Bewertung aller Arbeiten ausgereicht haben kann.

Hinweis: Fehlende Randbemerkungen oder „Häkchen“ lassen nicht darauf schließen, dass die Prüferin oder der Prüfer die Erläuterungen der oder des Studierenden nicht zur Kenntnis genommen hat.

Grundlage der Bewertung ist regelmäßig nur die **Originalausfertigung** der schriftlichen Arbeit oder der Vortrag einer mündlichen Prüfung. Mitabgegebene Blätter einer Gliederung oder eines Konzepts stellen grundsätzlich keine verbindlichen Äußerungen des Prüflings dar, die zur Kenntnis zu nehmen und zu bewerten sind. Auch die Erwähnung eines Begriffes im Konzept reicht nicht aus. Die Prüfungsarbeit selbst muss eine aus sich heraus geschlossene verständliche Bearbeitung enthalten.

Anderes kann dann gelten, wenn der Prüfling **eindeutig** zu erkennen gibt, dass er das Konzept als Anlage zur Prüfungsarbeit erkannt und bewertet haben möchte und dies nach Form und Inhalt dafür geeignet ist.

Beispiel: Vermerk der oder des Studierenden unter der Arbeit oder fortlaufende Nummerierung oder Zusammenheften aller Blätter und Durchnummerierung.

Diese Entscheidung der Studierenden muss klar sein und darf nicht den Prüfenden überlassen werden. Dies kann dann aber auch nachteilige Folgen für den Prüfling haben.

**Wichtig:** Eine ständige Praxis beim Bewertungsverfahren, z.B. Berücksichtigung der Konzeptblätter, kann rechtliche Bindungen erzeugen. Diese Selbstbindung der Prüfenden kommt nur dann nicht zustande, wenn das Vorgehen unzulässig ist, weil damit gegen die Prüfungsordnung verstoßen wird oder dies dem Sinn und Zweck der Prüfung zuwiderläuft.

Liegt eine schriftliche Arbeit nicht vollständig vor, so ist eine weitergehende, d.h. über den vorhandenen Teil hinausgehende, Bewertung ausgeschlossen. Grundlage der Bewertung kann **nur die tatsächlich erbrachte** und vorliegende **Leistung** sein. Keinesfalls darf anhand der vorhandenen Leistung fiktiv der fehlende Rest ermittelt werden.

### 3. Eigenverantwortliche und unabhängige Bewertung

Die Prüfenden müssen die Leistungen des Studierenden eigenverantwortlich und unabhängig von Wertungen und Weisungen Dritter bewerten.

Beispiel: § 15 Abs. 3 S. 1 Bachelor-/Master-RPO: „Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.“

Damit darf die Bewertung nicht der Korrekturassistenten überlassen oder deren Wertungen als verbindlich angenommen werden. Eine Hilfstätigkeit liegt insoweit nur vor, wenn die Vorkorrektoren den Weisungen der Prüferin oder des Prüfers untergeordnet und ihm nach fachlicher Kenntnis und Erfahrung unterlegen sind. Die Beschränkung auf eine Hilfstätigkeit fehlt demnach, wenn die oder der für die Begutachtung zuständige Prüferin oder Prüfer die Prüfungsarbeit durch Kollegen korrigieren lässt, von denen sie oder er größere Sachkunde erwartet.<sup>123</sup> Werden aber die Bewertungskriterien von den Prüfberechtigten weitgehend vorgegeben, so dass der Hilfsassistent nur ein eingeschränktes Werturteil nach den Vorgaben der Prüfenden zukommt, so ist die Eigenverantwortlichkeit der Prüfenden in der Regel gewahrt.

**Wichtig:** Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Prüfenden die Wertungen der Vorkorrektoren als unverbindliche Hinweise oder Ratschläge auffassen. Sieht die Prüfungsordnung aber vor, dass die Prüferin oder der Prüfer ohne Hilfe („**höchstpersönlich**“) die Arbeiten bewerten muss, so stellt die erfolgte Vorkorrektur durch eine/n Dritte/n einen nicht zu beseitigenden Fehler des Bewertungsverfahrens dar.

Dagegen verstößt das Einlenken einer Prüferin oder eines Prüfers nur um der Einigung willen bei abweichenden Benotungen zweier Prüfender gegen das Gebot der Eigenverantwortlichkeit. Hinweisen darauf ist nachzugehen. Zugleich sind aber „Stimmenthaltungen“ einer oder eines Prüfenden in einer Prüfungskommission bei der Bewertung der Leistungen einer oder eines Studierenden ebenfalls unzulässig.

Kein Verstoß gegen die Unabhängigkeit der Bewertung liegt vor, wenn Zweitprüfberechtigte in Kenntnis der Bewertung der oder des Erstprüfenden die Leistung bewerten. Zwar wäre bei verdeckter Bewertung jegliche gegenseitige Beeinflussung der Prüfenden ausgeschlossen. Andererseits wird mit der offenen Bewertung auf die eigene kritische Bewertungsfähigkeit der Zweitprüfenden und die gegenseitige Kontrolle der Prüfenden abgestellt.

Ob für die unvoreingenommene Bewertung die Anonymität der Studierenden zu wahren ist, hängt von den jeweiligen Regelungen der Prüfungsordnung ab. Fehlen entsprechende Bestimmungen, so steht dies im Ermessen der Prüfungsbehörde, wobei ggf. wieder eine bereits ausgeübte ständige Praxis zu beachten ist.

<sup>123</sup> VGH Mannheim, Beschluss v. 19.05.1980 – 9 S 12/80

#### 4. Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Fehler im Bewertungsverfahren können aber auch vorliegen, wenn gegen allgemeine Bewertungsgrundsätze verstoßen wird, die von der Rechtsprechung zur Konkretisierung oder Auslegung der vorhandenen Bestimmungen entwickelt wurden.

##### a) Gebot der Sachlichkeit

Ein Grundsatz ist das Gebot der **sachkundigen Leistungsbewertung**. Dazu gehört einerseits, dass die Prüfenden die notwendigen Qualifikationen haben müssen, um für die Leistungsbewertung den hinreichenden Sachverstand zu haben. Zum anderen sind bei der Bewertung von Prüfungsleistungen sachliche Maßstäbe durch die Prüfenden anzulegen, so dass schon der Anschein von Willkür (**Willkürverbot**) vermieden wird. Das aus dem Rechtsstaatsprinzip sowie dem Grundsatz der Chancengleichheit abgeleitete Gebot verpflichtet die Prüfenden,

- sachfremde Erwägungen zu unterlassen und
- die Prüfungsleistung mit innerer Distanz und frei von Emotionen zur Kenntnis zu nehmen.

Dabei sollen sich die Prüfenden bemühen, die Darlegungen des Prüflings richtig zu verstehen und auf dessen Gedankengänge einzugehen, auch wenn dabei gegenüber abweichenden wissenschaftlichen Auffassungen Toleranz aufzubringen ist.

Harte Randbemerkungen oder einmalige, der Situation geschuldete verbale oder schriftliche Ausrutscher und Entgleisungen sind unschön und möglichst zu vermeiden, aber vom Prüfling hinzunehmen.

Beispiel: Äußerungen wie „Bodenloser Unsinn“ oder „Unsinn“; Randbemerkungen zu inhaltsleeren Ausführungen mit „Phrasen“.

Allein eine drastische Ausdrucksweise lässt nicht auf eine unsachliche Bewertung schließen.

Nur wenn subjektive oder emotionale Anmerkungen und Äußerungen, ohne nachvollziehbare Bedeutung zu zahlreich sind, ist das Gebot der Sachlichkeit verletzt. Ein Rechtsanspruch auf Neubewertung setzt dann allerdings voraus, dass die Bewertung mit Rechtsfehlern behaftet ist, die sich auf das Ergebnis ausgewirkt haben können.<sup>124</sup>

##### b) Gebot der Fairness

Das Gebot des fairen Verfahrens bezieht sich einerseits auf die Durchführung mündlicher Prüfungen hinsichtlich des **Stils und der Umgangsformen**. So verletzt eine Prüferin oder ein Prüfer, der auf Fehlleistungen im Prüfungsgespräch mit einer von Sarkasmus und Unsachlichkeit geprägten Kritik reagiert, das Gebot der Chancengleichheit sowie das Recht des Prüflings auf ein faires Verfahren.<sup>125</sup> Gleiches gilt für Hohn, Spott, Verärgerung oder ähnlich den Prüfling verunsicherndes Verhalten der oder des Prüfenden.

<sup>124</sup> VG Düsseldorf, Urteil v. 01.03.2002 – 15 K 6647/99

<sup>125</sup> BVerwG, Urteil v. 28.04.1978 - VII C 50.75

Beispiel: Prüferin oder Prüfer verunsichert Prüfling durch ständige Rückfrage, ob sich dieser seiner Antwort sicher sei. Prüferin oder Prüfer bleibt trotz bemerkten „Einstiegsfehlers“ des Prüflings in der mündlichen Prüfung weiter bei der Beantwortung dieser Frage mit negativer Bewertung der „Folgefehler“

Gleichzeit ist das Gebot bei der Bewertung von Prüfungsleistungen zu beachten. Zu einem fairen Verfahren gehört auch, bei der Bewertung vorrangig auf die beruflichen Fähigkeiten abzustellen, die mit der Prüfung kontrolliert werden sollen. Neben den fachlichen Inhalten dürfen bei der Gesamtbewertung zwar auch allgemeine Grundkenntnisse und Fähigkeiten, wie Schriftform und sprachliche Aspekte (Fehler bei der Interpunktion und Rechtschreibung), berücksichtigt werden. Diese sind aber i.d.R. nicht zu überbewerten, sondern dienen der Abrundung des „Gesamteindrucks“.

Beispiel: Keine Überbewertung äußerer Formen (Ausnahme: nach PO festgelegt) oder von vereinzelten Fehlern der Rechtschreibung und Grammatik, wenn offensichtlich auf einem Versehen beruhend oder für Ziel der Leistungskontrolle nicht wesentlich. Fehlerhaft ist z.B., 5 von 100 Punkten für die Form der Arbeit zu vergeben, wenn 50 Punkte zum Bestehen notwendig sind.

Erhebliche Rechtschreib- und Grammatikfehler dürfen bei einer fachlich noch ausreichenden Leistung nur dann so negativ in der Note berücksichtigt werden, wenn die Fehler derart zahlreich und gravierend sind, dass im Hinblick auf den Zweck der Prüfung (u.a. Grundkenntnisse, wie das Beherrschen der deutschen Sprache) die Arbeit nicht als erfolgreich angesehen werden kann. Eine gute oder sehr gute Note kann aber bei zahlreichen Rechtschreibfehlern ausgeschlossen werden.<sup>126</sup> Diese Grundsätze gelten auch für Studierende mit legasthenischen Behinderungen, weil diese Studierenden zum Ausgleich ihres Nachteils einen Anspruch auf Schreibzeitverlängerung geltend machen können.<sup>127</sup>

Liegt ein offensichtliches Schreibversehen des Prüflings vor, so dass sich leicht erkennen lässt, was er eigentlich erklären wollte, so sollte auf diesen versehentlichen Fehler nicht abgestellt werden, vor allem, wenn dies keinen Rückschluss auf die abgeprüften Fähigkeiten erlaubt. Mit der Prüfung soll nämlich der wesentliche Wissens- und Leistungsstand des Studierenden möglichst unverfälscht ermittelt werden, so dass auch Irrtümer und Versehen der oder des Studierenden beachtlich sind. Berufen sich Studierende also auf ein **Schreibversehen**, so ist dies zulässig. Die Studierenden haben allerdings den Nachweis eines Irrtums zu führen und daran können hohe Anforderungen gestellt werden.

Das wird vor allem relevant bei schlechter **Schriftform** der Arbeit. Zu den Mitwirkungspflichten der Studierenden gehört, schriftliche Prüfungsleistungen in leserlicher Form zu erbringen. Ist die Arbeit durch die Prüfenden unter zumutbaren Umständen gerade noch lesbar, darf sich die schlechte Schrift nicht nachteilig auf das Prüfungsergebnis, insbesondere das Bestehen der Prüfung auswirken. In der Regel kommt es nach dem Ziel der Prüfung nicht auf das Schriftbild an. Ist die Arbeit allerdings unleserlich und lässt sich auch aus dem Zusammenhang der Inhalt nicht erschließen, so kann die Arbeit nicht bewertet werden. Sie gilt als nicht erbracht. Sind nur Teile der

<sup>126</sup> Niehues, Prüfungsrecht, 5. Auflage 2010, Rz. 394

<sup>127</sup> Siehe dazu Kapitel 5, Punkt C., II. S. 85 f.

Arbeit unlesbar, kann der Prüfer dem Studierenden Gelegenheit geben, den Wortlaut seiner Ausführungen klar zu stellen und so die Arbeit bewertungsfähig zu machen.

**Wichtig:** Diese Vorgehensweise ist nur anwendbar, solange damit nicht gegen Sinn und Zweck der Regelungen der Prüfungsordnung verstoßen wird. Zudem ist die Auswirkung auf den Grundsatz der Chancengleichheit zu berücksichtigen.

### III. Begründung der Bewertung

Zur Sicherung des Rechtsschutzes der Studierenden ist die Begründung der Bewertung schriftlicher Arbeiten Pflicht<sup>128</sup>. Nur durch eine solche Begründung sind die Studierenden in der Lage, ihre Rechte sachgemäß zu verfolgen und - wie von ihnen gefordert – substantiiert ihre Einwendungen gegen die Bewertung geltend zu machen. Spätestens im Widerspruchsverfahren müssen die tragenden Gründe und grundlegenden Gedankengänge der Benotung klar erkennbar sein. Hierzu gehört insbesondere, dass der Maßstab der Prüfenden eindeutig erkennbar sind und die daran ausgerichtete Bewertung nachvollzogen werden kann.

Sowohl für die Studierenden als auch für den Prüfungsausschuss oder ggf. das Gericht ist dies nachvollziehbar darzulegen. An die Begründungen sind je nach Prüfungsform unterschiedliche Anforderungen zu stellen.

#### 1. Schriftliche Prüfungen

Bei schriftlichen Prüfungen muss auch die Begründung der Bewertung jedenfalls schriftlich erfolgen. Offenzulegen sind im Einzelnen die Grundlage und die wesentlichen Kriterien des Bewertungsvorganges, wie

- prüfungsspezifische Wertungen,
- Einschätzung des Schwierigkeitsgrades,
- ggf. Überzeugungskraft der Argumente.

Ausführlich genug sind folgende Bewertungen für eine insgesamt mangelhafte Leistung:

Beispiel: Ausführungen nicht vertretbar, Problematik wird verfehlt, Ausführungen wegen Aufbaumängeln nicht brauchbar, Schwerpunkt falsch gesetzt, nur ein Teil der Probleme erkannt.

Eine umfassendere Begründung sollte jedoch erfolgen, wenn die Bewertung im Widerspruch zu den Randbemerkungen steht.

Beispiel: Häufige Randbemerkungen „gut“, aber Gesamtergebnis „nicht ausreichend“; Häkchen am Rand lassen keinen Schluss auf Endergebnis zu.

---

<sup>128</sup> Bei mündlichen Prüfungsleistungen jedenfalls dann, wenn dies von der oder dem Studierenden gefordert wird.

Verzichtet die Prüferin oder der Prüfer auf eine schriftliche Begründung und verweist nur auf die Musterlösung, so reicht dies nur dann aus, wenn auch die Musterlösung ausgehändigt wird. Ebenso kann die Übergabe eines Bewertungsbogens ausreichen.

Weichen die Bewertungen einer oder eines Erst- und Zweitprüfenden voneinander ab, so muss auch die oder der Zweitprüfende ihre oder seine Bewertung begründen. Je stärker die Abweichung, desto höhere Anforderungen an die Begründungspflicht der Zweitkorrektur. Gleiches gilt für unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich des Bestehens der Prüfungsleistung.

Beispiel: Erstprüfer/in muss ggf. nachträglich im Überdenkungsverfahren ausführlicher begründen, wenn sie/er die Prüfungsleistung anders als die/der Zweitkorrektor/in als nicht ausreichend bewertet hat.

Liegt dagegen eine übereinstimmende Bewertung der Prüfenden vor, so reicht es aus, wenn die oder der Zweitprüfende sich auch der Begründung mit „einverstanden“<sup>129</sup> oder durch **Abhaken** anschließt, da eine weitere Begründung - nur mit anderen Worten - unnötig ist.

Ebenfalls keine weitergehende Begründung ist erforderlich, wenn das Ergebnis rechnerisch ermittelt werden kann.

## 2. Mündliche Prüfungen

Auch die Bewertung der mündlichen Prüfungsleistungen der Studierenden sollten zum Zwecke der Transparenz und Nachvollziehbarkeit nach den obigen Kriterien begründet werden. Stellen sich nämlich im Nachhinein Bewertungsfehler heraus und ist eine Neubewertung der erbrachten Leistung dann nicht (mehr) möglich, haben die Studierenden einen Anspruch auf Neuerbringung der Leistung. Jedenfalls aber ist die Bewertung **auf Verlangen** der Studierenden zu begründen. Die Prüfungsbehörde ist jedoch nicht verpflichtet, die Studierenden auf ihren dahingehenden Anspruch hinzuweisen.

**Wichtig:** Hat die Prüfungskommission ihre Bewertung der Prüfungsleistung **trotz eines spezifizierten Verlangens** des Prüflings nicht begründet und kann die verlangte Begründung infolge Zeitablaufs (i.d.R. nach 2 Monaten) nicht mehr nachgeholt werden, weil hierfür die verlässliche Grundlage fehlt, dann ist der angefochtene Prüfungsbescheid aufzuheben und der Prüfling erneut zu prüfen.<sup>130</sup>

## IV. Hohe Durchfallquote

Die individuellen Leistungen eines Prüflings sind grundsätzlich **isoliert** – also unabhängig von den (besonders) guten oder schlechten Leistungen anderer Studierender in dieser Prüfung - danach zu bewerten, ob sie objektiv den Anforderungen der Prüfung entsprechen (absolute Betrachtungsweise).

Bei der Festlegung der Anforderungen für das Bestehen einer Prüfung hat der Satzungsgeber (Fakultätsrat) innerhalb der Prüfungsordnung einen weiten Gestaltungs-

<sup>129</sup> BVerwG, Beschluss v. 10.06.1983 – 7 B 48.82

<sup>130</sup> BVerwG, Beschluss v. 11.04.1996 – 6 B 13.96

spielraum. Zudem gehören der Schwierigkeitsgrad der Aufgabenstellung und die Bewertung einer Prüfungsleistung regelmäßig zum prüfungsrechtlichen Beurteilungs- und Bewertungsspielraum der oder des Prüfenden. Prüfungsrechtliche Bestehensregeln verstoßen deshalb nur dann gegen das Grundrecht der Berufsfreiheit, wenn Anforderungen gestellt werden, die zum Zweck der Prüfung außer Verhältnis stehen. Sie sind dann nicht geeignet, den mit der Prüfung verfolgten Zweck zu erreichen.<sup>131</sup> Dabei ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) ein gewisser Überschuss an Prüfungsanforderungen hinzunehmen.<sup>132</sup>

Hinweis: Es verstößt aber gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn eine Fakultät zum Zwecke ihrer Profilierung geltend macht, dass dort hohe Anforderungen gestellt werden, die bei der Bewertung zu berücksichtigen sind und deshalb die Leistungen **wesentlich schlechter bewertet** als an anderen Fakultäten bzw. Fachbereichen oder Universitäten.<sup>133</sup>

Signifikant und überdurchschnittlich hohe Durchfallquoten stellen aber ein Indiz für z.B. eine ungeeignete Prüfungsaufgabe dar, so dass zumindest den Gründen für die hohe Misserfolgsquote nachzugehen ist.

Beispiel: Durchfallquote von über 75% der bewerteten Arbeiten.

Eine überdurchschnittlich hohe Durchfallquote in einer Prüfung kann dann auf einem Prüfungsmangel beruhen, wenn in Anbetracht der Anzahl der Prüfungsteilnehmer mit wenigstens durchschnittlichen, nicht aber mit besonders schlechten Ergebnissen zu rechnen ist.

Beispiel: Als Prüfungsmangel kommt ein zu strenger Prüfungsmaßstab in Betracht, wenn sich aus der Notenverteilung ergibt, dass im Vergleich zu anderen Prüfungen des Faches weder die Noten „sehr gut“, „gut“ noch „befriedigend“ vergeben wurde.

Insoweit relativieren sich die oben genannten absoluten Bewertungsmaßstäbe. Denn aufgrund der besonders guten oder schlechten Leistungen der Studierenden werden sich die Prüfenden neu orientieren (müssen), auf welchem Niveau die **durchschnittlichen Anforderungen** der Prüfung erfüllt wurden, wo die Bestehensgrenze liegt und welche (Fein-)Abstufungen der Bewertung vorzunehmen sind (relative Bestehensgrenze).

Lässt sich ein zu strenger Prüfungsmaßstab nicht einzelnen Prüfenden sicher zuordnen, hat dies zur Folge, dass sämtliche (angefochtenen) Aufsichtsarbeiten von den jeweiligen Erst- und ggf. Zweiprüfenden erneut unter Überprüfung ihres eigenen Prüfungsmaßstabs zu bewerten sind. Dabei müssen sie sich in nachvollziehbarer Weise ggf. mit den vom Gericht dargelegten Gründen auseinandersetzen und auch ihre eigenen Ausführungen kritisch hinterfragen.

<sup>131</sup> BVerwG, Beschluss v. 11.05.1983 – 7 B 85.82

<sup>132</sup> BVerfG, Beschluss v. 14.03.1989 – 1 BvR 1033/82

<sup>133</sup> VGH Kassel, Beschluss v. 09.06.1994 – 6 UE 2944/93

## V. Kollegialprüfung

### 1. Zwei - Prüfer - Prinzip

Die allgemeinen Bewertungsgrundsätze mildern bereits subjektive Einflüsse der einzelnen Prüfenden ab. Dennoch ist bei beruflich bedeutsamen und bei mündlichen Prüfungen die Kollegialprüfung als zusätzliches Kriterium der Bewertung vorgesehen. So sind Prüfungen (schriftlich und mündlich), mit denen ein **Studiengang abgeschlossen** wird, zwingend von mindestens zwei Prüfberechtigten zu bewerten, § 65 Abs. 2 S. 1 HG.

Beispiel: Bachelor-/Master-/Diplomarbeiten als regelmäßig letzte Prüfungsleistung.

Hinweis: Nicht dazu gehören studienbegleitende Prüfungsleistungen, selbst wenn diese in erheblichem Umfang in die abschließende Gesamtnote einfließen und sich auf die Berufschancen auswirken können.

Das Zwei-Prüfer-Prinzip gilt auch für Wiederholungsprüfungen, bei deren **endgültigem Nichtbestehen** keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist (§ 20 Abs. 3 Bachelor-/Master-RPO). Dazu gehören also Prüfungen, die

- im letzten Wiederholungsversuch abgelegt wurden und die nicht durch ein reines Bonus-/Malus-Punktesystem ausgeglichen werden können.

**Wichtig:** Dies ist vor allem im bei **Multiple-Choice-Aufgaben** relevant. Weil der Bewertungsvorgang bereits auf die Aufgabenstellung vorgezogen wird, sind diese Aufgaben i.d.R. von zwei Prüfberechtigten<sup>134</sup> zu erstellen, da fast immer Studierende im letzten Wiederholungsversuch an der Prüfung teilnehmen werden.

Sind Prüfungskommissionen zu bilden, so sind die Anforderungen der jeweiligen Prüfungsordnung an die oder den Vorsitzenden der Kommission zu beachten. Zumeist müssen sie aus der Gruppe der Hochschullehrer/-innen stammen. Prüfer/-innen sind in ihrer Prüfungstätigkeit weisungsunabhängig (§ 65 Abs. 1 S. 3 HG). Um dies praktisch im Einzelfall durchzusetzen und soweit nach den Prüferkapazitäten umsetzbar, zwischen ihnen **kein Weisungsverhältnis** bestehen.

Beispiel: Hochschullehrer/-in und ihr/sein wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in.

Das Hochschulgesetz und die Prüfungsordnungen sehen nicht vor, dass die oder der Zweitprüfer/-in die Leistung unabhängig und ohne Kenntnis der Erstprüfung zu korrigieren hat. Eine solche getrennte Prüfung ist dann auch nicht aus anderen Rechtsgrundlagen herzuleiten. Zwar wird die Beeinflussung der Zweitkorrektur durch die Randbemerkungen der Erstkorrektur oder des Erstkorrektors für möglich und für bedenklich erachtet. Die konkrete Vorgehensweise liegt jedoch im Ermessen der Prüfungsbehörde.

<sup>134</sup> Dabei kann es sich um einen Hochschullehrer und seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter handeln, wenn die Prüfberechtigung des wissenschaftlichen Mitarbeiters vorliegt (u.a. selbständige Lehrtätigkeit in dem Fachgebiet der Prüfung).

## 2. Prüfer - Beisitzer - Prinzip

Für alle anderen **mündlichen Prüfungen**, also solche, mit denen weder der Studiengang abgeschlossen wird, noch die im letzten Wiederholungsversuch durchgeführt werden, gilt das Kollegialprinzip derart, dass es ausreicht, wenn die Prüfung von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer oder eines sachkundigen Beisitzenden abgenommen wird.

Beispiel: § 19 Abs. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor mindestens einer Prüferin oder einem Prüfer und in Gegenwart eines Beisitzers als Einzelprüfung oder in Gruppenprüfung abgelegt. Vor der Festsetzung der Note [...] ist die Beisitzerin oder der Beisitzer zu hören.“

Selbst dies ist nur dann notwendig, wenn die Prüfungsordnung wie oben dies so vorsieht und die Nachvollziehbarkeit der Prüfung nicht anders gesichert ist (§ 65 Abs. 2 S. 2 HG).

Beispiel: Öffentlichkeit der Sitzung, technische Hilfsmittel wie Videoaufzeichnung etc.

Mit einer entsprechenden Regelung in der Prüfungsordnung könnte von der Gegenwart einer oder eines Beisitzenden bei solchen Prüfungen generell abgesehen werden. Davon sollte jedoch kein Gebrauch gemacht werden, weil der hinter dem Kollegialprinzip stehende Zweck – Ausgleich subjektiver Einflüsse durch Einschätzung oder Anwesenheit mehrerer Personen – sinnwidrig beschränkt würde. Es würde dann nur noch auf den nachträglichen Nachweis eines ordentlichen Prüfungsablaufs hinauslaufen.

## B. Notenrundung und Dezimalstellen

Die Notenermittlung der Modul- und Gesamtnoten und damit zusammenhängende eventuelle Notenrundungen richten sich nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung.

Beispiel: § 30 Abs. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Dabei [bei der Bildung der Gesamtnote] wird jeweils nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.“

So sind in § 28 ff. der Bachelor-/Master-RPO die Regelungen zur Bildung der Prüfungsnoten, der Modulnoten und der Gesamtnote festgelegt.

Sieht die Prüfungsordnung vor, dass die Note bis auf die zweite Dezimalstelle errechnet wird, so wird durch Abbruch des Rechengangs die Note ermittelt. Für eine grundsätzlich zulässige Auf- oder Abrundung der Dezimalstellen für die Note fordert das Bundesverwaltungsgericht eine ausdrückliche Regelung in der Prüfungsordnung.

Unabhängig davon dürfen auch bei einer nach der PO vorgesehenen Notenrundung die gewichteten Teilleistungen erst bei der Bildung einer Gesamtfachnote auf ganze Noten gerundet werden. Anderenfalls könnten die zwischenzeitlichen mehrfachen

Rundungen der Teilleistungsbewertungen das Ergebnis unnötig zu Ungunsten des Prüflings verzerren.

**Wichtig:** Ist für das Bestehen einer Prüfung oder für das Aufsteigen in einen neuen Studienabschnitt eine Durchschnittspunktzahl gefordert, die die Studierenden mit ihren Prüfungsleistungen erreicht haben müssen, so darf der volle Wert des geforderten Durchschnitts von dem tatsächlich erzielten Durchschnitt nicht unterschritten werden. Eine Aufrundung ist dann nicht zulässig.<sup>135</sup>

Sollten derzeit keine Regelungen zur Ermittlung der Gesamtnote in der Prüfungsordnung enthalten sein oder sind diese unvollständig, so ist nach allgemeinen prüfungsrechtlichen Grundsätzen auf den „Gesamteindruck“ der Prüfenden von der oder dem jeweiligen Studierenden abzustellen. Die rein rechnerische Notenermittlung bleibt dabei zwar nicht völlig unbeachtlich, ist dann aber nur untergeordnetes Hilfsmittel für die Ermittlung des Gesamtergebnisses.

## C. Bekanntgabe der Prüfungsentscheidung

### I. Fristen zur Bewertung der Leistungen und der Bekanntgabe

In den Prüfungsordnungen müssen die Höchstfristen für die Mitteilung der Bewertung von Prüfungen und die Anrechnung von in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen erbrachten Leistungen enthalten sein, § 64 Abs. 2 Nr. 6 HG. Entsprechend sind darin Fristen festgelegt, innerhalb derer die Arbeiten zu bewerten und die Ergebnisse bekannt zu geben sind, zumeist innerhalb von 6 Wochen.

Beispiel: §§ 20 Abs. 5, 22 Abs. 14 Bachelor-/Master-RPO: „Das Bewertungsverfahren ist in der Regel innerhalb von 6 Wochen abzuschließen. Hiervon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden; die Gründe sind aktenkundig zu machen. [...]“

Die Bewertung der Klausuren und der Abschlussarbeiten ist dem Bereich Prüfungswesen unmittelbar nach Abschluss des Bewertungsverfahrens schriftlich mitzuteilen, §§ 20 Abs. 5 S. 3, 22 Abs. 14 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

Beispiel: Bestenfalls durch Übersendung von Notenlisten in Excel-Tabellen, so dass diese direkt durch den Bereich Prüfungswesen in POS überführt werden können.

Die Bewertung von Klausuren ist auch dem Prüfungsausschuss unverzüglich mitzuteilen, § 20 Abs. 5 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

### II. Listen der Prüfungsergebnisse

Die Prüfungsentscheidung ist den Studierenden bekannt zu geben. Dies kann entweder in zulässiger Art und Weise durch ortsübliche Bekanntmachung per **Aushang**

<sup>135</sup> VGH Mannheim, Beschluss v. 19.05.1980 – 9 S 12/80

geschehen oder im Online-System durch Bekanntmachung im LSF oder durch Übersendung einer E-Mail. Letzteres ist jedoch nur dann zulässig, wenn eine E-Mail-Adresse von der oder dem Studierenden zu diesem Zweck angegeben und somit dafür bereit gestellt wird.

Die Bewertung einer Prüfungsleistung stellt nach der Rechtsprechung einen Verwaltungsakt dar, so dass die Bekanntgabe der Bewertung mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Fehlt die Rechtsbehelfsbelehrung können die Studierenden nicht nur einen Monat wirksam gegen die Prüfungsentscheidung vorgehen, sondern ein Jahr.

## D. Nachträgliche Notenänderungen

Ergibt das Überdenkungsverfahren zur Bewertung einer Prüfungsleistung einen Bewertungsfehler, der sich auf die Prüfungsentscheidung ausgewirkt hat und ist deshalb eine Neubewertung erforderlich, so ist diese von den bisherigen Prüfenden vorzunehmen. Dabei sind die ursprünglichen Bewertungskriterien sowie der Vergleichsmaßstab zur Einordnung der Prüfungsleistung in Relation zu anderen Arbeiten beizubehalten.

**Wichtig:** Die Prüfenden sollten gebeten werden, Neubewertungen, die zum **Bestehen der Prüfungsleistung** führen, unverzüglich den Studierenden und dem Bereich Prüfungswesen mitzuteilen, da eine bereits bestandene Prüfungsleistung nach den Bestimmungen der Prüfungsordnungen nicht wiederholt werden darf. Zudem wird vermieden, dass sich diese Studierenden aufgrund Vertrauensschutzes nach ggf. erneutem Ablegen der Prüfung anschließend das bessere Ergebnis aussuchen können. Dies verstieße gegen das Gebot der Chancengleichheit.

## E. Endgültiges Nichtbestehen

Wann eine Bachelor-/Master-/Diplomprüfung eines Studienganges endgültig nicht bestanden ist, richtet sich nach der einschlägigen Prüfungsordnung. Regelmäßig ist dies der Fall, wenn eine oder ein Studierende/r eine erforderliche Prüfungsleistung des Studienganges nicht erfolgreich absolviert hat und eine Wiederholung dieser Prüfung nicht mehr möglich ist.

Beispiel: I.d.R. nach dem zweiten erfolglosen Wiederholungsversuch einer studienbegleitenden Prüfung oder im Bonus-Malus-Punkte-System bei Erreichen der maximal zulässigen Maluspunktzahl.

Sollte die Prüfungsordnung eine Kompensationsmöglichkeit (z.B. „Freiversuch“) vorsehen, so sind diese bei der Entscheidung über das endgültige Nichtbestehen zu berücksichtigen. Nicht zu berücksichtigen ist jedoch, wenn dem Prüfling ein Anspruch auf Nachteilsausgleich für die Prüfung zustand, den er nicht geltend gemacht hat.

**Beispiel:** Sehbeeinträchtigter Prüfling hat vor den Prüfungen nicht z.B. eine andere Prüfungsform beantragt und besteht deswegen die Prüfungen nicht. Beruft er sich erst nachträglich auf seine Behinderung und den Anspruch auf Nachteilsausgleich, so ist dieser Anspruch verwirkt.

Studierende **sind** dann zwingend zu exmatrikulieren, wenn sie oder er in dem Studiengang eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden hat oder zur Prüfung endgültig nicht mehr zugelassen werden kann, [§ 51 Abs. 1 Buchst. c\) HG](#).

Die Exmatrikulation erfolgt mit sofortiger Wirkung. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Bescheid über das endgültige Nichtbestehen der Prüfung bereits unanfechtbar geworden ist.

**Beispiel:** Studierende/r legt gegen den Bescheid über das endgültige Nichtbestehen keinen oder verspätet Widerspruch ein.

Maßgeblich ist allein, dass durch einen Bescheid der zuständigen Prüfungsbehörde festgestellt wurde, dass der Prüfling alle ihm zustehenden Prüfungsmöglichkeiten ohne Erfolg durchlaufen hat und ihm keine weitere Wiederholungsmöglichkeit eröffnet ist. Die Exmatrikulation stellt insoweit nur eine Folgeentscheidung des Prüfungsbescheids dar, deren Rechtmäßigkeit allein an dessen Existenz, nicht an dessen Bestandskraft anknüpft.

Die oder der Studierende hat allenfalls nach Durchführung des Widerspruchsverfahrens und Aufhebung des Bescheides über das endgültige Nichtbestehen einen Rechtsanspruch auf erneute Immatrikulation.

Praktisch wird es allerdings aus verwaltungstechnischen Gründen zumeist so gehandhabt, dass die Exmatrikulation zum Ende eines Semesters erfolgt. Damit haben die Studierenden noch hinreichend Zeit, sich bei Zweifeln gegen den Bescheid über das Endgültige Nichtbestehen zu wenden, bevor die Wirkung der Exmatrikulation eintritt.

**Wichtig:** Das endgültige Nichtbestehen der Prüfung eines Studienganges oder einer einschlägigen Prüfungsleistung führt zudem zur Nichtzulassung zu einem verwandten oder vergleichbaren Studiengang bei Studiengangs- oder Campus-/ Hochschulwechsel, wenn diese Prüfungsleistung dort nach der Prüfungsordnung erforderlich ist.

## F. Archivierung

Die Prüfungsaufgaben, die Prüfungsarbeiten sowie –protokolle sind zu archivieren. Die Archivierung erfolgt beim Bereich Prüfungswesen. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach den Prüfungsordnungen sowie den [Richtlinien über die Aufbewahrung, Aussonderung, Archivierung und Vernichtung von Unterlagen der Universität Duisburg-Essen](#) vom 11.01.2010.

So betragen die Aufbewahrungsfristen für die

- Prüfungsarbeiten / Prüfungsprotokolle: 5 Jahre,

- Bachelor-/ Master-Arbeit: 5 Jahre,
- Zeugnis: 5 Jahre,
- Urkunde: 5 Jahre.

Dies wurde ebenso in § 36 Abs. 2 und 3 Bachelor-/Master-RPO festgelegt.

## **8. Kapitel: Die Anrechnung von Prüfungsleistungen und Einstufung in höhere Fachsemester**

### **A. Anrechnung von Prüfungsleistungen**

#### **I. Zuständigkeiten**

Nach Umsetzung des § 14 Abs. 7 der Bachelor-/Master-RPO sind die Prüfungsausschüsse der Bachelor- und Masterstudiengänge der Universität zuständig für

- die Anrechnung von Prüfungsleistungen,
- die Feststellung, ob ein Studiengang „gleich“ oder „äquivalent“ zum hiesigen Studiengang ist und
- den Regelungserlass über die Anrechnung von Leistungen aus bestehenden Studiengängen innerhalb der Universität.

Teilweise fallen diese Aufgaben bereits nach den bestehenden Prüfungsordnungen den Prüfungsausschüssen zu.

Die Entgegennahme der Anträge und die formelle Kontrolle der notwendigen Unterlagen gehört zu den administrativen Aufgaben, die in das Resort des Bereichs Prüfungswesen fallen. Von dort werden sie an das zuständige Fach weitergeleitet (§ 14 Abs. 9 S. 4 Bachelor- / Master-RPO).

**Wichtig:** Wegen der Zuständigkeit des Prüfungsausschusses bzw. des Bereiches Prüfungswesen sind die direkte Entgegennahme von Unterlagen, Anrechnungen oder Erklärungen dazu durch die Fachvertreter gegenüber den Studierenden unzulässig und bleiben unverbindlich. Um widersprüchliche Erklärungen der Hochschulstellen, Irritationen bei Studierenden und nutzlosen Arbeitsaufwand zu vermeiden, sollten die Fachvertreterinnen und Fachvertreter um die Einhaltung eines einheitlichen Verfahrensweges (z.B. Zuleitung eines Umlaufzettels durch den Bereich Prüfungswesen) gebeten werden.

#### **Formulierungsvorschlag (22)**

Das Akademische Auslandsamt (AAA) / International Office der Campi [Duisburg](#) und [Essen](#) ist bei der Anrechnung ausländischer Prüfungsleistungen sowie der Notenumrechnung behilflich, ohne zuständig dafür zu sein.

Das AAA berät zwar u.a. ausländische Studierende und Studieninteressierte zur Zulassung und Einschreibung an der UDE und vergibt Studienplätze an ausländische Bewerberinnen und Bewerber. Der Hauptschwerpunkt dieser Beratung zur Anrechnung von Leistungen liegt jedoch auf formellen Aspekten wie der mengenmäßig beschränkten Anrechenbarkeit von ausländischen Leistungen (Nicht-EU-Staaten) auf die Hochschulzugangsberechtigung.

## II. Rechtsgrundlagen

### 1. HRG und bilaterale Äquivalenzabkommen

Grundsätzlich gilt, dass **ausländische** Studien- und Prüfungsleistungen bei **Gleichwertigkeit** anzuerkennen sind, [§ 20 HRG](#). Dies wird zum Teil modifiziert durch **bilaterale Äquivalenzabkommen** zwischen Deutschland und dem Staat, dessen (Abschluss-)Zertifikat zur Anerkennung vorgelegt wird (siehe unter „[www.anabin.de](http://www.anabin.de)<sup>136</sup>/ >„Informationen“< / >„Dokumente“<).

Beispiel: [Deutsch-chinesisches Abkommen](#) über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich. Nach Art. 4 Abs. 2 dieses Abkommens entscheiden die Hochschulen über die Einstufung und Anrechnung von Leistungen auf der Basis ihrer Prüfungsordnungen.

Vor allem für im europäischen Raum<sup>137</sup> erbrachte Leistungen ist die von Deutschland ratifizierte, sog. [Lissabon-Konvention](#)<sup>138</sup> beachtlich. Danach ist jetzt von einer **Gleichwertigkeit** der in einem Vertragsstaat erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen auszugehen, sofern **kein wesentlicher Unterschied** besteht. Die Beweislast wird damit zu Gunsten der Studierenden gekehrt. Die an einer Hochschule eines Vertragsstaates erbrachten Studienzeiten und **Qualifikationen** werden daher grundsätzlich anerkannt, sofern kein wesentlicher Unterschied besteht.

Beispiel: Es wird an der UDE eine Zulassung zum zulassungsbeschränkten Masterstudiengang beantragt mit der Qualifikation „Bachelor of Arts“ einer spanischen Business School. Dort wurden wiederum Studienzeiten und Leistungen aus 2 Jahren Berufskolleg in Deutschland angerechnet. Bei der Prüfung, ob **wesentliche Unterschiede** vorliegen, darf sich nur auf Strukturen der Studienzeiten und Studieninhalte beschränkt werden, wobei die Zeiten und Inhalte des Berufskollegs erneut maßgeblich sind. Werden sie anerkannt, dann sind sie max. zu 50 % (lt. [KMK-Beschluss](#)) anrechenbar.<sup>139</sup>

Darüber ist in einer angemessenen Frist zu entscheiden.

Hinweis: Noch angemessen dürfte ein Zeitraum von 6 Monaten sein.

Diese Vereinbarungen entsprechen dem Grundgedanken zur Förderung der Mobilitätsbereitschaft der Studierenden. Letztere wird neben finanziellen Erwägungen nicht unerheblich vom Aspekt der Sicherheit bei der Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen beeinflusst.

<sup>136</sup> Datenbank der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (im Folgenden: ZAB)

<sup>137</sup> Auch darüber hinaus, da z.B. auch Australien, Neuseeland und Israel dieses Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert haben.

<sup>138</sup> „Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ vom 11.04.1997

<sup>139</sup> VG Dresden, Urteil vom 24.08.2009 – 5 K 1579 / 08

## 2. Hochschulgesetz NRW

Sofern keine speziellen Abkommen des Bundes gelten, sind für Anrechnungen von Leistungen an der UDE die Bestimmungen der Prüfungsordnungen maßgeblich, die sich an die Vorgaben des [§ 63 Abs. 2 HG](#) halten müssen.

In § 63 Abs. 2 HG wird unterschieden zwischen der Anrechnung von

- Leistungen im **gleichen Studiengang** an einer inländischen Hochschule  
⇒ Anrechnung von Amts wegen<sup>140</sup> ohne Gleichwertigkeitsprüfung,
- Leistungen in **anderen Studiengängen** an einer inländischen Hochschule
  - an der gleichen Hochschule
  - an einer anderen Hochschule (auch anderer Campus der UDE)
  - an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien
 ⇒ Anrechnung von Amts wegen bei Gleichwertigkeit,
- Leistungen an einer **ausländischen Hochschule**  
⇒ Anrechnung auf Antrag<sup>141</sup> bei Gleichwertigkeit und
- **Sonstigen** Kenntnissen und Qualifikationen  
⇒ Anrechnung auf Antrag im Ermessen der Prüfungsbehörde.

Die Anrechnung von Studienzeiten wird mangels Mindeststudienzeit in NRW gesetzlich nicht mehr verlangt.

Beispiel: Zur Prüfung wird grundsätzlich unabhängig von der Anzahl der Studiensemester aufgrund der nachgewiesenen erforderlichen Leistungen oder ggf. der Teilnahme an der Lehrveranstaltung zugelassen.

Dennoch sind Studienzeiten relevant

- im Falle von Freiversuchsregelungen (für deren Anwendung eine maximale Studiendauer nicht überschritten werden darf),
- für Einstufungen in die Fachsemester,
- für die Prüfung der Gleichwertigkeit von Qualifikationen und
- für BAföG-Vorgaben, Bildungskredite etc.

## 3. (Rahmen-) Prüfungsordnungen

In § 14 der Bachelor- / Master-RPO wurden Regelungen geschaffen, die in die jeweiligen Prüfungsordnungen der Studiengänge aufzunehmen und umzusetzen sind.

<sup>140</sup> Die Prüfungsbehörde hat von sich aus alle Umstände zu ermitteln und zu berücksichtigen, die für die Entscheidung über (sämtliche) möglichen Anrechnungen (auch Fehlversuche) von Bedeutung sind.

<sup>141</sup> Nur über die im Antrag geltend gemachten Prüfungsleistungen ist zu entscheiden.

#### 4. Äquivalenzempfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK) / Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Zudem sind die Äquivalenzempfehlungen der [Kultusministerkonferenz](#) der Länder der BRD sowie der [Hochschulrektorenkonferenz](#) (siehe auch „[www.anabin.de](http://www.anabin.de)“ / >„Dokumente“<) zu berücksichtigen.

In der KMK sorgen die Länder entsprechend ihres Auftrags gemäß [§ 9 Abs. 2 HRG](#) dafür, dass die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Studienabschlüsse und damit die Möglichkeit eines Hochschulwechsels gewährleistet ist. Die Empfehlungen der Konferenz sind mangels Gesetzeskraft i.d.R. rechtlich **nicht bindend**, also nicht zwingend. Betroffene Studierende können daher unmittelbar keine eigenen Ansprüche daraus herleiten, weil Bindungswirkungen solcher Beschlüsse zunächst nur unter den beteiligten Parteien, den Bundesländern, entstehen. In NRW haben sie auch nicht durch Umsetzung in landesgesetzliche Regelungen (Rechtserlasse) Rechtskraft erlangt. Gleichwohl sind sie im Sinne von Sachverständigengutachten bei der Auslegung der bestehenden Regelungen zur Verwirklichung der Ziele des „Bologna-Prozesses“ (Vereinheitlichung der Studiengänge und Abschlüsse innerhalb Europas) beachtlich.

So wurde am 10.12.2009 in der Plenarsitzung der [KMK](#) u.a. als Eckpunkt festgehalten, dass entsprechend den Regelungen der Lissabon-Konvention (Art. III) die Anerkennung von Modulen zu erteilen ist, sofern keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich **der erworbenen Kompetenzen** bestehen.

#### 5. Abkommen und Empfehlungen i.R.v. Hochschulpartnerschaften

Je nach deren Gehalt (gegenseitige unverbindliche Empfehlungen / verbindlicher Vertrag) sind Absprachen zwischen der UDE und anderen Hochschulen im Rahmen von [Hochschulpartnerschaften](#) zu berücksichtigen bzw. zwingend zu beachten. Kooperationsverträge zwischen der UDE und ausländischen Hochschulen werden in der Regel erst nach Abgleich und vorliegender Gleichwertigkeit der Curricula der Hochschulen geschlossen.

#### 6. Eckpunkteprogramm der Bundesregierung

Auch die von der Bundesregierung aufgestellten [Eckpunkte](#) zur „Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen“ zeigen, dass generell aufgrund des Fachkräftemangels in Deutschland Abschlüsse und Qualifikationen, auch aus Nicht-EU-Staaten, leichter anerkannt werden sollen.

### III. Begriffsbestimmung

#### 1. Anerkennung / Anrechnung

Das Hochschulrahmengesetz verwendet den Begriff „**Anerkennung**“, das Hochschulgesetz NW sowie die Rahmenprüfungsordnungen dagegen „**Anrechnung**“.

„Anerkennung“ im Hochschulbereich erfasst

- die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen und
- die Anerkennung von Abschlüssen
  - für den Hochschulzugang,
  - den Zugang zu weiterführenden Studien und
  - die Führung ausländischer Hochschulgrade.

Die Begriffe werden häufig vermischt, wobei die Anrechnung von Leistungen zunächst deren Anerkennung an der UDE voraussetzt.

## 2. Leistungen

„**Leistungen**“ im Sinne des § 63 HG erfassen nach Einführung des Leistungspunktesystems für die Bachelor- und Masterstudiengänge sowohl Studien- als auch Prüfungsleistungen. Weil Prüfungen nun studienbegleitend abgelegt werden und Studienleistungen nicht länger die Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung darstellen, sind sämtliche Leistungsnachweise Prüfungsleistungen. Nach außen (auf dem Notenspiegel) erscheinen nur Prüfungsleistungen. Diese können sowohl als das Modul abschließende Prüfungen oder als Teilprüfungsleistungen innerhalb eines Moduls abgenommen werden.

Beispiel: Schriftliche und mündliche Prüfungen nach den jeweiligen Veranstaltungen der Modulteile.

Studienleistungen sind dagegen unselbständiger Bestandteil des Arbeitsaufwandes („workload“) eines Moduls. Allenfalls sind sie Prüfungsvorleistungen und im Gegensatz zu Prüfungsleistungen zumeist unbeschränkt wiederholbar.

Beispiel: Hausarbeiten, Hausaufgaben, Klausuren, Referate, Kolloquien, Teilnahmenachweise, Teilnahme an Seminardiskussionen, Exkursionsberichte.

Leistungspunkte der Veranstaltungen werden nach erfolgreichem Abschluss für jede Modulteilprüfung und Modulprüfung vergeben, § 17 Abs. 3 S. 3 Bachelor-/Master-RPO.

## IV. Beschränkung der Anrechenbarkeit

### 1. Umfang

Leistungen sind nur beschränkt anrechenbar, d.h. es müssen noch Prüfungsleistungen in so **nennenswertem Umfang** an der jeweiligen Fakultät der Universität erbracht werden, dass der akademische Grad dieser Hochschule bzw. der Fakultät berechtigt verliehen werden kann.<sup>142</sup> Bis zur Konkretisierung durch eine gerichtliche Entscheidung ist davon auszugehen, dass eine verbleibende Prüfungsleistung dafür ausreicht. Daher kann die Bachelor-/Master-/Diplomarbeit nicht anerkannt werden, weil es sich dabei regelmäßig um die letzte Prüfungsleistung handelt<sup>143</sup> (so auch § 14 Abs. 9 S. 2 der Bachelor-/Master-RPO).

<sup>142</sup> [Gesetzesbegründung HG NRW, S. 307](#)

<sup>143</sup> [Gesetzesbegründung HG NRW, S. 307](#)

Hinweis: Dies ist insofern kritisch zu bewerten, weil derart der akademische Grad einer (renommierten) Universität erlangt werden kann mit nur einer an dieser Universität erbrachten Prüfungsleistung. Die Beschränkung auf eine maximal anrechenbare Leistungspunktzahl an der UDE von Leistungen einer anderen Einrichtung dürfte aber unrechtmäßig sein.

Sofern zum Zeitpunkt des Anrechnungsantrages die Prüfungsleistung in dem aufnehmenden Studiengang vor Ort bereits erfolgreich abgelegt wurde oder wegen einer Anrechnung als bestanden gilt, so ist eine erneute Anrechnung auf diese Leistung ausgeschlossen. Anderenfalls würde eine „Verbesserungsmöglichkeit“ gewährt werden, die gegen den Grundsatz der Chancengleichheit verstieße, wenn die einschlägige Prüfungsordnung einen Freiversuch zur Notenverbesserung nicht vorsieht.

Beispiel: Nachdem die Prüfungsleistung an der UDE mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde, wird ein Antrag auf Anrechnung der äquivalenten Prüfungsleistung der ausländischen Hochschule mit der Note „gut“ (2,3) gestellt.

Grundsätzlich ist jede erfolgreich absolvierte Leistung unabhängig von verbleibenden „überschüssigen“ ECTS-Credits nur einmalig auf eine andere Prüfungsleistung anrechenbar.

Beispiel: Bei Anrechnung der Leistung „Grundlagen der BWL“ mit 6 ECTS-Punkten auf „Einführung in die BWL“ mit 3 ECTS-Punkten „verfallen“ die weiteren 3 ECTS-Punkte und können auf keine weitere Leistung angerechnet werden.

Ausnahmen davon können dann gelten, wenn innerhalb eines Moduls Kompetenzen, Inhalte und SWS eine klare Zuordnung einzelner Modulkomponenten auf hiesige Leistungen erlauben.

Beispiel: Die zur Anrechnung gestellte Leistung „Grundlagen der BWL, Absatz & Beschaffung“ mit 12 ECTS-Punkten lässt sich nach dem Umfang der Lehrveranstaltungen, deren Inhalten sowie Lernergebnissen klar in Leistungen „Einführung in die BWL“, und „Absatzmarketing“ an der UDE mit jeweils 3 ECTS-Punkten aufgliedern. Dementsprechend sollte die Anrechnung erfolgen.

Bei einer Anerkennung eines erlangten Abschlusses kann der Inhalt der tatsächlich erbrachten Prüfungsleistung wieder „aufleben“.

Beispiel: Es werden Leistungen im Fach Mathematik aus dem Vordiplom des universitären Studienganges „Bauingenieurwesen“ auf Leistungen im gleichen Diplomstudiengang an der FH angerechnet. Anschließend soll das FH-Diplom als Erstes Staatsexamen im Lehramt in den Fächern Mathematik und Physik anerkannt werden. Beim Gleichwertigkeitsvergleich lebt der Inhalt der ursprünglich erbrachten universitären Prüfungsleistung (Vordiplom) wieder auf. Die Anrechnung auf das FH-Diplom verbraucht die Studien- und Prüfungsleistungen nicht, sondern integriert sie zum Bestandteil des zur Anerkennung gestellten Fachhochschulstudiums.<sup>144</sup>

<sup>144</sup> VG Gelsenkirchen, Urteil vom 19.12.2007 – 4 K 3126/05

Schließlich ist zu beachten, dass außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Inhalt und Niveau dem Studium an der UDE gleichwertig sind, höchstens 50 % eines Hochschulstudiums ersetzen können.<sup>145</sup>

Beispiel: Damit können von einem Bachelorstudiengang eines Berufskollegs mit 180 Leistungspunkten - **sofern gleichwertig** - maximal 90 Leistungspunkte angerechnet werden.

## 2. Zeitliche Beschränkung

Um den Verwaltungsaufwand einzugrenzen, sollten Anrechnungsmöglichkeiten komprimiert und zeitlich beschränkt werden.

Beispiel: Anrechnung nur innerhalb eines Semesters oder Jahres nach Immatrikulation in den aufnehmenden Studiengang am jeweiligen Campus der UDE oder nach Vergabe der Credits bei Rückkehr von einem Auslandsstudium.

Wegen des Gesetzesvorbehaltes ist dies jedoch in der Prüfungsordnung im Rahmen der Anrechnungsvorschriften festzulegen.

Der Vorteil ist, dass den Studierenden die notwendigen Unterlagen zumeist noch vollständig vorliegen und der Sachverhalt ggf. noch gut rememberlich ist bzw. leichter ermittelt werden kann. Gleichzeitig wird verhindert, dass die Studierenden Prüfungskapazitäten der Hochschule blockieren und erst nach Fehlversuchen an der hiesigen Universität die Anrechnung entsprechender, andernorts bereits bestandener Prüfungsleistungen beantragen.

## V. Fehlversuche

Prüfungsleistungen sind nur begrenzt wiederholbar. Um dies zu berücksichtigen, sind bei Leistungen, die von Amts wegen angerechnet werden, auch entsprechende Fehlversuche anzurechnen.<sup>146</sup>

Beispiel: Fehlversuche der Prüfungsleistung „Einführung in die BWL“ bei Campuswechsel verkürzen auch am neuen Campus die Wiederholungsmöglichkeiten bzw. sind als Maluspunkte in die Leistungsbescheinigung aufzunehmen.

Es soll verhindert werden, dass die Studierenden nur durch den Wechsel der Hochschule sich weitere Wiederholungsmöglichkeiten für Prüfungen in ihrem Studiengang verschaffen. Würden Fehlversuche ignoriert, wäre es den Studierenden in letzter Konsequenz sogar möglich, nach dem endgültigen Nichtbestehen aller zulässigen Prüfungsversuche durch einen Wechsel an eine andere Hochschule den betreffenden Studiengang neu zu beginnen. Dies soll nach den landesgesetzlichen Bestimmungen sowie der hiesigen Einschreibeordnung gerade nicht möglich sein.

Danach sind die bisherigen Fehlversuche insoweit zu berücksichtigen, dass das endgültige Nichtbestehen eines vergleichbaren oder „**verwandten Studienganges**“

<sup>145</sup> [Beschluss](#) der Kulturministerkonferenz vom 28.06.2002, Punkt 2., [Ergebnisse](#) der 328. Plenarsitzung am 10.12.2009, Punkt 2.

<sup>146</sup> vgl. [Gesetzesbegründung HG NRW, S. 307](#); Weber in Leuze/Epping, Kommentar zum HG NRW § 63 Rz.

oder einer **einschlägigen Prüfungsleistung** zur Versagung der Zulassung bzw. Einschreibung in dem gewünschten neuen Studiengang führen muss, § 50 Abs. 1 lit. b) HG sowie [§ 5 Abs. 1 b\) EinschreibungsO.](#)

Beispiel: Studierender hat die Diplomvorprüfung im Diplomstudiengang Mathematik endgültig nicht bestanden und kann daher nicht in den Bachelorstudiengang Mathematik wechseln.

Im Falle der endgültig nicht bestandenen **einschlägigen Prüfungsleistung** im angestrebten Studiengang gilt dies für eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Leistung im Pflicht- bzw. Wahlpflichtbereich.

Beispiel: Endgültig nicht bestandene Prüfungsleistung aus dem Wahlpflichtbereich des nicht bestandenen Studienganges ist im angestrebten Studiengang ebenfalls dem Wahlpflichtbereich zuzuordnen.

**Wichtig:** Daher sind stets aktuelle und vollständige Leistungsbescheinigungen vorzulegen, die auch Fehlversuche/Maluspunkte ausweisen.

Davon umfasst sind abweichend von den Regelungen im HG nach den Bestimmungen der Bachelor-/Master-Rahmenprüfungsordnung also die von Amts wegen anzurechnenden Leistungen, die an einer inländischen Hochschule oder staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsschule oder einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule mit ECTS-Bewertung erbracht wurden.

Die Rechtsprechung hat folgende Kriterien für einen verwandten Studiengang aufgestellt:

- gleicher Hochschultyp,
- gleiche Studiendauer,
- wesentliche Teile der Prüfungsleistungen sind anrechenbar (i.d.R. 75 %),
- ggf. Gleichwertigkeit der Zwischenprüfung.

Für ein bestehendes verwandtschaftliches Verhältnis spricht, wenn beide Studiengänge am gleichen Fachbereich angeboten werden und dieselbe Ausrichtung haben.

Beispiel: Mathematische oder wirtschaftswissenschaftliche Ausrichtung.

**Wichtig:** Wegen eines möglichen Eingriffs in die verfassungsrechtlich geschützte Berufsfreiheit gemäß Art 12 GG sollte im Zweifel immer zugunsten des Studierenden entschieden werden.

## VI. Bindungswirkung vorausgehender Anrechnungen

Die Prüfungsbehörde ist grundsätzlich an bereits erteilte Leistungsanrechnungen gebunden, soweit die entsprechenden Bescheide rechtmäßig und bestandskräftig sind. Dies erfasst sowohl eigene Anrechnungsbescheide als auch solche einer anderen zuständigen inländischen Prüfungsbehörde. Ausgenommen von dieser Bindungswirkung sind aufgrund von Täuschung erteilte Anerkennungen, da diese Studierenden in solchen Fällen keinen Vertrauensschutz genießen.

Beispiel: Nach Anerkennung der im Ausland erbrachten Prüfungsleistung wird festgestellt, dass die eingereichten nichtamtlichen Übersetzungen der Inhaltsbeschreibungen des ausländischen Studiums nicht mit den Originalen der Leistungsnachweise übereinstimmen.

Abweichend von der grundsätzlichen Bindungswirkung entschied das OVG NW, dass eine Prüfungsleistung, die unter Einbeziehung von anderweitig erbrachten, als gleichwertig angerechneten Leistungen bestanden wurde, einer insgesamt an der wissenschaftlichen Hochschule abgelegten Prüfung nicht gleichzusetzen ist. Deshalb ist die Gleichwertigkeit dieser als bestanden erklärten Prüfungsleistung mit der hiesigen Leistung erneut festzustellen.<sup>147</sup>

Beispiel: Prüfungsleistung einer russischen Universität wird als gleichwertig anerkannt und auf Prüfungsleistung der Universität Berlin angerechnet. Bei Anrechnung dieser Prüfungsleistung im gleichen Studiengang an der UDE müsste erneut Gleichwertigkeit mit Prüfungsleistung der russischen Universität festgestellt werden.

Praktisch wird dies häufig jedoch so gehandhabt, dass insbesondere ausländische Prüfungsleistungen, die von einer inländischen wissenschaftlichen Hochschule bereits anerkannt und auf die dortigen Leistungen angerechnet wurden, nicht nochmals geprüft werden.

## VII. Formalien

Bevor die inhaltliche Prüfung der Anerkennungsanträge vorgenommen wird, ist durch den Bereich Prüfungswesen die Einhaltung der Formalien zu prüfen.

Im [Antrag auf Anrechnung](#) ist ggf. genau anzugeben, für welchen Studiengang und auf welche **hiesige Prüfungsleistung** die erbrachte Leistung angerechnet werden soll.

<u>Beispiel:</u>	Erbrachte Prüfungsleistung	anzurechnen auf:
	„Grundlagen der Elektrotechnik“ Bachelor Elektrotechnik (TU Berlin)	„Grundlagen der Elektrotechnik 1“ Bachelor Nano-Engineering (UDE, Campus Duisburg)

<u>oder:</u>	Mathematik 1 und 2 für Ingenieure Bachelor Wirtschaftsingenieurwesen (UDE, Campus Duisburg)	Mathematik 1 und 2 für Ingenieure Bachelor Nano-Engineering (UDE, Campus Duisburg)
--------------	---	--

Hinweis: Bei fehlerhafter Bezeichnung der hiesigen Prüfungsleistungen fordert der behördliche Amtsermittlungsgrundsatz die Berichtigung von offensichtlich unrichtigen Erklärungen oder Anträgen bzw. die Anregung an den Studierenden dazu. Daher sollten die Studierenden bei Antragstellung nochmals darauf hingewiesen werden, auf eine korrekte Bezeichnung der Leistungen laut Modulhandbuch zu achten.

<sup>147</sup> OVG NW, Urteil v. 21.06.1985 – 15 A 1469/84; Urteil v. 25.01.1985 – 15 B 2118/84

Aus dem Antragsformular gehen die beizufügenden Unterlagen bereits hervor:

- beglaubigte Kopie des Nachweises der erbrachten Prüfungsleistung,
- beglaubigter Notenschlüssel der Zuordnung der entsprechenden Noten,
- genaue Angaben über den zeitlichen Umfang der Lehrveranstaltungen und Dauer der Prüfungsleistung,
- eine von der Hochschule bzw. den zuständigen Dozentinnen und Dozenten beglaubigte Gliederung der Veranstaltung,
- bei nicht in Deutsch oder Englisch abgefassten Dokumenten, eine beglaubigte deutsche Übersetzung.

Es können auch die Originale zusammen mit einfachen Kopien vorgelegt werden.

Hinweis: Der Bereich Prüfungswesen kann anschließend den Fachvertretern zur Kenntnis einen Vermerk dazu fertigen, z.B. „*Originale lagen vor*“.

**Wichtig:** Bei Übersetzungen sollte auf das Siegel eines anerkannten Übersetzungsbüros geachtet werden, um sicherzustellen, dass die Übersetzungen mit den Original-Bescheinigungen übereinstimmen.

Zusätzlich wird empfohlen, bei vorherigem Studium an einer deutschen Hochschule bzw. an einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule mit ECTS-Bewertungssystem auch folgende Unterlagen anzufordern und den Fachvertretungen ggf. mit dem Laufzettel beizufügen:

- Beglaubigte aktuelle Leistungsbescheinigungen der Studierenden der vorherigen Hochschule / des anderen Campus **inkl. der Fehlversuche**. Sofern im bisherigen Studiengang keine Leistungen erbracht wurden, sollte dies von der Prüfungsbehörde bestätigt werden; dies gilt auch für die Unbedenklichkeitserklärung, also dass die Studierenden an der vorherigen Hochschule nicht endgültig durchgefallen sind),
- Nachweis (ggf. Bescheinigung der oder des zuständigen Dozentin oder Dozenten) zu den erbrachten Prüfungsleistungen: Art und Dauer,
- sofern vorhanden, aktuelle Leistungsbescheinigungen der Studierenden der hiesigen Universität inkl. Fehlversuche.

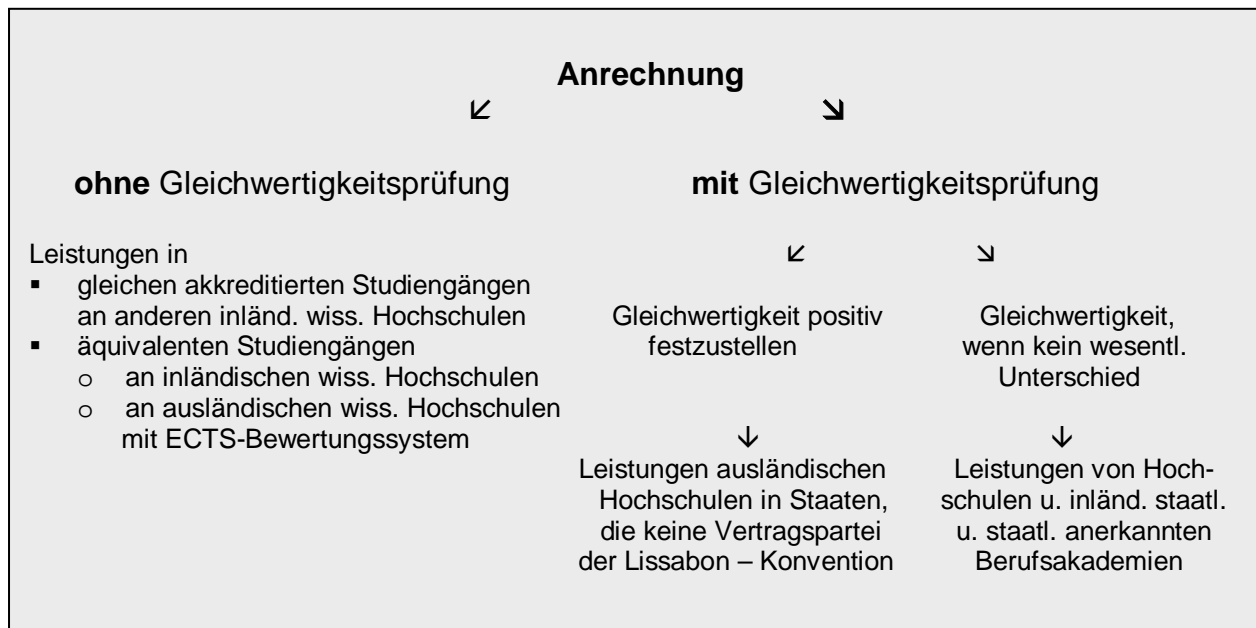
Hinweis: Die Studierenden sollten vor Antragstellung darauf hingewiesen werden, dass eigene Abschriften oder Auszüge aus dem Internet ohne Quellenangabe unzureichend sind.

**Wichtig:** Weil die Anrechnung von Leistungen möglichst transparent und nachvollziehbar sein soll, sollte(n) sich der Prüfungsausschuss bzw. die Prüfungsausschüsse einer Fakultät auf einheitliche Prinzipien einigen.

[Formulierungsvorschlag](#) (23)

## VIII. Einzelne Anrechnungstatbestände

### 1. Überblick



### 2. Anrechnung von Leistungen ohne Gleichwertigkeitsprüfung

Leistungen in

- **gleichen** [akkreditierten](#) Studiengängen an anderen wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland oder
- in **äquivalenten** Studiengängen an in- oder ausländischen wissenschaftlichen Hochschulen mit ECTS-Bewertung

werden **ohne Gleichwertigkeitsprüfung** angerechnet, § 14 Abs. 1 S. 1 Bachelor-/Master RPO.

#### a) Leistungen einer inländischen wissenschaftlichen Hochschule

Der Begriff „wissenschaftliche Hochschulen“ wird in den Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) nicht mehr verwendet. Stattdessen wird dort „Universitäten und gleichberechtigte Hochschulen“ im Sinne von Hochschulen mit Promotionsrecht aufgeführt. Zu diesen [Hochschulen](#) in Deutschland zählen:

- Universitäten (Uni),
- Technische Universitäten (TU),
- Technische Hochschulen (TH),
- Medizinische Universitäten (MU),
- Medizinische Hochschulen (MH),
- Handelshochschulen (HH),
- Wirtschaftshochschulen (WH),
- Pädagogische Hochschulen (PH).

**Wichtig:** Demnach erfordern die an einer **Fachhochschule** erbrachten Prüfungsleistungen trotz gleichen Studienganges eine **Gleichwertigkeitsprüfung**.

Grundsätzlich ist von einem gleichen Studiengang zu sprechen, wenn ausweislich der relevanten Prüfungsordnung (vgl. [§ 60 HG](#)) dasselbe Studienfach oder Fächer mit synonym verwendeten Studienfachbezeichnungen und derselbe Studienabschluss vorliegen.

Beispiel: Bachelor Bauingenieurwesen (B.Sc.) - Bachelor Bauingenieurwesen (B.Sc.)

In diesen Fällen ist **jegliche** Gleichwertigkeitsprüfung – genereller oder individueller Art – unzulässig. Von einer inhaltlichen Gleichwertigkeit wird dann bereits ausgegangen, um die Anrechnungen unkompliziert zu gestalten und so dem Interesse des Staates an der Durchlässigkeit des Hochschulsystems nachzukommen.<sup>148</sup>

**Wichtig:** Schon bei geringen Abweichungen der Studiengangsbezeichnungen (Ergänzungen, Konkretisierungen, auch mittels englischer Titel, anderer Bachelor-/Master-Grad) liegt dem Wortlaut nach kein gleicher Studiengang mehr vor.

Beispiel: Bachelor Bauingenieurwesen (B.Sc.) - Bachelor Bauingenieurwesen – Civil Engineering (B.Sc.)

Vielmehr dürften es sich dabei um äquivalente Studiengänge handeln, die schon dem Wortlaut nach („gleichwertig“ bzw. „wertentsprechend“) eine Gleichwertigkeitsprüfung der Studiengänge voraussetzen. Derart wird die Kontrolle der Gleichwertigkeit von den einzelnen Leistungen auf die Studiengänge vorverlagert.

Beispiel: Nach Vergleich der Studieninhalte gemäß der Gliederungsübersicht in den Modulhandbüchern:

Angewandte Informatik Systems Engineering (B.Sc.) (UDE, Campus Essen)	≠	Angewandte Informatik (B.Sc.) (UDE, Campus Duisburg)
---	---	---

Von einer Gleichwertigkeit ist auszugehen, wenn sich die Studiengänge bei einer Gesamtbetrachtung nach Umfang, Inhalt und Anforderungen im Wesentlichen entsprechen. Dies dürfte bei einer Übereinstimmung der Kriterien von mindestens 75 % anzunehmen sein.

Bei Studienfächern, die mehrere Studiengänge umfassen, ist die Prüfung für alle zum Abschluss zählenden Studiengänge durchzuführen.

Beispiel: Lehramtsstudiengänge.

Liegt ein solcher gleicher oder äquivalenter Studiengang vor, so ist jegliche weitere Gleichwertigkeitsprüfung unzulässig. Überprüft werden kann allenfalls noch, ob die

<sup>148</sup> vgl. Weber in: Leuze / Epping, Kommentar HG NRW, § 63 Rz. 45

anzurechnende Leistung tatsächlich in dem gleichen bzw. äquivalenten Studiengang erbracht wurde.

Im Fernstudium erbrachte Leistungen an wissenschaftlichen Hochschulen sind denen des Präsenstudiums gleichgestellt.<sup>149</sup> Eine Gleichwertigkeitsprüfung des Fernstudiums wird gesetzlich nur für Studienleistungen verlangt, [§ 13 Abs. 2 HRG](#). Weil i.d.R. nur Prüfungsleistungen für die Anrechnung tatsächlich relevant sind, wird sich dies nicht auswirken.

Beispiel: Fernstudien an der Fernuniversität Hagen, nicht: [Verbundstudien](#) in NRW, da diese berufsbegleitendes Studienangebot der Fachhochschulen, so dass eine Gleichwertigkeitsprüfung stattfinden muss.

### **b) Leistungen einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule mit ECTS-Bewertungssystem**

Ebenfalls keine Gleichwertigkeitsprüfung der einzelnen Leistungen soll bei ausländischen wissenschaftlichen Hochschulen mit ECTS-Bewertungssystem vorgenommen werden.

Ob die europäische ausländische Institution die Voraussetzungen einer wissenschaftlichen Hochschule erfüllt bzw. der Studiengang äquivalent ist, lässt sich in Zweifelsfällen entweder über „[www.anabin.de](#)“ ermitteln oder direkt auf der Internetseite der jeweiligen Hochschuleinrichtung.

Auf „anabin“ wird bei den einzelnen Institutionen der Länder deren Typ und Status angegeben.

Beispiel: Högskolan på Gotland / Schweden - Status H+: Die Institutionen dieses Typs sind im jeweiligen Herkunftsland in maßgeblicher Weise als Hochschulen anerkannt (akkreditiert, attestiert u.a.) und ausgehend davon in Deutschland als Hochschulen anzusehen. Abschlüsse, die an dieser Einrichtung erreicht wurden, können einer Gleichwertigkeitsuntersuchung im Hochschulbereich unterzogen werden.

Ob die jeweilige Institution einer deutschen Universität oder einer Fachhochschule entspricht, ist dann aber zumeist über die Bewertung oder Äquivalenzfestlegungen bei den >„Abschlüssen“< an der jeweiligen Einrichtung oder über >„Abschlusstypen“< und >„Abschlüsse“< des jeweiligen Landes zu ermitteln.

Beispiel: Högskolan på Gotland / Schweden: Hochschule ohne Promotionsrecht, so dass es einer deutschen Fachhochschule entspricht.

## **3. Anrechnung von inländischen Leistungen mit Gleichwertigkeitsprüfung**

Die Anrechnung von Leistungen erfolgt nur nach Gleichwertigkeitsprüfung in folgenden Fällen:

- in **anderen Studiengängen** der Universität Duisburg – Essen oder einer anderen Hochschule (auch Fachhochschule) oder

<sup>149</sup> Weber in: Leuze / Epping, Kommentar HG NRW, § 63 Rz. 51

- im gleichen Studiengang einer Fachhochschule oder
- einer staatlichen oder staatlich anerkannten [Berufsakademie](#).

Eine Gleichartigkeit der Leistungen ist nicht notwendig.

Nähere Informationen zu staatlichen und staatlich anerkannten Berufsakademien sind unter <http://studieren.de> oder <http://www.studienwahl.de> zu finden.

Hinweis: Bei einem Studiengangswechsel sollte vor der Anrechnung von Prüfungsleistungen zunächst geprüft werden, ob die oder der Studierende im Hinblick auf ein **endgültiges Nichtbestehen** eines verwandten Studienganges oder einer einschlägigen Prüfungsleistung überhaupt noch zu dem angestrebten Studiengang zugelassen werden kann.<sup>150</sup>

Bei der Gleichwertigkeitssprüfung sind vor der Feststellung der Gleichwertigkeit und der inhaltlichen Anerkennung der Leistungen die jeweiligen Fachvertreter zu hören.

#### a) Gleichwertigkeit bislang

Nach den Regelungen der Prüfungsordnungen ist bislang die Gleichwertigkeit festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen bei einer Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des aufnehmenden Studienganges im Wesentlichen entsprechen.

Dies wird durch folgende Bedingungen konkretisiert:

- Inhaltliche Übereinstimmung von mindestens 75% der Studieninhalte,
- Die entsprechende(n) Veranstaltung(en) müssen insgesamt mindestens 75% der laut Prüfungsordnung zu erbringenden Kreditpunkte/SWS abdecken,
- Erfolgreiches Ablegen einer gleichwertigen Prüfung.

<u>Beispiel:</u>	Erbrachte Prüfungsleistung	anzurechnen auf:
	„Grundlagen der Elektrotechnik“ Bachelor Elektrotechnik (TU Berlin)	„Grundlagen der Elektrotechnik 1“ Bachelor Nano-Engineering (UDE, Campus Duisburg)
	7 ECTS-Credits, 210 Std. Aufwand Turnus: 1 Semester / 1. Sem. Prüfung: schriftlich – 2 Klausuren und wöchentl. Hausaufgaben	7 ECTS-Credits, 210 Std. Aufwand Turnus: 1 Semester / 3. Sem. Prüfung: schriftlich - 2 Stunden

Hinweis: Die Angaben können regelmäßig den vom Studierenden beizubringenden Unterlagen (Leistungsbescheinigung, Darstellungen der Hochschule zu Vorlesungsinhalt und Dauer der Prüfung, Auszüge aus den Modulhandbüchern) entnommen werden.

<sup>150</sup> Siehe dazu unter „Fehlversuche“, Kapitel 8, Punkt A. V., S. 153 f.

## b) Gleichwertigkeit zukünftig

Nach den Bachelor- und Masterrahmenprüfungsordnungen ist Gleichwertigkeit dagegen dann festzustellen, wenn zwischen den anrechenbaren **Lernzielen** und **Kompetenzen** zu denen des aufnehmenden Studienganges an der UDE kein wesentlicher Unterschied besteht, § 14 Abs. 2 S. 2 Bachelor-/Master- RPO. Vor allem der Umfang der erbrachten Leistungen verliert an Bedeutung.

Wegen der Beweislastumkehr beim Nachweis der Gleichwertigkeit ist der Grund für eine verweigte Anrechnung von Leistungen in diesen Fällen durch die Prüfungsbehörde nachzuweisen.

### 4. Anrechnung von ausländischen Leistungen an Hochschulen ohne ECTS-Bewertungssystem mit Gleichwertigkeitsprüfung

Prüfungsleistungen, die an einer ausländischen Hochschule ohne ECTS-Bewertungssystem erbracht wurden, können **auf Antrag** und nur nach **Gleichwertigkeitsprüfung** anerkannt und angerechnet werden. Fehlversuche an der ausländischen Hochschule sind nicht automatisch zu berücksichtigen.

Hinweis: Bei der Anrechnung von im Ausland erworbenen Prüfungsleistungen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzbedingungen sowie die Absprachen im Rahmen der [Hochschulpartnerschaften](#) maßgeblich. Informationen hierzu sind unter „[www.anabin.de](http://www.anabin.de) / >„Informationen“< / >„Dokumente“<) und [www.hochschulkompass.de](http://www.hochschulkompass.de) zu finden.

Beispiel: Prüfungsleistungen der Akademie für Management und Ökonomie St. Petersburg (RUS) = Privathochschule mit akkreditierten Studiengängen.

Abschluss: specialist ekonomist (finansy i kredit)  
Äquivalenzen: entspricht Diplomgrad (FH)

Handelt es sich um die Anrechnung ausländischer Leistungen eines Staates, der kein [Vertragsstaat](#) der Lissabon-Konvention ist, ist die Gleichwertigkeit positiv festzustellen. Die Beweislast für den Nachweis der Gleichwertigkeit der Leistungen bei verweigelter Anrechnung liegt dann beim Studierenden.

Beispiel: Griechenland, Monaco; Kanada u. USA haben unterzeichnet, aber nicht ratifiziert, so dass dort die Konvention (noch) nicht gilt.

Studierende **mit Abschlüssen** aus dem Ausland können sich auch ein Zeugnis der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (ZAB) ausstellen lassen, um für weiterführende Studien den Bildungseinrichtungen das Niveau ihres Abschlusses darzustellen. Schon vorab stellt das [ZAB](#) jedoch klar, für welche Abschlüsse kein Zeugnis ausgestellt wird, weil die Abschlüsse unter der Ebene eines Bachelorabschlusses liegen. Hier kann schon ein erster Überblick über das Niveau gewonnen werden.

Beispiel: China: alle Abschlüsse mit einer regulären Studiendauer von weniger als 4 Jahren (Junior-College-Programme/Zhuanke).

Wird keine Gleichwertigkeit der Leistungen festgestellt, so kann die Leistung nicht mit einer geringeren Note angerechnet werden. Allenfalls kann die gesamte Abschlussprüfung als Fachprüfung angerechnet werden.

## 5. Anrechnung sonstiger Kenntnisse und Qualifikationen

Die Anrechnung von Prüfungsleistungen von

- **nicht staatlichen** Berufsakademien,
- von **nicht akkreditierten** Studiengängen privater Hochschulen sowie
- Steuer-, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien,
- Fachschulen,
- Berufskollegs,
- höheren Handelsschulen

u. ä. erfolgt **auf Antrag** nach pflichtgemäßem **Ermessen**. Die Prüfung der Anrechnungsmöglichkeit darf nur aufgrund der eingereichten Unterlagen des Studierenden erfolgen, nicht mittels Examination des Studierenden.

Beispiel: § 14 Abs. 4 Bachelor-/Master-RPO: „*Berufspraktische Tätigkeiten **können** bei Gleichwertigkeit als berufsfeldbezogenes Praktikum angerechnet werden.*“, sofern der Studiengang ein solches vorsieht.

Zwingende Erfordernisse wie Gleichwertigkeit, einschlägig, studiengangsbezogen etc. sieht das HG NRW nicht vor.

**Wichtig:** Zu berücksichtigen ist, dass die anzurechnenden Leistungen unter **Prüfungsbedingungen** erbracht worden sein müssen.

## B. Notenberechnung

Die Notenberechnung kann wie folgt vorgenommen werden:

- I. nach dem Notenumrechnungsschlüssel der jeweiligen Hochschule, der sich bei den vom Studierenden eingereichten Unterlagen befindet und / oder parallel
- II. nach der „[Modifizierten Bayrischen Formel](#)“ zur Umrechnung ausländischer Prüfungsleistungen:

$$x = 1 + 3 \frac{N_{\max} - N_d}{N_{\max} - N_{\min}}$$

x = gesuchte deutsche Note

N<sub>d</sub> = in das dt. System zu transformierende Note

Die [Faktoren](#) des ausländischen Notensystems „untere Bestehensnote“ (N<sub>min</sub>) sowie die „Bestnote“ (N<sub>max</sub>) können über [www.anabin.de](http://www.anabin.de) / >„Bildungsinstitutionen und Land“ < / > „Bildungswesen“ < / > „Notensystem der Hochschulen“ < ermittelt werden. Das Ergebnis wird zur nächstliegenden deutschen Note gerundet.

Beispiel: 1,6 zu 1,7; 2,4 zu 2,3; 2,6 zu 2,7.

Falls das Ergebnis genau zwischen 2 deutschen Noten liegt, wird zur besseren Note gerundet, z.B.:

Beispiel: 1,15 zu 1,0; 2,5 zu 2,3; 3,85 zu 3,7.

Zu berücksichtigen ist, dass der Grundsatz der Chancengleichheit zwischen den Studierenden eine eindeutige Notenumrechnung in das deutsche Notensystem verlangt. Studierende mit ausländischen Noten dürfen nicht schlechter, aber auch nicht besser gestellt werden als Studierende mit Bewertungen nach dem inländischen Notensystem.

- III. Sofern auch nach der Bayerischen Formel keine eindeutige Note ermittelt werden kann (z.B. Länder wie für Schweden schwierig, da nur geringe Notenabstufungen im Notensystem) ist zur Wahrung der Chancengleichheit zwischen den Studierenden die Leistung mit dem Vermerk „**anerkannt**“ zu versehen, wobei dann zu berücksichtigen ist, dass diese Leistung nicht in die Berechnung der Modulnote und Gesamtnote einfließt.

Hinweis: Vielfach lässt sich durch die „Modifizierte Bayrische Formel“ die Note nicht ermitteln oder die derart errechnete Note stimmt mit dem Niveau der Notenverteilung an der ausländischen Hochschule nicht überein.

Beispiel: Notenumrechnung Frankreich: Noten von 20 (Bestnote) – 10 (untere Bestehensnote) und die unterschiedliche Umrechnungsvarianten mittels Bayrischer Formel und an verschiedenen Universitäten in Deutschland

Noten		1,0	1,3	1,7	2,0	2,3	2,7	3,0	3,3	3,7	4,0
Mod. Bayr. F.		20	19	18	17	16,15	14	13	12	11	10
Uni Bonn		20-17	16	15	14	13	12	11	10,5		10
Uni Heidelberg		20-16	15,9 -15	14,9 -14	13,9 -13,5	13,4 -13	12,9 -11,6	11,5 -11	10,9 -10,7	10,6 -10,3	10,2 -10
Uni Lüneburg		20,19	18	17	16	15	14	13	12	11	10
Uni Magdeburg	2005 2009	20,19 20-16	18 15	17 14	16 13,5	15 13	14 12	13 11	12 10,7	11 10,3	10 10
Uni Paderborn		20,19	18	17	16	15	14	13	12	11	10

Zudem herrschen oft innerhalb eines Staates in den einzelnen Ländern unterschiedliche Notensysteme, teilweise sogar zwischen den einzelnen Universitäten und zwischen den einzelnen Studienrichtungen sind für die vorhandenen Noten ebenfalls noch unterschiedliche Ausnutzungen auszumachen. Daher wird empfohlen, in den einzelnen Studiengängen bei regelmäßig wiederkehrenden Notenumrechnungen bestimmter Staaten oder Hochschulen (z.B. Partnerhochschulen) eine Übersicht über die bisherigen Notenumrechnungen zu veröffentlichen, um gegenüber den Studierenden Transparenz zu schaffen.

## C. „Learning Agreement“ für Auslandssemester

Hilfreich für die Anrechnung, die während eines Auslandssemesters erbracht werden, ist sicherlich der vorhergehende Abschluss eines entsprechenden Studienvertrages („Learning Agreement“). Dabei einigen sich die oder der Studierende, die entsendende Hochschule sowie die ausländische Einrichtung vor dem Auslandsstudium auf ein zu absolvierendes Studienprogramm der oder des Studierenden mit anschließender Anrechnung der Leistungen. Dieser für die Parteien verbindliche Vertrag ist für Auslandssemester, die im Rahmen des ERASMUS – Programms absolviert werden, bereits verpflichtend.

Auch für erbrachte Leistungen außerhalb des ERASMUS-Programmes erscheint der Vertrag sinnvoll. Der Vertrag sollte, um verbindliche Wirkung zu haben, jedenfalls von einer dafür zuständigen Koordinatorenstelle der UDE mit der oder dem Studierenden abgeschlossen werden, damit der Studierende sich nicht an jede einzelne Fachvertretung für eine Vorabklärung der späteren Anerkennung wenden muss.

Mit entsprechenden Informationsmaterialien der Gastuniversität könnte dann mit Hilfe der Koordinatorin oder des Koordinators zusammen mit den Hochschullehrenden abgestimmt werden, welche Lehrveranstaltungen besucht und welche Leistungen abgelegt werden müssen, damit eine Anrechnung anschließend tatsächlich zustande kommt.

**Wichtig:** Die abgestimmten Anrechnungsmöglichkeiten sollten unter Beschreibung des zugrunde gelegten Sachverhalts schriftlich vermerkt werden, damit die Absprachen präsent sind, wenn die Studierenden nach dem Auslandsaufenthalt zurückkommen und die Anerkennung ihrer dort erbrachten Leistungen einfordern.

### Formulierungsvorschlag (24)

Der Antrag auf Anrechnung nach Rückkehr aus dem Ausland ist wie sonst auch im Bereich Prüfungswesen und nicht beim Lehrstuhl einzureichen. Wurden die Regelungen des „Learning Agreements“ eingehalten, so ist wichtig, dass die Anrechnung anschließend problemlos und zügig durchgeführt wird, damit die Verbindlichkeit dieser Vereinbarungen anerkannt wird und so ein Anreiz zum Abschluss solcher Vereinbarungen geschaffen wird.

Sofern vor Beginn des Auslandsaufenthaltes noch keine endgültigen Lehrpläne oder Modulbeschreibungen der aufnehmenden Gasthochschule oder der UDE vorliegen, so könnte ein vorläufiges „Learning Agreement“ abgeschlossen werden, dass während des Auslandsaufenthaltes der Studierenden in Rücksprache mit der oder dem Koordinierenden der UDE angepasst wird.

## D. Einstufung in höhere Fachsemester

### I. Studienortwechsel

Bei einem Wechsel von einer wissenschaftlichen Hochschule in Deutschland oder im Ausland mit einem ECTS-Bewertungssystem an die Universität Duisburg Essen bzw. den jeweils anderen Campus in einem **gleichen Studiengang** werden die Studierenden automatisch in das nächsthöhere Fachsemester eingestuft. Nach der Einschreibung werden die zuvor erbrachten Leistungen angerechnet.

### II. Studiengangswechsel

Bei einem Wechsel von einer Hochschule an die Universität Duisburg – Essen in einen **anderen Studiengang** oder von einer Fachhochschule in einen gleichen Studiengang ist der Antrag auf Anrechnung der Leistungen vor der Einschreibung und Einstufung zu stellen. Die Einstufung kann erst nach Anrechnung der Leistungen erfolgen.

Die Einstufung in das entsprechende Fachsemester erfolgt mit Vorliegen von 30 Credits je Semester / 60 Credits je Studienjahr nach Anrechnung der anerkannten Prüfungsleistungen.

## **9. Kapitel: Abschlussarbeiten und -dokumente**

### **A. Abschlussarbeiten**

#### **I. Allgemeines**

Bei den Bachelor-/Master-/Diplom – bzw. Magisterarbeiten handelt es sich regelmäßig um die letzte Prüfungsleistung, mit der die wissenschaftliche Ausbildung abgeschlossen wird. Damit sollen die Studierenden zeigen, dass sie in der Lage sind anhand der erlangten Fähigkeiten und Kenntnisse innerhalb einer bestimmten Frist ein wissenschaftliches Problem selbständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und verständlich darzustellen.

#### **II. Anmeldung von Arbeiten**

##### **1. Anträge**

##### **a) Abschlussarbeit**

Zur Abschlussarbeit kann **auf Antrag** nur zugelassen werden, wer eine bestimmte Anzahl an Leistungspunkten im vorangegangenen Studienabschnitt und ggf. weitere Leistungen nachweisen kann. Dies richtet sich nach der jeweiligen Prüfungsordnung.

Beispiel: § 16 Abs. 2 PO Master Angewandte Informatik: „Zur Master-Arbeit kann nur zugelassen werden, wer insgesamt die 60 ECTS-Credits des ersten Jahres des Masterstudiums erworben und zusätzlich das Master-Projekt und das Master-Seminar (15 + 4 ECTS) erfolgreich absolviert hat.“

Der Prüfungsausschuss kann jedoch über Ausnahmen entscheiden, § 22 Abs. 2 S. 2 Bachelor- /Master-RPO.

Beispiel: Die noch fehlende notwendige Prüfungsleistung bis zum Erreichen der Punktzahl wird erst in einem Jahr wieder angeboten und die oder der Studierende hat bislang stringente alle Prüfungsmöglichkeiten wahrgenommen.

##### **b) Thema**

**Auf Antrag** einer oder eines Studierenden sorgen die Prüfungsausschussvorsitzenden dafür, dass die oder der Studierende ein Thema für die Abschluss-Arbeit rechtzeitig erhält.

Beispiel: Studierende/r findet keine/n Prüfende/n für ihre/seine Abschluss-Arbeit; Arbeit soll an einer anderen Fakultät als der eigenen oder an außeruniversitärer Einrichtung geschrieben werden

Grundsätzlich haben die Studierenden jedoch ein Vorschlagsrecht hinsichtlich des Themas der Arbeit, das i.d.R. von den Prüfenden der eigenen Fakultät gestellt und betreut wird. Das Thema kann **einmalig** innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Damit beginnt die Bearbeitungsfrist der Arbeit erneut. Die Einmaligkeit der Themen-Rückgabemöglichkeit umfasst gleichzeitig einen eventuellen Wiederholungsversuch der Abschluss-Arbeit.

Beispiel: § 23 Abs. 5 Bachelor-/Master-RPO: „Eine nicht bestandene Bachelor-/Master-Arbeit kann einmalig wiederholt werden. Eine Rückgabe des Themas der zweiten Bachelor-/Master-Arbeit [...] ist nur zulässig, wenn die oder der Studierende bei der Anfertigung ihrer oder seiner ersten Bachelor-/Master-Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.“

## 2. Verfahren

Die/den Erstprüfer/in und Betreuer/in der Arbeit suchen sich die Studierenden zu- meist allein. Die Zweitprüfenden der Abschlussarbeit werden durch den Prüfungsausschuss bestellt bzw. in der Regel ist diese Aufgabe den Vorsitzenden übertragen.

**Wichtig:** Die Prüfenden sind in ihrer Prüfertätigkeit weisungsunabhängig, so dass idealerweise zur tatsächlichen Umsetzung zwischen ihnen kein Abhängigkeitsverhältnis bestehen sollte, z.B. Professor/in und zugehörige/r wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in.

Wegen der Bearbeitungsfrist sind der Ausgabezeitpunkt für das Thema der Arbeit durch die Prüfenden sowie der Eingang der Arbeit bei der Prüfungsbehörde aktenkundig zu machen. Bestenfalls wird ein Antragsformular erstellt, das das Thema, Erst- und Zweitprüfer/in sowie den vorsorglichen Hinweis auf die abschließende schriftliche Erklärung der oder des Studierenden zu Täuschungshandlungen enthält. Auf diesem Formular sollte dann auch der **Ausgabe- und Eingangszeitpunkt** der Arbeit vermerkt werden.

### Formulierungsvorschlag (25)

#### a) Bearbeitungsfrist

Die Bearbeitungsfrist ist in den jeweiligen Prüfungsordnungen festgelegt und beträgt zwischen 12 und 26 Wochen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Abschlussarbeiten müssen so beschaffen sein, dass die Frist eingehalten werden kann. Wird die Frist nicht eingehalten und geht die Abschlussarbeit bei der Prüfungsbehörde nicht fristgemäß ein, gilt diese als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

Beispiel: § 22 Abs. 11 Bachelor-Master-RPO: „Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Ist die Bachelor-/Master-Arbeit nicht fristgemäß eingegangen, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.“

Zur Durchsetzung der Chancengleichheit braucht dann nicht auf eine gestufte oder flexibel zu handhabende Regelung zurückgegriffen werden, sondern es kann nach Überschreitung des festgelegten Zeitpunktes auf die zwingende Sanktion der Bewertung mit „ungenügend“ zurückgegriffen werden, ohne dass dies unverhältnismäßig

ist.<sup>151</sup> Ist die Arbeit demnach verspätet eingegangen, kann die Sanktion nur vermieden werden, wenn den Studierenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß § 32 VwVfG NW<sup>152</sup> gewährt wird, weil sie die Verspätung nicht zu verschulden hatten.

Beispiel: Postlauf ausweislich des Poststempels offensichtlich länger als eine Woche.

Das Verschulden von **Stellvertretenden** ist den Studierenden zuzurechnen.

Zur Wahrung der **Chancengleichheit** zwischen den Studierenden sind diese Fristen sowohl von den Studierenden als auch den Prüfenden zu beachten.

**Wichtig:** Die Prüfenden sollten daher auf die Einhaltung hinwirken und gebeten werden, zur Vermeidung von Irritationen eigene Zusagen von Verlängerungsanträgen zu unterlassen. Wegen der Unzuständigkeit der Prüfenden für die Fristverlängerungsanträge sind solche Zusagen ohnehin nicht bindend.

## b) Verlängerung der Schreibfristen

Auf schriftlichen Antrag der Studierenden, der zu begründen ist, kann die Schreibfrist für die Abschluss-Arbeit durch den Prüfungsausschuss bzw. die Prüfungsausschussvorsitzenden verlängert werden. Die Frist für die Stellung des Antrages ergibt sich aus der jeweiligen Prüfungsordnung. Sowohl für Bachelor- als auch Masterarbeiten soll zukünftig eine einwöchige Frist zur Stellung des Bearbeitungsverlängerungsantrages gelten.

Beispiel: § 22 Abs. 5 S. 2 Bachelor-/Master-RPO: „Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf **begründeten schriftlichen Antrag** der oder des Studierenden um bis zu [zwei bzw. acht] Wochen verlängern. Der Antrag muss spätestens eine Woche vor dem Abgabetermin für die Bachelor-/Master-Arbeit bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eingegangen sein.“

Bei der Berechnung der festgelegten Wochenfrist wird der Prüfungstag nicht mitgerechnet ([§ 31 Abs. 1 VwVfG](#) NW nach §§ [187](#), [188 BGB](#)).

Die Frist endet daher mit Ablauf desjenigen Tages der vorhergehenden Woche oder Wochen, welcher durch seine Benennung dem Abgabetermin entspricht. Die Frist berechnet sich wie folgt:

Beispiel: Abgabetermin der Arbeit am Dienstag, den 22.06.2010, Fristende für Verlängerungsantrag am Dienstag, dem 15.06.2010.

Verschulden von Vertretern und/oder das Verspätungsrisiko für die Abgabe des Antrages an unzuständiger Stelle trägt der Prüfling.

Beispiel: Studierende/r gibt den Antrag bei der oder dem Prüfenden ab, die oder der den Antrag (sofort / mit Verzögerung) weiterleitet, so dass dieser verspätet bei der oder dem Prüfungsausschuss-Vorsitzenden eingeht.

<sup>151</sup> vgl. VG Karlsruhe, Urteil v. 03.05.2006 – 7 K 1243/05

<sup>152</sup> Siehe dazu Kapitel 5, Punkt A. 1. b), S. 75 f.

### c) Verlängerung der Bearbeitungszeit wegen Prüfungsunfähigkeit

Zudem verlängert sich die Bearbeitungsfrist im Krankheitsfall um die Dauer der Prüfungsunfähigkeit, wenn Studierende aufgrund von Krankheit die Arbeit nicht fristgemäß abliefern können. Dazu muss die krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit **unverzüglich** geltend gemacht und mittels ärztlichen Attestes durch Vorlage beim Bereich Prüfungswesen nachgewiesen werden. „Unverzüglich“ bedeutet sofort, nachdem die Krankheit erkannt wurde, spätestens innerhalb von 3 Werktagen.

Hinweis: Gleiches gilt für die Krankheit eines überwiegend allein betreuten Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen.

### 3. Form

Sofern dies bislang in den Prüfungsordnungen noch nicht enthalten ist, sehen die Rahmenprüfungsordnungen eine regelmäßige Beschränkung der **Seitenzahlen** der Bearbeitung vor.

Beispiel: § 22 Abs. 9 Bachelor-/Master-RPO: „Die Bachelor-/Master-Arbeit **soll** in der Regel xx bis xx Seiten umfassen. Notwendige Detailergebnisse können gegebenenfalls zusätzlich in einem Anhang zusammengefasst werden.“

Die „Soll“-Vorschrift ist eine Ordnungsvorschrift, d.h. die Studierenden sollen in der Regel die Seitenzahlen einhalten, aber bei Über- oder Unterschreitung der Seitenzahlen ist keine zwingende Sanktion vorgesehen. Vielmehr kann der oder die Prüferin entscheiden, ob sie oder er den Formverstoß als begründet betrachtet oder negativ in die Bewertung einbeziehen möchte.

Die Arbeiten sind gewöhnlich in **deutscher Sprache**, in einer allgemein vom Prüfungsausschuss oder in einer im Einzelfall akzeptierten Fremdsprache abzufassen.

Beispiel: Englisch allgemein akzeptiert oder Französisch bei Masterarbeit im Studiengang „Französische Sprache und Kultur“.

Nur in begründeten Fällen kann die Arbeit als Gruppenarbeit zugelassen werden. Dann muss aber die individuelle Leistung jeder oder jedes einzelnen Studierenden durch objektive Kriterien deutlich voneinander abgegrenzt und derart zu bewerten sein.

Beispiel: Trennung nach Abschnitten oder Seitenzahlen.

Die Gruppen dürfen nicht größer als 4 Personen sein und es muss ausgeschlossen werden können, dass Studierende durch die Leistungen der anderen Prüflinge erfolgreich durch die Prüfung „geschleust“ werden.

Schließlich ist in den Prüfungsordnungen festgelegt, dass die Abschlussarbeit beim Prüfungsausschuss in dreifacher Ausfertigung in gedruckter und gebundener Form im DIN-A4-Format einzureichen ist.

Beispiel: § 22 Abs. 8 Bachelor-/Master-RPO: „Die Bachelor-/Master-Arbeit ist [...] in dreifacher Ausfertigung in gedruckter und gebundener Form im DIN A4-Format **sowie** in geeigneter elektronischer Form einzureichen.“

Eine ausdrückliche Rechtsfolge von Formverstößen wie im Falle einer Verfristung sehen die Prüfungsordnungen nicht vor.

Beispiel: Arbeit wird in 3-facher Ausfertigung im Schnellhefter geheftet abgegeben.

Daher scheidet die automatische Sanktion der Bewertung mit „ungenügend“ bzw. „nicht ausreichend“ zunächst aus. Vielmehr kommt es bei der möglichen Rechtsfolge entscheidend auf Sinn und Zweck der verlangten Formalität an.

Beispiel: Die gebundene Form der Arbeit erfüllt hauptsächlich eine Dokumentationsfunktion. Damit soll die Arbeit vollständig, systematisch, zweckmäßig und übersichtlich festgehalten und während der Aufbewahrungsfristen rechtssicher archiviert werden. Nur so ist es in Konfliktfällen als Beweismittel tauglich, weil es wirksam gegen nachträgliche Änderungen geschützt wurde.

Anschließend ist zu prüfen, wie schwerwiegend sich der Formverstoß im Hinblick auf den Zweck der Formalität ausgewirkt hat.

Beispiel: Die gehefteten losen Blätter der Abschlussarbeit sind trotz Durchnummerieren der Seiten nachträglich austauschbar und veränderlich. Mit Abgabe der Arbeit geht diese in die Sphäre der Fakultät über. Damit ist eine anschließende Änderung durch die oder den Bearbeiter/in oder Dritte höchst unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen. Eine angemessene Rechtsfolge ist zum einen, dass bei derart eingereichten Abschlussarbeiten die Nachweispflicht für die Vollständigkeit der Bearbeitung auf die oder den Studierenden übergeht.<sup>153</sup>

Die Rechtsfolge des Formverstoßes bzw. der Formverstöße darf nicht unverhältnismäßig sein.

Beispiel: Im Fall eines Verstoßes gegen das Schriftformerfordernis wird nur der Teil der Abschlussarbeit in die Gesamtbewertung der Arbeit einbezogen, der in Schriftform vorliegt. Der auf einer Diskette beigefügte restliche Hauptteil der Arbeit mangels Schriftform dagegen nicht.<sup>154</sup>

Nur sehr erhebliche Formfehler oder die Summe aller Formfehler können den Gesamterfolg vernichten.

Beispiel: Arbeit nur teilweise schriftlich vorliegend, im Schnellhefter abgeheftet und elektronische Version fehlt ganz.

Schließlich ist wie stets der prüfungsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz zu berücksichtigen. Wenn sämtliche Ausfertigungen einer Arbeit nur geheftet abgegeben werden, liegt die Vermutung nahe, dass die oder der Studierende einen Zeitvorteil gegenüber anderen Prüflingen hatte, die die Bearbeitung rechtzeitig genug beenden mussten, um ihre Arbeit zu gewöhnlichen Ladenöffnungszeiten binden zu lassen. Ist also wahrscheinlich, dass Studierende den Formverstoß begehen, um die Abgabefrist einhalten zu können, ist auch dies bei der Abwägung zu berücksichtigen.

<sup>153</sup> vgl. OVG NW, Beschluss v. 15.07.2009 – 14 A 2256/08

<sup>154</sup> VG Frankfurt, Urteil v. 15.04.1989 – V/3 E 2023/87

Beispiel: Arbeit wird am letzten Tag der Bearbeitungsfrist in den Nachbriefkasten geworfen.

Der zu vermutende Zeitvorteil sollte bei der Benotung berücksichtigt werden, indem die Bewertung (je nach Schwere des Verstoßes) um ein bis zwei Stufen zurückgestuft wird.

### III. Plagiate / Täuschungsversuche

#### 1. Eidesstattliche / schriftliche Versicherung bei der Abgabe der Arbeit

Verstöße gegen das Zitiergebot, die Verwendung von Plagiaten oder Täuschungsversuche durch Studierende bei der Erstellung der Abschlussarbeiten nehmen zu. Die Kontrolle ist schwierig, vor allem da die Vielfalt und ständigen Änderungen der Angebote des Internets kaum nachvollziehen lassen, welche Texte eigenen geistigen Ursprungs sind und welche im schlimmsten Fall per „copy and paste“ übernommen und eingefügt wurden.

Daher kann die Prüfungsbehörde verlangen, dass die Studierenden bei der Abgabe der Abschlussarbeiten schriftlich oder schriftlich **an Eides statt** versichern, ihre Arbeit bzw. den entsprechend gekennzeichneten Anteil einer Gruppenarbeit selbständig verfasst und nur die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt und Zitate kenntlich gemacht zu haben.

**Wichtig:** Nur auf diese Erklärung bezieht sich die Erklärungs- und Wahrheitspflicht der Studierenden. Damit blieben darüber hinausgehende Erklärungen folgenlos.

Eine Verpflichtung zur Abnahme der Eidesstattlichen Versicherung besteht also nicht. Weil im Falle einer Eidesstattlichen Versicherung schon leichte Verstöße dagegen eine strafbare Handlung (§ 156 StGB) darstellen, die mit Geld- und sogar Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bedroht ist, sollte davon nur in Ausnahmefällen wie in schweren oder Wiederholungsfällen Gebrauch gemacht werden.

Als weniger einschneidendes Mittel ist daher die entsprechende schriftliche Erklärung zu bevorzugen. Dies wurde entsprechend in den Regelungen der Rahmenprüfungsordnungen so festgelegt (§ 22 Abs. 10 der Bachelor-/Master-RPO).

#### 2. Kontrolle

Inzwischen wurden kostenlose und lizenzpflichtige Computer-Programme entwickelt, die die Texte der Abschlussarbeiten mit Texten aus dem Internet abgleichen.

Eine Auflistung der getesteten Programme findet sich bei

<http://www.urheberrecht.justlaw.de/plagiate-finden.htm> oder

<http://plagiat.htw-berlin.de/software/> (Frau Prof. Dr. Debora Weber-Wulff von der HTW Berlin).

Dabei wird die als Datei mitgelieferte Version der Arbeit und darin enthaltene, markante Textpassagen der Arbeit mit Texten in den Suchmaschinen des Internets abgeglichen. Werden diese Passagen so oder in leicht abgewandelter Form im Internet gefunden, so wird ein Protokoll geliefert mit der Aufführung der Links, unter denen der abgegliche Text im Internet gefunden wurde. Daher ist noch die „Nacharbeit“ dahingehend erforderlich, dass die Arbeit mit den Texten der angegebenen Webseiten tatsächlich abgeglichen werden muss, um die Plagiate nachweisen zu können, insbesondere da sämtliche Übereinstimmungen angegeben werden, auch solche, die vom Verfasser der Arbeit ordentlich zitiert wurden.

Bei den lizenzpflichtigen Programmen (z.B. „[Plagiarismfinder](#)“) werden verschiedene Versionen angeboten: die von einem Arbeitsplatz (CD-Rom) oder mehreren Arbeitsplätzen (USB-Stick) genutzt werden können. Der Erwerb der letzteren Variante durch die Fakultät zur Nutzung für mehrere Lehrstühle dürfte sich wirtschaftlich und zur Abschreckung vor Erstellung von Plagiaten auch lohnen.

Wer keine kostenpflichtigen Plagiatfinder-Lizenzen erwerben will, kann auch selbst suchen auf Hausarbeiten-Datenbanken oder durch in Anführungszeichen gesetzte markante Textstellen der Arbeit in Suchmaschinen.

Gute Tipps zur Kontrolle, ob Plagiate vorliegen sind hier zu finden:

<http://lehrerfortbildung-bw.de/sueb/recht/weit/plagiate/vorg.htm>

<http://plagiat.htw-berlin.de/html/websites.html> bzw.

[http://plagiat.htw-berlin.de/ff/startseite/fremde\\_federn\\_finden](http://plagiat.htw-berlin.de/ff/startseite/fremde_federn_finden).

**Wichtig:** Werden Plagiate entdeckt, ist die Prüfungsbehörde nachweispflichtig, dass der Studierende getäuscht hat. Dementsprechend sind die Beweise der Täuschungshandlung zu sichern, d.h. die Original-Arbeit, vor allem, wenn sich um ein Einzelexemplar handelt, darf nicht an den Studierenden zurückgereicht werden.

### 3. Maßnahmen

#### a) Benotung der Arbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0)

Wird eine nicht nur vereinzelt auftretende<sup>155</sup> Übereinstimmung von Textstellen und Passagen der Arbeit mit Texten aus dem Internet festgestellt, ohne die Quellen oder Zitate anzugeben, so liegt eine „Täuschung“ vor, die die Bewertung der Leistung mit „nicht ausreichend (5,0)“ zur Folge hat.

Beispiel: Quellen sind genau angegeben, aber wörtliche Zitierungen der Textpassagen wurden nicht gekennzeichnet.

Zunächst muss die Prüfungsbehörde dem Studierenden die von ihr angenommene Täuschungshandlung nachweisen. Allerdings spricht der „Beweis des ersten Anscheins“ für eine Täuschungshandlung, wenn mindestens (teilweise) wörtlich Passa-

<sup>155</sup> VGH BW, Beschluss v. 13.10.2008 – 9 S 494/08

gen der Arbeit aus dem Internet ohne entsprechende Kennzeichnung übernommen wurden. Anschließend obliegt dem Studierenden der Entlastungsnachweis.

Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens steht es dem Prüfungsausschuss offen, eigene Feststellungen zu treffen, ob eine „Täuschung“ vorliegt.

Die Feststellung, wie viele Fremdstellen ohne ausreichende Kennzeichnung übernommen wurden und die rechtliche Einordnung des festgestellten Sachverhalts unter dem Begriff der „Täuschung“ erfordert weder besondere Fachkenntnisse auf dem einschlägigen Gebiet der Wissenschaft noch eine herausgehobene Stellung des Beurteilers in der Wissenschaft. Die Feststellung der „Täuschung“ setzte keine prüfungsspezifischen Wertungen im Rahmen eines prüfungsrechtlichen Bewertungsspielraums voraus.<sup>156</sup>

**Wichtig:** Daher ist auch unerheblich, ob die oder der Korrektor/in einer Plagiats-Arbeit die Prüferqualifikationen erfüllt. Der Prüfungsausschuss darf dennoch auf die Darlegungen der Korrektorin oder des Korrektors zurückgreifen.<sup>157</sup>

Die Feststellung über das Vorliegen einer Täuschung ist anschließend gerichtlich voll überprüfbar.

## b) Geldbuße

Stellt sich heraus, dass vorsätzlich gegen die Bestimmungen der Prüfungsordnung über Täuschungen, worunter auch Plagiate fallen, verstoßen wurde, so liegt eine Ordnungswidrigkeit vor, die mit einer Geldstrafe bis zu 50.000,00 EUR belangt werden kann, § 63 Abs. 5 S. 2 Lit. a) HG.

Hinweis: Die Höhe der Geldbuße richtet sich nach der Schwere der Täuschungshandlung, den wirtschaftlichen Verhältnissen der Studierenden und dem wirtschaftlichen Vorteil, den die Studierenden durch die Täuschungshandlung hatten. Die Festlegung liegt im Ermessen der Kanzlerin oder des Kanzlers, die oder der für die Verfolgung und Ahndung dieser Ordnungswidrigkeiten zuständig ist. Problematisch dürfte jedoch ohnehin die Vollstreckung der Geldbuße sein.

In diesen Fällen ist aber zunächst durch den jeweiligen Prüfungsausschuss der Sachverhalt aufzuklären und die oder der Studierende vorab zu dem Vorwurf anzuhören. Kommt der Prüfungsausschuss zu dem Ergebnis, dass eine Ordnungswidrigkeit vorliegt, so sollte schon allein aus generalpräventiven Gründen über das Dekanat der Fakultät ein Gesuch an die Kanzlerin oder den Kanzler gerichtet werden, die Täuschungshandlung mit einer Geldbuße zu sanktionieren.

<sup>156</sup> BayVGh, Urteil v. 4.4.2006 – 7 BV 05.388; VG Augsburg, Urteil vom 24.04.2009 – Au 3 K 09.10

<sup>157</sup> VG Augsburg, Urteil vom 24.04.2009 – Au 3 K 09.10

### c) Ausschluss von weiteren Prüfungsleistungen

Hat die oder der Studierende zusätzlich zur Abschlussarbeit noch weitere Prüfungsleistungen zu erbringen, so kann in schwerwiegenden Fällen der Täuschung der Prüfungsausschuss die Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen in dem Studiengang ausschließen.

Beispiel: § 25 Abs. 4 S. 3- 5 Bachelor./Master-RPO: „Eine Studierende oder ein Studierender, der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtführenden nach Abmahnung von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierende oder den Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.“

Zu schwerwiegenden Störungen des Prüfungsablaufs gehören auch wiederholte und/oder schwerwiegende Täuschungshandlungen von Studierenden, z.B. durch Erstellung von Plagiaten in unterschiedlichen Prüfungsfächern.

### d) Exmatrikulation

Bei der wiederholten oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungshandlungen kann die oder der Studierende zudem exmatrikuliert werden.

Beispiel: Die vollständige Arbeit stellt ein Plagiat dar bzw. auch die Abschlussarbeit im Wiederholungsversuch enthält ungekennzeichnete Textpassagen.

Auch eine solche Entscheidung des Prüfungsausschusses ist mit der Darlegung des Sachverhalts (nach Anhörung der oder des Studierenden) und ausführlicher Begründung an die Kanzlerin oder den Kanzler der UDE zu richten mit der Bitte um Vollzug.

## IV. Notenübermittlung

### 1. Frist

Das Bewertungsverfahren für die Arbeit ist regelmäßig innerhalb einer bestimmten, nach der Prüfungsordnung festgelegten Frist, abzuschließen. Diese variiert zwischen 6 und 8 Wochen. Davon kann nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden, die aktenkundig zu machen sind, § 22 Abs. 14 Bachelor-/Master-RPO.

Beispiel: Längere Krankheit der Erstprüferin oder des Erstprüfers.

Anschließend ist dem Bereich Prüfungswesen die Benotung unverzüglich, d.h. sofort mitzuteilen.

### 2. Form

Die Benotung ist dem Bereich Prüfungswesen schriftlich mitzuteilen, § 22 Abs. 14 S. 2 Bachelor-/Master-RPO. Eine E-Mail erfüllt das Schriftformerfordernis nicht.

Weil ohnehin die vergebenen Noten regelmäßig aus den schriftlichen Gutachten zur Bewertung der Arbeit hervorgehen, die dem Bereich Prüfungswesen übersandt werden, wird das Schriftformerfordernis damit eingehalten.

## B. Abschlussdokumente

Für die universitären Abschlussdokumente wurden für alle Fakultäten einheitliche Formulare erstellt, die sich in Gestaltung und Art des Papiers entsprechen.

### I. Zeugnis

Nach bestandener Bachelor-/Master-/Diplomprüfung erhalten die Studierenden ein Zeugnis in deutscher und englischer Sprache, § 32 Abs. 1 Bachelor-/Master-RPO).

Das Zeugnis enthält neben Angaben zur Universität und Fakultät sowie persönlichen Angaben der Absolventen auch Angaben zum erfolgreich abgelegten Studium wie folgt:

- Bezeichnung des **Studiengangs**,
- Bezeichnung der absolvierten **Module** mit den jeweiligen Credits,
- Thema und Note der **Abschlussarbeit** mit Credits (und ECTS-Grad),
- **Gesamtnote** mit Credits (und ECTS-Grad),
- Datum des Tages der **letzten Prüfungsleistung**.

**Wichtig:** Sind Übersetzungen der Modul- bzw. Prüfungsbezeichnungen in die englische Sprache notwendig, so ist der Bereich Prüfungswesen zu kontaktieren. Dieser beauftragt dafür entweder ein außeruniversitäres Übersetzungsbüro oder innerhalb der Universität eine/n kompetente/n Fachübersetzer/in.

Auf Antrag der Studierenden können zudem aufgenommen werden:

- Ergebnisse absolvierter Zusatzprüfungen,
- benötigte Fachstudiendauer.

Die Ergebnisse der Zusatzprüfungen fließen nicht mit in die Gesamtnote ein.

Der ECTS-Grad muss nach europarechtlichen Vorgaben nicht zwingend in Buchstaben „A“ – „F“ dargestellt werden, da sich dieses System als unpraktikabel erwies und nur schwerlich in die unterschiedlichen europäischen Benotungssysteme aufzunehmen war. Zudem kommt es zu Verwechslungen mit dem amerikanischen Notensystem.

### II. Transcript of Records

Als Anlage zum Zeugnis kann ein Transcript of Records ausgestellt werden, das sämtliche Prüfungen und die entsprechenden Prüfungsnoten dazu ausweist.

Beispiel: Modulteilprüfungen, Zusatzprüfungen.

### III. Diploma Supplement

Das Diploma Supplement wird ebenfalls in deutscher und englischer Sprache ausgestellt, enthält aber anders als das Zeugnis nur die Gesamtnote. In die Gesamtnote fließen die Noten der Zusatzprüfungen nicht ein.

**Wichtig:** Zudem sind im Falle der Anrechnung von beruflichen Qualifikationen, die außerhalb des Hochschulwesens erworben wurden, Informationen über Umfang und Art dieser angerechneten Ersatzleistungen aufzunehmen.<sup>158</sup>

Daneben sind allgemeine Angaben zum Studiengang, zur Art des Abschlusses sowie zur UDE enthalten. Schließlich enthält das Diploma Supplement detaillierte Informationen zu den erbrachten Leistungen, den erworbenen Credits und zum Bewertungssystem.

Anstelle der Angabe des ECTS-Grades werden dazu Referenzgruppen gebildet.

Beispiel: Kohorte von 50 Absolventinnen und Absolventen eines Studienganges.

Von diesen Referenzgruppen werden die Abschlussergebnisse über einen Zeitraum von mindestens 2 Jahren gesammelt und prozentual entsprechend der einzelnen Notenstufen unterteilt.

Beispiel: Nationale Hochschule A: 5,15 % der Absolventen mit der Gesamtnote „1,0“; 5,5 % der Absolventen mit der Gesamtnote „1,3“; 8,55 % mit Gesamtnote „1,7“; etc.

Diese Auflistung der prozentualen Abstufungen sollen nach dem ECTS-User-Guide 2009 in das Diploma Supplement bzw. Transcript of Records aufgenommen werden, um im Falle der Fortsetzung des Studiums an einer anderen Hochschule der aufnehmenden Hochschule die Benotungen anzuzeigen und eine Umrechnung ins eigene Benotungssystem zu ermöglichen.

Beispiel: Ausländische Hochschule B: Abstufungen der Noten im Bereich 1 – 5; ab Note 1 ist die Prüfung bestanden = 100%; 10,38 % der dortigen Absolventen mit der Gesamtnote „5“; Damit wäre Absolvent/in der abgebenden Hochschule A mit der Gesamtnote „2,3“ an der aufnehmenden Hochschule B mit der Note „3“ einzustufen, weil sie/er nicht zu den 25,45 % Besten der Absolventen an ihrer/seiner Hochschule A gehörte, sondern „nur“ zu den 40,41 % Besten.

<b>sehr gut</b>	1,0	5,15 %	5,15 %	<b>5</b>	10,38 %	10,38 %
	1,3	5,50 %	10,65 %			
<b>gut</b>	1,7	8,55 %	19,20 %	<b>4</b>	15,31 %	25,69 %
	2,0	10,88 %	30,08 %			
	2,3	10,33 %	40,41 %			
<b>befriedigend</b>	2,7	11,92 %	52,33 %	<b>3</b>	25,45 %	51,14 %
	3,0	12,39 %	64,72 %			
	3,3	10,83 %	75,55 %			

<sup>158</sup> [Beschluss](#) der KMK vom 18.09.2008, Punkt 3.1.3.

<b>ausreichend</b>	3,7	11,18 %	86,73 %	<b>2</b>	24,89 %	76,03 %
	4,0	13,27 %	100%			
Nicht bestanden	5,0			<b>1</b>	23,97 %	100 %
				0		
<b>National</b>		<b>Prozent</b>	<b>Summe</b>	<b>Ausland</b>	<b>Prozent</b>	<b>Summe</b>

Andererseits soll aber bei der Einstufung insbesondere hinsichtlich der Stellen nach dem Komma großzügig gerundet werden.

Beispiel: Absolvent/in der nationalen Hochschule A mit der Gesamtnote „1,3“ soll dennoch an der Hochschule B mit der Gesamtnote „5“ eingestuft werden, weil die Abweichung zwischen den Anteilen der besten Absolventen von 10,65 % und 10,38 % nur minimal ist.<sup>159</sup>

#### IV. Urkunde

Nach Bestehen der Prüfungen des Bachelor-/Master-/Magister- oder Diplomstudienganges erhält die oder der Studierende eine Urkunde in deutscher und englischer Sprache, in der der erlangte akademische Grad ausgewiesen wird, § 33 Bachelor-/Master-RPO (gemäß [§ 19 Abs. 6 HRG](#) in englischer Fassung auf entsprechenden Antrag). Die Urkunde wird von der oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden unterschrieben und von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät, die den akademischen Grad verleiht.

Hinweis: Um die Unterschriften auf den Urkunden sicherzustellen, sollte der Bereich Prüfungswesen über geplante längere Abwesenheiten der Prüfungsausschussvorsitzenden oder Dekane vor Ende des Semesters informiert werden, um die notwendigen Unterschriften gegebenenfalls vorher einzuholen.

<sup>159</sup> Aus dem Vortrag des Henning Rockmann, Universität Magdeburg, Bologna-Experte des DAAD zum Thema „Anrechnung in der Praxis – Hilfestellung zum ECTS-Users` Guide“

## **10. Kapitel: Zulassungs- und Eignungsfeststellungsverfahren sowie Zugangsprüfungen für in der beruflichen Bildung Qualifizierte**

### **A. Zulassungs- und Auswahlverfahren**

#### **I. Allgemeines**

In **zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen** kann ein Auswahlverfahren der Bewerbenden durchgeführt werden. Die Zulassung kann beschränkt werden, wenn erwartet wird, dass potentiell geeignete Bewerbende auf einen Studiengang die Zahl der vorhandenen Studienplätze deutlich übersteigen wird und damit die Ausbildung der bereits eingeschriebenen Studierenden gefährdet ist. Dann kann ein Numerus Clausus (NC) - Verfahren beantragt werden.

Ein Muster der dafür notwendigen Rechtsgrundlage in Form einer Zulassungsordnung, in der die Universität die objektiven Kriterien für die Auswahl festlegt, findet sich in Anlage 4 zur Masterrahmenprüfungsordnung (im Folgenden: ZulassungsO).

#### **II. Auswahlkommission**

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens ist zunächst der jeweilige Prüfungsausschuss des Masterstudienganges zuständig, § 2 Abs. 2 ZulassungsO. Für das Auswahlverfahren bestellt der Prüfungsausschuss eine Auswahlkommission, die das Auswahlverfahren förmlich durchführt und die erforderlichen Einzelfeststellungen trifft, § 2 Abs.2 ZulassungsO.

Die Auswahlkommission kann sowohl für Zulassungs- und Auswahlverfahren als auch ggf. für Eignungsfeststellungsverfahren zuständig sein.

Die Auswahlkommission besteht aus wenigstens 3 Mitgliedern:

- ein/e Hochschullehrer/in als Vorsitzende/r der Auswahlkommission,
- ein/e Hochschullehrer/in als weiteres Mitglied,
- ein/e akademische/r Mitarbeiter/in als weiteres Mitglied.

Für die oder den Vorsitzenden ist zudem eine Stellvertretung zu bestellen. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt ein Jahr, wobei die Wiederwahl zulässig ist.<sup>160</sup>

Die Auswahlkommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder, darunter die oder der Vorsitzende oder die oder der Stellvertretende, anwesend sind. Beschlossen wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

<sup>160</sup> Siehe zur Wahl der Kommission durch den Prüfungsausschuss Kapitel 2, Punkt C. III., 4.a), S. 39

### III. Verfahren

Voraussetzung für die Zulassung zum Auswahlverfahren ist

- der erfolgreiche Abschluss
    - eines entsprechenden Bachelorstudienganges an der UDE mit einer Gesamtnote von wenigstens „X,X“ (abhängig von der jeweiligen Zulassungsordnung) oder
    - eines gleichwertigen oder vergleichbaren Studienganges oder
  - das erfolgreiche Studium eines entsprechenden Bachelorstudienganges mit einer Durchschnittsnote von mindestens „X,X“ und erlangten 150 Credits,
  - ein Nachweis hinreichender deutscher Sprachkenntnisse bzw. ggf. einer geforderten Fremdsprache mit der Niveaustufe A 2 des GER<sup>161</sup>,
  - ggf. die Ableistung eines Fachpraktikums oder einer entsprechenden Vorbildung
- sowie
- ein Bewerbungsschreiben,
  - ein handschriftlicher Lebenslauf,
  - ggf. ein Motivationsschreiben bzw. fachspezifische Unterlagen.

Über die Gleichwertigkeit der Studiengänge entscheidet der Prüfungsausschuss. Dies kann auf die Auswahlkommission delegiert werden. Als gleichwertig wird in der Regel anerkannt:

- ein mindestens 3-jähriger einschlägiger Studiengang mit einem berufsqualifizierenden Abschluss dieser Fachrichtung und einem Arbeitsaufwand von 180 Credits einer inländischen Hochschule oder
- ein einschlägiger Abschluss einer ausländischen Hochschule, sofern kein wesentlicher Qualitätsunterschied nachgewiesen werden kann.

Die Unterlagen der Bewerbenden zum Auswahlverfahren sind bis zu einer bestimmten Ausschlussfrist, z.B. 15. Januar für die Aufnahme zum Sommersemester und 15. Juli für die Aufnahme zum Wintersemester, an den Bereich Einschreibewesen zu übersenden. Dort werden die Bewerbungen auf form- und fristgerechten Eingang, Vollständigkeit sowie im Hinblick auf die vorgegebenen Zulassungsvoraussetzungen überprüft. Bewerbende, die die Zulassungsvoraussetzungen schon nicht erfüllen, erhalten darüber vom Bereich Einschreibewesen einen **schriftlichen Bescheid** mit Rechtsbehelfsbelehrung.

**Wichtig:** Übersteigt die Anzahl der ordentlichen Bewerbenden nicht die vorhandenen Studienplätze, sind diese ohne weitere Auswahlkriterien zuzulassen. Ein Auswahlgespräch ist dann nicht notwendig.

Vielmehr erhalten die Bewerberinnen und Bewerber einen **schriftlichen Zulassungsbescheid**, in dem sie unter Fristsetzung aufgefordert werden, schriftlich zu erklären, ob sie den Studienplatz annehmen. Geht diese Erklärung der Bewerbenden nicht form- oder fristgemäß ein, wird der Zulassungsbescheid unwirksam. Darauf sind sie in dem Zulassungsbescheid hinzuweisen.

---

<sup>161</sup> Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen.

Übersteigt die Bewerberzahl dagegen die vorhandenen Studienplätze, werden Auswahlgespräche durchgeführt. Die **Einladung** zum Auswahlgespräch erfolgt durch die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich mit einer Frist von wenigstens 7 Tagen, für ausländische Bewerbende je nach Aktenlage.

#### Formulierungsvorschlag (26)

Die Vergabe der Studienplätze richtet sich dann nach einer Rangliste, auf der die Position maßgeblich von der Note des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses abhängig ist. Bei gleichem Rang entscheidet das Los.

Die Abschlussnote und damit die Position auf der Rangliste kann nach weiteren Kriterien – je nach konkreter Zulassungsordnung - verbessert werden:

- bei einschlägiger Berufsausbildung oder Berufstätigkeit um 0,3 Notenpunkte je Semester bis auf 1,8 Notenpunkte,
- durch besondere Gewichtung der Einzelnoten der Qualifikation für das Studium, die über die fachliche Eignung Auskunft geben,
- die Prüfung der studiengangsbezogenen Eignung,
- nach dem **Ergebnis des Auswahlgesprächs** über die Motivation und Identifikation mit dem gewählten Studiengang,
- aufgrund der Kombination der vorgenannten Kriterien.

Die Auswahlgespräche werden als nicht-öffentliche Einzelgespräche von nicht weniger als 30 Minuten Dauer durch die Auswahlkommissionen durchgeführt, bewertet und protokolliert.

#### Formulierungsvorschlag (27)

Die Kriterien der Auswahlgespräche sind in der entsprechenden Zulassungs- und Auswahlordnung zuvor eindeutig festzulegen.

Bewerbende, die nach den Auswahlgesprächen zugelassen werden können, erhalten einen **schriftlichen Zulassungsbescheid**, in dem sie unter Fristsetzung aufgefordert werden, schriftlich zu erklären, ob sie den Studienplatz annehmen. Geht die Erklärung nicht form- oder fristgemäß ein, wird der Zulassungsbescheid unwirksam. Darauf sind sie in dem Zulassungsbescheid hinzuweisen.

#### Formulierungsvorschlag (28)

Können Bewerbende nach den Auswahlgesprächen nicht zugelassen werden, erhalten sie einen **Ablehnungsbescheid**, in dem der erreichte Ranglistenplatz und der Ranglistenplatz der oder des zuletzt zugelassenen Bewerberin oder Bewerbers aufgeführt sind. Der Bewerbende wird mit dem Bescheid aufgefordert, schriftlich zu erklären, ob der Zulassungsantrag für ein Nachrückverfahren aufrecht erhalten wird. Geht die Erklärung nicht form- und fristgerecht ein, ist die Bewerberin oder der Bewerber vom Nachrückverfahren ausgeschlossen, worauf sie oder er im Bescheid hinzuweisen ist.

#### Formulierungsvorschlag (29)

Das Nachrückverfahren wird anschließend entsprechend der nicht ausgeschlossenen Teilnehmer/innen der Rangliste durchgeführt. Die Zulassungsverfahren enden spätestens – je nach Ordnung – z.B. 2 Wochen nach Semesterbeginn. Danach verfügbare Plätze werden durch Los vergeben.

Erfolgte die Zulassung aufgrund des vorläufigen Zeugnisses, kann die Einschreibung in den Masterstudiengang nur erfolgen, wenn das Abschlusszeugnis über den ersten berufsqualifizierenden Abschluss spätestens bis zum Abschluss des Zulassungsverfahrens nachgereicht wird.

Das Auswahlverfahren ist unbegrenzt wiederholbar.

## **B. Eignungsfeststellungsverfahren**

### **I. Allgemeines**

Die Prüfungsordnungen können zudem bestimmen, dass neben den allgemeinen Zugangsvoraussetzungen zum Studium studiengangsbezogene besondere Vorbildungen, sonstige Eignungen oder praktische Tätigkeiten nachzuweisen sind, [§ 49 Abs. 5 HG](#).

Soll die Zulassung z.B. zu Masterstudiengängen, nicht ausschließlich aufgrund von Bewerbungsunterlagen erfolgen, so kann eine Eignungsprüfung der Kandidatinnen und Kandidaten durchgeführt werden. Dies gilt sowohl für zulassungsbeschränkte als auch für zulassungsfreie Studiengänge.

Das Eignungsfeststellungsverfahren bedarf einer speziellen Rechtsgrundlage in Form einer Eignungsprüfungsordnung, in der die objektiven Kriterien für die Eignungsprüfung und das Eignungsfeststellungsverfahren festgelegt sind. Ein Muster dieser Ordnung findet sich in Anlage 3 zur Masterrahmenprüfungsordnung.

### **II. Auswahlkommission**

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Eignungsprüfung ist der Prüfungsausschuss eines Masterstudienganges zuständig. Für die Feststellung der besonderen Eignung bestellt der Prüfungsausschuss eine Auswahlkommission, die die erforderlichen Einzelfeststellungen für die Zulassung zur Eignungsprüfung sowie zur besonderen Eignung trifft.

Die Auswahlkommission besteht aus wenigstens 3 Mitgliedern:

- ein/e Hochschullehrer/in als Vorsitzende/r der Auswahlkommission,
- ein/e Hochschullehrer/in als weiteres Mitglied,
- ein/e akademische/r Mitarbeiter/in als weiteres Mitglied.

Für die oder den Vorsitzenden ist zudem eine Stellvertretung zu bestellen. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt ein Jahr, wobei die Wiederwahl zulässig ist.<sup>162</sup>

Die Auswahlkommission kann sowohl für Eignungsfeststellungsverfahren als auch für Zulassungs- und Auswahlverfahren zuständig sein.

Die Auswahlkommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder, darunter die oder der Vorsitzende oder die oder der Stellvertretende, anwesend sind. Beschlossen wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

### III. Verfahren

Voraussetzung für die Zulassung zur Eignungsprüfung ist

- der erfolgreiche Abschluss
    - eines entsprechenden Bachelorstudienganges an der UDE mit einer Gesamtnote von wenigstens „X,X“ (abhängig von der jeweiligen Zugangsordnung) oder
    - eines gleichwertigen oder vergleichbaren Studienganges oder
  - das erfolgreiche Studium eines entsprechenden Bachelorstudienganges, bei dem zu erwarten ist, dass ein erfolgreicher Studienabschluss vor der gewünschten Aufnahme in den Master-Studiengang sehr wahrscheinlich ist,
  - ein Nachweis hinreichender deutscher Sprachkenntnisse bzw. ggf. einer geforderten Fremdsprache mit der Niveaustufe A 2 des GER<sup>163</sup>,
  - ggf. die Ableistung eines Fachpraktikums oder einer entsprechenden Vorbereitung
- sowie
- ein Bewerbungsschreiben,
  - ein handschriftlicher Lebenslauf,
  - ggf. ein Motivationsschreiben bzw. fachspezifische Unterlagen.

Über die Gleichwertigkeit der Studiengänge entscheidet der Prüfungsausschuss. Dies kann auf die Auswahlkommission delegiert werden. Als gleichwertig wird in der Regel anerkannt:

- ein mindestens 3-jähriger einschlägiger Studiengang mit einem berufsqualifizierenden Abschluss dieser Fachrichtung und einem Arbeitsaufwand von 180 Credits einer inländischen Hochschule oder
- ein einschlägiger Abschluss einer ausländischen Hochschule, sofern kein wesentlicher Qualitätsunterschied nachgewiesen werden kann.

Die Unterlagen der Bewerbenden zum Auswahlverfahren sind bis zu einer bestimmten Ausschlussfrist, z.B. 15. Januar für die Aufnahme zum Sommersemester und 15. Juli für die Aufnahme zum Wintersemester, an den Bereich Einschreibewesen zu übersenden. Dort werden die Bewerbungen auf form- und fristgerechten Eingang sowie auf Vollständigkeit überprüft. Die berufene Auswahlkommission sichtet und bewertet schließlich die schriftlichen Bewerbungsunterlagen. Bewerbende, die die

<sup>162</sup> Siehe zur Wahl der Kommission durch den Prüfungsausschuss Kapitel 2, Punkt C. III, 4.a), S. 39

<sup>163</sup> Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen.

Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllen, erhalten darüber von der Auswahlkommission einen **schriftlichen Bescheid** mit Rechtsbehelfsbelehrung.

Hinweis: Aus dem Briefkopf des Bescheids und der Rechtsbehelfsbelehrung muss die zuständige Behörde klar ersichtlich sein. Wurde die Kompetenz zur Durchführung des Eignungsfeststellungsverfahrens also vom Prüfungsausschuss auf die Auswahlkommission delegiert, so ist diese auf dem Bescheid als zuständige Behörde auszuweisen und in der Rechtsbehelfsbelehrung als zuständiger Empfänger der Widersprüche anzugeben.

#### Formulierungsvorschlag (30)

Den Bewerbenden wird innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach Eingang der Bewerbung, spätestens jedoch 2 Wochen vor dem Prüfungstermin mitgeteilt, ob sie zu der Eignungsprüfung zugelassen sind und ggf. der genaue Ort und die Zeit der Eignungsprüfung.

Die besondere Eignung kann durch mündliche Einzelprüfungen und/oder schriftliche Klausuren festgestellt werden. Das konkrete Prüfungsverfahren ist durch die Kommission innerhalb von 2 Wochen nach Bewerbungsschluss festzulegen, das allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines Termins einheitlich zu gewähren ist. Mündliche Prüfungen werden von zwei Mitgliedern der Auswahlkommission abgenommen, Klausuren sind von zwei Mitgliedern der Auswahlkommission zu stellen und zu bewerten. Die Vorgänge der Prüfung sind zu protokollieren.

#### Formulierungsvorschlag (31)

Die Regelungen über Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß und zur Bewertung von Prüfungsleistungen gelten entsprechend.

Abgeprüft werden können nur Kompetenzen, die üblicherweise nicht in einem ersten berufsqualifizierenden Studiengang erworben werden, aber für den Masterstudiengang notwendig sind. Ist ein erster berufsqualifizierender Abschluss in dem angestrebten Masterstudiengang vorhanden, so ist davon auszugehen, dass die notwendigen Fachkenntnisse hinreichend nachgewiesen sind. Daher dürfen in solchen Eignungsprüfungen keine Fachkenntnisse (erneut) abgeprüft werden.

Die Leistungen werden nach dem üblichen Bewertungssystem der Master-Prüfungsordnung benotet. Die besondere Eignung liegt vor, wenn die Gesamtnote wenigstens 4,0 ist. Wird die besondere Eignung zuerkannt, erhalten die Bewerbenden unverzüglich eine **schriftliche Bescheinigung** der Auswahlkommission.

#### Formulierungsvorschlag (32)

Konnte die besondere Eignung nicht festgestellt werden oder gilt sie als nicht festgestellt, erteilt die Auswahlkommission einen **schriftlichen Bescheid** mit Rechtsbehelfsbelehrung.

Unabhängig davon, ob die Zulassung zur Eignungsprüfung aufgrund eines **wahrscheinlich** erfolgreichen Abschlusses des ersten berufsqualifizierenden Studiengan-

ges erfolgte, wird die Einschreibung in den Masterstudiengang tatsächlich erst vorgenommen, wenn mit dem Zulassungsbescheid das Abschlusszeugnis über den ersten berufsqualifizierenden Abschluss und der Antrag auf Einschreibung eingereicht wird.

Die Eignungsprüfung kann im Fall des Nichtbestehens in einem nachfolgenden Verfahren einmal wiederholt werden.

## C. Zugangsprüfungen für in der beruflichen Bildung Qualifizierte

### I. Allgemeines

Gemäß [§ 49 Abs. 6 HG](#) sollen in der beruflichen Bildung qualifizierte Personen auch ohne allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife einen Zugang zum Hochschulstudium erhalten. Mit der Verordnung über den Hochschulzugang für in der beruflichen Bildung Qualifizierte ([Berufsbildungshochschulzugangsverordnung](#)) vom 08.03.2010 wurde in NRW der Zugang neu geregelt.

Eine, dieser landesrechtlichen Verordnung angepasste Regelung<sup>164</sup> (im Folgenden: [ZugangsO](#)) wurde an der UDE am 20. Dezember 2010 erlassen. Die bis dahin existierende [Ordnung](#) der UDE für in der beruflichen Bildung Qualifizierte vom 25. April 2006 trat damit außer Kraft. Die fachspezifischen Regelungen in den Anlagen der bisherigen Ordnung gelten fort, sind jedoch an die neuen gesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Bei Widersprüchen zwischen der Ordnung der UDE und der landesrechtlichen Verordnung gilt die Letztere.

Der Prüfungsausschuss ist vor allem zuständig für den Zugang der Bewerbenden aus Gruppe 3 der nachfolgenden Auflistung.

Je nach vorhandener Vorbildung sind 3 Bewerbergruppen zu klassifizieren. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um Bewerberinnen und Bewerber mit

- Abschluss einer beruflichen [Aufstiegsfortbildung](#) (z.B. Meisterbrief) gem. § 3 ZugangsO,
- Abschluss einer mindestens zweijährigen, fachlich entsprechenden Berufsausbildung und anschließend wenigstens dreijähriger [beruflichen Tätigkeit](#) in dem Ausbildungsberuf gem. § 4 ZugangsO,
- Abschluss einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung und anschließend wenigstens dreijähriger beruflicher Tätigkeit, auch in einem nicht der fachlichen Ausbildung entsprechenden Beruf oder anstelle beruflicher Tätigkeit die hauptverantwortliche und selbstständige Führung eines Familienhaushalts und Erziehung eines minderjährigen Kindes bzw. Pflege eines Angehörigen ([sonstige beruflich Qualifizierte](#)) gem. § 5 ZugangsO.

Kandidatinnen und Kandidaten, die an einer Zugangsprüfung teilnehmen müssen (Bewerbergruppe 3) oder wollen (Bewerbergruppe 1 und 2), müssen sich zunächst schriftlich bis zum 01. April für das darauf folgende Wintersemester oder bis zum 01.

<sup>164</sup> Berufsbildungshochschulzugangsordnung

Oktober für das folgende Sommersemester<sup>165</sup> unter Angabe des gewünschten Studienganges an der UDE beim Bereich Einschreibung mit den entsprechenden Nachweisen bewerben, § 2 Abs. 1 ZugangsO. Für alle anderen gelten die Bewerbungsfristen 15. Juli zum folgenden Wintersemester und 15. Januar zum folgenden Sommersemester.

Der Bereich Einschreibewesen prüft die Unterlagen und Nachweise der Bewerbenden. Erfüllen die Bewerbenden die Voraussetzungen und ist eine Zugangsprüfung notwendig oder erwünscht, werden die Unterlagen vom Bereich Einschreibewesen an den jeweiligen Prüfungsausschuss des angestrebten Studienganges zur Durchführung der Zugangsprüfung übersandt.

## II. Beratungsgespräche

Für alle Bewerbergruppen sind vorab **Beratungsgespräche** durchzuführen, um fehlendes erforderliches fachliches und methodisches Vorwissen der Bewerberin oder des Bewerbers zu ermitteln, das Prüfungsverfahren zu erläutern und ggf. über Möglichkeiten des Ausgleichs zu beraten. Diese Beratungsgespräche werden von den jeweiligen Fakultäten angeboten, können aber entsprechend eines Vorschlages der KLSW hinsichtlich des methodischen Vorwissens von diesen auch auf das Akademische Beratungszentrum (ABZ) übertragen werden.

## III. Zugangsprüfungen

Nur der letztgenannten Bewerbergruppe (sonstige beruflich Qualifizierte) kann eine **Zugangsprüfung** abverlangt werden.<sup>166</sup> Den 2 anderen Bewerbergruppen steht es grundsätzlich frei, an Zugangsprüfungen im Sinne eines freiwilligen Tests teilzunehmen. Die Freiwilligkeit gilt jedoch nicht für Kandidatinnen und Kandidaten der Bewerbergruppe 2 (fachtreue Bewerbende) in Fällen, in denen sie Zugang zu einem Studium erhalten wollen, das nicht ihrer fachlichen Berufsausbildung und/oder beruflichen Tätigkeit entspricht.

Beispiel: Groß- und Außenhandelskauffrau/mann möchte Zugang zum Studium Bauingenieurwesen.

Die Fakultäten können Richtlinien erlassen, welche Berufe und beruflichen Tätigkeiten als „fachnah“ zu den jeweiligen Studiengängen eingestuft werden.

Durch die Zugangsprüfung soll festgestellt werden, ob die Bewerbenden die fachlichen und methodischen Voraussetzungen für das Studium in dem angestrebten Studiengang erfüllen.

### 1. Prüfungskommissionen

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Zugangsprüfung ist der Prüfungsausschuss des angestrebten Studienganges zuständig. Er regelt die fachspezifischen Details der Zugangsprüfungen, § 7 Abs. 3 und 4 ZugangsO. Zur Feststellung der be-

<sup>165</sup> sofern der Studiengang eine Einschreibung in das 1. Fachsemester zum SS vorsieht.

<sup>166</sup> Ausnahme: Studiengang Humanmedizin, für den jedenfalls eine Zugangsprüfung abzulegen ist.

sonderen Eignung bestellt der Prüfungsausschuss Prüfungskommissionen, die jeweils die erforderlichen Einzelfeststellungen zum Vorliegen des Allgemeinwissens, der Studierfähigkeit, jedenfalls aber des fachbezogenen Wissens treffen.

Eine Prüfungskommission besteht aus wenigstens 2 Mitgliedern:

- ein/e Hochschullehrer/in als Vorsitzende/r der Prüfungskommission,
- ein/e Hochschullehrende oder wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in oder Lehrkraft für besondere Aufgaben als weiteres Mitglied.

Sind mehrere Fächer an dem Studiengang beteiligt, so ist aus jedem dieser Fächer ein weiteres prüfberechtigtes Mitglied zu bestellen.

Die Prüfungskommission ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind. Beschlossen wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

## 2. Verfahren

Die Prüfungen weisen in der Regel schriftliche und mündliche Prüfungsteile auf, in denen allgemeines und fachbezogenes Wissen abgeprüft werden soll. Als mögliche Prüfungsformen kommen Klausuren, Facharbeiten, Essays, Frage-/Testbogen oder mündliche Prüfungen oder eine Kombination dieser Möglichkeiten in Betracht.

Beispiel: Schriftliche Prüfungen à 3 oder 4 Stunden in den Bereichen **Deutsch, Mathematik, Englisch** oder **Physik, Mathematik, Chemie** (allgemeines Wissen) und je nach Studiengang mündliche Prüfungen (30 – 45 Min) zu fachbezogenem Wissen.

Die Gewichtung der Ergebnisse der allgemeinen und fachbezogenen Prüfungsergebnisse bestimmt die Fakultät vorab in der Anlage zur ZugangsO der UDE.

Der Prüfungsstoff des allgemeinen Wissens kann sich an den Lehrinhalten der gymnasialen Oberstufe orientieren. Es sollten jedoch keine Inhalte abgeprüft werden, die erst in dem angestrebten Studium vermittelt werden.

Für Prüfungen des allgemeinen Wissens bzw. der Studierfähigkeit könnte nach Vorschlag der KLSW beispielsweise der internetbasierte TestAS (<http://www.testats.de/>) herangezogen werden, der in deutscher und englischer Variante zur Verfügung steht und einige fachspezifische Komponenten bietet. Dafür besteht ein offizielles Testzentrum in Duisburg.

Schriftliche Prüfungen sind von 2 Prüfenden zu bewerten, mündliche (fachbezogene) Prüfungen werden von der jeweiligen Prüfungskommission in Einzelprüfungen abgenommen, protokolliert und bewertet.

Über den Erfolg von verpflichtenden Zugangsprüfungen entscheidet der Prüfungsausschuss bzw. die jeweilige zuständige Prüfungskommission. Die Teilleistungen der Zugangsprüfung werden durch die Prüfer nach dem üblichen Notensystem mit Noten bewertet und eine Durchschnittsnote auf eine Dezimalstelle nach dem Komma errechnet (§ 8 Abs. 1 ZugangsO). Die Zugangsprüfung ist bestanden, wenn sowohl der schriftliche als auch der mündliche Prüfungsteil mindestens mit der Note „ausrei-

chend“ (4,0) bewertet wurden. Über die bestandene Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, dass den Studiengang und die Durchschnittsnote enthält.

#### Formulierungsvorschlag (33)

Mit diesem Zeugnis ist der Prüfling berechtigt, sich um einen Studienplatz im ersten Fachsemester des jeweiligen Studienganges an der hiesigen Hochschule zu bewerben.

**Wichtig:** Wird kein Termin zur Abnahme der Zugangsprüfung oder später als **zwei Monate** nach Ablauf der Bewerbungsfrist gesetzt, so gilt die Prüfung als mit der Note 1,0 bestanden (§ 8 der BerufsbildungshochschulzugangsVO). Bewerbende der Gruppe 3, die die sonstigen Voraussetzungen erfüllen, sind damit auch ohne Zugangsprüfung zur Aufnahme des Studiums berechtigt. Damit wird die Untätigkeit oder verspätetes Handeln der Universität sanktioniert.

Über die nicht bestandene Prüfung, die zweimal wiederholt werden kann, ist ein Ablehnungsbescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung zu erteilen.

#### Formulierungsvorschlag (34)

Eine bestandene Zugangsprüfung darf nicht wiederholt werden, § 12 S. 2 ZugangsO.

Die Prüflinge haben innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Ergebnisse Anspruch auf Akteneinsicht, § 10 ZugangsO. Zudem steht es ihnen frei, Widerspruch gegen die ablehnende Entscheidung beim Prüfungsausschuss einzulegen, § 11 ZugangsO.

Haben Kandidatinnen und Kandidaten der Bewerbergruppe 1 (z.B. Meister/in) und 2 (fachtreue Bewerbende) im Sinne eines freiwilligen Tests an den Zugangsprüfungen teilgenommen, entscheiden sie letztlich selbst über den Erfolg der Zugangsprüfungen, d.h. die Ergebnisse der Zugangsprüfungen haben keinen Einfluss auf ihre vorhandene Zugangsberechtigung zum Studium.

Beispiel: Kandidat/in der Bewerbergruppe 1 (z.B. Tischlermeister/in) nimmt zum Selbsttest freiwillig an den schriftlichen und mündlichen Zugangsprüfungen des Studienganges Bauingenieurwesen teil.

## IV. Probestudium

Schließlich steht allen Bewerbern in nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen die Möglichkeit zu einem **Probestudium** von 2 Semestern offen, nach dessen erfolglosem Ablauf der Anspruch auf Teilnahme an den erforderlichen Prüfungen erlischt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Bewerbergruppen 1 entscheiden über den Erfolg des aufgenommenen Probestudiums selbst. Gleiches gilt für die Bewerbergruppe 2, sofern sie ein Probestudium in einem ihrer Ausbildung und beruflichen Tätigkeit fachlich entsprechenden Studiengang aufgenommen haben. Die UDE ist an diese Entscheidung gebunden.

Beispiel: Groß- und Außenhandelskauffrau/mann, die/der anschließend 5 Jahre in ihrem/seinem Beruf gearbeitet hat, nimmt Probestudium im Studiengang Betriebswirtschaftslehre auf.

Kandidatinnen und Kandidaten der Bewerbergruppe 3 (sonstig beruflich Qualifizierte) können anstelle der Zugangsprüfung das Probestudium wählen. Das Probestudium in Bachelorstudiengängen ist dann erfolgreich, wenn mindestens 20 Leistungspunkte je Probesemester nachgewiesen werden. Bei Erfolg berechtigt dies studiengangsbezogen zur Fortsetzung des Studiums.

## **11. Kapitel: Sonderfälle**

### **A. Ausstellung von Bescheinigungen für die Ausländerbehörde**

Zum Zwecke des Studiums kann ausländischen Studierenden eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, [§ 16 Abs. 1 AufenthaltsgG](#). Sie erhalten die Aufenthaltserlaubnis, wenn sie

- an der UDE für das Studium bereits **zugelassen** wurden oder
- eine **Studienplatzvormerkung** der UDE zum Erlernen der deutschen Sprache nachweisen oder
- eine Bescheinigung der UDE vorweisen, aus der sich ergibt, dass für die Entscheidung über den Zulassungsantrag die persönliche Anwesenheit der Ausländerin oder des Ausländers am Hochschulort Duisburg oder Essen erforderlich ist (Die Bescheinigung muss eine Aussage darüber enthalten, dass der Zulassungsantrag der oder des Betroffenen geprüft worden ist und eine begründete Aussicht auf eine Zulassung besteht) oder
- eine Bestätigung vorweisen über das Vorliegen einer ordnungsgemäßen Bewerbung zur Zulassung zum Studium (Bewerber-Bestätigung).

Wurde eine Aufenthaltserlaubnis für das Studium erteilt, so darf die durchschnittliche Studiendauer an der Hochschule um nicht mehr als 3 Semester überschritten werden.<sup>167</sup>

Zur Kontrolle teilt die Hochschule der Ausländerbehörde auf deren **Anfrage** die durchschnittliche Fachstudiendauer in den einzelnen Studiengängen mit. Zeiten der Studienvorbereitung bleiben jedoch außer Betracht.

Beispiel: Sprachkurse, Studienkollegs, Praktika.

Wird die zulässige Studiendauer überschritten, ist eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nur möglich, wenn die Universität unter Berücksichtigung der individuellen Situation der oder des jeweiligen Studierenden eine Prognose zu den Erfolgsaussichten des weiteren Studienverlaufs abgibt. So soll die Hochschule Angaben dazu machen, ob das Studium bislang ordentlich verlaufen ist, zur voraussichtlichen Dauer des weiteren Studiums und konkret zu den Erfolgsaussichten Stellung nehmen.<sup>168</sup> Bei ausländischen Studierenden ist davon auszugehen, dass die Studienzeit wenigstens das 1 ½ -fache der Regelstudienzeit betragen wird.

Beispiel: Regelstudienzeit des Bachelorstudiengangs 6 Semester, dann ist von einer Studienzeitprognose von 9 Semestern für die oder den ausländischen Studierenden auszugehen.

<sup>167</sup> vorläufige Anwendungshinweise AufenthG, FreizügG/EG, Nummer 16.1.2.4

<sup>168</sup> vorläufige Anwendungshinweise AufenthG, FreizügG/EG, Nummer 16.1.2.5

Ergibt sich aus dieser Mitteilung der Hochschule, dass das Studium nicht innerhalb von zehn Jahren erfolgreich abgeschlossen werden kann, ist die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde abzulehnen.

Konkrete Angaben zu den Erfolgsaussichten eines Studiums kann die Hochschule jedoch nicht abgeben. Allenfalls können die Fakultäten Richtlinien dazu erlassen, welche Angaben gegenüber der Ausländerbehörde getroffen werden. Dazu gehören:

1. das Datum der Einschreibung für den Studiengang,
2. die Zahl der Hochschulse semester,
3. die Zahl der Fachsemester (ohne Zeiten der Studienvorbereitung (z.B. Sprachkurse, Studienkollegs, Praktika),
4. sofern vorhanden, der Stand der bisher erbrachten Leistungen,
5. die durchschnittliche Fachstudiendauer, sofern hierzu Angaben verfügbar sind,

— Hinweis: Die durchschnittliche Studiendauer liegt schon bei inländischen Studierenden zumeist weit über der Regelstudienzeit. Liegen keine Angaben vor, wird empfohlen, die Regelstudienzeit mitzuteilen unter Hinweis darauf, dass die durchschnittliche Fachstudiendauer erfahrungsgemäß länger ist.

6. besondere zu berücksichtigende Umstände/Aspekte wie Studienbeitragsbefreiungen für einzelne Semester mit Angabe des Grundes, Urlaubssemester etc.,
- 7. die voraussichtliche weitere Dauer des Studiums. Dabei werden die bei ordnungsgemäßem Studienverlauf zu erbringenden Leistungen pro Fachsemester zugrunde gelegt, sofern sich aus den Gesamtumständen (dauerhafte Krankheit etc.) nicht etwas anderes ergibt. Diese Angaben sind in der Regel dem Studienverlaufsplan zu entnehmen.

## **B. Ausstellung von Bescheinigungen für das Bundesverwaltungsamt (Bildungskredit)**

— Zudem sind die [Formulare](#) des Bundesverwaltungsamtes vom Prüfungsausschuss bzw. von der oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden auszufüllen, sofern die Studierenden einen Bildungskredit beantragt und bewilligt bekamen.

Relevant und abgefragt von der Hochschule wird vor allem, ob die Studierenden

- die Zwischenprüfung, das Vordiplom oder das Physikum bestanden haben

oder die Leistungen

- des **ersten Ausbildungsjahres** (Bachelorstudiengänge) bzw.
- der **ersten beiden Ausbildungsjahre** (Diplom-, und Masterstudiengänge sowie Staatsexamen) vollständig erbracht haben, wenn eine Zwischenprüfung/ein Vordiplom nicht vorgesehen ist.

Diese Angaben lassen sich den aktuellen Leistungsbescheinigungen der Studierenden entnehmen. Im ersten Bachelorstudienjahr müssen demnach Leistungen von wenigstens 60 Credits erworben worden sein, um diese Voraussetzungen zu erfüllen.

Weitere Voraussetzungen für den Erhalt eines Bildungskredites liegen vor, wenn die Studierenden

- als Vollzeitstudent
- an einer **Hochschule** oder im Ausland an einer der deutschen Hochschule gleichwertigen Ausbildungsstätte immatrikuliert sind,
- volljährig sind bis zu dem Monat, in dem sie 36 Jahre alt werden,
- grundsätzlich nicht über das 12. Hochschulsemester hinaus studieren.

Während eines Urlaubssemesters ist die Gewährung des Bildungskredits grundsätzlich ausgeschlossen, weil weder die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen noch an den Prüfungen verpflichtend ist, sondern nur der Status beibehalten wird. Ausgenommen davon sind Auslandssemester oder Praktika, die im inhaltlichen Zusammenhang mit dem Studium vor Ort stehen. Auch dazu ist eine Bescheinigung der Hochschule auszufüllen.

### **C. Ausstellung von Bescheinigungen für das BAföG - Amt**

Die Prüfungsbehörde ist gegenüber dem BAföG – Amt zur Auskunft und Mitwirkung, u.a. zur Abgabe von Stellungnahmen verpflichtet, §§ 47, 48 BAföGG. So ist auch hier nach Ablauf des 4. Fachsemesters auf einem entsprechenden [Formular](#) Stellung zu nehmen zum bisherigen Studienverlauf sowie eine Erfolgsprognose zum weiteren Studium abzugeben.

Im Rahmen der Stellungnahme ist ggf. zu bestätigen, ob und in welchem Umfang die oder der Studierende die nach der Prüfungsordnung erforderlichen üblichen Leistungen erbracht hat und bis zu welchem Fachsemester unter Berücksichtigung des bisherigen Studienverlaufs mit dem Ende der Ausbildung zu rechnen ist. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass pro Studienjahr 60 Leistungspunkte vergeben werden, also 30 Credits pro Semester. Die Fakultäten sehen jedoch zumeist vor, dass nach Ablauf des 4. Fachsemesters wenigstens 60 bzw. 80 Leistungspunkte erlangt worden sein müssen, um eine positive Prognose zum Erreichen des Ausbildungszieles abgeben zu können.

Zur Vereinfachung der Verfahrensweise wird durch das BAföG-Amt angestrebt, einmalig jeweils für die einzelnen Studiengänge die nach Ablauf des 4. Fachsemesters geforderten Credits gegenüber dem BAföG-Amt anzugeben. Derart können die Mitarbeiter des BAföG-Amtes bei Vorlage der entsprechenden Leistungsbescheinigungen durch die Studierenden den weiteren Erfolg des Studiums selbst einschätzen.

In Zweifelsfällen kann Rücksprache hinsichtlich besonderer Umstände, wie Urlaubssemester, häufiger krankheitsbedingter Ausfall während der Prüfungsphasen etc. gehalten werden.

## D. Befreiung von Studiengebühren – letzte Prüfungsleistung

Zudem können die Studierenden gemäß § 7 Abs. 1 Buchst. f. der [Studienbeitragsordnung](#) auf [Antrag](#) von der Verpflichtung zur Zahlung des Studienbeitrages für ein Semester befreit werden, wenn nur noch eine, den Studiengang abschließende Prüfungsleistung abzulegen ist.

Beispiel: Bachelor-/Master-Arbeit.

Der Antrag ist durch die Studierenden beim Studierendensekretariat bis zum Ende des Semesters zu stellen, in dem die den Studiengang abschließende Prüfungsleistung erfolgt.

**Wichtig:** Daher sind „Vorkorrekturen“, wie sie die Studierenden teilweise wünschen, über das Bestehen der vorletzten Prüfungsleistung in dem vorhergehenden Semester nicht zwingend notwendig.

Der Nachweis über das Vorliegen einer letzten Prüfungsleistung ist durch eine Bescheinigung des jeweils zuständigen Bereiches Prüfungswesen zu erbringen.

Eine Befreiung ist aber unmöglich bzw. zu widerrufen, wenn die oder der Studierende sich in dem beitragsbefreiten Semester in einen anderen beitragspflichtigen Studiengang einschreibt bzw. dort eingeschrieben ist.

## Anhang I: Gesetzestextauszüge

### **A. Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG)**

in der Fassung des Hochschulfreiheitsgesetzes vom 31. Oktober 2006  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. Oktober 2009 (GV NRW S. 516)

#### **§ 2 Rechtsstellung**

(1) Die Hochschulen nach § 1 Abs. 2 sind vom Land getragene, rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Durch Gesetz können sie auch in anderer Rechtsform errichtet oder in eine andere Rechtsform umgewandelt oder in die Trägerschaft einer Stiftung überführt werden. Sie haben das **Recht der Selbstverwaltung** im Rahmen der Gesetze (Artikel 16 Abs. 1 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen).

(2) Die Hochschulen nehmen die ihnen obliegenden Aufgaben als **Selbstverwaltungsangelegenheiten** wahr. Soweit dieses Gesetz nichts anderes zulässt, erledigen sie ihre Aufgaben in Forschung, Entwicklung und Kunst, Lehre und Studium in öffentlich-rechtlicher Weise.

[zurück](#)

(4) Die Hochschulen erlassen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Ordnungen sowie nach Maßgabe dieses Gesetzes und ausschließlich zur Regelung der dort bestimmten Fälle ihre Grundordnung. Alle Ordnungen sowie zu veröffentlichende Beschlüsse gibt die Hochschule in einem **Verkündungsblatt bekannt**, dessen Erscheinungsweise in der Grundordnung festzulegen ist. Dort regelt sie auch das Verfahren und den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Ordnungen. **Prüfungsordnungen** sind vor ihrer Veröffentlichung vom Präsidium auf ihre Rechtmäßigkeit einschließlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Hochschulentwicklungsplan zu überprüfen.

[zurück](#)

#### **§ 4 Freiheit in Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium**

(1) Das Land und die Hochschulen stellen sicher, dass die Mitglieder der Hochschule bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die durch Artikel 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes und durch dieses Gesetz verbürgten Rechte in Lehre und Forschung wahrnehmen können. Die Hochschulen gewährleisten insbesondere die Freiheit, wissenschaftliche Meinungen zu verbreiten und auszutauschen.

(2) Die Freiheit der Forschung umfasst insbesondere Fragestellung, Methodik sowie Bewertung des Forschungsergebnisses und seine Verbreitung. Die Freiheit der Lehre umfasst insbesondere die Durchführung von Lehrveranstaltungen im Rahmen der zu erfüllenden Lehraufgaben und deren inhaltliche und methodische Gestaltung sowie das Recht auf Äußerung wissenschaftlicher oder künstlerischer Lehrmeinungen. Die Freiheit des Studiums umfasst, unbeschadet der Studien- und Prüfungsordnungen, insbesondere die freie Wahl von Lehr-

veranstaltungen, das Recht, innerhalb eines Studienganges Schwerpunkte nach eigener Wahl zu setzen, sowie die Erarbeitung und Äußerung wissenschaftlicher oder künstlerischer Meinungen auch zu Inhalt, Gestaltung und Durchführung von Lehrveranstaltungen.

(3) Die Freiheit der Forschung, der Lehre, der Kunstausbübung und des Studiums entbindet nicht von der Treue zur Verfassung. Entscheidungen der zuständigen **Hochschulorgane** sind zulässig, soweit sie sich auf die Organisation des Forschungsbetriebs sowie des Lehr- und Studienbetriebs sowie dessen ordnungsgemäße Durchführung beziehen. Darüber hinaus sind sie zulässig, soweit sie sich auf die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben, die Bildung von Forschungsschwerpunkten und auf die Bewertung der Forschung gemäß § 7 Abs. 2, auf die **Aufstellung und Einhaltung von Studien- und Prüfungsordnungen**, die Erfüllung des Weiterbildungsauftrages und auf die Bewertung der Lehre gemäß § 7 Abs. 2 sowie auf die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Studiums beziehen. Entscheidungen nach den Sätzen 2 und 3 dürfen die Freiheit der Forschung und der Lehre nicht beeinträchtigen. Sätze 1 bis 4 gelten für die Kunst entsprechend.

[zurück](#)

## § 10

### Rechte und Pflichten der Mitglieder und Angehörigen

(1) Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule gehört zu den Rechten und Pflichten der Mitglieder. **Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.** Entsprechendes gilt für den Rücktritt. Die Inhaberinnen und Inhaber von Ämtern oder Funktionen in der Selbstverwaltung mit Leitungsfunktion sind im Falle ihres Rücktritts oder nach Ablauf oder nach einer sonstigen Beendigung ihrer Amtszeit verpflichtet, ihr Amt oder ihre Funktion bis zur Ernennung oder Bestellung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiterzuführen, es sei denn, das Gremium, welches sie oder ihn gewählt hat, bittet darum, von der Weiterführung abzusehen. Die Tätigkeit in der Selbstverwaltung ist ehrenamtlich, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Während einer Beurlaubung für mehr als sechs Monate ruhen die Mitgliedschaftsrechte und -pflichten. Bei der Beurlaubung von Professorinnen und Professoren für die Tätigkeit an außerhalb der Hochschule stehenden Forschungseinrichtungen bleiben deren Mitgliedschaftsrechte mit Ausnahme des Wahlrechts bestehen.

[zurück](#)

(2) Die Mitglieder der Hochschule dürfen wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung nicht benachteiligt werden. Die gewählten Mitglieder sind als solche an Weisungen nicht gebunden. Mitglieder der Hochschule, die Aufgaben der Personalvertretung wahrnehmen, können nicht die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten wahrnehmen; im Senat oder im Fachbereichsrat haben sie in Personalangelegenheiten kein Stimmrecht. Mitglieder des Hochschulrates können nicht Mitglieder des Präsidiums, des Senats oder des Fachbereichsrates sein oder die Funktion der Dekanin oder des Dekans wahrnehmen. Mitglieder des Präsidiums können nicht die Funktion der Dekanin oder des Dekans wahrnehmen.

(3) Die Mitglieder der Hochschule sind zur **Verschwiegenheit** in Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen als Trägerin oder Träger eines Amtes oder einer Funktion bekannt geworden sind und deren Vertraulichkeit sich aus Rechtsvorschriften, auf Grund besonderer Beschlussfassung des zuständigen Gremiums oder aus der Natur des Gegenstandes ergibt.

[zurück](#)

## § 12 Verfahrensgrundsätze

(1) Die Organe haben Entscheidungsbefugnisse. Sonstige Gremien, Funktionsträgerinnen und Funktionsträger haben Entscheidungsbefugnisse nur, soweit es in diesem Gesetz bestimmt ist. Gremien, Funktionsträgerinnen und Funktionsträger mit Entscheidungsbefugnissen können zu ihrer Unterstützung beratende Gremien (Kommissionen) bilden. Gremien mit Entscheidungsbefugnissen können darüber hinaus Untergremien mit jederzeit widerruflichen Entscheidungsbefugnissen für bestimmte Aufgaben (Ausschüsse) einrichten; dem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnissen in Angelegenheiten des Verbundstudiums dürfen auch Mitglieder des Fachbereichs angehören, die nicht Mitglieder des Fachbereichsrats sind. Die stimmberechtigten Mitglieder eines Ausschusses werden nach Gruppen getrennt von ihren jeweiligen Vertreterinnen oder Vertretern im Gremium aus dessen Mitte gewählt. Die Grundordnung kann Kommissionen und Ausschüsse vorsehen. Bei der Wahrnehmung von Entscheidungsbefugnissen ist § 4 zu beachten.

(2) Die Sitzungen des Senats und des Fachbereichsrates sind grundsätzlich öffentlich. Das Nähere bestimmen die jeweiligen Geschäftsordnungen. Personalangelegenheiten und **Prüfungssachen** sowie Habilitationsleistungen werden **in nichtöffentlicher Sitzung** behandelt. Entscheidungen in Personalangelegenheiten erfolgen in geheimer Abstimmung. Die übrigen Gremien tagen grundsätzlich nichtöffentlich.

(3) Jedes überstimmte Mitglied kann einen abweichenden Standpunkt in einem schriftlichen Sondervotum darlegen, sofern dieses in der Sitzung vorbehalten worden ist. Das Sondervotum ist in die Niederschrift aufzunehmen. Beschlüssen, die anderen Stellen vorzulegen sind, ist das Sondervotum beizufügen.

(4) Sitzungen der Gremien finden in regelmäßigen Abständen und nach Bedarf auch innerhalb der vorlesungsfreien Zeiten statt. **In unaufschiebbaren Angelegenheiten**, in denen ein Beschluss des an sich zuständigen Gremiums nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, **entscheidet die oder der Vorsitzende** des Gremiums. Das gilt nicht für Wahlen. Die oder der Vorsitzende des Gremiums hat dem Gremium unverzüglich die Gründe für die getroffene Entscheidung und die Art der Erledigung mitzuteilen.

(5) Zur Gewährleistung einer sachgerechten Transparenz innerhalb der Hochschule stellt sie sicher, dass ihre Mitglieder und Angehörigen in angemessenem Umfang über die Tätigkeit der Gremien unterrichtet werden.

[zurück](#)

## § 13 Wahlen zu den Gremien

(1) Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat und im Fachbereichsrat werden in unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den jeweiligen Mitgliedergruppen getrennt gewählt. Das Nähere zur Wahl und zur Stellvertretung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter regelt die Wahlordnung.

(2) Treffen bei einem Mitglied eines Gremiums Wahlmandat und Amtsmandat zusammen, so ruht für die Amtszeit das Wahlmandat. Während dieser Zeit finden die Stellvertretungsregeln für Wahlmitglieder entsprechende Anwendung.

(3) Ist bei Ablauf einer Amts- oder Wahlzeit noch kein neues Mitglied bestimmt, so übt das bisherige Mitglied sein Amt oder seine Funktion weiter aus. Das Ende der Amtszeit des

nachträglich gewählten Mitgliedes bestimmt sich so, als ob es sein Amt rechtzeitig angetreten hätte.

(4) Wird die Wahl eines Gremiums oder einzelner Mitglieder eines Gremiums nach Amtsantritt für ungültig erklärt, so berührt dieses nicht die Rechtswirksamkeit der vorher gefassten Beschlüsse des Gremiums, soweit diese vollzogen sind.

[zurück](#)

## § 16

### Aufgaben und Befugnisse des Präsidiums

(5) Die übrigen Organe, Gremien, Funktionsträgerinnen und Funktionsträger haben dem Präsidium Auskunft zu erteilen. **Die Mitglieder des Präsidiums können an allen Sitzungen der übrigen Organe und Gremien mit beratender Stimme teilnehmen und sich jederzeit über deren Arbeit unterrichten; im Einzelfall können sie sich dabei durch vom Präsidium benannte Mitglieder der Hochschule vertreten lassen.** Das Präsidium kann von allen übrigen Organen, Gremien, Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern verlangen, dass sie innerhalb einer angemessenen Frist über bestimmte Angelegenheiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit beraten und entscheiden. Das Präsidium gibt den Vertreterinnen oder Vertretern der Gruppe der Studierenden im Senat einmal im Semester Gelegenheit zur Information und Beratung in Angelegenheiten des Studiums. Die Sätze 1 bis 3 finden hinsichtlich des Hochschulrates keine Anwendung.

[zurück](#)

## § 18

### Die Präsidentin oder der Präsident

(1) Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Hochschule nach außen. Sie oder er wird durch eine oder mehrere Vizepräsidentinnen oder einen oder mehrere Vizepräsidenten vertreten. In Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten wird sie oder er durch die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung vertreten. **Die Präsidentin oder der Präsident übt das Hausrecht aus.** Sie oder er kann die Ausübung dieser Befugnis nach Maßgabe der Grundordnung anderen Mitgliedern oder Angehörigen der Hochschule übertragen.

[zurück](#)

## § 22

### Senat

(1) Der Senat ist für die nachfolgend aufgeführten Angelegenheiten zuständig:

1. Bestätigung der Wahl der Mitglieder des Präsidiums und mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen Empfehlung ihrer Abwahl nach § 17 Abs. 4 gegenüber dem Hochschulrat;
2. Stellungnahme zum jährlichen Bericht des Präsidiums;
3. **Erlass und Änderung der Grundordnung, von Rahmenordnungen und Ordnungen der Hochschule, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt;**
4. Empfehlungen und Stellungnahmen zum Entwurf des Hochschulentwicklungsplans nach § 16 Abs. 1 Satz 5 und der Zielvereinbarung nach § 6 Abs. 2, zu den Evaluationsberichten nach § 7 Abs. 2 und 3, zum Wirtschaftsplan, zu den Grundsätzen der Verteilung der Stellen und Mittel auf die Fachbereiche, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen, zentralen Betriebseinheiten und der Medizinischen Einrichtungen.

Die Grundordnung wird mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen beschlossen.

[zurück](#)

## § 27 Dekanin oder Dekan

(1) Die Dekanin oder der Dekan leitet den Fachbereich und vertritt ihn innerhalb der Hochschule. Sie oder er erstellt im Benehmen mit dem Fachbereichsrat den Entwicklungsplan des Fachbereichs als Beitrag zum Hochschulentwicklungsplan und **ist insbesondere verantwortlich** für die Durchführung der Evaluation nach § 7 Abs. 2 und 3, für die Vollständigkeit des Lehrangebotes und die Einhaltung der Lehrverpflichtungen sowie **für die Studien- und Prüfungsorganisation; sie oder er gibt die hierfür erforderlichen Weisungen**. Sie oder er verteilt die Stellen und Mittel innerhalb des Fachbereichs auf der Grundlage der im Benehmen mit dem Fachbereichsrat von ihr oder ihm festgelegten Grundsätzen der Verteilung, entscheidet über den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs und wirkt unbeschadet der Aufsichtsrechte des Präsidiums darauf hin, dass die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger, die Gremien und Einrichtungen des Fachbereichs ihre Aufgaben wahrnehmen und die Mitglieder und Angehörigen des Fachbereichs ihre Pflichten erfüllen. Hält sie oder er einen Beschluss für rechtswidrig, so führt sie oder er eine nochmalige Beratung und Beschlussfassung herbei; das Verlangen nach nochmaliger Beratung und Beschlussfassung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, so unterrichtet sie oder er unverzüglich das Präsidium. Sie oder er erstellt die Entwürfe der Studien- und Prüfungsordnungen. Sie oder er bereitet die Sitzungen des Fachbereichsrates vor und führt dessen Beschlüsse aus. Hinsichtlich der Ausführung von Beschlüssen des Fachbereichsrates ist sie oder er diesem gegenüber rechenschaftspflichtig. Der Dekanin oder dem Dekan können durch die Grundordnung oder durch Beschluss des Fachbereichsrates weitere Aufgaben übertragen werden.

[zurück](#)

## § 35 Dienstaufgaben der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

(1) Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nehmen die ihrer Hochschule obliegenden Aufgaben in Forschung, Kunst, Lehre und Weiterbildung nach näherer Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses in ihren Fächern selbständig wahr und wirken an der Studienberatung mit. Zu ihren hauptberuflichen Aufgaben gehört es auch, an der Verwaltung der Hochschule mitzuwirken, Prüfungen abzunehmen und weitere Aufgaben ihrer Hochschule nach § 3 wahrzunehmen, im Bereich der Medizin auch durch Tätigkeiten in der Krankenversorgung. Die Wahrnehmung von Aufgaben in Einrichtungen der Wissenschaftsförderung, die überwiegend aus staatlichen Mitteln finanziert werden, soll auf Antrag der Hochschullehrerin oder des Hochschullehrers zur Dienstaufgabe erklärt werden, wenn es mit der Erfüllung ihrer oder seiner übrigen Aufgaben vereinbar ist.

(2) Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind im Rahmen der für ihr Dienstverhältnis geltenden Regelungen berechtigt und verpflichtet, in ihren Fächern in allen Studiengängen und Studienabschnitten zu lehren und Prüfungen abzunehmen. Zur Lehre zählen auch die Erfüllung des Weiterbildungsauftrages und die Beteiligung an den in der Prüfungsordnung vorgesehenen berufspraktischen Studienphasen. Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind im Rahmen der Sätze 1 und 2 verpflichtet, Entscheidungen des Fachbereichs, die zur Sicherstellung und Abstimmung des Lehrangebots gefasst werden, auszuführen. Mit Zustimmung des Fachbereichs können sie Lehrveranstaltungen in ihren Fächern zu einem Anteil ihrer Lehrverpflichtungen auch an einer anderen Hochschule des Landes abhalten und die entsprechenden Prüfungen abnehmen.

[zurück](#)

#### § 44

#### Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Universitäten

(2) Lehraufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Universitäten gemäß Absatz 1 sind nach Gegenstand und Inhalt mit den für das Fach zuständigen Professorinnen und Professoren abzustimmen und stehen unbeschadet des Rechts auf Äußerung der eigenen Lehrmeinung unter der fachlichen Verantwortung einer Professorin oder eines Professors. Lehraufgaben dürfen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Universitäten zur selbständigen Wahrnehmung in begründeten Fällen durch den Fachbereichsrat im Benehmen mit den fachlich zuständigen Professorinnen und Professoren übertragen werden; sie gelten als Erfüllung der Lehrverpflichtung. § 39 Abs. 3 gilt entsprechend.

[zurück](#)

#### § 48

#### Einschreibung

(5) Eine Studierende oder ein Studierender, die oder der nach Ablauf eines Semesters das Studium in demselben Studiengang fortsetzen will, hat sich innerhalb der vorgeschriebenen Fristen bei der Hochschule zurückzumelden. Auf Antrag können Studierende aus wichtigem Grund vom Studium beurlaubt werden; die Einschreibungsordnung kann das Nähere regeln. **Beurlaubte Studierende sind** an der Hochschule, an der sie eingeschrieben oder als Zweithörerin oder Zweithörer im Sinne des § 52 Abs. 2 zugelassen sind, **nicht berechtigt, Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen**, Teilnahmevoraussetzungen im Sinne des § 64 Abs. 2 Nr. 2 oder Leistungspunkte zu erwerben oder Prüfungen abzulegen. Satz 3 gilt nicht für die Wiederholung von nicht bestandenen Prüfungen und für Teilnahmevoraussetzungen, die Folge eines Auslands- oder Praxissemesters selbst sind, für das beurlaubt worden ist. Satz 3 gilt auch nicht, wenn die Beurlaubung aufgrund der Pflege und Erziehung von Kindern im Sinne des § 25 Abs. 5 Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie aufgrund der Pflege der Ehegattin oder des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder eines in gerader Linie Verwandten oder im ersten Grad Verschwägerten erfolgt.

[zurück](#)

#### § 49

#### Qualifikation und sonstige Zugangsvoraussetzungen

(1) Die Qualifikation für ein Hochschulstudium wird in der Regel durch den erfolgreichen Abschluss einer auf das Studium vorbereitenden Schulbildung oder eine als gleichwertig anerkannte Vorbildung erworben. Zur Verbesserung des Studienerfolgs und des Übergangs zwischen Schule und Hochschule kann die Hochschule in der Einschreibungsordnung bestimmen, dass Studienbewerberinnen und -bewerber vor der Einschreibung an einem Testverfahren teilnehmen müssen, in dem ihre Eignung für den gewählten Studiengang getestet wird.

(2) Zugang zum Studium an Universitäten hat, wer die allgemeine Hochschulreife oder die fachgebundene Hochschulreife nachweist. Die allgemeine Hochschulreife berechtigt uneingeschränkt zum Studium, die fachgebundene Hochschulreife nur zum Studium der im Zeugnis ausgewiesenen Studiengänge.

(5) Die Prüfungsordnungen können bestimmen, dass neben der Qualifikation nach den Absätzen 1 bis 4 eine **studiengangbezogene besondere Vorbildung**, künstlerische oder sonstige Eignung oder **praktische Tätigkeit** nachzuweisen ist.

## zurück

(6) Zugang zu einem Hochschulstudium hat auch, wer sich in der **beruflichen Bildung qualifiziert** hat; die Voraussetzungen hierfür regelt das Ministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung durch Rechtsverordnung.

## zurück

(7) Zugang zu einem Studiengang, der mit einem Mastergrad abgeschlossen wird, hat, wer einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss nachweist, auf dem der Masterstudiengang aufbaut. Abschlüsse von akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien sind Bachelorabschlüssen von Hochschulen gleichgestellt. Die Prüfungsordnungen können bestimmen, dass für einen Studiengang nach Satz 1 ein vorangegangener qualifizierter Abschluss nachzuweisen ist. In Ausnahmefällen kann die Hochschule zulassen, dass das Studium bereits vor dem Erwerb der Zugangsvoraussetzungen nach den Sätzen 1 bis 3 aufgenommen wird, wenn diese Zugangsvoraussetzungen spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Studiums nachgewiesen werden.

(8) Die Prüfungsordnungen können bestimmen, dass für einen fremdsprachigen Studiengang die entsprechende Sprachkenntnis nachzuweisen ist; in einem Studiengang, der zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, darf keine Sprachkenntnis gefordert werden, die über eine mögliche schulische Ausbildung gemäß Absatz 1 hinausgeht.

(9) Die Ordnungen können bestimmen, dass eine Studienbewerberin oder ein Studienbewerber, die keine Deutsche oder der kein Deutscher ist und nicht einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union angehört, über die Qualifikation nach den Absätzen 1 bis 7 hinaus ihre oder seine Studierfähigkeit in einer besonderen Prüfung nachweisen muss. Bei Studienbewerberinnen und Studienbewerbern mit einer deutschen Hochschulzugangsberechtigung ist eine besondere Prüfung nach Satz 1 nicht erforderlich.

(10) Die Prüfungsordnungen können bestimmen, dass von der Qualifikation nach den Absätzen 1 bis 6, 8 und 9 ganz oder teilweise abgesehen werden kann, wenn Studienbewerberinnen oder Studienbewerber eine studiengangbezogene besondere fachliche Eignung oder besondere künstlerisch-gestalterische Begabung und eine den Anforderungen der Hochschule entsprechende Allgemeinbildung nachweisen. Studierende mit einer Qualifikation gemäß Satz 1, denen die Hochschule anhand von wenigstens der Hälfte aller in einem Studiengang geforderten Studien- und Prüfungsleistungen den erfolgreichen Studienverlauf bescheinigt hat, dürfen ihr Studium an einer anderen Hochschule desselben Typs und dort auch in einem verwandten Studiengang fortsetzen.

(11) Kenntnisse und Fähigkeiten, die für ein erfolgreiches Studium erforderlich sind, aber in anderer Weise als durch ein Studium erworben wurden, können in einer besonderen Hochschulprüfung (Einstufungsprüfung) nachgewiesen werden. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung soll die Bewerberin oder der Bewerber in einem entsprechenden Abschnitt des Studienganges zum Studium zugelassen werden. Das Nähere regelt eine Prüfungsordnung, die für Studiengänge, die mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossen werden, im Einvernehmen mit den jeweils zuständigen Fachministerien erlassen wird.

## § 51 Exmatrikulation

(1) Eine Studierende oder ein Studierender ist zu exmatrikulieren, wenn

a) sie oder er dies beantragt,

- b) die Einschreibung durch Zwang, arglistige Täuschung oder eine Straftat herbeigeführt wurde,
- c) sie oder er in dem Studiengang eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden hat oder zur Prüfung endgültig nicht mehr zugelassen werden kann,
- d) der Bescheid über die Zuweisung eines Studienplatzes während des Vergabeverfahrens von der für die Zuweisung zuständigen Stelle zurückgenommen worden ist.

(2) Soweit nicht eine weitere Hochschulausbildung das Weiterbestehen der Einschreibung erfordert, sind Studierende nach Aushändigung des Zeugnisses über den bestandenen Abschluss des Studienganges zum Ende des laufenden Semesters zu exmatrikulieren.

[zurück](#)

## **§ 59**

### **Besuch von Lehrveranstaltungen**

(1) Das Recht zum Besuch von Lehrveranstaltungen außerhalb des gewählten Studienganges kann durch den Fachbereich beschränkt werden, wenn ohne die Beschränkung eine ordnungsgemäße Ausbildung der für einen Studiengang eingeschriebenen Studierenden nicht gewährleistet werden kann.

(2) Ist bei einer Lehrveranstaltung wegen deren Art oder Zweck oder aus sonstigen Gründen von Forschung, künstlerischen Entwicklungsvorhaben, Lehre, Kunstausbildung und Krankenversorgung eine Begrenzung der Teilnehmerzahl erforderlich und übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmefähigkeit, so regelt die in der Ordnung nach Satz 2 Halbsatz 2 genannte Funktionsträgerin oder der dort genannte Funktionsträger die Teilnahme; die Hochschule kann in einer Ordnung die Zahl der möglichen Teilnahmen derselben oder desselben Studierenden an der gleichen Lehrveranstaltung und an ihren Prüfungen und ihren Teilnahmevoraussetzungen im Sinne des § 64 Abs. 2 Nr. 2 regeln. Studierende, die im Rahmen ihres Studienganges auf den Besuch einer Lehrveranstaltung zu diesem Zeitpunkt angewiesen sind, sind bei der Entscheidung nach Satz 1 Halbsatz 1 vorab zu berücksichtigen; der Fachbereichsrat regelt in der Prüfungsordnung oder in einer Ordnung die Kriterien für die Prioritäten; er stellt hierbei im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sicher, dass den Studierenden durch Beschränkungen in der Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Möglichkeit kein Zeitverlust entsteht.

(3) Die Zulassung zu bestimmten Lehrveranstaltungen kann im Übrigen nur nach Maßgabe der Prüfungsordnungen eingeschränkt werden.

[zurück](#)

## **§ 60**

### **Studiengänge**

(1) Studiengänge im Sinne dieses Gesetzes werden durch Prüfungsordnungen geregelt; Studiengänge, die mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abgeschlossen werden, können ergänzend auch durch Ordnungen geregelt werden. Sie führen in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluss. Als berufsqualifizierend im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Abschluss von Studiengängen, durch die die fachliche Eignung für einen beruflichen Vorbereitungsdienst oder eine berufliche Einführung vermittelt wird; für diese Studiengänge gilt § 66 Abs. 5 entsprechend.

(2) Die Hochschulen können fremdsprachige Lehrveranstaltungen anbieten sowie fremdsprachige Studiengänge sowie gemeinsam mit ausländischen, insbesondere europäischen

Partnerhochschulen internationale Studiengänge entwickeln, in denen bestimmte Studienabschnitte und Prüfungen an der ausländischen Hochschule erbracht werden.

(3) Die Hochschulen strukturieren ihre Studiengänge in Modulform und führen ein landeseinheitliches Leistungspunktsystem ein. Das Ministerium kann Ausnahmen für künstlerische Studiengänge vorsehen.

(4) Die Hochschulen stellen ihr bisheriges Angebot von Studiengängen, die zu einem Diplomgrad, einem Magistergrad oder einem sonstigen Grad im Sinne des § 96 Abs. 1 Satz 3 Hochschulgesetz vom 14. März 2000 (GV. NRW. S. 190) in der Fassung des Gesetzes zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen vom 21. März 2006 (GV. NRW. S. 119) führen, zu einem Angebot von Studiengängen um, welche zum Erwerb eines Bachelorgrades oder eines Mastergrades führen.

(5) Zum und ab dem Wintersemester 2007/2008 werden in den Studiengängen, die zu einem Diplomgrad, einem Magistergrad oder einem sonstigen Grad im Sinne des § 96 Abs. 1 Satz 3 Hochschulgesetz vom 14. März 2000 (GV. NRW. S. 190) in der Fassung des Gesetzes zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen vom 21. März 2006 (GV. NRW. S. 119) führen, keine Studienanfänger mehr aufgenommen. In begründeten Fällen kann das Ministerium die Frist nach Satz 1 um bis zu einem Jahr verlängern. Zur Sicherung der Verantwortung des Landes für ein angemessenes Angebot an Hochschulleistungen bestimmt das Ministerium insbesondere zum Verfahren der Umstellung das Nähere durch Rechtsverordnung. Diese kann Ausnahmen für die Grade vorsehen, mit denen künstlerische Studiengänge abgeschlossen werden. In der Rechtsverordnung wird auch der Zeitpunkt bestimmt, bis zu dem das Studium in den Studiengängen nach Satz 1 abgeschlossen sein muss.

[zurück](#)

## **§ 63 Prüfungen**

(1) Der Studienerfolg wird durch Hochschulprüfungen, staatliche oder kirchliche Prüfungen festgestellt, die studienbegleitend abgelegt werden sollen; während der Prüfungen müssen die Studierenden eingeschrieben sein. Studiengänge, die mit dem Bachelorgrad oder dem Mastergrad abgeschlossen werden, sind zu modularisieren und mit einem Leistungspunktsystem auszustatten, das das Europäische Credit-Transfer-System (ECTS) einschließt. Prüfungsleistungen im Rahmen eines Leistungspunktesystems werden benotet, mit Leistungspunkten versehen und um eine Note nach der ECTS-Bewertungsskala ergänzt; diese Note nach der ECTS-Bewertungsskala kann auf die Vergabe der Gesamtnote beschränkt werden. Die Höhe der zu vergebenden Leistungspunkte geben den durchschnittlichen Arbeitsaufwand der Studierenden für alle zum Modul gehörenden Leistungen wieder.

(2) Leistungen, die an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem Studiengang erbracht worden sind, werden in dem gleichen Studiengang an der Hochschule von Amts wegen angerechnet. Leistungen in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen sowie an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien im Geltungsbereich des Grundgesetzes sind bei Gleichwertigkeit anzurechnen; dies gilt auf Antrag auch für Leistungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes. Auf Antrag kann die Hochschule sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf einen Studiengang anrechnen.

[zurück](#)

(3) Prüfungstermine sollen so angesetzt werden, dass infolge der Terminierung keine Lehrveranstaltungen ausfallen.

[zurück](#)

(5) Die Hochschulen und die staatlichen Prüfungsämter können von den Prüflingen eine Versicherung an Eides Statt verlangen und abnehmen, dass die Prüfungsleistung von ihnen selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist. Wer vorsätzlich

- a) gegen eine die Täuschung über Prüfungsleistungen betreffende Regelung einer Hochschulprüfungsordnung oder
- b) gegen eine entsprechende Regelung einer staatlichen oder kirchlichen Prüfungsordnung verstößt, handelt ordnungswidrig.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Die Hochschulen können das Nähere in einer Ordnung regeln. Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Satz 2 Buchstabe a) ist die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung sowie nach Satz 2 Buchstabe b) das staatliche Prüfungsamt. Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann der Prüfling zudem exmatrikuliert werden.

[zurück](#)

## § 64 Prüfungsordnungen

(1) Hochschulprüfungen werden auf Grund von Prüfungsordnungen abgelegt, die nach Überprüfung durch das Präsidium vom Fachbereichsrat zu erlassen sind. Bei Erarbeitung der Prüfungsordnungen sind die Studierenden zu beteiligen; das Nähere bestimmt die Fachbereichsordnung.

(2) Hochschulprüfungsordnungen müssen insbesondere regeln:

1. das Ziel des Studiums, den zu verleihenden Hochschulgrad und die Zahl der Module,
2. den Inhalt, das Qualifikationsziel, die Lehrform, die Teilnahmevoraussetzungen, die Arbeitsbelastung und die Dauer der Prüfungsleistungen der Module; für behinderte Studierende sind nachteilsausgleichende Regelungen zu treffen,
3. die Voraussetzungen der in den Studiengang integrierten Auslandssemester, Praxissemester oder anderen berufspraktischen Studienphasen,
4. die Zahl und die Voraussetzungen für die Wiederholung von Prüfungsleistungen,
5. die Inanspruchnahme von Schutzbestimmungen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes und entsprechend den Fristen des Bundeserziehungsgeldgesetzes über die Elternzeit sowie die Berücksichtigung von Ausfallzeiten durch die Pflege von Personen im Sinne von § 48 Abs. 5 Satz 2 Nr. 5,
6. die Grundsätze der Bewertung einzelner Prüfungsleistungen einschließlich der Höchstfristen für die Mitteilung der Bewertung von Prüfungen und die Anrechnung von in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen erbrachten Leistungen,
7. die Prüfungsorgane und das Prüfungsverfahren,
8. die Folgen der Nichterbringung von Prüfungsleistungen und des Rücktritts von einer Prüfung sowie die Art und Weise, in der der Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit zu erbringen ist,
9. die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften,
10. die Einsicht in die Prüfungsakten nach den einzelnen Prüfungen.

(3) Die Hochschulen können durch Prüfungsordnung oder durch Ordnung regeln, dass die Anmeldung zum Erstversuch einer Prüfung spätestens drei Semester

- a) nach dem Semester, in dem der Besuch der Lehrveranstaltung, dem die Prüfung nach dem Studienplan oder dem Studienablaufplan zugeordnet ist, nach diesen Plänen vorgesehen war, oder
- b) nach dem Besuch dieser Lehrveranstaltung

erfolgen muss; desgleichen können in der Prüfungsordnung oder in einer Ordnung Fristen für die Wiederholung der Prüfung festgesetzt werden; für die Fristen gilt § 8 Abs. 3 Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz entsprechend. In den Fällen des Satzes 1 verlieren die Studierenden den Prüfungsanspruch, wenn sie nicht innerhalb des vorgegebenen Zeitraumes die Lehrveranstaltung besuchen oder sich zur Prüfung oder zur Wiederholungsprüfung melden, es sei denn, sie weisen nach, dass sie das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten haben. Vorbehaltlich anderweitiger staatlicher Regelungen oder Regelungen in Leistungspunktsystemen können die Hochschulen in Hochschulprüfungsordnungen sowie für Studiengänge mit staatlichen oder kirchlichen Prüfungen in besonderen Ordnungen vorsehen, dass die Wiederholung von Teilnahmevoraussetzungen im Sinne des Absatzes 2 Nr. 2 beschränkt werden kann.

(4) Vor dem Erlass staatlicher Prüfungsordnungen sind die betroffenen Hochschulen zu hören. Zu geltenden staatlichen Prüfungsordnungen können die betroffenen Hochschulen Änderungsvorschläge vorlegen, die mit ihnen zu erörtern sind. Ordnungen der Hochschule über Zwischenprüfungen oder sonstigen Prüfungen in Studiengängen, die mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossen werden, bedürfen der Zustimmung des für die Prüfungsordnung zuständigen Fachministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium.

[zurück](#)

## § 65 Prüferinnen und Prüfer

(1) Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind die an der Hochschule Lehrenden und in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen, soweit dies zur Erreichung des Prüfungszweckes erforderlich oder sachgerecht ist, befugt. Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig von Weisungen.

(2) Prüfungsleistungen in schriftlichen oder mündlichen Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird, und in Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern im Sinne des Absatzes 1 zu bewerten. Darüber hinaus sind mündliche Prüfungen stets von mehreren Prüferinnen oder Prüfern oder von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers abzunehmen, wenn die Nachvollziehbarkeit der mündlichen Prüfung nicht gesichert ist.

[zurück](#)

## **B. Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW)**

vom 12. November 1999  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.05.2009 (GV. NRW S. 296)

### **§ 2**

#### **Ausnahmen vom Anwendungsbereich**

(1) Dieses Gesetz gilt nicht für die Tätigkeit der Kirchen, der Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften sowie ihrer Verbände und Einrichtungen und des Westdeutschen Rundfunks Köln.

(2) Dieses Gesetz gilt ferner nicht für

1. Verwaltungsverfahren, in denen Rechtsvorschriften der Abgabenordnung anzuwenden sind,
2. die Strafverfolgung, die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, die Rechtshilfe für das Ausland in Straf- und Zivilsachen und, unbeschadet des § 80 Abs. 4, für Maßnahmen des Richterdienstrechts,
3. Verwaltungsverfahren, für die das Sozialgesetzbuch (SGB) anzuwenden ist,
4. das Recht des Lastenausgleichs,
5. das Recht der Wiedergutmachung.

(3) Für die Tätigkeit

1. der Gerichtsverwaltungen und der Behörden der Justizverwaltung einschließlich der ihrer Aufsicht unterliegenden Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt dieses Gesetz nur, soweit die Tätigkeit der Nachprüfung im Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit unterliegt;
2. der Behörden bei Leistungs-, Eignungs- und ähnlichen Prüfungen von Personen und der Besetzung von Professorenstellen gelten nur die §§ 3a bis 13, 17 bis 27, 29 bis 38, 40 bis 52, 79, 80 und 95;
3. der Schulen und Hochschulen gelten nur die §§ 3a bis 13, 17 bis 52, 79 bis 80 und 95. Die §§ 28 und 39 gelten, soweit die Entscheidung nicht auf Leistungsbeurteilungen der Schule oder Beurteilungen wissenschaftlicher oder künstlerischer Art von Personen durch Hochschulen beruht.

[zurück](#)

## C. Gesetz über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen (JustG NRW)

vom 26. Januar 2010  
zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 05.04.2011 (GV. NRW S. 199)

### § 110

#### Absehen von Vorverfahren, Ausnahmen

(1) Vor Erhebung einer Anfechtungsklage bedarf es einer Nachprüfung in einem Vorverfahren abweichend von § 68 Absatz 1 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht, wenn der Verwaltungsakt während des Zeitraums vom 1. November 2007 bis zum 31. Oktober 2012 bekannt gegeben worden ist. Vor Erhebung einer Verpflichtungsklage bedarf es einer Nachprüfung in einem Vorverfahren abweichend von § 68 Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht, wenn die Ablehnung der Vornahme des Verwaltungsaktes innerhalb des in Satz 1 bezeichneten Zeitraumes bekannt gegeben worden ist.

(2) **Absatz 1 gilt nicht** für den Erlass oder die Ablehnung der Vornahme von Verwaltungsakten,

1. hinsichtlich derer Bundesrecht oder das Recht der Europäischen Union die Durchführung eines Vorverfahrens vorschreiben,
2. denen die **Bewertung einer Leistung** im Rahmen einer berufsbezogenen Prüfung zugrunde liegt,
3. im Bereich des
  - a) Schulrechts, soweit sie von Schulen erlassen werden,
  - b) Ausbildungs-, Studien- und Graduiertenförderungsrechts, soweit sie von bei staatlichen Hochschulen oder bei Studentenwerken eingerichteten Ämtern für Ausbildungsförderung erlassen werden,
4. die vom Westdeutschen Rundfunk Köln oder der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) erlassen werden.

In den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 bedarf es der Nachprüfung in einem Vorverfahren auch dann, wenn eine oberste Landesbehörde den Verwaltungsakt erlassen oder den Antrag auf Vornahme des Verwaltungsakts abgelehnt hat. Satz 1 gilt auch für Nebenbestimmungen sowie Vollstreckungs- und Kostenentscheidungen zu den genannten Verwaltungsakten.

(3) [...]

(4) Soweit landesgesetzliche Bestimmungen die Durchführung eines Vorverfahrens in sonstigen Bereichen vorsehen, finden diese Regelungen innerhalb des in Absatz 1 bestimmten Zeitraumes keine Anwendung.

[zurück](#)

## **D. Gebührengesetz für das Land Nordrhein - Westfalen (GebG NRW)**

vom 23. August 1999  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.05.2009 (GV. NRW S. 296)

### **§ 1 Gegenstand des Gesetzes**

(1) Gegenstand dieses Gesetzes sind die Kosten, die als Gegenleistung

1. für die besondere öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit (Amtshandlung) einer Behörde des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter Aufsicht des Landes stehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts,
2. für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen des Landes und der unter Aufsicht des Landes stehenden nicht kommunalen juristischen Personen des öffentlichen Rechts

in der Form von Verwaltungsgebühren (Nummer 1), Benutzungsgebühren (Nummer 2) und Auslagenerstattung erhoben werden.

(2) Dieses **Gesetz gilt nicht**,

1. soweit Kosten Gegenstand besonderer Regelung durch Gesetz, auf Grund eines Gesetzes oder durch öffentlich-rechtlichen Vertrag sind,
2. für die Kosten
  1. der Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen **juristischen Personen des öffentlichen Rechts in Angelegenheiten ihrer Selbstverwaltung**,
  2. der Gerichte,
  3. der Behörden der Justizverwaltung und der Gerichtsverwaltung.

Pflichtaufgaben nach Weisung gelten nicht als Angelegenheiten der Selbstverwaltung im Sinne von Nummer 2.1.

(3) Behörde im Sinne dieses Gesetzes ist jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt.

[zurück](#)

**Anhang II: Formulierungsbeispiele / Muster**

PRÜFUNGSAUSSCHUSS  
[NAME]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg / 45117 Essen

Frau / Herr  
[Name]  
[Straße und Hausnummer]  
  
[PLZ Ort]

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. , [Raum]

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 1: Schreiben zur Anhörung der / des Studierenden*

**Anhörung zum Vorwurf des Täuschungsversuchs am ... während der Teilnahme an der Klausur ...**

Sehr geehrte/r Frau / Herr .....,

nach § ..... Abs. ....der Bachelor-/Master-/Diplomprüfungsordnung für den Studiengang [Name] an der Universität Duisburg-Essen vom ..... (in der jeweils gültigen Fassung) gilt eine Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die Kandidatin / der Kandidat versucht, das Ergebnis ihrer / seiner Prüfungsleistung durch Täuschung, z.B. Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen.

Aufgrund der mir vorliegenden sichergestellten Unterlagen war in Ihrem Falle anlässlich der o.g. Klausurteilnahme ein solcher Sachverhalt gegeben.

Ich räume Ihnen hiermit die Gelegenheit zu rechtlichem Gehör durch Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme, die innerhalb von 14 Tagen ab Zugang dieses Schreibens an meine obige Anschrift zu richten ist, ein. Nach Ablauf dieser Frist wird eine Entscheidung nach Aktenlage erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg / 45117 Essen

**Verteiler:**

Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn [wiss. Mitarbeiter]	Fak	,
Frau/Herrn stud.	Fak	,
Frau/Herrn stud.	Fak	,
Frau/Herrn (Protokollführer/-in)	Fak	.

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 2, [Raum]
Datum	tt.mm.jjjj

*Muster 2: Einladung des Dekans zur konstituierenden Sitzung*

**Konstituierende Sitzung des Prüfungsausschusses für [...]  
(Ggf. Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Fakultätsrat hat Sie in seiner Sitzung vom ... als Mitglied in den Prüfungsausschuss [Name] gewählt. Im Namen der Fakultät danke ich Ihnen zunächst für die Bereitschaft zur Übernahme des Amtes.

Zudem lade ich Sie zur konstituierenden Sitzung ein:

<b>Termin:</b>	<b>[Datum der Sitzung]</b>
<b>Beginn:</b>	<b>[Uhrzeit des Sitzungsbeginns]</b>
<b>Ort:</b>	<b>[Dekanat Besprechungsraum R...]</b>

**Tagesordnung:**

1. Konstituierung
- (2. Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters)
- (3. Verschiedenes)

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])

[zurück](#)

*Muster 3: Schweigepflichtserklärung der studentischen Mitglieder des PA*

**Niederschrift über die Schweigepflichtserklärung**

- (1) Die/der Studierende verpflichtet sich, über die Angelegenheiten des Prüfungsausschusses sowie über seine (nichtöffentlichen) Sitzungen Verschwiegenheit zu wahren.
- (2) Die/der Studierende verpflichtet sich, ohne Genehmigung des Prüfungsausschusses weder sich noch einem anderen Kenntnis, Abschriften, Ab- oder Nachbildungen von Unterlagen des Prüfungsausschusses zu verschaffen. Hiervon sind die Vorgänge ausgenommen, die die/den Studierende/n persönlich betreffen, es sei denn, dass deren Geheimhaltung durch Gesetz oder Anordnung der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorgeschrieben ist.
- (3) Die/der Studierende verpflichtet sich, auch nach Beendigung ihrer/seiner Tätigkeit als Prüfungsausschussmitglied über Angelegenheiten, die der Schweigepflicht unterliegen, Verschwiegenheit zu wahren.
- (4) Die/der Studierende wird darüber belehrt, dass die Verletzung dieser Pflichten als Verletzung des Dienstgeheimnisses gem. § 353 b StGB strafbar ist.
- (5) Die/der Studierende hat eine Ausfertigung dieser Erklärung erhalten.

Duisburg / Essen, den .....

---

Prof. Dr. [Name]  
Vorsitzende / -r des Prüfungsausschusses

---

[Name]  
Studierende / -r

[zurück](#)

*Muster 4: Beschlussvorlage für die PA-Sitzung***TOP 6****Beschluss für die Aufnahme der *Lehrveranstaltung* „[...]“ für das Vertiefungsfach „[...]“ im Bachelor-/Master-/Diplomstudiengang ...****A. Sachverhalt**

Das Wahlpflichtfach „[...]“ besteht aus folgenden Veranstaltungen:

- „[...]“ (2 Kreditpunkte),
- „[...]“ (2 Kreditpunkte),
- „[...]“ (2 Kreditpunkte),
- „[...]“ (2 Kreditpunkte).

Um die für das Wahlpflichtfach erforderlichen 10 Kreditpunkte zu erreichen, wird die Veranstaltung „[...]“ mit in das Wahlpflichtfach aufgenommen, §§ ... PO.

**B. Beschluss**

*Die Veranstaltung „[...]“ wird in das Wahlpflichtfach „[...]“ aufgenommen.*

[zurück](#)

PRÜFUNGSAUSSCHUSS  
[NAME DES PA]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg / 45117 Essen

Frau / Herr  
[Prof. Dr. Name]

- im Hause -

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 2, [Raum]

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 5: Schreiben an Prüfer/in mit der Bitte um Stellungnahme zum Widerspruch der / des Studierenden gegen die Bewertung einer Prüfungsleistung*

**Widerspruch der/des Studierenden ... gegen die Bewertung der Klausur / ihrer/seiner Seminar-/Bachelor-/Master-/Diplomarbeit „ ... “ vom ... mit der Note „ ... “ (0,0)**

Sehr geehrte Frau Kollegin / sehr geehrter Herr Kollege ...,

in obigem Verfahren der/des Studierenden [Name] gegen die Bewertung der o.g. Klausur/Seminar-/Bachelor-/Masterarbeit vom ... übersende ich Ihnen das Widerspruchsschreiben der/des Studierenden, mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen. Es wäre sehr hilfreich, wenn Ihre Stellungnahme bis zum .... [8 Tage vor geplanter PA-Sitzung] vorliegen könnte, damit das Verfahren in der Prüfungsausschuss-Sitzung vom ... behandelt werden kann.

Zudem wird darum gebeten, die Seminar-/Bachelor-/Master-/Diplomarbeit und die Bewertung dazu in Kopie zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

Anlage: 1 Seite

[zurück](#)

**PRÜFUNGSAUSSCHUSS**  
**[NAME DES PA]**  
**DIE / DER VORSITZENDE**

Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg / 45117 Essen

**Verteiler:**

Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn Univ.-Prof. Dr.	Fak	,
Frau/Herrn [wiss. Mitarbeiter]	Fak	,
Frau/Herrn stud.	Fak	,
Frau/Herrn stud.	Fak	,
Frau/Herrn (Protokollführer/-in)	Fak	.

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 2, [Raum]
Datum	tt.mm.jjjj

**Nachrichtlich**

Herrn/Frau Univ.-Prof. Dr. , Dekan/-in der Fakultät,  
Herrn Reg. Dir. K.P. Nitka, Dezernat 3

*Muster 6: Einladung zur PA-Sitzung und vorläufige Tagesordnung*

**Einladung zur Sitzung des Prüfungsausschusses [Name] und Tagesordnung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur nächsten Sitzung des Prüfungsausschusses [Name] ein und übersende Ihnen die Tagesordnung zur Sitzung:

<b>Termin:</b>	<b>[Datum der Sitzung]</b>
<b>Beginn:</b>	<b>[Uhrzeit des Sitzungsbeginns]</b>
<b>Ort:</b>	<b>[Dekanat Besprechungsraum R ...]</b>

**TOP 1:** Regularien

**TOP 2:** Festlegung der Tagesordnung

**TOP 3:** Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom [Datum der vorherigen Sitzung]

**TOP 4:** Bericht der/des Vorsitzenden

**TOP 5:** Widerspruch der/des Studierenden [Name der/des Studierenden] vom [Datum des Posteingangs des Widerspruchschreibens] gegen den Be-

scheid vom [Datum des Bescheides] über die Bewertung der Prüfungsleistung „Prüfungsrecht mal anders“ [Datum der Klausur]

- TOP 6:** Beschluss über die Aufnahme des Wahlfachs „Business-Englisch II“ für das Vertiefungsfach „.....“ im Master-Studiengang .....
- TOP 7:** Zulassung von Frau / Herrn als Prüfer für Master-Arbeiten im Master-Studiengang .....
- TOP 8:** Bildung der Auswahlkommissionen für die Studiengänge Master .....
- TOP 9:** Entwurf eines Antragsformulars auf Zuteilung einer Master-Arbeit
- TOP 10:** Leitfaden für die Anerkennung von Prüfungsleistungen
- TOP 11:** Richtlinien für die Anerkennung von (z.B. Praktika)
- TOP 12:** Verbesserungsvorschläge für die Aufsichtsführung während der Prüfung
- TOP 13:** Modulhandbücher
- TOP 14:** Verschiedenes  
Termine für den Prüfungsausschuss  
Aufführung des ECTS-Grades in den Zeugnissen

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Der/Die Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

*Muster 7: Protokoll der PA-Sitzung***P r o t o k o l l**

der **nicht-öffentlichen** Sitzung des **Prüfungsausschusses**  
**[Name des Prüfungsausschusses]**  
 der Fakultät [Name der Fakultät] der Universität Duisburg-Essen  
 (Campus Duisburg oder Essen) vom **[Datum der Sitzung]**

- TOP 1:** Regularien
- TOP 2:** Festlegung der Tagesordnung
- TOP 3:** Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom [Datum der vorherigen Sitzung]
- TOP 4:** Bericht der/des Vorsitzenden
- TOP 5:** Widerspruch der/des Studierenden [Name der/des Studierenden] vom [Datum des Posteingangs des Widerspruchschreibens] gegen den Bescheid vom [Datum des Bescheides] über die Bewertung der Prüfungsleistung „Prüfungsrecht mal anders“ [Datum der Klausur]
- TOP 6:** Beschluss über die Aufnahme des Wahlfachs „Fachsprache Englisch II“ für das Vertiefungsfach „.....“ im Master-Studiengang .....
- TOP 7:** Zulassung von Frau / Herrn ..... als Prüfer für Master-Arbeiten im Master-Studiengang .....
- TOP 8:** Bildung der Auswahlkommission für den Studiengang Master .....
- TOP 9:** Entwurf eines Antragsformulars auf Zuteilung einer Master-Arbeit
- TOP 10:** Leitfaden für die Anerkennung von Prüfungsleistungen
- TOP 11:** Richtlinien für die Anerkennung von (z.B. Praktika)
- TOP 12:** Verbesserungsvorschläge für die Aufsichtsführung während der Prüfung
- TOP 13:** Modulhandbücher
- TOP 14:** Verschiedenes  
 Termin für die nächste Sitzung des Prüfungsausschusses  
 Aufführung des ECTS-Grades in den Zeugnissen

**Anwesenheit:**

- |                            |                                   |
|----------------------------|-----------------------------------|
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn M. Sc.      | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn stud.       | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn stud.       | anwesend / entschuldigt abwesend, |
| • Frau / Herrn             | als Protokollführer/-in.          |

**Zu TOP 1:**

Die / Der Vorsitzende stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

**Zu TOP 2:**

Die Tagesordnung wurde **einstimmig beschlossen.**

**Zu TOP 3:**

Das Protokoll der Sitzung vom [Datum der vorhergehenden Sitzung] wurde **einstimmig genehmigt.**

**Zu TOP 4:**

Zunächst teilte Frau / Herr Prof. Dr. [Name der / des PA-Vorsitzenden] mit, dass

Des Weiteren führte sie / er aus, dass

Schließlich informierte die/der Vorsitzende darüber, dass

**Zu TOP 5:**

Der Widerspruch der/des Studierenden [Name der/des Studierenden] vom [Datum des Posteingangs des Widerspruchschreibens] gegen den Bescheid vom [Datum des Bescheides] über die Bewertung der Prüfungsleistung „Prüfungsrecht mal anders“ [Datum der Klausur] wurde eingehend erörtert. Im Anschluss daran hat der Prüfungsausschuss **einstimmig beschlossen:**

*Der Widerspruch der/des Studierenden [Name] wird zurückgewiesen.*

*oder:*

*Auf den Widerspruch der/des Studierenden [Name] vom [Datum des Posteingangs des Widerspruchschreibens] wird die Bewertung der Prüfungsleistung „Prüfungsrecht mal anders“ vom [Datum der Klausur] dahingehend geändert, dass .....*

#### **Zu TOP 6:**

Der Prüfungsausschuss hat die Aufnahme des Wahlfachs „Fachsprache Englisch II, für das Vertiefungsfach für das Vertiefungsfach „.....“ im Master-Studiengang ..... **einstimmig beschlossen.**

#### **Zu TOP 7:**

Dem Antrag von Frau / Herrn ..... vom [Datum des Antrages] als Prüfer/-in für Master-Arbeiten im Master-Studiengang ..... tätig zu sein, wird **einstimmig** stattgegeben.

#### **Zu TOP 8:**

Der Prüfungsausschuss hat die Bildung der Auswahlkommission für den Studiengang Master ..... folgt gebildet:

[Namen der Mitglieder der Auswahlkommission]:

- Frau / Herrn Univ.-Prof.
- Frau / Herrn

#### **ZU TOP 9:**

Der Prüfungsausschuss hat das Antragsformular auf Zuteilung einer Masterarbeit wie folgt **einstimmig beschlossen:**

*Punkt B 2 wird gestrichen.*

#### **ZU TOP 10:**

Der Prüfungsausschuss hat den Leitfaden für die Anerkennung von Prüfungsleistungen **einstimmig genehmigt.**

#### **ZU TOP 11:**

Der Prüfungsausschuss hat die Richtlinien für die Anerkennung von Praktika **einstimmig genehmigt.**

**ZU TOP 12:**

Der Prüfungsausschuss die Verbesserungsvorschläge für die Aufsichtsführung **ein-**  
**stimmig genehmigt.**

**ZU TOP 13:**

Der Prüfungsausschuss hat den beigefügten Änderungsantrag des Modulhandbuchs  
**einstimmig genehmigt.**

**ZU TOP 14:**

Verschiedenes  
Termin für die nächste Sitzung des Prüfungsausschusses  
Aufführung des ECTS-Grades in den Zeugnissen

Ein Termin für die Sitzung wird frühzeitig bekannt gegeben.

Duisburg / Essen, den .....

.....  
Prof. Dr.  
Vorsitzende(r) des Prüfungsausschusses

.....  
Name, Titel, Funktion  
Protokollführer/-in

**Verteiler:**

- |                            |                          |
|----------------------------|--------------------------|
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn Univ.-Prof. | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn M. Sc.      | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn stud.       | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn stud.       | Fak [Name der Fakultät], |
| • Frau / Herrn Ass.        | als Protokollführer/-in. |

[zurück](#)

PRÜFUNGSAUSSCHUSS  
[NAME DES PA]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name]

[Straße]  
[PLZ und Ort]

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 8: Schreiben an Studierende, den Widerspruch zu konkretisieren*

**Widerspruch gegen die Bewertung der Prüfungsleistung „ ... “ vom ...**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

ein Widerspruch gegen die Bewertung einer Prüfungsleistung kann nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn substantiiert Mängel der Klausur gerügt werden.

Substantiiert rügen bedeutet, dass nicht nur pauschal auf Mängel hingewiesen wird, sondern es muss explizit dargelegt werden, warum die Klausur besser bewertet werden muss.

Zum jetzigen Zeitpunkt hat Ihr Widerspruch keine Aussicht auf Erfolg. Ich fordere Sie daher auf, mir **bis zum ... eine Begründung nachzureichen**. Sollten Sie bis dahin keine Begründung nachreichen, wird nach Aktenlage entschieden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

Universität Duisburg-Essen  
SG Einschreibungs- und Prüfungswesen  
**Vorsitzende/r des Prüfungsausschusses**  
Universitätsstraße 2 / Geibelstraße 41  
45117 Essen / 47057 Duisburg

## *Muster 9: Hinweise an Studierende zur Widerspruchseinlegung*

Datum: 2. Dezember 2011

**Der Prüfungsausschuss [Name] hat am ... beschlossen:**

### **Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen**

1. Gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses bzw. des beauftragten Bereichs Prüfungswesen, die Sie als einzelnen Studierenden betreffen, ist regelmäßig das Widerspruchsverfahren zulässig.
2. Widersprüche sind – einzeln je Widerspruchsführer - innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe einer solchen Entscheidung (z.B. Klausurbewertung, Versagung eines Rücktritts oder Nachteilsausgleichs, etc.) schriftlich oder zur Niederschrift über den Bereich Prüfungswesen beim zuständigen Prüfungsausschuss einzulegen. Eine E-Mail erfüllt die Schriftform nicht. Maßgeblich ist das Datum des Widersprucheingangs beim Bereich Prüfungswesen.
3. Widersprüche, die vorzeitig, also schon vor Erlass und Bekanntgabe der relevanten Entscheidung eingelegt werden, sind nicht statthaft. Ein solcher Widerspruch wird auch nicht dadurch zulässig, dass später die maßgebliche Entscheidung erlassen wird. Es muss dann erneut Widerspruch dagegen eingelegt werden.
4. Der Widerspruch sollte ordentlich begründet werden. Stellen Sie insbesondere bei Widersprüchen gegen die Bewertung Ihrer Prüfungsleistungen konkret, nachvollziehbar und schlüssig dar, aus welchen Gründen nach Ihrer Ansicht die ergangene Entscheidung nicht rechtmäßig ist. Nur pauschale Mängelinreden sind wenig erfolgversprechend.
5. Beachten Sie, dass der Prüfungsausschuss verpflichtet ist, den prüfungsrechtlichen Grundsatz der Chancengleichheit zwischen den Studierenden zu wahren. Aus diesem Grund sind Ausnahmen zu Ihren Gunsten, die von den Bestimmungen der Prüfungsordnung oder den üblichen Regelungen abweichen, nicht zulässig, es sei denn, die Bestimmung selbst sieht bereits Ausnahmen vor.

## *Muster 10: Beschlussvorlage für die PA-Sitzung*

### **TOP 5**

Widerspruch der/des Studierenden .... gegen die Bewertung der Prüfungsleistung  
„...“ vom ...

#### **A. Sachverhalt**

Die/der Studierende .... (im Folgenden: Widerspruchsführer/-in) legte am ... die Prüfungsleistung „...“ mit „ausreichend (4,0)“ abgelegt. Dies wurde ihr/ihm durch mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenem Aushang am ... bekannt gegeben.

Gegen die Bewertung der Prüfungsleistung hat sich der / die Widerspruchsführer/-in mit ... eingegangenem Schreiben vom selben Tag gewendet.

Sie/Er trägt vor, dass Fehler in Aufgabe 2 zu Maluspunkten geführt hätten, die mit Pluspunkten verrechnet worden seien. Sie/Er ist der Meinung, dass dies ungerechtfertigt sei, da diese Bewertung insgesamt zu einem negativen Punkteergebnis hätte führen können und einer Nichtbearbeitung der Klausur gleichgestellt würde. Auch seien Folgefehler fortlaufend negativ angerechnet worden, was nicht gerechtfertigt sei.

Auch bei den Multiple-Choice-Fragen in Aufgabe 1 seien Maluspunkte vergeben worden. Dies sei nicht rechtens, da durch die geschlossenen Fragen keine Möglichkeit bestanden habe, die gewählte Antwort zu begründen und so zusätzliche Grundlagen für die Bewertung der Prüfungsleistung zu schaffen.

Hinsichtlich der weiteren Ausführungen der Widerspruchsführerin wird auf ihr/sein Schreiben vom ... verwiesen.

Frau/Herr Prof. Dr. ... als Erstkorrektor/-in wurde um Stellungnahme gebeten. Dies geschah mit Schreiben vom ..., auf das Bezug genommen wird.

Der Prüfungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am ... mit der Sache befasst, die Entscheidung jedoch vertagt, um die Zulässigkeit von Multiple-Choice-Aufgaben und der Vergabe von Maluspunkten bei Multiple-Choice-Aufgaben zu prüfen.

#### **B. Rechtliche Würdigung**

##### **I. Zuständigkeit**

Die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses zur Entscheidung über den Widerspruch ergibt sich aus § ... Abs. ... Satz ... PO [Studiengang] i. V. m. § 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VwGO.

##### **II. Der Widerspruch ist zulässig.**

Der Widerspruch wurde schriftlich und innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Bewertung eingelegt. Damit ist er form- und fristgemäß erfolgt, § 70 VwGO.

III. Der Widerspruch ist teilweise begründet.

1. Die Bewertung der Aufgabe 2 erfolgte ordnungsgemäß.

Aus der Stellungnahme von Frau/Herrn Prof. Dr. ... geht hervor, dass bei der Bearbeitung der Aufgabe 2 keine Malus-/Fehlerpunkte vergeben wurden. [Erläuterungen zur Stellungnahme und Punktevergabe der Korrektorin/des Korrektors]. ]

2. Die Bewertung in Aufgabe 1 war nicht rechtmäßig. Die Vergabe von Minuspunkten für falsche Antworten bei Multiple-Choice-Aufgaben ist nicht zulässig.

Das vorliegende Bewertungsverfahren, bei dem für die falsche Beantwortung einer Multiple-Choice-Aufgabe Minuspunkte verteilt werden, die Bewertung insgesamt aber nicht im negativen Bereich, sondern höchstens bei 0 Punkten liegen kann, ist in einem Urteil des OVG NW vom 16.12.2008 zumindest für Klausuren ohne Wiederholungsmöglichkeit für unzulässig erklärt worden:

*„Jedoch ist das Bewertungsverfahren insoweit rechtsfehlerhaft als für eine falsche Antwort Punkte abgezogen werden, die durch eine richtige Antwort erreicht worden sind. Das in der Klausur gewählte einfache, auf die Einschätzung als richtig oder falsch abstellende Antwort-Wahl-Verfahren birgt ein hohes Raterisiko. Es ist deshalb zwar verständlich, dass der Prüfer durch die von ihm gewählte Methode der Auswertung versucht hat, dem zu begegnen. Ein Prüfungsverfahren, dessen Ergebnisse Auswirkungen auf die Freiheit der Berufswahl hat, muss jedoch so gestaltet sein, dass es geeignet ist, Aussagen darüber zu gewinnen, welche berufsbezogenen Kenntnisse der Prüfling hat. Einem Bewertungsverfahren, bei dem fehlerfrei erbrachte Prüfungsleistungen als nicht oder schlecht erbracht gewertet werden, weil andere Prüfungsfragen nicht richtig beantwortet worden sind, fehlt diese Eignung.“*

Sollte der Prüfungsausschuss dieser Bewertung folgen, wäre das angewandte Bewertungsverfahren unzulässig. Die Klausur müsste neu bewertet werden, wobei für falsche Antworten in Aufgabe 1 keine Minuspunkte vergeben werden dürften. Hierdurch würden andere Klausurteilnehmer, die keinen Widerspruch eingelegt haben, nicht unzulässig benachteiligt.

C. Entscheidungsvorschlag

*Auf den Widerspruch der/des Studierenden ... hin wird die Bewertung der Prüfungsleistung „...“ vom ... mit „ausreichend“ (4,0) aufgehoben. Die Klausur ist mit der Maßgabe neu zu bewerten, dass für falsche Antworten in Aufgabe 1 keine Minuspunkte vergeben werden. Im Übrigen wird der Widerspruch zurückgewiesen.*

[zurück](#) (S. 34)

**PRÜFUNGSAUSSCHUSS**  
**[NAME]**  
**DIE/DER VORSITZENDE**

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

**Einschreiben / Per PZU**

Frau / Herrn

[Name ]

Straße

PLZ Ort

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Meine Nachricht vom

Name

Telefon

Fax

E-Mail

Gebäude:

Prof. Dr.

(02 01) 183 –

(02 01) 183 –

vorname.name@uni-due.de

Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum

tt.mm.jjjj

*Muster 11: Widerspruchsbescheid*

**Bewertung der Prüfungsleistung „...“ im Bachelor- / Master- / Diplomstudien-  
gang ... vom [Datum des Ausgangsbescheides]**

**Ihr Widerspruch vom ...**

Sehr geehrte /-r Frau / Herr ...,

auf Ihren Widerspruch vom ... gegen die Bewertung Ihrer Prüfungsleistung „...“ vom  
[Datum der Klausur] ergeht folgender

**W i d e r s p r u c h s b e s c h e i d:**

- I. Ihr Widerspruch vom ... gegen die Bewertung der Prüfungsleistung „...“ mit „nicht ausreichend (5,0)“ wird zurückgewiesen.*
- II. Die Kosten des Widerspruchsverfahrens sind von Ihnen zu tragen. Dieser Widerspruchsbescheid ergeht gebührenfrei.*

**Begründung: oder G r ü n d e:**

**I.**

Die/der Studierende ... (im Folgenden: Widerspruchsführer/-in) ist seit dem SS 2008 in den Bachelor-/Master-/Diplomstudien- ... an der Universität Duisburg – Essen eingeschrieben.

Sie/Er legte am ... die Prüfungsleistung „...“ mit „nicht ausreichend (5,0)“ ab. Dies wurde ihr/ihm durch Aushang / per E-Mail am ... bekannt gegeben.

Gegen die Bewertung der Prüfungsleistung hat sich die/der Widerspruchsführer/-in mit am ... eingegangenem Schreiben vom selben Tag gewendet. Dabei macht sie/er geltend, dass die Klausur im Vergleich zum Vortermine insgesamt sehr viel schlechter ausgefallen und die Durchfallquote sehr hoch sei. Dies führt sie/er im Wesentlichen

02.12.2011

darauf zurück, dass die Klausur von Frau/Herrn ... korrigiert worden sei, die/der dafür nicht hinreichend kompetent sei. Zudem sei die Aufgabe 1) ohne spezielle Kenntnisse der..., die im Lehrstoff nicht behandelt wurden, nicht zu lösen gewesen.

Herr PD Dr. ... als Erstkorrektor wurde um Stellungnahme gebeten. Diese erfolgte mit Schreiben vom ... (s. Anlage).

Der Widerspruch wurde dem Prüfungsausschuss in der Sitzung vom ... vorgelegt. Nach eingehender Erörterung hat der Prüfungsausschuss einstimmig beschlossen, die Entscheidung über den Widerspruch auf die nächste Sitzung zu vertagen mit der Maßgabe, dass ein Zweitkorrektor für die Bewertung herangezogen wird, der feststellen soll, ob Aufgabe 1) ohne spezielle Kenntnisse der aktuellen Änderungen des ... zu lösen war. Mit der Zweitkorrektur wurde Frau Prof. Dr. ... betraut.

Frau Prof. Dr. ... wurde die Klausur mit der o.g. Maßgabe vorgelegt.

In ihrer Stellungnahme vom ... führt Frau Prof. Dr. ... aus, dass zur Beantwortung der Frage 1 keine speziellen Kenntnisse der ... notwendig waren. Zu den weiteren Ausführungen wird auf die Stellungnahme von Frau Prof. Dr. ... verwiesen (s. Anlage).

Der Studierende beantragt mit seinem Widerspruch vom ..., die Klausur nicht als Fehlversuch zu werten.

Eine weitere eingehende Erörterung der Sach- und Rechtslage fand am ... vor dem Prüfungsausschuss statt.

## II.

Die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses zur Entscheidung über den Widerspruch ergibt sich aus § ... Abs. ... Satz ... PO [Studiengang] i. V. m. § 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VwGO.

Der Widerspruch ist zulässig.

Der Widerspruch ist form- und fristgemäß erfolgt, § 70 VwGO.

Der Widerspruch ist jedoch unbegründet.

Zwar reicht es für eine gerichtliche Nachprüfung der ansonsten nicht angreifbaren Aufgabenstellung bereits aus, dass die Misserfolgsquote von über 75 % signifikant hoch ist. Denn in einem solchen Fall ist das Gericht verpflichtet, den Gründen hierfür nachzugehen. Bei der hier in Rede stehenden Klausur betrug die Durchfallquote ca. 90%.

Allerdings begründet die Tatsache, dass bei einer Prüfungsaufgabe die Misserfolgsquote der betroffenen Prüflinge signifikant höher liegt als bei anderen Prüfungen oder im Vergleich zu anderen Prüflingen, für sich allein noch kein hinreichend aussagekräftiges Indiz dafür, dass die Prüfungsaufgabe ungeeignet war. Das Gericht muss in einem solchen Fall den möglichen Ursachen nachgehen, wenn ein Prüfling die mangelnde Eignung der Prüfungsaufgabe oder sonstige Fehler substantiiert rügt.

Substantiiert Rügen bedeutet aber, nicht bloß pauschal auf die Mängel hinzuweisen, sondern

- explizit auf die „unrichtigen“ Aufgabenstellungen einzugehen und zu erklären, warum diese Aufgabenstellung „unrichtig“ ist,
- konkret darzulegen, warum die Bearbeitung der Klausuraufgabe in der vorgegebenen Zeit nicht zu bewältigen war
- und weshalb eine gewährte Einlesezeit nicht ausreichend bemessen war.

Der Widerspruchsführer macht jedoch solche Umstände nicht geltend, sondern beruft sich nur auf die Bewertung an sich. Dies ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht relevant.

Nach nochmaliger Bewertung der Klausur durch den Erstkorrektor kam dieser zu keinem anderen Ergebnis. Insoweit wird auf die von Herrn PD . ... abgegebene Stellungnahme vom ... verwiesen.

Da die Zweitkorrektorin, Frau Prof. Dr. ... ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Klausur ohne spezielle Kenntnisse der ... zu lösen war, bleibt es bei dem Ergebnis der Klausurbewertung.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des Widerspruchsbekandes Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3, 45879 Gelsenkirchen schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Vorsitzende/-r des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

### Muster 12: Benachrichtigung über die Öffentliche Zustellung

Essen / Duisburg, den tt.mm.jjjj

# Benachrichtigung

(gemäß § 10 Abs. 2 Verwaltungszustellungsgesetz NRW)

Frau / Herrn ....., geb. am tt.mm.jjjj in ...,

letzte bekannte Anschrift:

[Straße, Hausnummer, PLZ, Ort],

zurzeit unbekannten Aufenthalts, wird hiermit davon in Kenntnis gesetzt, dass ein für sie / ihn bestimmtes Schriftstück:

**Widerspruchsbescheid des Prüfungsausschusses für ... vom tt.mm.jjjj**

[Geschäftszeichen: ....]

über die Bewertung einer Prüfungsleistung

**beim Bereich Prüfungswesen, [Universitätsstraße 2 in 45141 Essen] im Raum ... während der Öffnungszeiten in Empfang genommen werden kann.**

Durch diese öffentliche Zustellung wird eine Klagefrist nach § 74 VwGO in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Dauer des Aushangs: tt.mm.jjjj bis tt.mm.jjjj

Unterschrift des Sachbearbeiters:

Tatsächliches Aushangdatum: tt.mm.jjjj \_\_\_\_\_  
Unterschrift

Tatsächliches Abnahmedatum: tt.mm.jjjj \_\_\_\_\_  
Unterschrift

[zurück](#)

PRÜFUNGSAUSSCHUSS  
[NAME DES PA]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg / 45117 Essen

Universität Duisburg-Essen  
- Stabsstelle Justitiariat -  
Universitätsstraße 2  
45117 Essen

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 2, [Raum]

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 13: Anschreiben an Justitiariat zur Übermittlung eines Vorgangs*

**Klage / Antrag auf Vorläufigen Rechtsschutz der/des Studierenden ...  
Zulassung zur Prüfung „...“ am ...**

Sehr geehrter Herr Tuguntke,

anliegend übersende ich Ihnen die Klage-/Antragsschrift der/des Studierenden [Name] gegen den o.g. beklagten Prüfungsausschuss, hier eingegangen am .... zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.

Zudem übersende ich Ihnen folgende relevante Unterlagen in der Sache zur Kenntnis:

- 1.
- 2.
- 3.

Schon jetzt ist dazu anzumerken, dass ...

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

# PRÜFUNGSAUSSCHUSS

[NAME  
DES  
PRÜFUNGSAUSSCHUSSES]

Universität Duisburg-Essen  
SG Einschreibungs- und Prüfungswesen  
**Vorsitzende/r des Prüfungsausschusses**  
Universitätsstraße 2 / Geibelstraße 41  
45117 Essen / 47057 Duisburg

## *Muster 14: Hinweise an Studierende zur Prüfungsan- und abmeldung*

Datum: 2. Dezember 2011

**Der Prüfungsausschuss [Name] hat am ... beschlossen:**

### **Hinweise für die An- und Abmeldung zu den Prüfungen**

- 1) Prüfungstermine sind für alle Beteiligten verbindlich und können aus organisatorischen Gründen nicht verschoben werden.
- 2) Achten Sie unbedingt darauf, sich ordnungsgemäß zu Prüfungen an- und abzumelden! Es dürfen nur Studierende an der Prüfung teilnehmen, die auf der Teilnehmerliste für die Prüfung – einsehbar über das persönliche Konto im LSF und auf der Internetseite „www.....“ - aufgeführt sind.
- 3) Informieren Sie sich daher darüber, ob Ihre An- und Abmeldung für eine Prüfung richtig aufgenommen und registriert wurde. Im Falle einer Abmeldung sind Sie verpflichtet, die aktualisierten Teilnehmerlisten einzusehen und ihre Löschung daraus zu überprüfen. Studierende, die keine Bestätigungs-E-Mail über die An- bzw. Abmeldung zu den Prüfungen erhalten haben oder die sich trotz
  - Anmeldung auf keiner der veröffentlichten Teilnehmerlisten finden bzw.
  - Abmeldung immer noch auf der Teilnehmerliste stehen,

sollten sich umgehend zur Klärung an den Bereich Prüfungswesen wenden. Ist eine zügige Klärung nicht möglich, kann über den Bereich Prüfungswesen beim Prüfungsausschuss schriftlich Widerspruch eingelegt werden.

- 4) Die Widerspruchsfrist gegen Fehler bei der Anmeldung beginnt grundsätzlich mit Bekanntgabe der Teilnehmerlisten beim Bereich Prüfungswesen. Die Widerspruchsfrist für eine Abmeldung beginnt mit der auf die Abmeldung folgenden Bekanntgabe der aktualisierten Teilnehmerliste.
- 5) Nachteile, die dadurch entstehen, dass Studierende ihre Kontroll- und Rückpflichten nicht beachten, gehen zu ihren Lasten. Insbesondere kann dies dazu führen, dass erkannte oder erkennbare Fehler des Zulassungsverfahrens nachträglich nicht mehr wirksam geltend gemacht werden können.

- 6) Bestehen trotz ihrer Rüge gegenüber dem Bereich Prüfungswesen oder aus anderen Gründen Zweifel daran, dass eine ordentliche Registrierung als Teilnehmer zu einer Prüfung erfolgte, wird dringend empfohlen, die Bestätigungs-E-Mail der erfolgreichen Anmeldung zu dieser Prüfung auszudrucken und als Nachweis zum Prüfungstermin mitzubringen.
- 7) Die Regelungen gelten für alle Studierenden einschließlich Erasmus – Studierende, die an den Prüfungsleistungen der Fakultät teilnehmen wollen.

Besonderheiten für **Nachtermine**:

- 8) Eine Anmeldung zum Nachtermin einer Prüfung erfolgt **automatisch** mit der Anmeldung zum Haupttermin. Eine gesonderte Anmeldung zum Nachtermin ist daher nur dann notwendig, wenn von der Prüfung zum Haupttermin erfolgreich zurückgetreten oder dieser aus anerkannt wichtigem Grund versäumt wurde.
- 9) Bei Nichtbestehen einer Prüfung oder einer als Freiversuch angemeldeten Prüfung im Haupttermin ist eine erneute Anmeldung zum Nachtermin daher nicht erforderlich.
- 10) Wollen Sie an der Prüfung im Nachtermin dann nicht teilnehmen, müssen Sie bis eine/zwei Woche/-n (Ausschlussfrist) vor der Prüfung von dieser abmelden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzendes des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

**Antrag auf Nachteilsausgleich aufgrund von Betreuungs-  
/Pflegeverpflichtungen**

*Muster 15: Antragsformular zum Nachteilsausgleich*

**Von der Antragstellerin / dem Antragsteller auszufüllen (bitte in Druckbuchstaben):**

Vorname, Name : \_\_\_\_\_ Matr.-Nr.: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Tel.-Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Studienfach: \_\_\_\_\_

Angaben zu den erforderlichen Modifikationen und Begründung: \_\_\_\_\_

---

---

---

Beigefügte Nachweise:

- ☐ Ärztliche Bestätigung zum Krankenstand / Pflegestufe
- ☐ Mutterpass o.ä.
- ☐ Nachweis über Art und Umfang der regulären Kinderbetreuung (z.B. Kopie des Vertrages mit Tagesmutter oder Kindergarten).
- ☐ Sonstiges: \_\_\_\_\_

---

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

---

**Von der/dem Prüfungsausschussvorsitzenden auszufüllen:**

- ☐ Dem Antrag wird entsprochen.
- ☐ Dem Antrag wird mit Änderungen wie folgt entsprochen: \_\_\_\_\_
- ☐ Der Antrag wird abgelehnt. Die Begründung erfolgt getrennt.
- ☐ Vermerke: \_\_\_\_\_

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

---

[zurück](#)

**Formular für ein Ärztliches Attest***Muster 16: Ärztliches Attest***Personalien und Angaben zu der untersuchten Person:**

Nachname: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer, PLZ und Wohnort

Matrikel-Nr: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

**Erklärung des untersuchenden Arztes / Ärztin zu den Krankheitssymptomen  
(eine Diagnose ist nicht erforderlich):**

Meine am \_\_\_\_\_ durchgeführte Untersuchung zur rechtlichen Frage  
einer krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit bei o.g. Patientin / Patienten hat aus  
ärztlicher Sicht Folgendes ergeben:

Krankheitssymptome:

**Dauer der Erkrankung:** von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  
Ort, Datum\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Arztes oder der Ärztin\_\_\_\_\_  
Praxisstempel[zurück](#)

PRÜFUNGSAUSSCHUSS  
[NAME DES PA]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg / 45117 Essen

Frau / Herr  
[Name]

- im Hause -

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 2, [Raum]

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 17: Schreiben des PA zur Erteilung der Prüfungsberechtigung*

**Antrag auf Erteilung der Prüfberechtigung der Frau / des Herrn ...**  
**Antrag vom ...**

Sehr geehrte Frau / Sehr geehrter Herr ... ,

hiermit wird Ihnen die Berechtigung erteilt, die Prüfungen des Fachs „ ...“ abzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

# Rahmenterminplan für die Prüfungen des [Kern- und Vertiefungs-]studiums

Bitte beachten Sie die weiteren Informationen auf unserer Homepage !

Prüfungsabmeldungen sind bis **spätestens** [eine Woche] vor der jeweiligen Prüfung möglich.

## Wintersemester 2010/11

*Muster 18: Rahmenterminplan für Prüfungen*

	<b>Ersttermin</b>	<b>Zweitertermin</b>
<b>Prüfungsanmeldung</b>	13.12.2010 – 07.01.2011	24.01. – 19.02.2011
<b>Ggf. Bekanntgabe Teilnehmerlisten</b>	10.01.2011	21.02.2011
<b>Prüfungsabmeldung</b>	ab 17.01.2011	ab 28.02.2011
<b>Prüfungszeitraum</b>	07.02. – 18.02.2011	21.03. – 1.04.2011
<b>Bekanntgabe Ergebnisse</b>	ab 04.03.2011	ab 20.05.2011

## Sommersemester 2011

	<b>Ersttermin</b>	<b>Zweitertermin</b>
<b>Prüfungsanmeldung</b>	21.06. – 30.06.2011	22.08. – 01.09.2011
<b>Ggf. Bekanntgabe Teilnehmerlisten</b>	08.07.2011	06.09.2011
<b>Prüfungsabmeldung</b>	ab 04.07.2011	ab 08.09.2011
<b>Prüfungszeitraum</b>	25.07. – 05.08.2011	28.09. – 7.10.2011
<b>Bekanntgabe Ergebnisse</b>	ab 02.09.2011	ab 12.11.2011

[zurück](#)

*Muster 19: Protokoll der schriftlichen Prüfung*

**UNIVERSITÄT DUISBURG – ESSEN (Campus [Duisburg / Essen])**  
**Bereich Prüfungswesen – [Bereich]**  
**Protokoll: Schriftliche Fachprüfung**

Prüfung: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Uhrzeit: \_\_\_\_\_ Raum: \_\_\_\_\_

Prüfer: Prof. Dr.			
Aufsicht:			
Klausurbeginn:	Klausurende:	Teilnehmerzahl:	Abgegebene Klausuren:

Vorzeitig abgegebene und nicht abgegebene Klausuren bitte namentlich (ggf. Uhrzeit) aufführen!  
 Nicht erschienene Teilnehmer sind in den beigefügten Teilnehmerlisten zu kennzeichnen. In der Spalte „Anwesenheit“ bitte n.a. eintragen und jede Seite unterschreiben.

**Die anfängliche Belehrung gem. der Hinweise für die Aufsichtsführung wurde durchgeführt.** ☐

**Auf Befragen wird von keinem der anwesenden Prüfungskandidaten das Vorliegen einer Erkrankung angezeigt.** ☐

**Protokoll über den Klausurverlauf:**

Es wird bestätigt, dass, ausgenommen der o.a. Studenten alle Teilnehmer eine Klausur abgegeben haben.

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschriften: \_\_\_\_\_

[zurück](#)

02.12.2011



*Muster 20: Protokoll der mündlichen Prüfung*

**UNIVERSITÄT DUISBURG – ESSEN (Campus [Duisburg / Essen])**  
**Bereich Prüfungswesen – [Bereich]**  
**Protokoll: Mündliche Prüfung**

Studiengang: [Name / Anwendbare PO]

Fach: Modul: \_\_\_\_\_

Prüfung: \_\_\_\_\_

Semester: Haupttermin im SS / WS 2010 / 2011 am: \_\_\_\_\_ Raum: \_\_\_\_\_

Prüfer:	Beisitzer:	Name des / der Prüflingskandidaten:	Vorname des / der Prüflingskandidaten:	Frei- versuch:	Note:	KP:
Prof. Dr.		1. 2. 3. 4.	1. 2. 3. 4.	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>		

Beginn: \_\_\_\_\_ Ende: \_\_\_\_\_ Auf Befragen wird von keinem der anwesenden  
 Prüfungskandidaten das Vorliegen einer Erkrankung  
 angezeigt. ☐

**Gegenstand der Prüfung:**

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschriften: \_\_\_\_\_

[zurück](#)

02.12.2011

*Muster 21: Hinweise für das Aufsi*

Universität Duisburg-Essen  
**Vorsitzende/r des Prüfungsausschuss**  
Universitätsstraße 2 / Geibelstraße 41  
45117 Essen / 47057 Duisburg

2. Dezember 2011

**Der Prüfungsausschuss [Name] hat am ... beschlossen:**

**A. Hinweise zur Aufsichtsführung bei studienbegleitenden Prüfungen an der Fakultät für [Name]**

1. Teilnahmeberechtigt an einer Prüfungsklausur sind nur die Studierenden, die sich ordnungsgemäß zu der entsprechenden Prüfung angemeldet haben. Es können daher nur Studierende an der Prüfung teilnehmen, die auf der Teilnehmerliste aufgeführt sind.
2. Der Bereich Prüfungswesen erstellt für jede Prüfungsklausur eine alphabetische Teilnehmerliste (Teilnehmerliste I) und ggf. eine weitere Teilnehmerliste mit den Angaben der Klausurteilnehmer, die die gleiche Klausur in einem anderen Raum schreiben (Teilnehmerliste II – nach Studiengängen sortiert). Melden sich Studierende bei den Aufsichtsführenden, die auf der zweiten Teilnehmerliste aufgeführt sind, können diese die Klausur vor Ort mitschreiben, d.h. auch in dem ihnen nicht zugewiesenen Raum. Studierende, die auf keiner der Teilnehmerlisten aufgeführt sind, weil sie eine andere Klausur bzw. Klausurform (z.B. Blockklausur statt Teilklausuren bzw. Teilklausuren statt Blockklausur) schreiben, können anhand der zusätzlich ausgeteilten Gesamtliste aller angebotenen Klausuren nebst Klausurräumen zügig auf die entsprechenden Klausurräume verwiesen werden.
3. Rechtzeitig zu Beginn einer Klausur veranlasst der Bereich Prüfungswesen, dass die Klausurräume aufgeräumt sind, so dass die Teilnehmer ihre Plätze unverzüglich einnehmen können. Die Aufsichtsführenden haben die Platzzuweisung der Klausurteilnehmer vorzunehmen. Dabei ist sicherzustellen, dass zwischen den einzelnen Sitzplätzen der Klausurteilnehmer genügend Freiraum zwecks Vermeidung evtl. Täuschungsversuche besteht.
4. Zur Prüfungsklausur sind vom Teilnehmer mitzubringen:
  - a. der Studierendenausweis und
  - b. ein amtliches Personalpapier mit Lichtbild.
5. Vor dem Verteilen der Klausuraufgaben weisen die Aufsichtsführenden die Klausurteilnehmer darauf hin, dass die Bearbeitungszeit für die Klausur erst nach dem vollständigen Austeilen der Klausuraufgaben beginnt. Die Klausuren

sind verdeckt auszuteilen und dürfen von den Studierenden erst nach vollständigem Austeilen der Klausuraufgaben aufgedeckt werden („Alle Klausuren sind ausgeteilt. Die Bearbeitungszeit beginnt jetzt.“).

6. Während der Klausurbearbeitung haben die Prüflinge ihren Personalausweis und ihren Studierendenausweis an ihrem Sitzplatz auszulegen. Die Aufsichtspersonen überprüfen in dieser Zeit die Identität und Teilnahmeberechtigung der Prüflinge. Im Falle nichtberechtigter Teilnahme ist die Fortsetzung der Klausur zu untersagen und der Studierende ist des Raumes zu verweisen. Dieser Vorgang ist zu protokollieren.
7. Auf dem Deckblatt der Klausur sind die zugelassenen Hilfsmittel vermerkt. Insbesondere Aktentaschen und abgelegte Kleidungsstücke sind an einer von der Aufsichtsführung zu bestimmenden Stelle zu deponieren.
8. Für die Prüfungsklausuren ist ausschließlich das vom Bereich Prüfungswesen abgestempelte Klausurpapier bzw. sind nur die von den Prüfern vorbereiteten Aufgabenbögen zu verwenden. Die Teilnehmer an Prüfungsklausuren erhalten vorab genau zwei Klausurbögen bzw. die von den Prüfern vorbereiteten Aufgabenbögen. Die bedarfsentsprechende Ausgabe zusätzlicher Bögen wird auf einem Prüfungsbogen vermerkt. Es ist zu Beginn der Klausurbearbeitung darauf hinzuweisen, dass alle Klausurbögen fortlaufend zu nummerieren sind und nach Beendigung der Klausur alle Klausurbögen, auch die unbeschriebenen, abzugeben sind.
9. Eine Einlesezeit wird bei zur Auswahl gestellten Aufgaben gewährt, wenn dies auf den Klausurdeckblättern entsprechend vermerkt ist. Sofern sich keine Angaben zu einer Einlesezeit auf den Klausurdeckblättern befinden, darf keine Einlesezeit gewährt werden.
10. Der Aufsichtsführung ist es untersagt, Hinweise, Erläuterungen u.ä. zu den gestellten Klausuraufgaben zu geben.
11. Während aller Prüfungsklausuren gilt ein Rauchverbot.
12. Jedem Teilnehmer an einer Prüfungsklausur steht es frei, etwas zu Protokoll zu geben. Die Protokollnotiz ist als persönliche Meinung des Prüflings zu kennzeichnen.
13. Bei Prüfungsklausuren mit einer Bearbeitungszeit (ohne Einlesezeit) bis zu 1,5 Zeitstunden (90 Minuten) ist das zwischenzeitliche Aufsuchen der Toilettenräume grundsätzlich nicht zulässig. Bei Prüfungsklausuren mit einer Bearbeitungszeit von mehr als 1,5 Zeitstunden ist das zwischenzeitliche Aufsuchen der Toilettenräume grundsätzlich erst nach Ablauf von 60 Minuten zulässig. In den letzten 15 Minuten vor Ende der Klausurbearbeitung ist ein Toilettengang nicht möglich. Die Prüflinge haben den Wunsch, die Toilettenräume aufsuchen zu wollen, der Aufsicht mitzuteilen. Das Verlassen des Klausorraumes zur Benutzung der Toilettenräume ist nur einzeln zulässig, wobei nur die räumlich nächstgelegenen Toiletten benutzt werden dürfen. Die zeitliche Folge wird durch die Aufsicht mittels einer Namensliste an der Tafel festgelegt. Ein Abweichen von

dieser Bestimmung ist nur möglich, wenn der Prüfling ein entsprechendes ärztliches Attest vorlegt. Das Aufsuchen der Toilettenräume wird protokolliert.

14. Bei Verlassen des Klausurraumes ist die Prüfungsklausur der Aufsicht auszuhandigen. Die Abwesenheitszeit wird im Prüfungsprotokoll vermerkt.
15. Erkrankt ein Prüfling während einer Klausur, so hat die Aufsichtsführung ihn darauf hinzuweisen, unverzüglich ein ärztliches Attest beizubringen. Im Übrigen wird auf die nachfolgenden Verfahrensrichtlinien hinsichtlich des Eintritts einer Erkrankung während einer Prüfung hingewiesen.
16. Sofern ein Prüfling den Klausurraum ohne Zustimmung der Aufsichtsführung verlässt, darf er ihn nicht mehr betreten.
17. Die Aufsichtsführung kann bei vermuteten Täuschungsversuchen Prüfungsklausurbögen und zugelassene Hilfsmittel kontrollieren. Widersetzt sich der Prüfling der Kontrolle, ist dieser Vorgang zu protokollieren. Festgestellte Täuschungsversuche sind von der Aufsichtsführung ebenfalls zu protokollieren. Etwaige vom Prüfling benutzte oder mitgeführte, nicht zugelassene Hilfsmittel sind von der Aufsicht sicherzustellen. Dem Prüfling ist die Fortsetzung der Klausur zu gestatten. Ordnungsverstöße sind zu protokollieren.
18. Prüfungsklausuren können vorzeitig nur bis 15 Minuten vor dem offiziellen Ende der Bearbeitungszeit abgegeben werden. Danach müssen alle Klausurteilnehmer so lange auf ihren Plätzen bleiben, bis nach Ablauf der Bearbeitungszeit sämtliche Prüfungsklausuren von der Aufsichtsführung eingesammelt worden sind. Die vorzeitige Abgabe einer Klausur ist zu protokollieren.
19. Die Aufsichtsführenden stellen das Ende der Bearbeitungszeit fest. Die Studierenden werden darauf hingewiesen, dass die Bearbeitung der Klausur sofort einzustellen ist und jeder Teilnehmer am Platz bleibt. Wer dagegen verstößt, begeht einen Täuschungsversuch.
20. Das Benutzen von Mobiltelefonen bei einer Prüfung ist nicht gestattet. Mitgebrachte Telefone müssen ausgeschaltet, dürfen nicht sichtbar, nicht erreichbar und nicht auf dem Arbeitstisch deponiert sein. Die Telefone sind möglichst entfernt am Rand des Raumes bzw. bei der Aufsicht zu lagern.
21. Das Benutzen von Mobiltelefonen während einer Prüfung wird in jedem Falle als **Täuschungsversuch** gewertet.

## **B. Verfahrensrichtlinien beim Eintritt einer Erkrankung während einer Prüfung (Klausur bzw. mündliche Prüfung)**

1. Beim vorzeitigen Verlassen der Prüfung muss der Kandidat die Erklärung zu Protokoll geben, dass er die Prüfung wegen einer akuten Erkrankung abbricht.
2. Die Aufsichtsführenden müssen diesen Sachverhalt unter Angabe der genauen Uhrzeit ins Protokoll vermerken.

3. Der Kandidat muss sich unverzüglich zum Arzt begeben und ein Attest mit Angabe der voraussichtlichen Dauer der Krankheit, medizinischen Befundtatsachen, Art der sich aus der Krankheit ergebenden Beeinträchtigung, Untersuchungstag sowie Stempel und Unterschrift des Arztes ausstellen lassen.
4. Das Attest ist unverzüglich (gemäß § 121 BGB) persönlich oder per Einschreiben dem Bereich Prüfungswesen mit der Erklärung der Entbindung des attestierenden Arztes von seiner Schweigepflicht für diesen Fall zuzuleiten.
5. Bei Vorliegen einer dauerhaften Erkrankung wird mit der Teilnahme (Antritt) an der Prüfung das Rücktrittsrecht wegen dieser Erkrankung verwirkt.
6. Sonderregelungen, z.B. Verlängerungen der Prüfungs-/Bearbeitungszeit oder Toilettengang wegen dauerhafter Erkrankungen, die mit Behinderungen verbunden sind, können gem. §§ ... PO [Studiengang] Bachelor/Master/Diplom usw. nur nach Vorlage eines entsprechenden ärztlichen Attestes vor der Prüfung gewährt werden.

[zurück](#)

**PRÜFUNGSAUSSCHUSS**  
**[NAME DES PA]**  
**DER VORSITZENDE**

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

**Verteiler:**

Hochschullehrer der Fakultät für [Name]

- Im Hause -

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
Fax	(02 01 / 0203) 183 – / 379 -
E-Mail	[Name]@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 2, [Raum]

Datum	tt.mm.jjjj
-------	------------

*Muster 22: Schreiben des PA an Prüfer/in zur Anerkennung von Leistungen*

**Anerkennung von Prüfungsleistungen**

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen,

die Prüfungsordnungen ermöglichen nach einem Studiengangs- oder Ortswechsel der Studierenden die Anerkennung von Prüfungsleistungen aus dem bisherigen Studium bzw. sonstiger Qualifikationen und Kenntnisse aus einer beruflichen Ausbildung.

Zuständig für die Entscheidung über solche Anerkennungsanträge ist der Prüfungsausschuss. Die Antragstellung sowie die Kontrolle der Unterlagen auf Vollständigkeit erfolgt über den Bereich Prüfungswesen.

Im Rahmen dieses Verfahrens bedarf es regelmäßig der Feststellung der Gleichwertigkeit der erbrachten Leistungen mit den hiesigen Anforderungen. In solchen Fällen wird der Antrag vom Bereich Prüfungswesen an Sie als Fachvertreter weitergeleitet mit der Bitte um Prüfung und Erklärung über die Gleichwertigkeit der Leistungen.

Da sich die Studierenden häufig direkt an Hochschullehrer wenden, um sich die Gleichwertigkeit bescheinigen zu lassen, wird dringend darum gebeten, den oben geschilderten Verfahrensweg einzuhalten und die Studierenden ausnahmslos zur Antragsstellung zunächst an den Bereich Prüfungswesen zu verweisen.

Wird einem/einer Studierenden die Gleichwertigkeit einer Studien-/Prüfungsleistung entgegen des erklärten Verfahrensweges bescheinigt, ist das rechtlich unverbindlich.

Gleiches gilt, wenn ein Anerkennungsantrag vom Bereich Prüfungswesen bereits abgelehnt wurde, was Ihnen als Fachvertretern nicht bekannt sein muss. In solchen Fällen müssen die Studierenden den ablehnenden Bescheid des Bereiches Prüfungswesen anfechten.

Um also Irritationen und unnötigen Arbeitsaufwand bei Studierenden und Hochschullehrern gleichermaßen zu vermeiden, sollten nur Anträge bearbeitet werden, die Ihnen erkennbar vom Bereich Prüfungswesen zugeleitet wurden.

Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis!

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])

Der/Die Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

### **Muster 23: Übersicht über Fallbeispiele zur Anrechnung von Leistungen**

#### **Beispiele zur Anrechnung von Leistungen**

	<b>Beispiel</b>	<b>Lösung</b>
1.	Unterschiedliche Prüfungsformen (Mündliche Prüfung statt Klausur)	Unterschiedliche Prüfungsformen sind irrelevant bei der Anrechnung.
2.	Unterschiedliches Verhältnis von Präsenzzeit und Selbststudium (Verhältnis SWS/LP)	Unterschiedliches Verhältnis von Präsenz- und Selbststudium ist irrelevant bei der Anrechnung.
3.	Modul der anderen Hochschule entspricht nicht dem Studienprogramm an der UDE	Anrechnung auf ähnliches oder entsprechendes Modul an der UDE, anderenfalls keine Anrechnung.
4.	Modul der anderen Hochschule ist inhaltlich übereinstimmend mit Studienprogramm der UDE, hat aber <b>weniger LP</b> .	Anrechnung mit der höheren LP-Zahl entsprechend dem Modul an der UDE.
5.	Modul der anderen Hochschule ist inhaltlich übereinstimmend mit Studienprogramm an der UDE, hat aber <b>mehr LP</b> .	Anrechnung mit der geringeren LP-Zahl entsprechend dem Modul an der UDE.
6.	Module der anderen Hochschule weisen andere Ordnung der Inhalte und Kompetenzen auf, so dass nur Teile von Modulen der UDE absolviert sind.	Soweit identifizierbar, Anrechnung der Teilnahme an einzelnen Veranstaltungen. Wenn keine Zuordnung möglich, muss das gesamte Modul an der UDE studiert werden.  Einstufung: LP werden nach erfolgreich absolvierten Veranstaltungen vergeben, so dass eine Einstufung möglich ist.
7.	Modul der anderen Hochschule benotet, an der UDE nicht.	Vermerk der Anerkennung als „AK“ (anerkannt), ohne Note
8.	Modul der anderen Hochschule unbenotet, an der UDE wird benotet.	Vermerk der Anerkennung als „AK“ (anerkannt), ohne Note
9.	Modul der anderen Hochschule nicht bestanden, sondern nur Teilnahmebescheinigungen vorgelegt.	Keine Anrechnung auf Modul der UDE mit LP.
10.	Modul der anderen Hochschule wurde im Bachelorstudiengang abgelegt, entspricht aber Modul im Masterstudiengang der UDE.	Keine Anrechnung von Modulen von Bachelorstudiengängen auf Masterstudiengänge und umgekehrt.
11.	Studienabschluss ohne Modularisierung und LP-System (z.B. Diplom)	Studienbestandteile auf die Module mit dazugehörigen LP und Notenübernahme anrechnen.
<b>Wichtig:</b>		Möglichst viel anrechnen, um zu verhindern, dass durch Hochschulwechsel weitere Wiederholungsmöglichkeiten, unzulässige Verbesserungsversuche bzw. durch Nichtübernahme der Noten eine Anhebung des Notendurchschnitts gewährt werden.

[zurück](#)

*Muster 24: "Learning Agreement"*

## LEARNING AGREEMENT

Field of Study: \_\_\_\_\_ Academic Year: 2011/ 12

Family Name of Student: \_\_\_\_\_ First Name(s) of Student: \_\_\_\_\_

Enrollment Number: \_\_\_\_\_

**Sending Institution:** University of Duisburg – Essen, Germany

### Study programme abroad / learning agreement

Receiving Institution \_\_\_\_\_

Country \_\_\_\_\_

Course Unit Title of the Receiving Institution (RI)	ECTS (RI)	Course Unit Title of the Sending Institution (SI)	ECTS (SI)	Signature of the Course Unit Coordinator

If necessary, continue the list on a separate sheet.

Place, Date \_\_\_\_\_

Signature of the Student \_\_\_\_\_

### **Sending Institution**

We confirm that the proposed study programme / learning agreement is approved.

Place, Date \_\_\_\_\_

Signature of the Departmental Coordinator \_\_\_\_\_

Place, Date \_\_\_\_\_

Signature of the Institutional Coordinator \_\_\_\_\_

### **Receiving Institution**

We confirm that the proposed study programme / learning agreement is approved.

Place, Date \_\_\_\_\_

Signature of the Departmental Coordinator \_\_\_\_\_

Place, Date \_\_\_\_\_

Signature of the Institutional Coordinator \_\_\_\_\_

## Changes to original proposed study programme / learning agreement (Only if necessary!)

Family Name of Student: \_\_\_\_\_ First Name(s) of Student: \_\_\_\_\_

Enrollment Number: \_\_\_\_\_

**Sending Institution:** University of Duisburg – Essen, Germany

Course Unit Title of the Receiving Institution	Add Course / Unit	Delete Course / Unit	ECTS (RI)
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

If necessary, continue the list on a separate sheet.

\_\_\_\_\_  
Place, Date

\_\_\_\_\_  
Signature of the Student

### Sending Institution

We confirm that the above listed changes of the initially agreed study programme / learning agreement are approved.

\_\_\_\_\_  
Place, Date

\_\_\_\_\_  
Signature of the Departmental Coordinator

\_\_\_\_\_  
Place, Date

\_\_\_\_\_  
Signature of the Institutional Coordinator

### Receiving Institution

We confirm that the above listed changes of the initially agreed study programme / learning agreement are approved.

\_\_\_\_\_  
Place, Date

\_\_\_\_\_  
Signature of the Departmental Coordinator

\_\_\_\_\_  
Place, Date

\_\_\_\_\_  
Signature of the Institutional Coordinator

[zurück](#)

**Antrag auf Zuteilung einer Diplom- / Bachelor- / Masterarbeit**

***Muster 25: Antrag auf Zuteilung einer Abschlussarbeit***

**Vom KANDIDATEN / von der KANDIDATIN auszufüllen (bitte in Druckbuchstaben):**

Vorname, Name : \_\_\_\_\_ Matr.-Nr.: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Tel.-Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Studienfach: \_\_\_\_\_

Themenvorschlag: \_\_\_\_\_

Als **Erstgutachter** schlage ich vor: Dozent/in: \_\_\_\_\_

Das Thema der Arbeit kann einmalig innerhalb [des ersten Monats] der Bearbeitungszeit examensunschädlich zurückgeben werden. Die Arbeit ist in 3-facher Ausfertigung schriftlich in gebundener Form sowie in geeigneter elektronischer Form abzugeben.

Mir ist bekannt, dass ich bei der Abgabe der Arbeit schriftlich zu versichern habe, dass ich die Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit meinen entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht habe. Mir ist bewusst, dass der vorsätzliche Verstoß gegen eine die Täuschung über Prüfungsleistungen betreffende Regelung mit einer Geldbuße von bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden kann. **Im Plagiatsfall kann der Ausschluss von der Teilnahme an weiteren Prüfungen erfolgen.**

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Vom betreuenden DOZENTEN / von der betreuenden DOZENTIN auszufüllen:**

Hiermit erkläre ich meine Bereitschaft, das o.g. Thema als Abschlussarbeit in der Bearbeitung der o.g. Kandidatin / des o.g. Kandidaten zu betreuen. Bei dem o.g. Thema sind hinreichende [wirtschafts-]wissenschaftliche Bezüge im Sinne der Festlegung des Prüfungsausschusses ... der Fakultät für ... der Universität Duisburg-Essen gewährleistet.

**Datum der Ausgabe des Themas:** \_\_\_\_\_

**Regulärer Abgabetermin:** \_\_\_\_\_

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bearbeitungsvermerke des BEREICHES PRÜFUNGSWESEN:**

- ☐ Dem Antrag wird entsprochen. Als Zweitgutachter wird bestellt: Dozent/in: \_\_\_\_\_
- ☐ Der Antrag wird abgelehnt. Die Begründung erfolgt getrennt.
- ☐ Vermerke: \_\_\_\_\_

**Datum des Eingangs der Bearbeitung:** \_\_\_\_\_

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

[zurück](#)

RÜFUNGSAUSSCHUSS FÜR  
[NAME DES PA]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name]

[Straße]  
[PLZ und Ort]

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 26: Einladung zum Auswahlgespräch*

**Einladung zum Auswahlgespräch für die Zulassung zum [Studiengang (M.Sc.)]**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

im Rahmen Ihrer Bewerbung für den Masterstudiengang [Name] werden Sie hiermit zum Auswahlgespräch eingeladen.

**Termin:**  
**Uhrzeit:**  
**Ort / Raum:**

Das Auswahlgespräch ist nichtöffentlich und wird ca. [30 – 45] Minuten dauern. Damit erhalten Sie Gelegenheit, Ihre besondere Eignung und Motivation für diesen Studiengang und den angestrebten Beruf darzustellen und zu begründen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

**UNIVERSITÄT DUISBURG – ESSEN (Campus [Duisburg / Essen])**  
**Auswahlkommission für den Masterstudiengang [Name]**  
**Protokoll: Auswahlgespräch**

---

*Muster 27: Protokoll des Auswahlgesprächs*

Teilnehmer: Prof. Dr. \_\_\_\_\_ /

Name der/des Kandidaten/-in: \_\_\_\_\_

Termin / Raum: \_\_\_\_\_

Beginn – Ende: \_\_\_\_\_

Mögliche Zulassung zum: SS / WS 2011 / 2012

---

Auf Befragen wird von der Kandidatin / dem Kandidaten das Vorliegen einer Erkrankung verneint. ☐

Eignung:		Bewertung: 1) 2)
Motivation:		Bewertung: 1) 2)
Gesamteindruck:		Bewertung: 1) 2)
Vermerke:		Einzelwertungen gesamt: 1) 2) Mittelwert:

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschriften: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

[zurück](#)

AUSWAHLKOMMISSION DES  
MASTERSTUDIENGANGES [NAME]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name]

[Straße]  
[PLZ und Ort]

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 28: Zulassungsbescheid nach Auswahlgespräch*

**Zulassungsbescheid [Studiengang (M.Sc.)]**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

das Verfahren für die Zulassung und das Auswahlverfahren gemäß § 1 Abs. 2 PO Master [Studiengang] in Verbindung mit §§ 1 – 7 der Zulassungsordnung der Universität Duisburg-Essen, Campus [Duisburg / Essen] wurde für Ihre Bewerbung abgeschlossen.

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass Sie das Auswahlverfahren zum o.g. Masterstudium erfolgreich absolviert haben. Die Auswahlkommission sieht Ihre besondere Eignung und Motivation für den Studiengang als gegeben an.

Teilen Sie bitte bis zum \_\_\_\_\_ **schriftlich** mit, ob Sie den Studienplatz annehmen. Liegt diese Erklärung nicht schriftlich oder nicht fristgemäß vor, wird dieser Zulassungsbescheid unwirksam.

Sofern Sie den Studienplatz annehmen, können Sie sich mit diesem Schreiben ab dem ... beim Studierendensekretariat der Universität Duisburg-Essen, Campus [Duisburg/Essen] in den Masterstudiengang [...] an der Universität Duisburg-Essen einschreiben. Weitere Hinweise dazu finden Sie auf der Universitätshomepage unter <http://www-uni-due.de/de/studium/einschreibung.php>.

[Eine Einschreibung erfolgt jedoch nur, wenn Sie dem Bereich Einschreibungswesen gemeinsam mit dem Antrag auf Einschreibung und diesem Zulassungsbescheid Ihr Bachelorzeugnis fristgemäß vorlegen].

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb **eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei

02.12.2011

der Auswahlkommission des Masterstudienganges [Studiengang] der Fakultät für [...] der Universität Duisburg-Essen, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. ..., [Anschrift] einzulegen. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde Ihnen dieses Verschulden zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende der Auswahlkommission

[zurück](#)

AUSWAHLKOMMISSION DES  
MASTERSTUDIENGANGS [NAME]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name]

[Straße]  
[PLZ und Ort]

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 29: Ablehnungsbescheid nach Auswahlgespräch*

**Ablehnungsbescheid [Studiengang (M.Sc.)]**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

das Verfahren für die Zulassung und das Auswahlverfahren gemäß § 1 Abs. 2 PO Master [Studiengang] in Verbindung mit §§ 1 – 7 der Zulassungsordnung der Universität Duisburg-Essen, Campus [Duisburg / Essen] wurde für Ihre Bewerbung abgeschlossen. Ihnen konnte im folgenden Studiengang kein Studienplatz zugewiesen werden.

**[Studiengang]**

Die studiengangsbezogene Eignung / Motivation wurde aus folgenden Gründen als gering eingestuft:

Aus diesen Gründen haben Sie Ranglistenposition ... erreicht. Die /der zuletzt zugelassene Bewerber /-in erzielte die Ranglistenposition ....

Teilen Sie bitte bis zum \_\_\_\_\_ **schriftlich** mit, ob Sie den Zulassungsantrag für das Nachrückverfahren aufrecht erhalten wollen. Liegt diese Erklärung nicht schriftlich oder nicht fristgemäß vor, sind Sie vom Nachrückverfahren sowie dem ggf. anschließenden Losverfahren ausgeschlossen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Ablehnungsbescheid kann innerhalb **eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Auswahlkommission des Masterstudienganges [Studiengang] der Fakultät für [...] der Universität Duisburg-Essen, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. ... , [Anschrift] einzulegen. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde Ihnen dieses Verschulden zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende der Auswahlkommission

[zurück](#)

AUSWAHLKOMMISSION DES  
MASTERSTUDIENGANGS [NAME]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name][Straße]  
[PLZ und Ort]Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

*Muster 30: Ablehnungsbescheid im Eignungsfeststellungsverfahren***Ablehnungsbescheid [Studiengang (M.Sc.)]**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

das Verfahren zur Feststellung der besonderen studiengangsbezogenen Eignung gemäß § 1 Abs. 2 PO Master [Studiengang] in Verbindung mit §§ 1 – 7 der Zugangsordnung der Universität Duisburg-Essen wurde für Ihre Bewerbung abgeschlossen. Da Sie die besondere studiengangsbezogene Eignung nicht vorweisen, konnte Ihnen im folgenden Studiengang kein Studienplatz zugewiesen werden.

**[Studiengang]**

Die studiengangsbezogene Eignung wurde aus folgenden Gründen abgelehnt:

Ihr Studienabschluss im Erststudium erfüllt nicht die Zulassungsvoraussetzungen nach § 1 Abs. 2 der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang [...] an der Universität Duisburg-Essen vom .... i.V.m. § 2 Abs. 1 Zugangsordnung für den Masterstudiengang [...] an der Universität Duisburg-Essen, Campus [Duisburg / Essen]. Aus den von Ihnen zur Eignungsfeststellung eingereichten Unterlagen ist nach einstimmigem Beschluss der Auswahlkommission **nicht** zu erwarten, dass Sie das Ziel des Studiengangs auf wissenschaftlicher Grundlage selbständig und verantwortungsbewusst erreichen können und die dazu erforderlichen Eignungsvoraussetzungen mitbringen.

Ihr vorgelegter Abschluss im Studiengang [...] ist nicht gleichwertig bzw. vergleichbar mit dem des Bachelorstudiengangs [Fachrichtung]. Es fehlen Kenntnisse im Bereich ..... Zudem beträgt die Gesamtnote Ihres Abschlusses nicht wenigstens „X,X“.

[Ggf: Gründe mangelnder Motivation, sofern Motivationsschreiben gefordert.]

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Ablehnungsbescheid kann innerhalb **eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Auswahlkommission des Masterstudienganges [Studiengang] der Fakultät für [...] der Universität Duisburg-Essen, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. ... , [Anschrift] einzulegen. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde Ihnen dieses Verschulden zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende der Auswahlkommission

[zurück](#)

**UNIVERSITÄT DUISBURG – ESSEN (Campus [Duisburg / Essen])**  
**Auswahlkommission für den Masterstudiengang [Name]**  
**Protokoll: Eignungsfeststellungsgespräch**

---

*Muster 31: Protokoll der Eignungsprüfung*

Teilnehmer: Prof. Dr.

Name des Bewerbers : \_\_\_\_\_

Termin / Raum : \_\_\_\_\_

Beginn – Ende: \_\_\_\_\_

Thema: \_\_\_\_\_

Mögliche Zulassung zum: SS / WS 2011 / 2012

---

Auf Befragen wird von der Bewerberin / dem Bewerber das Vorliegen einer Erkrankung verneint. ☐

[z.B. Vortrag]:	
Frage:	
Frage:	
Frage:	

Duisburg / Essen, den \_\_\_\_\_ Unterschriften: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

[zurück](#)

AUSWAHLKOMMISSION DES  
MASTERSTUDIENGANGES [NAME]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name]

[Straße]  
[PLZ und Ort]

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

**Muster 32: Zulassungsbescheid im Eignungsfeststellungsverfahren**

**Zulassungsbescheid [Studiengang (M.Sc.)]**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

das Verfahren zur Feststellung der besonderen studiengangsbezogenen Eignung gemäß § 1 Abs. 2 PO Master [Studiengang] in Verbindung mit §§ 1 – 7 der Zugangsordnung der Universität Duisburg-Essen, Campus [Duisburg / Essen] wurde für Ihre Bewerbung abgeschlossen.

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass Sie die Eignungsprüfung zum o.g. Masterstudium bestanden haben. Die Auswahlkommission sieht die fachlichen Voraussetzungen dafür als gegeben an.

Mit diesem Schreiben können Sie sich ab dem ..... beim Studierendensekretariat der Universität Duisburg-Essen, Campus [Duisburg/Essen] in den Masterstudiengang [...] an der Universität Duisburg-Essen einschreiben. Weitere Hinweise dazu finden Sie auf der Universitätshomepage unter <http://www-uni-due.de/de/studium/einschreibung.php>.

Eine Einschreibung erfolgt jedoch nur, wenn Sie dem Bereich Einschreibungs- und Prüfungswesen gemeinsam mit dem Antrag auf Einschreibung und diesem Zulassungsbescheid Ihr Bachelorzeugnis fristgemäß vorlegen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass die Feststellung Ihrer besonderen studiengangsbezogenen Eignung befristet ist auf 1 Jahr nach Zugang dieses Schreibens.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb **eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Auswahlkommission des Masterstudienganges [Studiengang] der Fakultät für [...] der Universität Duisburg-Essen, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. ... , [Anschrift] einzulegen. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so wird Ihnen dieses Verschulden zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende der Auswahlkommission

[zurück](#)

*Muster 33: Zeugnis über die bestandene Zugangsprüfung*

# ZEUGNIS

**über die Prüfung zum Hochschulzugang für in der  
beruflichen Bildung Qualifizierte  
– Zugangsprüfung –**

**im Studiengang**

Frau

geboren am            in

hat am

nach der Ordnung der Universität Duisburg-Essen über den Zugang zu einem Hochschulstudium für in der beruflichen Bildung Qualifizierte die Zugangsprüfung für den Studiengang            bestanden.

Schriftliche Prüfungsleistungen:

Mündliche Prüfungsleistungen:

**Gesamtnote:**

Durch die Prüfung wird festgestellt, dass Frau            die fachlichen und methodischen Voraussetzungen für den angestrebten Studiengang an der Universität Duisburg-Essen erfüllt.

Duisburg / Essen, den

Dekan(in) der Fakultät

Die / Der Vorsitzende  
des Prüfungsausschusses

[zurück](#)

PRÜFUNGSKOMMISSION DES  
STUDIENGANGS [NAME] AN DER  
FAKULTÄT FÜR [NAME]  
DIE / DER VORSITZENDE

Universität Duisburg-Essen • 45117 Essen

Frau / Herrn  
[Name][Straße]  
[PLZ und Ort]Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom  
Mein Zeichen  
Meine Nachricht vom

Name	Prof. Dr.
Telefon	(02 01) 183 –
Fax	(02 01) 183 –
E-Mail	vorname.name@uni-due.de
Gebäude:	Universitätsstr. 12, Raum ...

Datum tt.mm.jjjj

**Muster 34: Ablehnungsbescheid nach nicht bestandener Zugangsprüfung****Ablehnungsbescheid [Studiengang (B.A./B.Sc.)]**

Sehr geehrte/-r Frau/Herr .....,

das Verfahren über den Hochschulzugang für in der beruflichen Bildung Qualifizierte gemäß der Berufsbildungshochschulzugangsordnung der Universität Duisburg-Essen vom ...12.2011 wurde für Ihre Bewerbung abgeschlossen. Sie weisen die fachliche und methodische Studierfähigkeit gem. § 7 Berufsbildungshochschulzugangsordnung i.V.m. mit Anlage [Fakultätsspezifische Ordnung] nicht auf.

Die Studierfähigkeit wird aus folgenden Gründen abgelehnt:

Die Studierfähigkeit wird durch eine in Ihrem Fall verbindliche Zugangsprüfung festgestellt. Gemäß § 8 Abs. 6 Berufsbildungshochschulzugangsordnung ist die Zugangsprüfung bestanden, wenn sowohl der schriftliche als auch der mündliche Prüfungsteil mindestens mit der Note 4,0 (ausreichend) bewertet worden ist. Ihre mündlichen Leistungen zum Thema ... wurden jedoch nur mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Daher liegen die fachlichen Voraussetzungen für den Zugang zum Hochschulstudium nicht vor.

Gemäß § 12 Berufsbildungshochschulzugangsordnung kann die nicht bestandene Zugangsprüfung einmal wiederholt werden.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Ablehnungsbescheid kann innerhalb **eines Monats** nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Prüfungskommission des Studienganges [Studiengang] der Fakultät für [...] der Universität Duisburg-Essen, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. ... , [Anschrift] einzulegen. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen

02.12.2011

Bevollmächtigten versäumt werden, so würde Ihnen dieses Verschulden zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. [Name])  
Die/Der Vorsitzende der Prüfungskommission

[zurück](#)

**Anhang III: Liste der staatlichen und staatlich anerkannten Berufsakademien**

<b>Bundesland</b>	<b>Liste der staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien</b>
<b>Baden - Württemberg</b>	Seit 01.03.2009: BA`s umgewandelt in Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Stuttgart
<b>Bayern</b>	-
<b>Berlin</b>	Berufsakademie in der FHW Berlin <a href="http://www.hwr-berlin.de">www.hwr-berlin.de</a>
<b>Bremen</b>	-
<b>Brandenburg</b>	-
<b>Hamburg</b>	Berufsakademie Hamburg
<b>Hessen</b>	Berufsakademie Bad Hersfeld Berufsakademie Bad Homburg Berufsakademie Bad Wildungen Berufsakademie Darmstadt Berufsakademie Frankenberg Berufsakademie Frankfurt Berufsakademie Kassel Berufsakademie Maintal Berufsakademie Rödermark <a href="http://www.hessen-ba.de">www.hessen-ba.de</a>
<b>Mecklenburg - Vorpommern</b>	-
<b>Niedersachsen</b>	Berufsakademie Braunschweig Berufsakademie Emsland / Lingen - Ems Berufsakademie Göttingen Berufsakademien Hannover Berufsakademie Lüneburg Berufsakademie Melle Berufsakademie Oldenburg Berufsakademie Ost-Friesland / Leer Berufsakademie Vechta / Diepholz Berufsakademie Weserbergland <a href="http://www.studieren-in-niedersachsen.de/berufsakademien.htm">www.studieren-in-niedersachsen.de/berufsakademien.htm</a>
<b>Nordrhein - Westfalen</b>	-
<b>Rheinland - Pfalz</b>	-
<b>Saarland</b>	ASW Berufsakademie Saarland
<b>Sachsen</b>	Berufsakademie Bautzen Berufsakademie Breitenbrunn Berufsakademie Dresden Berufsakademie Glauchau Berufsakademie Leipzig Berufsakademie Plauen Berufsakademie Riesa <a href="http://www.studieren.sachsen.de">www.studieren.sachsen.de</a>
<b>Sachsen - Anhalt</b>	„Duale Kompaktstudiengänge“ nach dem Modell der Berufsakademie integriert an FH Magdeburg und FH Merseburg

<b>Schleswig - Holstein</b>	Berufsakademie an der Wirtschafts- akademie Schleswig – Holstein Berufsakademie Rendsburg
<b>Thüringen</b>	Berufsakademie Eisenach Berufsakademie Gera <a href="http://www.ba-thueringen.de">www.ba-thueringen.de</a>

[zurück](#)

## Sachregister

- Abhandenkommen eines Teils der
  - Prüfungsarbeit 135
- Abhilfemaßnahmen
  - bei behinderten Prüflingen 89
- Ablehnung eines Prüfers *Siehe* Befangenheit
- Abmeldung von der Prüfung
  - Fristversäumnis 78
- Abmeldung von der Prüfung 78
  - Berechnung der Wochenfrist 79
- Abschlussarbeit
  - Gruppenarbeit 169
- Abschlussarbeiten 166
- Absolute Bestehensgrenze 113
- Abwesenheit des Prüfers während der Prüfung 104, 133
- Akten
  - Akteneinsicht 24
  - Archivierung 145
- Allgemeine Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses 20
- Amtsverschwiegenheit der Mitglieder des Prüfungsausschusses 33
- Änderung der Prüfungsbedingungen 23
  - Änderung des Vorschlagsrechts hinsichtlich Prüfer 103
  - Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten 82
  - Übergangsbestimmungen 23
- Anfertigung von Fotokopien *Siehe* Akteneinsicht
- Anhörungsgebot 24, 55
- Anmeldung zur Prüfung 73
  - Fristversäumnis 73
- Anonymität der Prüflinge 67, 135
- Anordnung der sofortigen Vollziehung 53
- Anrechnung von Leistungen 147
  - Äquivalenzempfehlungen der KMK 150, 161
  - ausländischer Hochschulen 159, 161
  - Beschränkung 151
  - Bindungswirkungen vorausgehender Anrechnungen 154
  - Fehlversuche, Maluspunkte 153
  - Gleichwertigkeit 158
  - Learning Agreement, Vertrag 164
  - Lissabon-Konvention 148, 161
  - Notenumrechnung 162
  - Relevante Rechtsgrundlage im HG 149
  - sonstige Kenntnisse und Qualifikationen 162
- Anscheinsbeweis *Siehe* Beweis des ersten Anscheins
- Antwort – Wahl – Aufgaben 112, 141
- Ärztliches Attest 98, 100
- Aufbewahrungsfristen für Akten 145
- Aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs 53
- Auskunft *Siehe* Informationspflicht
- Ausschluss des Prüflings von weiteren Prüfungsleistungen 125
- Auswahlverfahren 178
- Bearbeitungszeit 119
  - Überschreitung 124
- Befangenheit
  - eines Prüfers 104
  - eines Prüfungsausschussmitgliedes 46
- Befreiung von Studiengebühren bei letzter Prüfungsleistung 192
- Beisitzer 105
- Bekanntgabe
  - der Ausgangsentscheidung des Prüfungsausschusses 50
  - der Prüfungsentscheidung 143
  - Prüfungstermine 107
- Bekanntgabe, Zustellung des Widerspruchsbescheides 66
- Bekanntmachung der Prüfungsordnung 16
- Beratungsgespräche für Zugangsprüfungen 185
- Bereich Prüfungswesen 17
- Bescheinigungen für das BAföG-Amt 191
- Beurteilungs- und Bewertungsspielraum des Prüfers 111, 140
- Beweis des ersten Anscheins 77, 124
- Bewertung von Prüfungsleistungen 131
  - Allgemeine Bewertungsgrundsätze 136
  - Begründung 138
  - Bewertungsfehler 56, 132
  - Bewertungsmaßstäbe 21, 132
  - Bewertungssysteme 133
  - Musterlösungen, Bewertungsschema 133
  - Rechtschreibmängel, Erheblichkeit 137
- Bewertungsverfahren
  - Zeitlicher Rahmen 174
- Bildungskredit 190
- Bonus-Malus-Punkte-System
  - Wiederholungsmöglichkeiten 81
- Campus-Management-System 17
- Chancengleichheit 21
  - Bearbeitungszeiten 168
  - bei der Anzahl von Wiederholungsmöglichkeiten 81, 94
  - bei Gewährung von Hilfsmitteln 128
  - bei Informationen über Prüfungsgegenstand 21
  - keine "Gleichheit im Unrecht" 22
  - keine "Gleichheit im Unrecht" 52
- Dauer der Prüfung 128
- Deutsche Sprachkenntnisse 76, 85, 137
- Diploma Supplement 176
- Druckfehler bei Prüfungsaufgaben 116
- Eidesstattliche Versicherung 124, 171
- Eignungsfeststellungsverfahren 181
- Eilentscheidung
  - Vorläufiger Rechtsschutz 71

- Eilentscheidung durch
  - Prüfungsausschussvorsitzenden 30, 75
- Einsichtnahme in die Prüfungsakten *Siehe*
  - Akteneinsicht
- Endgültiges Nichtbestehen 144
- Erheblichkeit von Bewertungsfehlern 136
- Erkrankung des Prüflings *Siehe*
  - Prüfungsunfähigkeit
- Ermessen der Prüfungsbehörde 25, 49, 79, 135
- European Credit Transfer System (ECTS) 175, 176
- Exmatrikulation 145, 174
- Freiversuch 82, 144
- Fristberechnung
  - Widerspruchsfrist 51
  - Wochenfrist bei
    - Schreibzeitverlängerungsantrag 168
  - Wochenfrist für Prüfungsabmeldung 79
- Fristen
  - Abnahme Zugangsprüfung 187
  - Ausschlussfrist 74
  - Bearbeitungsfrist 167
  - Behördliche Fristen 74
  - Bewertungsverfahren 143, 174
  - Einladung zum Auswahlgespräch 180
  - Rücktrittserklärung 93
  - Rüge bei Befangenheit des Prüfers 104
  - Rüge bei Störungen 122
  - Widerspruchsfrist 50
- Fürsorgepflicht der Prüfungsbehörde
  - Abbruch der mündlichen Prüfung wegen
    - Prüfungsunfähigkeit des Prüflings 129
  - Berichtigung offensichtlicher
    - Erklärungsfehler der Studierenden 20
- Geldstrafe bei Ordnungswidrigkeiten 173
- Geschäftsordnung des Senats
  - Anwendbarkeit 33
- Gleichbehandlung der Prüflinge *Siehe*
  - Chancengleichheit
- Gliederungsentwurf als Gegenstand der Bewertung 134
- Gruppenprüfung 130, 169
- Hausarbeit *Siehe* Abschlussarbeiten
- Hausrecht 125
- Hilfsmittel in der Prüfung 127
  - zum Ausgleich von Behinderungen 88
- Hohe Durchfallquote 139
- Informationspflicht
  - der Prüfungsbehörde 19, 73
  - der Studierenden 26
- Klausureinsicht *Siehe* Akteneinsicht
- Korrekturassistenten 135
- Kostenfestsetzung im Widerspruchsverfahren 61
- Leistungen 151
- LSF 18
- Mängel im Bewertungsverfahren *Siehe*
  - Bewertung von Prüfungsleistungen,
  - Bewertungsfehler
- Modulhandbücher 16
- Multiple-Choice-Aufgaben *Siehe* Antwort-  
Wahl-Aufgaben
- Musterlösungen 133
  - Einsichtsrecht 25
- Nachschreibzeit *Siehe*
  - Schreibzeitverlängerung
- Nachteilsausgleich 121
  - aufgrund von Betreuungs- und
    - Pflegeverpflichtungen 87
  - für Schwangere und junge Eltern 86
  - für Studierende mit Behinderung 85
  - Maßnahmen 88
    - unterlassener Antrag 84, 144
- Notenänderung 56, 144
- Notenrundung 142
- Pflichten der Studierenden 26
  - Mitwirkungspflichten 26, 93
  - Unterlassung von Störungen 27
- Plagiate 171
  - Anhörung 24
- Platzverweis 126
- POS 18
- Protokoll der Prüfung 117
  - Anfängliche Belehrung 119
  - Beweisfunktion 124
  - Notizen des Prüflings 118
- Prüfer 101
  - Anspruch auf bestimmte Prüfer 102
  - Befangenheit 104
  - Bestellung 102
  - Gedankliche Abwesenheit des Prüfers in
    - der Prüfung 104
  - Notwendige Qualifikationen 103
  - Weisungsunabhängigkeit 104
  - wissenschaftliche Mitarbeiter als Prüfer 102
- Prüfungen
  - Anfängliche Belehrung 118
  - Aufsichtspersonal 109
  - Prüfungsform 129
  - Prüfungstermine 106
  - Rauchverbot 130
  - Raumorganisation 108
  - Störungen 119
- Prüfungsaufgaben 111
  - Antwort-Wahl-Aufgaben 112
  - Auswahl 111
  - Fehlerhafte Aufgabenstellung 116
  - unzulässige Anforderungen 112
  - Wiederholte Aufgabenstellung 112
- Prüfungsausschuss 17
  - als "Herr des Vorverfahrens" 52
  - Behörde 17
  - Beteiligter, Beklagter 15, 69
  - Entscheidung im Umlaufverfahren 39

- Ersatzmitglieder 31
- Untätigkeit 54
- Wahl der Mitglieder 31
- Wahl des Vorsitzenden 32
- Zusammensetzung 31
- Zuständigkeiten 28
- Prüfungsausschusssitzung 33
  - Abstimmung über Anträge 38
  - Änderung der Beschlussfähigkeit 41
  - Beratung über Widersprüche der Studierenden 55
  - Beschlussunfähigkeit 42
  - Beschlussvorlagen 34
  - Einberufung 35
  - Geschäftsordnungsanträge 41
  - Konstituierende Sitzung 32
  - Ladung/-sfrist 35
  - Nichtöffentlichkeit 36
  - Pädagogisch-wissenschaftliche Entscheidungen 38
  - Protokoll 45
  - Sitzungsleitung 37
  - Überblick über den Sitzungsverlauf 43
  - Vertagung 45
  - Vorläufige Tagesordnung 36
- Prüfungsberechtigung 101
- Prüfungsordnungen 16
  - faktische Geltung 16
- Prüfungsorganisation
  - Sonderprüfungen 106
  - Zuständigkeit 15, 106
- Prüfungsraum 108
- Prüfungsrechtsverhältnis 19
- Prüfungsunfähigkeit 95, 169
  - des Prüfers 104
  - des Prüflings 99
  - des Prüflings, psychisch bedingt 96
  - des Prüflings, unerkannt 96
- Prüfungszeit 128
- QISPOS 19
- Rahmenprüfungsordnungen der UDE 15
- Recht auf ein faires Verfahren 22
- Recht auf Information der Studierenden 19
- Rechtsbehelfsbelehrung
  - Ausgangsbescheid 48
  - Folgen eines Mangels 52
  - Widerspruchsbescheid 65
- Rechtschreibung *Siehe* Bewertung von Prüfungsleistungen
- Relative Bestehensgrenze 113
- Rücktritt von der Prüfung 92
  - "unverzüglich" 93
  - Rechtsfolgen 100
  - Rücktrittsgrund 95
- Rügepflicht des Prüflings bei Störungen 26, 97, 108, 122
- Sachlichkeitsgebot 22, 136
- Säumnis 79, 92
- Schreibversehen 137
- Schreibzeitverlängerung 121
  - Abschlussarbeit 168
- Selbstbindung der Prüfer durch ständige Praxis 133
- Selbstbindung der Verwaltung 21
- Störungen während der Prüfung 120
- Substantiierungspflicht bei Einwendungen gegen Bewertung 34, 49, 131
- Tatsächlich erbrachte Leistung als Gegenstand der Bewertung 135
- Tatsächlich erbrachte Leistungen als Gegenstand der Bewertung 88
- Täuschung, Täuschungsversuch 123, 171
- Transcript of Records 175
- Unabhängigkeit der Prüfer 135
- Urkunde 177
- Verböserung, Verschlechterung nach Widerspruch 55
- Anhörung 24
- Verschwiegenheitsverpflichtung 33
- Vertrauensschutz 23, 117, 154
  - bei Änderung der Prüfungsbedingungen 103
  - bei fehlerhafter Zulassung zur Prüfung 80
- Verwaltungsinternes Kontrollverfahren 48
- Verwandter Studiengang bei Anrechnungen 154
- Verwirkung von Rechten der Studierenden 27, 77
- Vorkorrekturen von Klausuren 133
- Wahl der Prüfungsausschussmitglieder 31
- Widerspruch
  - "Sammelwiderspruch" 49
  - Frist zur Einlegung 50
  - Hinzuziehung eines Anwalts 61
  - Schriftform 48
  - Zulässigkeit 53
- Widerspruchbescheid
  - Aufbauschema 58
- Widersprüchliche Auskünfte von Prüfungsbehörde und Prüfern 26
- Widerspruchsbescheid 57
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 51, 75
- Wiederholung von Prüfungsleistungen 81
  - bei Fehlern im Prüfungsverfahren 20, 128, 132
- Zeitausgleich
  - bei Fehlern im Prüfungsverfahren 20
- Zeiteinteilung in Klausur als Obliegenheit des Prüflings 124
- Zeitvorgaben für Prüfungen *Siehe* Dauer der Prüfung
- Zeugnis 175
- Zugangsprüfungen für in der beruflichen Bildung Qualifizierte 184
- Probestudium 187
- Zulassung zur Prüfung

"Recht auf Prüfung" 19  
 Bekanntgabe 77  
 Beschränkung des Zugangs 90  
 Fehler 23, 80

Voraussetzungen 72  
 Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts 70  
 Zwei-Prüfer-Prinzip 113, 141  
 Abschlussarbeit 167